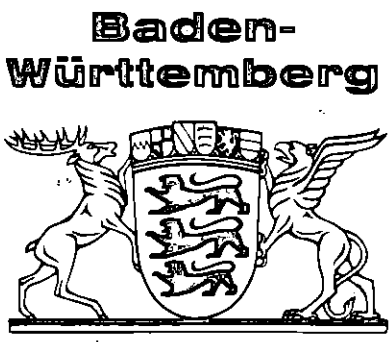
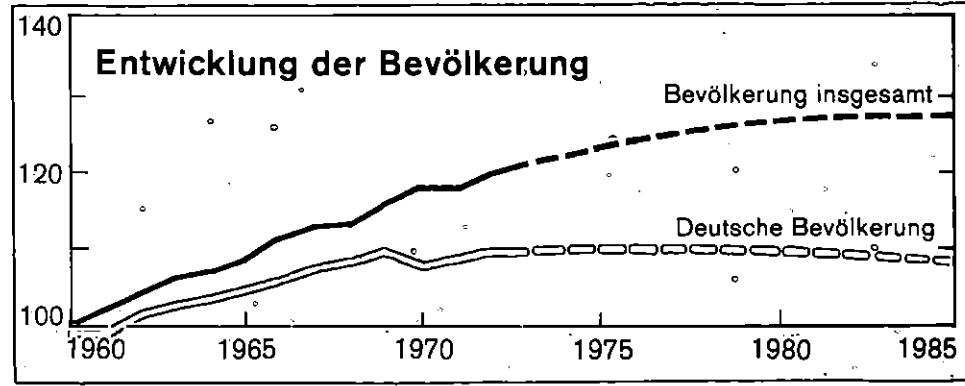
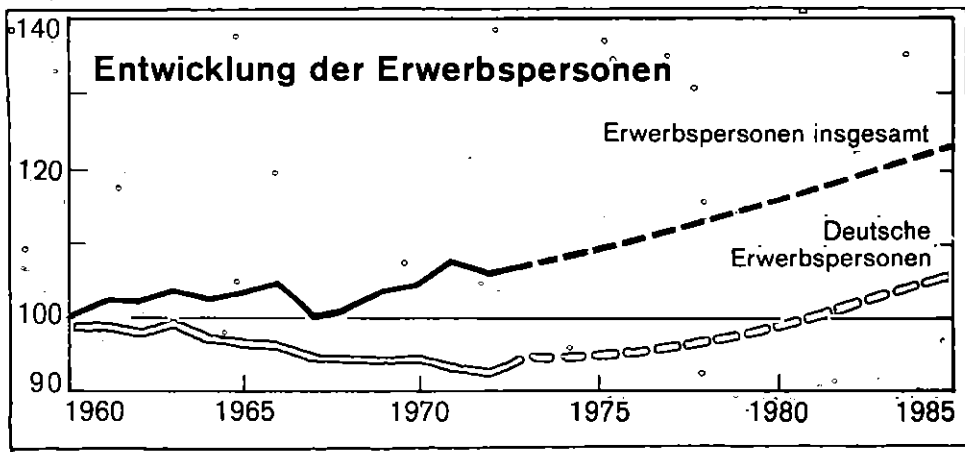
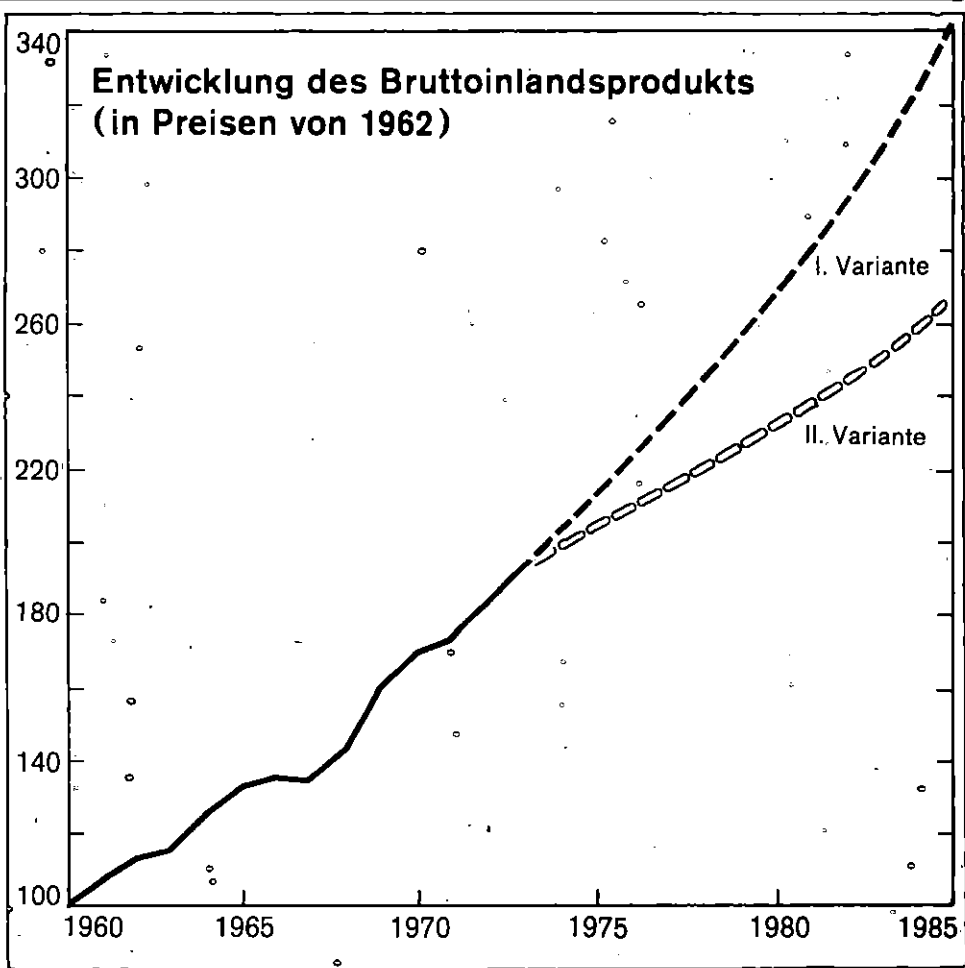


Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1973

Heft 1



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1973**

1114_74001

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Der Ministerrat hat mit Beschluß vom 16. Januar 1973 das Statistische Landesamt beauftragt, zu Beginn des Jahres 1974 einen statistischen und prognostischen Jahresbericht vorzulegen, in welchem die statistischen Daten sowie lang- und mittelfristige Prognosen für die wesentlichen politischen Aufgabenbereiche enthalten sind. Das Statistische Landesamt hat diesen Bericht im Frühjahr 1974 vorgelegt; er wurde in wesentlichen Teilen auf den neuesten Stand ergänzt und überarbeitet. Dem Präsidenten des Statistischen Landesamts, Herrn Professor Dr. Szameitat und seinen Mitarbeitern gebührt für ihre Arbeit der Dank der Landesregierung.

Das Land Baden-Württemberg hat mit diesem Bericht Neuland betreten. Erstmals in der Bundesrepublik wurde ein statistischer und prognostischer Jahresbericht vorgelegt, der auf der Basis der Entwicklung in den vergangenen Jahren eine kritische Durchleuchtung der landespolitischen Probleme und Schwerpunkte anstrebt und Prognosen für die künftige Entwicklung enthält. Der Bericht ermöglicht eine effektivere Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen der Landesregierung und schafft die Voraussetzungen dafür, die Notwendigkeit von Kurskorrekturen zu erkennen. Er ergänzt damit wirkungsvoll das aus Regierungserklärung, Landesentwicklungsplan, Arbeitsprogramm, mittelfristiger Finanzplanung und Investitionsprogramm bestehende Instrumentarium der Landesregierung zur Planung und Erfolgskontrolle.

Der statistische und prognostische Jahresbericht 1973 bestätigt in wesentlichen Bereichen die Richtigkeit der von der Landesregierung eingeschlagenen Politik. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, in denen die Landesregierung Schwerpunkte gesetzt hat, wie zum Beispiel beim Ausbau des beruflichen Schulwesens, in der regionalen Strukturpolitik und beim Umweltschutz.

Durch die Veröffentlichung des Berichts werden die Entwicklung des Landes und die Wirksamkeit der Maßnahmen der Landesregierung transparent gemacht. Sie ermöglicht es den Bürgern des Landes, künftig genauer abzulesen, wo wir im Lande stehen.

Die Landesregierung hat das Statistische Landesamt beauftragt, den vorliegenden Bericht in jährlichem Turnus fortzuschreiben. Dadurch wird der Landesregierung und der interessierten Öffentlichkeit ein kontinuierlicher Überblick über die Entwicklung des Landes und eine Erfolgskontrolle der Regierungsarbeit möglich gemacht.

Stuttgart, im Juli 1974



Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger

Inhalt

	Seite	
Vorwort	3	
Teil 1	Das Jahr 1973 – Grundzüge der Entwicklung und Ausblick	7
Teil 2	Längerfristige Vorausschätzungen bis 1985	17
2.1	Zweck und methodische Grundlagen	17
2.2	Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung	19
2.3	Vorausschätzung der Schüler und Studierenden	23
2.4	Vorausschätzung der Erwerbspersonen	26
2.5	Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung	28
2.6	Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte	31
2.7	Bemerkungen zu mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Energie- und Rohstoffkrise	33
Teil 3	Einzeluntersuchungen zu Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Landesregierung	37
3.1	Regionale Strukturuntersuchungen	37
1.	Bevölkerung	38
2.	Wirtschaftliche Entwicklung	41
3.2	Bildungswesen	48
3.3	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	55
3.4	Ausländer in Baden-Württemberg	60
3.5	Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft	64
1.	Die Entwicklung Baden-Württembergs im Vergleich zum Bund: einige Aspekte	64
2.	Zur Entwicklung im Warenproduzierenden Gewerbe	67
3.	Exportsituation der baden-württembergischen Industrie	69
4.	Der Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg	74
5.	Landwirtschaft	78
3.6	Tendenzen in der Bauwirtschaft	82
3.7	Landschaft – Umwelt – Umweltschutz	87
3.8	Rechtspflege	91
3.9	Öffentliche Finanzen	94
Anhang	Anmerkungen und Tabellen zu Teil 2 und 3	99

Das Jahr 1973: Grundzüge der Entwicklung und Ausblick

Allgemeine Charakterisierung

Das Jahr 1973 war in seinem Verlauf durch drei sehr unterschiedliche Phasen gekennzeichnet:

1. durch einen bis etwa Mitte 1973 anhaltenden überaus starken Konjunkturaufschwung mit hohem gesamtwirtschaftlichem Wachstum und hohem Preisauftrieb, der Bundesregierung und Bundesbank zu einschneidenden stabilitätspolitischen Maßnahmen veranlaßte,
2. durch eine ab Mitte 1973 deutlich spürbar werdende Konjunkturdifferenzierung mit entsprechenden Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt und einem besonders starken Nachlassen des Booms in der Bauwirtschaft,
3. durch eine im November 1973 politisch ausgelöste Verringerung der Öllieferungen als Beginn einer wahrscheinlich längeren Phase der Rohstoff- und Energieknappheit mit den schon in den letzten Monaten des Jahres sich abzeichnenden Folgen und ersten Maßnahmen.

Die anhaltende, in ihrem Ausmaß und ihrer Dauer an der Jahreswende noch nicht im einzelnen abzusehende Energiekrise läßt das Jahr 1973 in einer Phase ungewöhnlicher Unsicherheit über die Weiterentwicklung zu Ende gehen. Es läßt sich jedoch schon jetzt erkennen, daß das Jahr 1974 durch den Zwang zur Anpassung an eine mehr oder weniger große Energie- und Rohstoffknappheit und durch den Zwang zur Verbesserung der Umweltverhältnisse zu einer Umorientierung und zu einem Umdenken bei der Beurteilung von Prioritäten im Bereich aller Planungen und Maßnahmen führen wird.

Ohne Ausländer kein Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerung Baden-Württembergs hat noch einmal zugenommen, allerdings lange nicht mehr in dem Ausmaß wie in den vergangenen Jahren. Nach vorläufigen Schätzungen beträgt die Einwohnerzahl am Jahresende 1973

rund 9,2 Millionen.

Die Zunahme um rund 88 000 (+0,8%) ist fast ausschließlich auf die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Angehörigen zurückzuführen. Mitte des Jahres wurden in Baden-Württemberg rund 887 000 Ausländer festgestellt, die damit bereits 9,6% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Damit hat Baden-Württemberg unter den Bundesländern die weitaus *höchste*

Ausländerquote aufzuweisen. Bemerkenswert ist, daß der Geburtenüberschuß, der im Mittel der Jahre 1965 bis 1972 noch mit rund 40% an der Bevölkerungszunahme beteiligt war, nach der neuen Entwicklung kaum noch zum Wachstum beiträgt. Der geringe Geburtenüberschuß ist ausschließlich auf den ausländischen Bevölkerungsanteil, auf den ein Fünftel aller Lebendgeburten des Landes entfiel, zurückzuführen. Bei der deutschen Bevölkerung ergab sich in der ersten Jahreshälfte sogar ein deutliches Geburtendefizit von 5100 Personen.

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1970	1971	1972	1973 ¹⁾
	1000			
Geburten	128,2	123,9	112,8	101,0
Sterbefälle	92,6	92,7	92,7	93,0
Geburtenüberschuß	35,6	31,2	20,1	8,0
Wanderungssaldo	109,5	70,3	78,9	80,0
Bevölkerungszunahme	145,0	101,5	99,0	88,0
Bevölkerungsstand	8953,6	9055,1	9154,2	9245,0

1) Vorläufige Zahlen, teilweise geschätzt.

Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich auch in nächster Zukunft fortsetzen und mit einer Reihe von Konsequenzen verbunden sein.

Die nächstliegende Auswirkung wird sich auf dem Gebiet des *Bildungswesens* bemerkbar machen, und zwar zuerst im Grundschulbereich, wo die Zahl der Schulanfänger nicht mehr so groß sein wird wie bisher. Da der Geburtenrückgang bereits 1967 einsetzte, wird diese Erscheinung schon ab 1974 zumindest bei der deutschen Bevölkerung zu beobachten sein. An den weiterführenden Schulen wird sich dieser Rückgang bei gleichbleibenden Übergangsquoten allerdings erst wesentlich später in niedrigeren Schülerzahlen niederschlagen.

Bildungswesen

Die Studienverhältnisse an den Hochschulen des Landes haben sich weiter zugespitzt. Im Wintersemester 1973/74 stieg die Zahl der Studierenden an den Universitäten auf etwas über 80 000 an. Für das Wintersemester 1974/75 sind bereits 88 000 Studierende zu erwarten. An den zehn Pädagogischen Hochschulen waren im Sommersemester rund 18 100 Studenten gezählt worden, zum Wintersemester erhöhte sich ihre Zahl auf 20 200. Damit ist die Kapazität in den meisten Fachbereichen bereits jetzt bei weitem überschritten.

Nun wollen nach einer Abiturientenbefragung von rund 22 000 Abiturienten des Schuljahrgangs 1974 weitere 17 700 studieren, davon 8300 (37%) ein Fach, für das in Baden-Württemberg *Zulassungsbeschränkungen* vorhanden sind. Es stehen jedoch nur etwa 6000 Studienplätze zur Verfügung, die meist bereits an Abiturienten früherer Jahre vergeben sind und zudem auch noch teilweise der Verteilung durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen unterliegen, also auch für Studenten aus anderen Bundesländern und für Ausländer offen gehalten werden müssen.

Aus dem übrigen Bundesgebiet kamen im Wintersemester 1973/74 über 23 000 Studenten, während demgegenüber nur rund 12 000 Baden-Württemberger an den Hochschulen anderer Bundesländer studieren, so daß sich für das Land nach Berlin und Hamburg der höchste positive Studenten-Zuwanderungssaldo errechnet. Mit mehr als 7000 ausländischen Studenten ist Baden-Württemberg zudem Schwerpunkt für die Studiausbildung von Ausländern. Obwohl im Land nur etwa 15 Prozent der Bevölkerung des Bundesgebiets wohnen, befinden sich an unseren Hochschulen rund 18 Prozent aller Studenten des Bundesgebiets sowie 22 Prozent aller immatrikulierten ausländischen Studenten.

Die Überfüllung der Hochschulen und die Diskussionen über den künftigen Akademikerbedarf dürften dazu beigetragen haben, daß im Schuljahr 1973/74 aus den Grund- und Hauptschulen des Landes anteilmäßig weniger Schüler auf Realschulen und Gymnasien als in den Vorjahren übergingen. Bezogen auf die vierte Klassenstufe des Vorjahres wechselten 24,2 Prozent aller Schüler auf Realschulen (1972/73: 24,7 Prozent) und 28,6 Prozent auf Gymnasien (1972/73: 29,9 Prozent). Ob diese Tendenz anhält, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Angestrebt werden müßte eine verstärkte Aufklärung über die Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten mit Hauptschulabschluß, vor allem auch in Verbindung mit einer erweiterten und verbesserten Berufsschulausbildung. Genauso sollte alles getan werden, um Abiturienten Berufe ohne Hochschulausbildung attraktiv zu machen.

Differenzierte Konjunkturentwicklung

Sieht man zunächst von den letzten Monaten ab, so war die wirtschaftliche Lage im Jahr 1973 in der Bundesrepublik durch einen im Frühjahr einsetzenden starken Konjunkturaufschwung gekennzeichnet, der zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstum führte, als nach den Prognosen zu erwarten war. Für Baden-Württemberg hat sich nach ersten Berechnungen eine reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von rund 5% ergeben. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung beträgt die Zunahme fast 11%. Diese Entwicklung führte zum Teil zu Spannungen zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und den durch die vorhandenen Kapazitäten begrenzten Angeboten. Dadurch hat sich der ohnehin schon starke Preisauftrieb in beachtlichem Ausmaß beschleunigt. Um die boomartige Expansion der Nachfrage und die Preissteigerungen zu dämpfen, haben die Bundesregierung und die Bundesbank eine Reihe von zum Teil sehr einschneidenden stabilitätspolitischen Maßnahmen beschlossen.

Die expansiven Tendenzen hielten zwar lange vor – wozu eine außerordentlich lebhafte Auslandsnachfrage wesentlich beitrug –, doch spitzten sich die wirtschaftlichen Spannungen nicht weiter zu. Vor allem war nicht zu übersehen, daß sich im zweiten Halbjahr die Zeichen für eine Entspannung mehrten. Sie ließen erkennen, daß der Konjunkturaufschwung gewisse Grenzen nicht übersteigen würde und daß der Übergang zu einer neuen Phase im weiteren Konjunkturverlauf bevorstand. Der Wendepunkt des Konjunkturaufschwungs war offenbar erreicht; man hätte erwarten können, daß die Entwicklung auf hohem Niveau wesentlich langsamer weitergehen würde und daß sich sogar in einigen Bereichen für 1974 eine Stagnation anbahnen könnte.

Mit der am Jahresende aufgetretenen Energiekrise ist nun ein neuer Unsicherheitsfaktor entstanden. Sowohl von der bereits eingetretenen Verteuerung des Mineralöls wie von der schon bestehenden Verknappung gehen Wirkungen aus, die eine konjunkturell zurückhaltende Wirtschaftsentwicklung zweifellos zusätzlich dämpfen. Sie lassen sich in ihrem Ausmaß noch nicht übersehen, werden sich jedoch in den wirtschaftsstatistischen Daten des Jahres 1974 bemerkbar machen.

Industrie

Der dynamische Konjunkturverlauf während des größten Teils des Jahres spiegelt sich besonders deutlich in der Entwicklung der Industrie wider. Da Baden-Württemberg von allen Bundesländern mit 171 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner (Bundesrepublik 135)

Schaubild 1

Auftragseingänge der Industrie 1973 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr-



874

die größte Industriedichte hat und mit 59% den höchsten Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt aufweist, waren bisher auch die Konjunkturausschläge, sowohl nach oben als auch nach unten, mit allen damit verbundenen Begleiterscheinungen, mit Ausnahme des Arbeitsmarktes, in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. Im ersten Halbjahr erreichten die *Auftragseingänge* der Industrie ein Niveau, das wertmäßig um 23% und unter Ausschaltung der Preissteigerungen immerhin um 16% über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres lag. Besonders starke konjunkturelle Auftriebskräfte gingen von den Bestellungen des Auslandes aus, die eine wertmäßige Zunahme von 35% aufwiesen. Mit dieser ungewöhnlichen, in dieser Höhe nicht erwarteten Zunahme der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen konnte das Produktionsvolumen offensichtlich nicht Schritt halten, denn die reale Zunahme betrug hier in diesem Zeitraum 6,7%.

Nach dem stürmischen Verlauf im ersten Halbjahr trat in der zweiten Jahreshälfte eine merkliche Entspannung ein. Die Auftragseingänge, ganz besonders die aus dem Inland, waren anhaltend rückläufig, so daß das Jahresergebnis preisbereinigt nur 6,6% über dem Vorjahr lag. Zwar wiesen die Auslandsaufträge auch im zweiten Halbjahr nach wie vor hohe Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr auf, zeigten aber

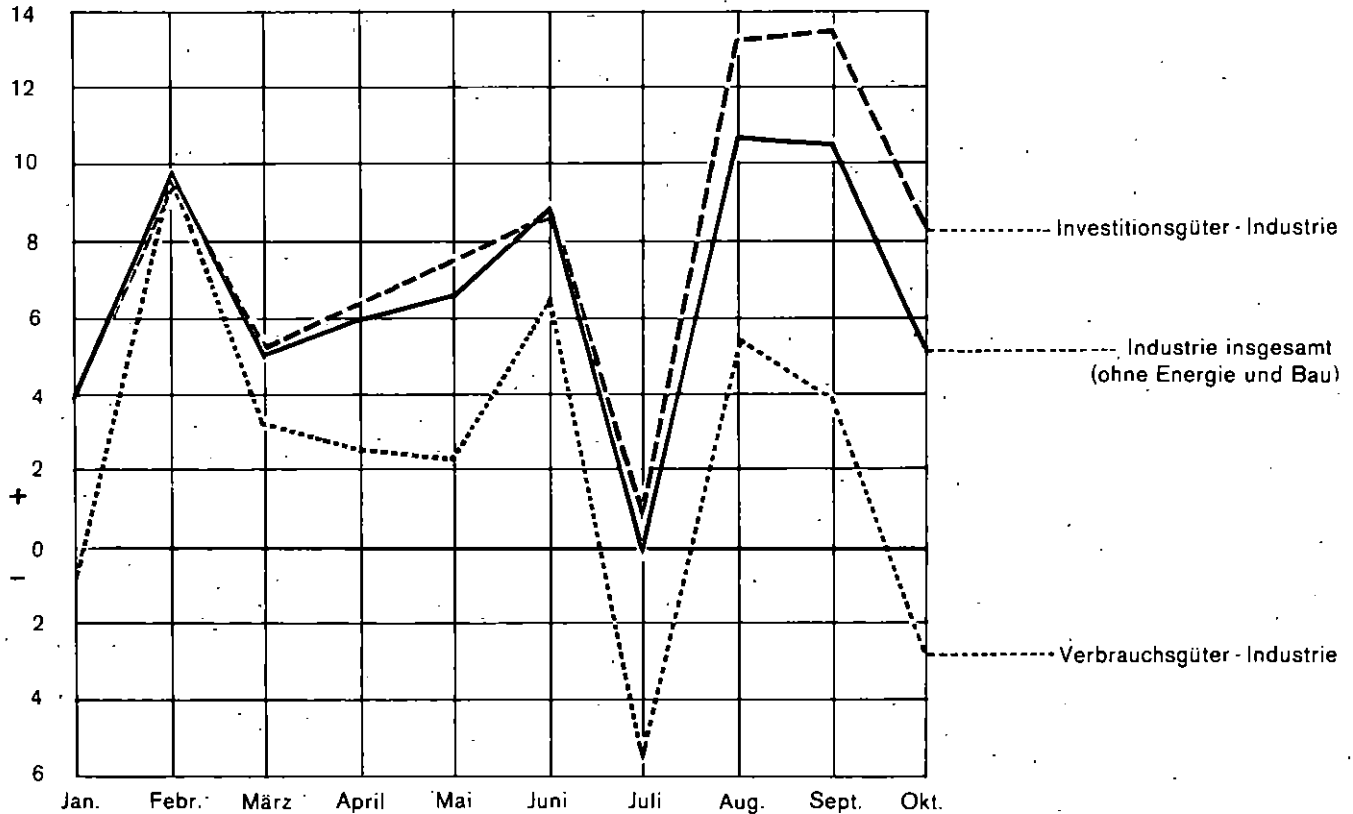
ebenfalls schon Zeichen der Abschwächung. Bei der stark exportorientierten Industrie kommt für die weitere Konjunktorentwicklung der Auslandsnachfrage eine besondere Bedeutung zu. Daß die von dieser Seite ausgehenden Nachfrageimpulse in der bisherigen Stärke anhalten, gilt als nicht sehr wahrscheinlich, da auch im Ausland hier und da der Konjunkturauftrieb an Schwung verliert und weil sich die veränderten Wechselkursrelationen mehr auswirken beginnen.

Die *Produktionsleistung* der baden-württembergischen Industrie erreichte um die Jahresmitte ihr bisher höchstes Niveau, das sich in den folgenden Monaten dann etwas abschwächte, aber doch eine weitgehende Auslastung der Produktionskapazitäten gewährleistete. Insgesamt produzierte die baden-württembergische Industrie im Jahr 1973 6,3% mehr als im Vorjahr. Bei den einzelnen Branchen bestanden allerdings zum Teil beträchtliche Unterschiede. Von der Industriekonjunktur wurden hauptsächlich die *Investitionsgüterindustrien* (+8,1%) erfaßt, die in Baden-Württemberg über 57% der Industriebeschäftigten aufnehmen und die mit Ausnahme des Maschinenbaus (+3,9%) durchwegs überdurchschnittliche Produktionszunahmen aufwiesen. Weit weniger dynamisch, nicht zuletzt bedingt von der Nachfrageseite her, verlief die Entwicklung dagegen bei den *Verbrauchsgüterindustrien* (+0,7%),

Schaubild 2

Entwicklung der industriellen Produktion 1973 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

Prozent



1174

die etwas im Schatten der Konjunktur standen. Hier zeigten einige Branchen gegenüber dem Vorjahr zum Teil ganz beachtliche Produktionsrückgänge, so zum Beispiel die Ledererzeugung (-21%), die Schuhherstellung (-15%), die Bekleidungsindustrie (-11%).

Tendenzwende in der Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft, von der in den letzten Jahren starke konjunkturelle Auftriebskräfte ausgingen, stand auch in den ersten Monaten des Jahres 1973 noch unter dem Einfluß der Hochkonjunktur und der Rekordergebnisse des vorhergehenden Jahres, in dem mit 107 400 fertiggestellten Wohnungen der bisher *größte Bauerfolg seit Kriegsende* zu verzeichnen war. Die Nachfrage war aus verschiedenen Gründen so stürmisch, daß die Bauwirtschaft noch mit einem hohen Bauvorrat von 197 800 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen in das Jahr 1973 hineinging. Die Baugenehmigungen nahmen auch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1973 noch zu. Ab Juni hat aber die Nachfragewelle offensichtlich ihren Höhepunkt überschritten, und von da ab setzte sich beim Wohnungsbau eine noch immer anhaltende rückläufige Tendenz der Nachfrage durch.

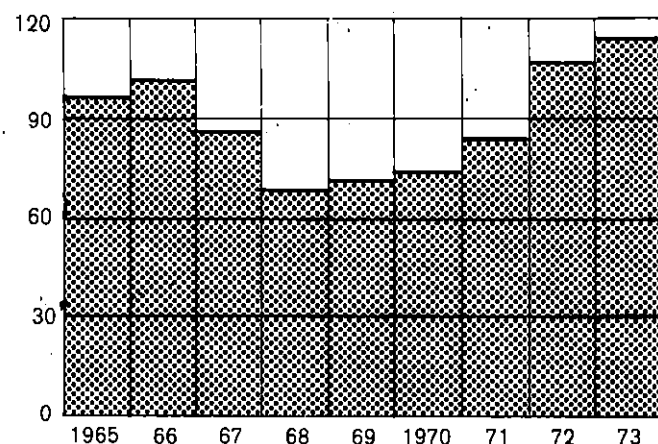
Damit zeichnet sich zweifellos auf dem Bauparkt nach jahrelangen Überhitzungserscheinungen eine *Beruhigung der Baukonjunktur* ab, die bereits Ende 1972 begonnen hat, deren weiterer Verlauf sich zur Zeit noch nicht absehen läßt. Es ist offensichtlich, daß im weiteren Verlauf beim *Wohnungsbau* die Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung mit der Aussetzung des § 7 b des Einkommensteuergesetzes für ein Jahr und nicht zuletzt die flankierenden Maßnahmen der Bundesbank ihre Wirkung nicht verfehlten und daß die Bauwirtschaft rascher als andere Wirtschaftsbereiche die Stabilitätsmaßnahmen zu spüren bekam. Die *Produktionsleistung* des Jahres 1973 wurde allerdings noch nicht beeinflusst. Die Bauwirtschaft arbeitete auf der Grundlage der noch vorliegenden Aufträge auf vollen Touren und hat nach vorläufigen Schätzungen sogar das Rekordergebnis des Vorjahres noch um rund 8000 Einheiten übertroffen.

Damit dürfte auch bei den Baufertigstellungen der Höhepunkt überschritten sein, denn verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, daß sich die Wohnbaukonjunktur abflachen wird. Die Zahl der Baugenehmigungen ist zwar noch verhältnismäßig hoch, sie geht aber doch merklich zurück. Außerdem muß

Schaubild 3a

Fertiggestellte Wohnungen 1965 bis 1973

in Tausend



1074

jetzt mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor gerechnet werden, da die unsichere Lage auf dem Wohnungsmarkt, die verschärfte kreditwirtschaftliche Situation und die damit verbundenen Finanzierungsschwierigkeiten manche Bauherren davon abhalten können, ihre Pläne zu realisieren. Unter diesen Gesichtspunkten ist es nicht ausgeschlossen, daß es 1974 zu freien Baukapazitäten kommen kann. Da die Bautätigkeit aber ein wichtiges Konjunktürelement darstellt und viele Wirtschaftszweige direkt oder indirekt mit Lieferungen und Leistungen daran beteiligt sind, würde eine Abschwächung in diesem Bereich auf viele Wirtschaftszweige ausstrahlen.

Die Lage im Tiefbau, die schon seit einiger Zeit, nicht zuletzt auf Grund der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand, nicht so günstig war wie im Hochbau, hat sich 1973 durch eine Zunahme der Auftragsgänge wieder etwas günstiger gestaltet. Wenn sich hier durch öffentliche Bauinvestitionen im Augenblick auch noch kein größerer Aufschwung abzeichnet, so ist doch anzunehmen, daß sich auf längere Sicht die Infrastrukturmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten, soweit das der finanzielle Rahmen zuläßt, verstärken werden und damit auch diesen Zweig wieder stärker beleben.

Große Nachfrage nach Arbeitskräften durch unsichere Weiterentwicklung am Jahresende gebremst

Der starke konjunkturelle Aufschwung hatte einen nachhaltigen Einfluß auf den Arbeitsmarkt. Schon zu Anfang des Jahres bestand eine große Nachfrage nach Arbeitskräften. Im März meldeten die Arbeitsämter bereits 110 000 offene Stellen.

Um die Jahresmitte war die Arbeitsmarktlage besonders angespannt. Die Zahl der offenen Stellen erreichte mit 123 000 im Juni ihren Höhepunkt. Im Vergleich zum Vorjahr lag die bei den Arbeitsämtern regi-

strierte Kräftenachfrage um 14 300 oder rund 14% höher. Den größten Bedarf meldeten die Metall- und Elektroindustrie sowie die Bauwirtschaft. Den offenen Stellen stand zur gleichen Zeit eine Arbeitslosenzahl von 12 300 gegenüber. Für Baden-Württemberg ergab das eine Arbeitslosenquote von 0,4% gegenüber 0,9% im Bundesgebiet.

Durch die nachlassende gesamtwirtschaftliche Expansion in der zweiten Jahreshälfte machten sich im Herbst auch auf dem Arbeitsmarkt Abschwächungstendenzen bemerkbar. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich vermindert, so daß die Zahl der offenen Stellen von 105 000 im September auf 69 000 im November zurückging und damit wesentlich geringer war als im Vorjahr. Die Zahl der *Arbeitslosen* war im November mit 25 000 um 10 000 höher als im Vorjahr. Der Anteil an der Arbeitslosenzahl des Bundes betrug allerdings nur 7,3%, und die Arbeitslosenquote lag mit 0,7% noch weit unter der des Bundes (1,5%). Auch die *Kurzarbeit* verstärkte sich zum Jahresende und begann mehr und mehr das Gesamtbild zu beeinflussen. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug im September noch rund 1800 und stieg dann im November bereits auf nahezu 12 000 an. Betroffen sind vor allem die Bekleidungs- und Textilindustrie, aber auch bei einigen anderen Industriezweigen mehrten sich die Anzeichen, so daß bei einer ausbleibenden konjunkturellen Belebung noch *mit weiteren Einschränkungen* gerechnet werden kann.

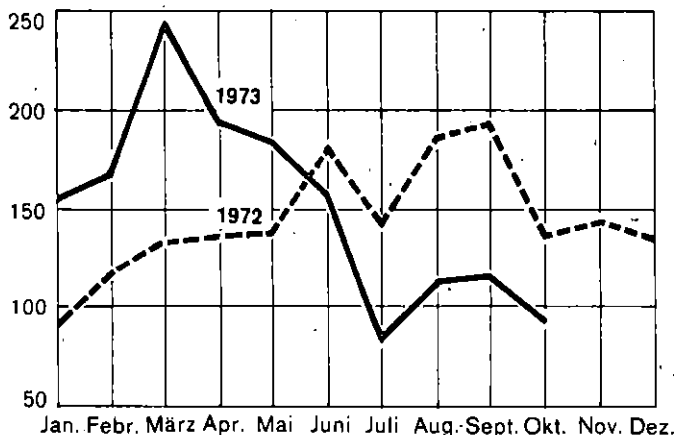
Obwohl sich gegen Ende des Jahres die Abschwächungstendenzen im Zusammenhang mit der nachlassenden Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar machten, so signalisieren die verfügbaren Indikatoren vorerst doch noch keine bedrohliche Entwicklung für die Gesamtbeschäftigung.

Mit einer weiteren Abschwächung des Arbeitsmarktes im Jahr 1974 muß allerdings gerechnet werden, wenn man die sich abkühlende Konjunktur, den Rück-

Schaubild 3b

Auftragseingänge im Wohnungsbau

MD 1971 = 100

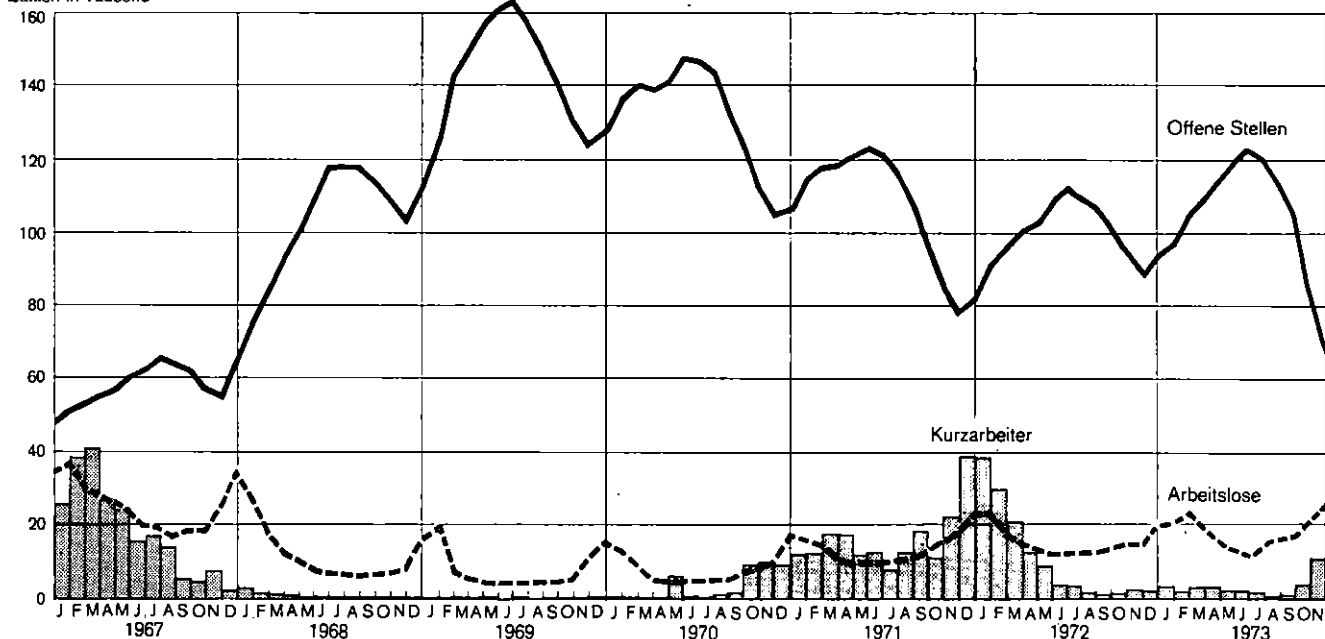


974

Schaubild 4

Arbeitslose, Kurzarbeiter und offene Stellen

Zahlen in Tausend



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

gang der offenen Stellen und neuerdings die Energiekrise, deren Auswirkungen sich noch nicht absehen lassen, in Betracht zieht. Das würde bedeuten, daß auch die Zahl der Arbeitslosen und die Kurzarbeit noch spürbar zunehmen könnten.

Ausländische Arbeitskräfte

Über die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte liegen durch die Umstellung des Meldeverfahrens bei den Arbeitsämtern noch keine Zahlen für 1973 vor. Zur allgemeinen Orientierung können jedoch die Verhältnisse des Jahres 1972 herangezogen werden, wobei davon ausgegangen werden kann, daß sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer 1973 weiter erhöht hat. Im Januar 1973 waren in Baden-Württemberg 569 000 ausländische Arbeitnehmer, die eine Arbeitserlaubnis hatten, beschäftigt. Welche Rolle sie in unserem Wirtschaftsleben spielen, kommt eindrucksvoll in ihrem hohen Anteil von nahezu 20% an der Zahl der Industriebeschäftigten zum Ausdruck. Bei einer Reihe von Industriezweigen ist ihr Anteil noch wesentlich höher, so zum Beispiel bei den Gießereien (33,6%), beim Fahrzeugbau (26,2%) und bei der Textilindustrie (25,2%). Eine besonders große Bedeutung kommt ihnen beim Bauhauptgewerbe zu, wo sie bereits über ein Drittel der Beschäftigten ausmachen. Bei der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt, wie sie in der hohen Zahl der offenen Stellen zum Ausdruck kommt, wurde auch 1973 die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte verstärkt. Nach den verfügbaren Unterlagen wurden von Januar bis August rund 35 800 neu angeworbene Arbeitskräfte, zum

großen Teil handelt es sich dabei um Türken, in den Arbeitsprozeß eingeschaltet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Zunahme von 57%.

Daß mit dieser Entwicklung, die nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden kann, eine Reihe von vielschichtigen Problemen auftreten, ist in letzter Zeit immer deutlicher in Erscheinung getreten. Es tritt immer dringender die Frage auf, ob nicht langsam an eine *Begrenzung der Ausländerbeschäftigung* gedacht werden muß. Dies gilt vor allem für die Ballungsgebiete, denn die Verteilung über das Land ist nicht gleichmäßig. Besonders hoch ist der prozentuale Anteil der Ausländer an den insgesamt Beschäftigten in den Arbeitsamtsbezirken Stuttgart mit 23%, Ludwigsburg 22,6% und Göppingen 19,8%. Der inzwischen von der Bundesregierung erlassene Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte aus Ländern, die nicht zur EG zählen, trägt der Situation zum Teil bereits Rechnung.

Für Baden-Württemberg stellt sich das Problem besonders dringlich, denn nicht weniger als ein gutes Viertel der 2,5 Millionen ausländischen Arbeitnehmer, die in der Bundesrepublik tätig waren, arbeiteten in baden-württembergischen Betrieben. Das bedeutet, daß bereits jeder sechste Arbeitnehmer in Baden-Württemberg Ausländer ist.

Daß sich diese Entwicklung im Jahr 1974 weiter zuspitzen wird, ist nicht anzunehmen, da bei einer konjunkturellen Abschwächung ein geringerer Bedarf an ausländischen Arbeitnehmern erforderlich ist. Auf die damit verbundenen Probleme wird in Teil 3, Ziffer 3 eingegangen.

Bisher größter Preisanstieg

Das Jahr 1973 brachte nicht nur Rekordergebnisse bei der industriellen Produktion und beim Wohnungsbau, die Hochkonjunktur war auch mit dem bisher größten Preisanstieg verbunden, der sich auf nahezu alle Marktstufen erstreckte. Die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden Steigerungen der Verbraucherpreise, wie sie im Anstieg des *Preisindex für die Lebenshaltung* gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck kommen, hielten sich zu Anfang des Jahres bereits bei 6,7%. Sie stiegen dann kontinuierlich weiter an und erreichten im Mai mit 8,1% den bisher höchsten Stand, eine Entwicklung, die die Öffentlichkeit sehr beunruhigte. Im weiteren Verlauf war die Zunahme zwar wieder etwas geringer, zum Teil weil die Preise bei den Agrarprodukten deutlich nachgaben, sie betrug aber im Oktober immer noch 5,6%. Insgesamt wird der Preisindex für die Lebenshaltung voraussichtlich im Jahr 1973 eine durchschnittliche Zuwachsrate von knapp 7% erreichen, gegenüber 6% im Vorjahr. Maßgeblich für den hohen Indexanstieg waren vor allem auch die Bereiche Verkehr sowie Heizung und Beleuchtung, die in den letzten Monaten größere Preissteigerungen aufzuweisen hatten.

Die *Importpreise* haben, gemessen am Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, die höchste Steigerungsrate zu verzeichnen. Im August lagen sie 18,0% über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Erwartungen, daß von einer verstärkten Einfuhr eine preisdämpfende Wirkung ausgehen könnte, haben

sich also nicht erfüllt, da auch andere Staaten von der Preissteigerungswelle erfaßt wurden.

Die Erzeugerpreise *industrieller Produktion* zeigten noch bis Ende 1972, wo sie 4,3% über dem Vorjahr lagen, verglichen mit anderen Bereichen eine etwas gemäßigte Zunahme. Im Jahr 1973 mit seiner starken konjunkturellen Expansion, vor allem im ersten Halbjahr, sind auch die Preise für Industrieerzeugnisse rasch gestiegen. Schon Mitte des Jahres übertrafen sie ihr Vorjahresniveau um 7,2%. Dazu trug unter anderem die kräftige Aufwärtsentwicklung der *Rohstoffpreise* an den internationalen Märkten bei und in letzter Zeit auch die ungewöhnlich starke Verteuerung von Heizöl. Abgesehen von der Rohstoffseite kamen aber auch inländische Kostensteigerungen dazu, vor allem Lohnerhöhungen, nicht zuletzt eine sehr lebhaftete Nachfrage.

Auch auf dem *Baumarkt* hat sich der Preisauftrieb schon zu Beginn des Jahres verstärkt fortgesetzt. Der Preisindex für Wohngebäude lag schon im Mai um 7,9% höher als im Vorjahr. Zweifellos hat sich die im Mai in Kraft getretene Lohnerhöhung im Bauhauptgewerbe auf die Preisentwicklung ausgewirkt, aber auch Materialverteuerungen und Transportkostenerhöhungen. Bei dem nachlassenden Druck von der Nachfrageseite, vor allem bei Wohnbauten, ist auf diesem Sektor in nächster Zeit wohl kaum mit einem weiteren Preisschub zu rechnen. Zum Teil werden sogar bereits vereinzelte Preisrückgänge festgestellt. Auf alle Fälle ist es unverkennbar, daß sich in diesem Bereich das Preisklima geändert hat.

Tabelle 2

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1973
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres in %

Monat	Einkaufspreise für Auslandsgüter	Erzeugerpreise industrieller Produktion	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Preisindex für die Lebenshaltung
Januar	+ 11,8	+ 4,8	+ 13,2	+ 6,7
Februar	+ 12,1	+ 5,5	+ 12,6	+ 7,0
März	+ 11,6	+ 5,5	+ 14,9	+ 7,3
April	+ 13,8	+ 6,0	+ 15,0	+ 7,6
Mai	+ 16,8	+ 6,2	+ 13,7	+ 8,1
Juni	+ 18,2	+ 6,7	+ 8,7	+ 7,9
Juli	+ 17,3	+ 7,2	+ 6,5	+ 6,8
August	+ 17,8	+ 7,4	+ 3,5	+ 6,6
September	+ 15,8	+ 6,9	+ 3,3	+ 5,5
Oktober	+ 17,2	+ 7,2	+ 4,3	+ 5,6
November				+ 6,2

Die *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte* erfuhren in den ersten Monaten des Jahres eine kräftige Erhöhung, so daß sie im April 15% über dem entsprechenden Vorjahresmonat lagen. Sie haben damit zweifellos sehr zur Verstärkung des Preisauftriebs in den Frühjahrsmonaten beigetragen. Ab Mai sanken diese Preise erstmals und gaben auch in den folgenden Monaten etwas nach. Hier wirkte sich offenbar das steigende Angebot der neuen, teilweise über den Vorjahresmengen liegenden Ernten preisdämpfend aus. Im August lag der Index für Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte nur noch 3,5% über dem entsprechenden Vorjahresstand und zeigte damit als einziger eine rückläufige Entwicklung seiner jährlichen Veränderungsrate an. So erfreulich diese Entwicklung für den Verbraucher ist, so wenig ist sie es natürlich für die Landwirtschaft, da eine Verschlechterung der landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse damit verbunden ist. Es kommt hinzu, daß der *Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel*, der ein Maß für die bei den landwirtschaftlichen Betrieben entstehenden Kosten darstellt, beträchtlich gestiegen ist. Seine Jahresveränderung betrug im August etwa 15%. Die Erlös-Kosten-Situation hat sich demnach für die Landwirtschaft verschlechtert.

Lohnentwicklung

Die Löhne und Gehälter erhöhten sich 1973 nominal etwas stärker als im Vorjahr. Von Juli 1972 bis Juli 1973 stiegen die *Stundenverdienste* der Industriearbeiter in Baden-Württemberg um 11,5% gegenüber 8,8% im Vorjahreszeitraum. Infolge geringfügiger Arbeitszeitverkürzungen ergab sich für die *Wochenlöhne* nur eine Steigerung von 10,7%, der Anstieg der Angestelltengehälter war mit 10,5% geringfügig niedriger.

Der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Industriearbeiter betrug Mitte des Jahres 8,77 DM (Vorjahr 7,83 DM), der durchschnittliche Wochenverdienst 385 DM (Vorjahr 348 DM). Den höchsten Lohn erhielten Männer in den Investitionsgüterindustrien mit 9,06 DM je Stunde. Beim Hoch- und Tiefbau wurden 8,54 DM verdient. Bei den Verbrauchsgüterindustrien lagen die Stundenlöhne etwas niedriger, was zum Teil auf die verschiedenartige Beschäftigtenstruktur zurückzuführen ist. Diese Strukturunterschiede wirkten sich auch auf den Durchschnittsstundenlohn der Frauen aus, der bei 6,49 DM (Vorjahr 5,76 DM) lag.

Wenn die Lohnerhöhungen zu den Preissteigerungen, wie sie im Preisindex für die Lebenshaltung zum Ausdruck kommen, in Beziehung gesetzt werden, ergibt sich im Berichtszeitraum von Juli 1972 bis Juli 1973 ein *realer Lohnanstieg* um 3,6% gegenüber 2,4% und 5,9% in den beiden Vorjahren. Dabei ist der durch das Hineinwachsen in die Steuerprogression hinzunehmende Einkommensverlust nicht berücksichtigt.

Öffentliche Finanzen

Die kassenmäßigen Landessteuereinnahmen (ohne Stabilitätzuschlag und Investitionsteuer) erreichten 1973 in Baden-Württemberg rund 12,1 Mrd. DM und waren damit um 13,4% höher als im Vorjahr, in dem die Zuwachsrate 19,4% betragen hatte. Die Aufwärtsentwicklung der Landeseinnahmen 1973 gegen 1972 beruht vor allem auf einem ungewöhnlich kräftigen Wachstum des Aufkommens aus den Steuern vom Einkommen (+16,8% auf 7,335 Mrd. DM Landesanteil), deren progressiver Tarif sowie deren Frei- und Pauschalbeträge im großen ganzen seit einem Jahrzehnt unverändert geblieben sind. Hinzu kommt, daß die Einkommen allein schon durch die inflatorische Aufblähung immer mehr in die Progression hineinwachsen.

Im Jahr 1974 werden jedoch die Steuereinnahmen voraussichtlich langsamer wachsen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres beliefen sich die Landessteuereinnahmen auf 4,77 Mrd. DM. Die Zunahme gegenüber den Landeseinnahmen im gleichen Zeitraum des Vorjahres beträgt 449 Mill. DM oder +10,4%. Auch zu diesem Anstieg haben maßgeblich die Steuern vom Einkommen beigetragen, die gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum Mehreinnahmen von 298 Mill. DM oder +12,3% (Landesanteil) erbrachten. Dabei wird angenommen, daß sich die zu Beginn des Jahres in wichtigen Beschäftigungsbereichen vereinbarten Tarifierhöhungen auch in den nächsten Folgemonaten noch entsprechend auswirken werden. Die *Lohnsteuer* wird 1974 als mit Abstand aufkommenstärkste Einzelsteuer wieder beachtliche Einnahmen erbringen. Bei der veranlagten Einkommensteuer ist mit einer abgeschwächten Expansion zu rechnen. Mit der Anpassung der Vorauszahlungen an die tatsächliche Steuerschuld werden sowohl die Abschlußzahlungen und Nachforderungen als auch die Vorauszahlungsbeträge vermutlich geringer steigen als in den letzten Jahren. Dementsprechend ist auch bei der *Körperschaftsteuer* für 1974 eine spürbare Verringerung der Mehreinnahmen zu erwarten. Bei den Umsatzsteuern wird sich trotz der bisher erheblichen Diskrepanz zwischen der Zunahme des privaten Verbrauchs und dem Steuereingang, der in den ersten fünf Monaten brutto um 1,9% rückläufig war, insgesamt für 1974 eine über der schwachen Zunahme im Vorjahr liegende Ausweitung ergeben. Das im *Staatshaushaltsplan 1974* veranschlagte Soll an Landessteuereinnahmen in Höhe von 13,550 Mrd. DM kann insgesamt nur dann verwirklicht werden, wenn im gesamten Haushaltsjahr 1974 gegenüber dem Istergebnis 1973 ein Steuermehrertrag von 1,5 Mrd. DM oder +12,5% erreicht wird. Dies würde jedoch voraussetzen, daß in der zweiten Jahreshälfte 1974 monatliche Steuermehreinnahmen in Höhe von mindestens 150 Mill. DM anfallen.

Der am 1. März vom Landtag verabschiedete Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1974 setzt sich zusammen aus einem Kernhaushalt in Höhe von 18,18 Mrd. DM und einem Eventualhaushalt in Höhe von

319,7 Mill. DM, die beide in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind. Die Ausgaben des Eventualhaushalts sind gesperrt. Sie dürfen nur geleistet werden, wenn und soweit die Konjunkturausgleichsrücklage des Landes durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats freigegeben ist.

Nach dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 1974 erhöht sich das Volumen des Kernhaushalts in Einnahmen und Ausgaben um 351,8 Mill. DM auf 18,53 Mrd. DM.

Gegenüber dem Haushaltsplan für 1973 (einschl. Nachtrag) bedeutet dies eine Steigerung um 12,1%. Verglichen mit den Ist-Ausgaben der Haushaltsrechnung 1973 ergibt sich dagegen eine Zunahme um nur 9,8%.

In Anbetracht der sich abzeichnenden verhaltenen wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung müssen auch die zu erwartenden Steuereinnahmen etwas skeptischer beurteilt werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sie hinter den Erwartungen zurückbleiben. Dadurch könnte die konjunkturpolitische und politische Manövrierfähigkeit des Landes noch mehr eingeengt werden. Im Hinblick darauf sollten wohl auch weitere Belastungen des Landeshaushalts, aus welchen Gründen auch immer, soweit wie möglich vermieden werden.

Ausblick

Die konjunkturelle Abkühlung, die mit der zweiten Jahreshälfte einsetzte, wird nach den vorliegenden Indikatoren wohl auch in das kommende Jahr hineinwirken. In einigen Bereichen der Wirtschaft hat die *Inlandsnachfrage* im Herbst spürbar nachgelassen, das gilt vor allem für die Verbrauchsgüterindustrie und den Baumarkt. Schon nach diesen in die Zukunft weisenden Indikatoren und auch weil der restriktive konjunkturpolitische Kurs offensichtlich beibehalten wird, muß damit gerechnet werden, daß der reale Wachstumsprozeß 1974 ein geringeres Ausmaß erreicht als 1973. Allerdings besteht zunächst noch kein Anlaß zu der Besorgnis, daß der *Konjunkturabschwung* in eine Rezession münden könnte. In der ersten Reaktion auf die Ölkrise gewann die Null-Wachstum-Hypothese an Bedeutung. Inzwischen hat die Ölkrise nach dem neuesten Informationsstand ihren Charakter aber geändert. Das Mengenproblem ist zu einem Preisproblem geworden. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird unter diesen Umständen daher nicht von einem indirekten Mengeneffekt wohl aber von einem direkten Preiseffekt beeinflusst werden, dessen Auswirkungen sich aber jetzt noch nicht absehen lassen. Ein gesamtwirtschaftliches reales Wachstum von rund 2% erscheint jedoch nicht mehr unwahrscheinlich.

Die abgeschwächte Konjunktur am Jahresende, die harte Stabilisierungspolitik und die Folgen der Ölkrise bleiben sicher nicht ohne Auswirkungen auf die *Beschäftigung*. Mit *mehr Kurzarbeit* und einer *größeren Arbeitslosenzahl* als bisher muß daher gerechnet werden. Dabei wird es sich aber eher um eine differenzierte Entwicklung in einzelnen Branchen und Regionen handeln. Mit besonderen Schwächen des Arbeitsmarktes ist hauptsächlich im Baugewerbe und in den Bereichen, die vom Automobil abhängen, zu rechnen. Zu besseren Erkenntnissen könnte man gelangen, wenn für Baden-Württemberg schon eine Input-Output-Tabelle hätte erstellt werden können. Mit ihrer Hilfe könnten wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden über die produktionsmäßige sektorale und regionale Verflechtung und die dadurch bedingte Abhängigkeit zwischen den Branchen sowie über die möglichen Auswirkungen hinsichtlich der Beschäftigung. In welchem Ausmaß der bei einigen Bereichen zu beobachtende Produktionsrückgang eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirkt, hängt bis zu einem gewissen Grade auch von dem Anteil der ausländischen Arbeitnehmer ab. Es kann ja doch damit gerechnet werden, daß ein Teil von ihnen bei Beschäftigungsschwierigkeiten die Bundesrepublik verläßt. Während der Rezession 1966/67 war das immerhin der Fall, so daß die Arbeitslosigkeit dadurch in Grenzen blieb.

Bei den anfällig erscheinenden Branchen ist der Ausländeranteil verhältnismäßig hoch. Er beträgt zum Beispiel beim Fahrzeugbau 26%, bei der Textilindustrie 25%, der Bekleidungsindustrie 22%, bei Lederverarbeitung und Schuhen 21% und beim Baugewerbe über ein Drittel. Ein Rückschlag in diesen Bereichen muß deshalb nicht unbedingt in vollem Ausmaß die deutschen Arbeitnehmer treffen.

Bei einem Ausblick auf das Jahr 1974 müssen nicht nur die Anzeichen einer veränderten allgemeinen konjunkturellen Situation berücksichtigt werden, es müssen jetzt außerdem auch noch die im Zusammenhang mit einer *Ölkrise* möglichen konjunkturellen und nicht zuletzt auch strukturellen Auswirkungen ins Auge gefaßt werden. Die Wirtschaft wird zweifellos anders disponieren als in den vorhergehenden Zeiten des Booms. Das wird sich voraussichtlich unter anderem in einer größeren Zurückhaltung bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte auswirken, und auch die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen werden sich unter Umständen vor ganz andere Aufgaben und Probleme gestellt sehen als im vergangenen Jahr. Sie werden darauf vorbereitet sein müssen, daß, je nach dem Ausmaß der erwarteten Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit, *Impulse zur Belebung* erforderlich werden können. In Anbetracht der neuen Situation hat die Bundesregierung schon erste entsprechende Maßnahmen beschlossen (Aufhebung der Investi-

tionssteuer und der § 7b - Beschränkung). In diesem Zusammenhang spielen auch die von der Landesregierung vorbereiteten Investitionsprogramme eine große Rolle. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß Produktionsrückschläge, soweit sie durch die Mineralölnknappheit verursacht werden, auch nicht durch herkömmliche konjunkturpolitische Maßnahmen, durch Belebung der Nachfrage und ähnliches behoben werden können, daß den Einwirkungsmöglichkeiten also Grenzen gesetzt sind. In der augenblicklichen Situation geht es langfristig gesehen darum, nicht irgendwelche Produktionen zu vermehren, sondern die knappen Energiequellen.

Die staatliche Wirtschaftspolitik wird zweifellos eine vordringliche Aufgabe darin sehen, die Energieforschung zu fördern und alle Möglichkeiten der zusätzlichen Energiegewinnung zu unterstützen. Diese Aufgabe wird in Zukunft den Investitionsausgaben des Staates mehr und mehr ihren Stempel aufdrücken. Kurzfristig wird es vorerst aber darum gehen, den knappen Energierohstoff in erster Linie dorthin zu lenken, wo er ein Höchstmaß an Beschäftigung und

Produktion bringt. Das wird nicht ohne Einschränkung auf manchen Sektoren, nicht zuletzt im privaten Bereich, möglich sein. Die zuständigen staatlichen Instanzen müssen sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit diesen Problemen im neuen Jahr sehr stark beschäftigen, da sie sich ohne staatliche Einflußnahme wohl kaum lösen lassen.

Bei der *Preisentwicklung*, die nach wie vor im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, machten sich im letzten Quartal zwar gewisse Anzeichen einer Beruhigung bemerkbar, und bei einigen wichtigen Preisindices ergab sich eine Verringerung der Anstiegsraten gegenüber dem Vorjahr, von einer Tendenzwende kann vorerst aber noch nicht gesprochen werden. Von der Binnenkonjunktur her wären zwar die Voraussetzungen dazu jetzt eher gegeben, noch nicht absehen lassen sich aber die Einflüsse der Vorgänge im Nahen Osten auf die Energieversorgung und die Auswirkungen auf die Rohstoff- und Ölmärkte. Hier scheint deshalb für das Jahr 1974 vorerst noch eine zurückhaltende Beurteilung angebracht. Die *Gefahr einer Stagflation*, eines wirtschaftlichen Stillstands bei steigenden Preisen, kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Längerfristige Vorausschätzungen bis 1985

2.1 Zweck und methodische Grundlagen

1. Neben dem im Teil 1 gegebenen Rückblick auf das Jahr 1973 und dem kurzen Ausblick auf 1974 spielt für die Orientierung der Landesregierung – und für die Information vieler Stellen im Lande – auch die Frage eine maßgebliche Rolle, mit welchem *langfristigen* Trend der Weiterentwicklung zu rechnen ist. Vorstellungen über die voraussichtliche oder wahrscheinliche langfristige Entwicklung wichtiger demographischer und ökonomischer Tatbestände sind für die Fundierung planerischer Zielsetzungen von fundamentaler Bedeutung.

Das Statistische Landesamt legt daher im folgenden die Ergebnisse einer *Vorausschätzung* vor, bei der versucht wird, die aus heutiger Sicht mögliche Weiterentwicklung einiger zentraler Größen *bis 1985* abzuschätzen. Die Berechnungen sind bereits vor Beginn der Energiekrise abgeschlossen worden. Sie gelten daher im wesentlichen für die vor dieser neuen Situation vorliegenden Voraussetzungen. Da es sich um eine langfristige Prognose handelt und da die Konsequenzen der Energiekrise über einen längeren Zeitraum noch nicht abzuschätzen sind, behält die Vorausschätzung trotz der veränderten Situation ihren Orientierungswert. Nicht zuletzt wird immer wieder, soweit möglich, auf die neue Situation Bezug genommen.

Um die Entwicklungen der letzten Zeit etwas stärker zu berücksichtigen, sind in einem kurzen zusätzlichen Abschnitt Art und Komplexität von möglichen Auswirkungen der Energiekrise aufgezeigt worden. Da weder der Politiker noch der Fachwissenschaftler oder der Statistiker heute schon konkrete Vorstellungen über das Ausmaß und die Zeitdauer der Energiekrise haben, ist auf den Versuch verzichtet worden, schon jetzt Daten über eventuelle Änderungen zu berechnen. Die Abschätzung solcher Daten vor allem für die kurz- und mittelfristige Entwicklung wird nachzuholen sein, sobald mehr Klarheit über die zu erwartende Situation auf dem Energiesektor besteht.

2. Für die Beurteilung und Verwendung der Ergebnisse von Vorausschätzungen müssen die folgenden Punkte beachtet werden:

- a) Keine Vorausschätzung kann „die Zukunft“ prophezeien. Sie kann nur die aus der jeweiligen Sicht wahrscheinlichen oder möglichen Entwicklungslinien aufzeigen.
- b) Jede Vorausschätzung ist prämissenorientiert. Sie gilt *nur* für die Annahmen, von denen bei den Berechnungen ausgegangen worden ist.

- c) Jede Vorausschätzung muß in bestimmten Zeitabständen überprüft und an die in der Zwischenzeit eingetretene tatsächliche Entwicklung angepaßt werden.

Für die Vorausschätzungen von Eckdaten in einem Bundesland gelten zwei zusätzliche Voraussetzungen:

- (1) Die Vorausschätzung muß sich vor allem im ökonomischen Bereich an die für die gesamte Bundesrepublik geschätzte Entwicklung anlehnen.
- (2) Die Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten muß ergänzend erfolgen, soweit hierfür von der speziellen Struktur des Landes, von seiner bisherigen Entwicklung und von seinen Planungsvorhaben her fundierte Anhaltspunkte vorliegen.

3. In die vorliegenden Vorausschätzungen sind Größen aus folgenden Bereichen wegen ihres besonderen allgemeinen Informationswertes einbezogen worden:

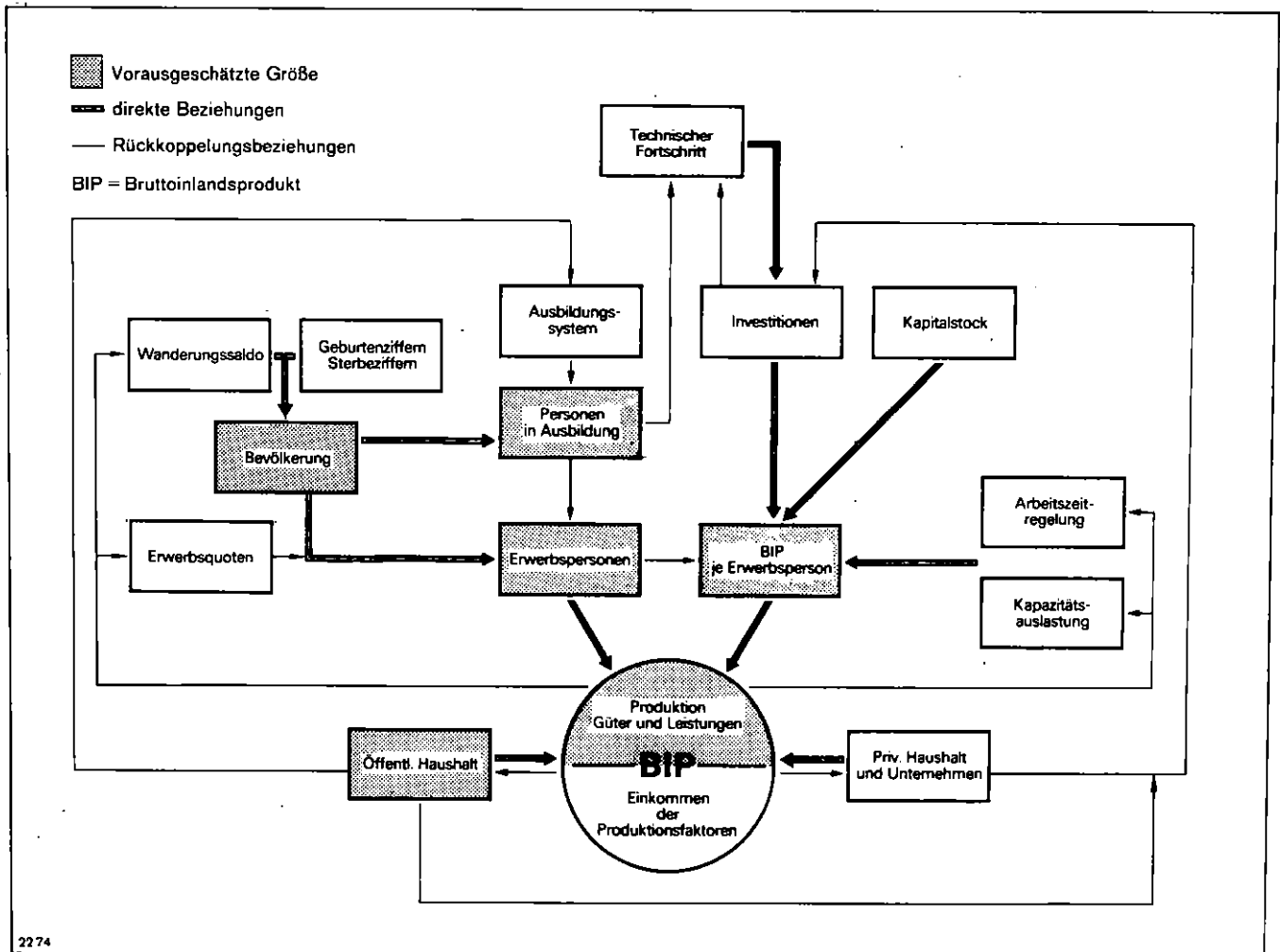
- a) Bevölkerung,
- b) Bildungswesen,
- c) Erwerbstätigkeit,
- d) Brutto- Inlandsprodukt (als Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).
- e) Öffentliche Finanzwirtschaft

Die folgende Graphik veranschaulicht den Zusammenhang zwischen allen für die Weiterentwicklung maßgeblichen Größen.

Da bisher noch kein geschlossenes, ausreichend gesichertes Modell für die Vorausschätzung aller Größen vorhanden ist, wurden die Eckdaten für jeden Tatbestand in einem „empirisch-analytischen Verfahren“ zunächst einzeln geschätzt und sodann unter Verwertung aller datenorientierten Erfahrungen und Kenntnisse sowie unter Berücksichtigung aller weiteren dem Amt bekannten Informationen geprüft und aufeinander abgestimmt. Den Ausgangspunkt bildete allgemein die Frage, ob und wie weit der Trend der bisherigen Entwicklung auch auf die Zukunft übertragen werden kann oder in welcher Richtung er auf Grund bestimmter Anhaltspunkte und Annahmen abgeändert werden sollte.

Die Grundlagen der Berechnungen sind zusammen mit der folgenden Darstellung der Ergebnisse skizziert worden, soweit dies zur Beurteilung der Resultate und ihrer Verwendbarkeit erforderlich schien.

Einige wichtige Beziehungen zwischen demographischen und ökonomischen Größen



4. Trotz der getrennten Vorausschätzung der einzelnen Größen ist zunächst überlegt worden, von welchen *allgemeinen Annahmen* für die langfristige Entwicklung in Baden-Württemberg ausgegangen werden sollte. Hierfür sind als Ausgangsbasis die bisherigen langfristigen Entwicklungsphasen analysiert worden. Es hat sich gezeigt, daß auf vielen Gebieten, insbesondere aber im Bereich der Wirtschaft, auf eine sehr dynamische Aufbauphase in den fünfziger Jahren eine Konsolidierungsphase in den sechziger Jahren mit deutlich reduziertem Wachstum folgte. In Anbetracht des inzwischen erreichten sehr hohen absoluten Standes der Entwicklung in allen Bereichen liegt es nahe anzunehmen, daß der Vorausschätzungszeitraum weitgehend als eine neue Phase – eine Art generelle Umorientierungsphase einer hochindustrialisierten Gesellschaft – mit weiter abgeflachten Zuwachsraten zu kennzeichnen sein wird. Die sich deutlich abzeichnende allgemeine und strukturell bedingte Rohstoff- und Energieknappheit spricht ebenso wie die Tatsache bestimmter ökologischer Belastungsgrenzen für eine weitere Verlangsamung und partielle Umorientierung der Entwicklung. Ganz unabhängig von der jetzt aktuellen Energiekrise spricht manches

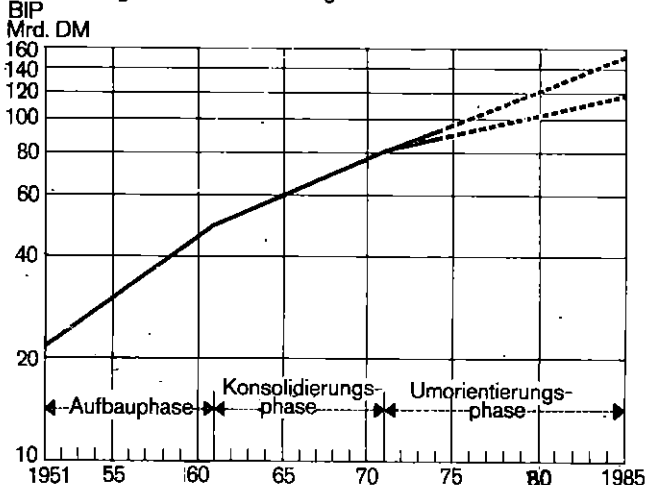
dafür, daß diese Perspektiven besonders in den achtziger Jahren an Bedeutung gewonnen hätten (vgl. Ziffer 2.7).

Ausgehend von dieser ganz allgemeinen und keineswegs nur für Baden-Württemberg gültigen Modellvorstellung mußten ihre Auswirkungen auf *alle* Bereiche und auf die Entwicklung aller Größen berücksichtigt werden. So zeichnen sich zum Beispiel für die Bevölkerung gegenüber früher deutlich verringerte Zunahmen ab, die zum einen auf den Geburtenrückgang und zum anderen auch auf den stark reduzierten Ausländerzustrom zurückzuführen sind, der ab Ende der 70er Jahre ganz versiegen könnte. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil das hier angesetzte Wirtschaftswachstum von einer gegenüber der Vergangenheit etwas geringeren Wachstumsrate ausgeht, so daß die in Zukunft zu erwartenden Erwerbspersonen aus dem deutschen Potential den zusätzlichen Bedarf weitgehend abdecken dürften. Ein etwas geringeres Wirtschaftswachstum dürfte weiterhin über eine damit verbundene Abschwächung der staatlichen Einnahmequellen auch für den Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft gewisse einschränkende Konsequenzen haben.

Schaubild 1b

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts – Empirischer Trend und Vorausschätzung –

(Ordinate logarithmische Einteilung)



3874

Diese Vorstellungen liegen als Leitlinie dem gesamten System der vorgelegten Vorausschätzung zugrunde. Sie werden durch die seit kurzem bestehende Energiekrise nicht nur bestätigt, sondern eventuell im Zuge einer weiteren Revision in der Richtung auf noch stärkere Abflachung und Verlangsamung der Entwicklung geändert werden müssen.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung

Die Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung – und damit für die deutsche und die ausländische Bevölkerung – soll darüber Auskunft geben, wie sich nach den neuen demographischen Tendenzen Zahl und Struktur der Bevölkerung in Baden-Württemberg voraussichtlich entwickeln werden¹⁾. Die *Zahl* von Personen – die Größe einer Bevölkerung – tangiert alle Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche in hohem Maße und bildet die Grundlage aller Planungen. Von gleicher Wichtigkeit ist allerdings die *Struktur* der Bevölkerung, also insbesondere die Besetzung der einzelnen Altersgruppen. Hier werden beim Durchgang durch die einzelnen Altersstufen ganz speziell Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik angesprochen.

Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung und für die Deutschen

Größe und Altersaufbau einer Bevölkerung werden von zwei Komponenten entscheidend beeinflusst: der Fruchtbarkeit und der Wanderung. Wie aus den vielen Diskussionen des abgelaufenen Jahres über sinkende Geburtenziffern und über Probleme eines weiteren ungebremsten

Zuströmens von Ausländern hervorgeht, umspannen diese beiden demographischen Erscheinungen eine Fülle von zum Teil offenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Problemen. Dabei kann der Ausländerzu- strom durch verschiedenartige Maßnahmen relativ schnell gesteuert werden, die Entwicklung des generativen Verhaltens entzieht sich demgegenüber direkter und schnell- wirkender Einflußnahme. Die Konsequenzen dieser Entwicklung – mehr oder weniger Personen – überlagern daher in Form langer Wellen die Bevölkerungsentwick- lung bis weit in die Zukunft hinein.

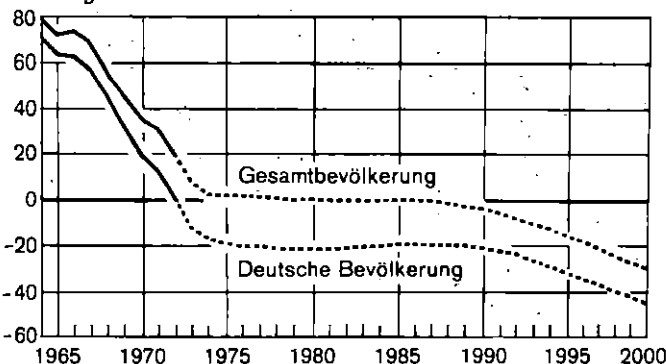
Von drängender Aktualität ist im Moment allerdings das Ausländerproblem. Die Zahl der Ausländer ist inzwi- schen auf 887 000 Personen (Juni 1973) angestiegen und macht knapp 10 Prozent der gesamten Wohnbevöl- kerung aus. Damit stellt sich in letzter Zeit immer dringlicher die Frage, ob wegen der stark wachsenden Folgeprobleme und Folgekosten ein weiteres ungelenk- tes Anwachsen der Ausländerzahl wünschenswert sein kann. Weiterhin stellt sich angesichts der neuesten konjunkturellen und strukturellen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung (Energiekrise) die Frage, ob im bisherigen Ausmaß Ausländer zuströmen werden. Nicht zuletzt besteht auch Unklarheit darüber, wieviele der schon anwesenden Ausländer auf Dauer in Baden-Würt- temberg bleiben wollen und wieviele nach einer be- stimmten Zeit die Rückkehr in ihre Heimat anstreben.

Diese Unsicherheiten veranlaßten das Statistische Lan- desamt, neben seiner Vorausschätzung für die Gesamt- bevölkerung sozusagen als Untergrenze der künftigen Entwicklung auch eine Vorausschätzung nur für die *deutsche* Bevölkerung durchzurechnen. Damit ergeben sich einmal Informationen über zukünftige Größenord- nungen einer stabilen Gesamtmasse, zum anderen tre- ten demographische Strukturen wie Fruchtbarkeit, Ge- schlechterproportionen und Besetzung von Altersstufen deutlicher für die heimische Bevölkerung hervor. Diese wurden bisher häufig durch jeweils gegenläufige Struk- turmerkmale des ausländischen Bevölkerungsteils ver- deckt.

Schaubild 2

Geburtenüberschuß oder -defizit

Lebendgeborene in Tausend



1574

¹⁾ Methodische Erläuterungen und Übersichtstabellen vgl. Anhang.

Fruchtbarkeit und Wanderung

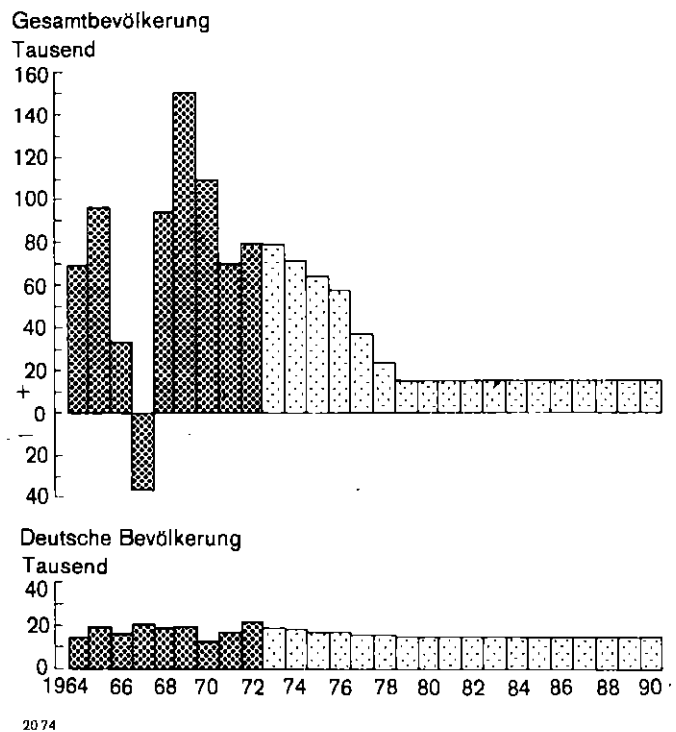
Die Entwicklungen der letzten Jahre werden wesentlich von der Tatsache geprägt, daß die *Fruchtbarkeit* der deutschen Bevölkerung seit 2 bis 3 Jahren, die der Gesamtbevölkerung seit 1972/73 unter das Reproduktionsniveau gesunken ist. Speziell im letzten Jahr ergaben sich also Bevölkerungszunahmen ausschließlich infolge der Zuwanderung. In der Vorausschätzung wurde davon ausgegangen, daß die abnehmende Tendenz noch bis 1974 weiterläuft und sich dann während des gesamten Vorausschätzungszeitraums stabilisiert. Alle Schätzergebnisse gelten also unter der Annahme einer auch in Zukunft relativ niedrigen Fruchtbarkeit.

Die Auswirkungen des im ganzen Bundesgebiet zu beobachtenden Geburtenrückgangs wurden in Baden-Württemberg bisher zu einem erheblichen Teil durch die Ausländer überdeckt. Bedingt durch eine höhere Fruchtbarkeit und eine besondere Altersgliederung weisen die Ausländer überdurchschnittliche Geburtenzahlen auf. So entfielen bei einem Ausländeranteil von 9 % an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1972 rund 20 % aller Geburten auf Ausländer. Diesen Verhältnissen entsprechend enthält die Vorausschätzung einen Fruchtbarkeitsansatz für die Gesamtbevölkerung und einen deutlich niedrigeren Ansatz für die deutsche Bevölkerung.

Der *Wanderungssaldo* der Gesamtbevölkerung enthält Zu- und Fortzüge von Deutschen und Ausländern. Der Wanderungsgewinn an deutschen Personen ist recht stabil, er wird im Vorausschätzungszeitraum im Schnitt auf 15 000 Personen jährlich angesetzt. Maßgebend allerdings sind Zu- und Fortzüge von Ausländern, die ihrerseits von der jeweiligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage mit beeinflußt werden. Hier erscheint es aussichtslos, die künftigen Wanderungssalden in den einzelnen Jahren exakt vorauszusagen. Deshalb wurde versucht, durch grundsätzliche Überlegungen über Ursachen und Motive der Wanderungen den Wanderungsansatz den erkennbaren längerfristigen Perspektiven anzupassen. Ausgangspunkt dafür ist einerseits die Tatsache, daß die Zuwanderung der Ausländer überwiegend im mobilen Alter und damit fast ausschließlich aus Erwerbsgründen erfolgt. Andererseits ist damit zu rechnen, daß von den Jahren 1975/78 an wieder mehr Erwerbspersonen aus heimischer Bevölkerung zu erwarten sind. Daraus ergeben sich — zusammen mit der Annahme eines leicht abgeschwächten Wirtschaftswachstums — mit allen Vorbehalten plausible Gründe dafür, daß der Ausländerzustrom zurückgehen wird. In die vorliegende Vorausschätzung wurde daher für die Gesamtbevölkerung für 1973 noch ein Wanderungsgewinn von 79 000 Personen eingerechnet, der allerdings in den folgenden Jahren zunächst langsam, dann rasch bis auf 15 000 Personen im Jahr 1979 vermindert wird. Da diese 15 000 Personen dem Wanderungsgewinn an Deut-

Schaubild 3

Jährliche Wanderungssalden (Wanderungen über die Landesgrenze) 1964 bis 1972 mit Vorausschätzungen bis 1990



schen entsprechen, bedeutet dies, daß ab 1979 kein Wanderungsgewinn an Ausländern mehr berücksichtigt wird.

Allerdings legt die jüngste, politisch ausgelöste Energiekrise durchaus die Überlegung nahe, daß der Rückgang des Ausländerzustroms wegen der möglichen Folgen auf die Arbeitskräftenachfrage schon wesentlich früher und weit stärker als angenommen einsetzen kann.

Abflachung der Bevölkerungsentwicklung

Ergebnis der skizzierten Annahmen ist hinsichtlich der Gesamtbevölkerung eine Zunahme um 440 000 Personen oder 4,8%, und zwar von 9,15 Mill. Personen Anfang 1973 auf 9,59 Mill. Personen bis 1985. Dies bedeutet ein gegenüber dem vorhergehenden Zwölfjahreszeitraum (1961 bis 1973: + 18 %) entscheidend verlangsamtes Anwachsen. Diese Abflachung ist auf die wesentlich geringere Fruchtbarkeit sowie auf die deutliche Reduzierung des Wanderungsansatzes zurückzuführen. Bei für die Gesamtbevölkerung in Zukunft etwa ausgeglichener Zahl von Geburten und Sterbefällen resultiert die Zunahme in diesem Zeitraum nur noch aus dem Wanderungsgewinn. Die ausgeglichene Zahl von Geburten und Sterbefällen ihrerseits ergibt sich trotz niedriger Fruchtbarkeit daraus, daß die geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg etwa ab Mitte der 70er Jahre in das fruchtbare Alter aufrücken. Die Konsequenzen der niedrigen Geburtenziffer werden erst mit dem Nachrücken schwächer besetzter Geburtenjahrgänge voll sichtbar werden, was

Tabelle 1

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung

Jahr	Gesamtbevölkerung			Deutsche Bevölkerung		
	Männer	Frauen	Zusammen	Männer	Frauen	Zusammen
	Millionen Personen					
1961	3,7	4,1	7,8	3,6	4,0	7,6
1973	4,4	4,7	9,2	3,9	4,4	8,3
1975	4,5	4,8	9,3	3,9	4,4	8,3
1980	4,6	4,9	9,5	3,9	4,4	8,3
1985	4,7	4,9	9,6	4,0	4,3	8,3
Veränderung in %						
1961-1973	+ 20,2	+ 15,9	+ 18,0	+ 10,6	+ 8,9	+ 9,7
1973-1985	+ 6,4	+ 3,3	+ 4,8	+ 0,7	- 1,5	- 0,5

schließlich — etwa ab 1995 — dazu führen wird, daß dann das Geburtendefizit auch durch einen eventuell weiterlaufenden Wanderungsgewinn nicht mehr ausgeglichen wird.

Dieser neue *Trend der Bevölkerungsentwicklung* wird nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in der Bundesrepublik und vielen anderen Staaten festgestellt und in zunehmendem Ausmaß beachtet. In weltweiten Diskussionen werden seine Konsequenzen in vielen Bereichen wie zum Beispiel im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt sowie in der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik untersucht und dargestellt. Daß eine Abflachung der bisherigen Bevölkerungsentwicklung zu erwarten war, zeigt schon eine einfache Modellrechnung. Wäre beispielsweise das Wachstumstempo des Zeitraums 1961 bis 1973 beibehalten worden, so hätte dies bedeutet, daß schon im Jahr 2010 — also in gut 30 Jahren und damit in durchaus übersehbarer Zukunft — etwa 15,5 Mill. Personen in Baden-Württemberg leben würden. Schon heute jedoch ist Baden-Württemberg ein dicht besiedeltes Land, und schon heute werden die weitere Tragfähigkeit und Belastbarkeit bestimmter Teilräume überprüft. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß die skizzierte potentielle Entwicklung zu Spannungen in wirtschaftlicher, sozialer und damit auch politischer Hinsicht hätte führen können.

Selbst wenn man den starken Ausländerzustrom unberücksichtigt läßt und das Wachstum lediglich der deutschen Bevölkerung in den letzten 12 Jahren beispielhaft fortrechnet, ergäbe sich die gleiche Bevölkerungszahl (15,5 Mill.) zwar nicht in gut 30 aber doch in etwa 70 Jahren. Demgegenüber ergibt sich

aus den Annahmen der Vorausschätzung, daß im Zeitraum 1973 bis 1985 die deutsche Bevölkerung um insgesamt 0,5%, das sind 40 000 Personen, zurückgehen dürfte. Sinkende Bevölkerungszahlen aber werden häufig mit Vorstellungen einer räumlichen Entleerung und sozialer sowie wirtschaftlicher Verödung in Verbindung gebracht. Rechnet man jedoch beispielsweise die skizzierte tendenzielle Entwicklung in die Zukunft fort, so ergibt sich, daß der gegenwärtige deutsche Bevölkerungsstand in Baden-Württemberg in etwa konstant bleibt. Diese mögliche Stabilisierung im Zeitraum 1975 bis 1985 kommt bei einem jährlichen Geburtendefizit von etwa 20 000 Personen durch den vermutlichen Wanderungsgewinn von jährlich etwa 15 000 Deutschen zustande.

Wie die Diskussionen zeigen, sind die *Konsequenzen* in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen — besonders deutlich beispielsweise in der Bildungspolitik und der Sozialpolitik — zu verfolgen. Herausgegriffen seien hier einige Aspekte zu den wirtschaftlichen Folgen. Was das durch diese Entwicklung oft als gefährdet angesehene wirtschaftliche Wachstum betrifft, so wird noch zu zeigen sein (vgl. Teil 3, Ziffer 5), daß die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts überwiegend vom technischen Fortschritt und nur zu einem geringen Teil von der Zahl der zusätzlich zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen abhängt. Unter den heute gegebenen technischen Möglichkeiten ist die mehr oder weniger große Zahl an Erwerbspersonen eine Determinante des Wirtschaftswachstums, neben der andere Faktoren wie Energie- und Rohstoffversorgung sowie ökologische Umstände eine überragende Rolle spielen. Es muß davon ausgegangen werden, daß diese Komponen-

Tabelle 2

Voraussichtliche Entwicklung von Personengruppen im Bildungsalter

Alter von bis unter Jahren	Gesamtbevölkerung				Deutsche Bevölkerung			
	1973	1975	1980	1985	1973	1975	1980	1985
	1000 Personen							
0 - 3	357	311	311	328	302	246	236	257
3 - 6	441	388	300	317	400	337	230	244
6 - 10	636	624	468	409	594	570	385	312
10 - 15	735	782	773	570	695	732	697	464
15 - 18	396	426	485	454	365	391	448	403
18 - 25	911	948	1 044	1 135	771	798	919	1 031

ten dem bisher ungehämmtten Wirtschaftswachstum angesichts des schon erreichten Niveaus in Zukunft eine mehr oder weniger deutliche Grenze setzen. Bei zukünftig reduziertem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, aber gleichzeitig starker Bevölkerungszunahme wäre über kurz oder lang das Problem aufgetreten, allen zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen einen Arbeitsplatz zu beschaffen. So würden aus einer Bevölkerungszahl von über 15 Mill. Personen — um das obige Rechenbeispiel noch einmal aufzugreifen — bei einer Erwerbsquote von 50% über 7 Mill. Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. Angesichts der Größe des potentiellen Problems läßt sich sagen, daß es darum gehen würde, *irgendeinen* Arbeitsplatz zu finden — heute so wichtige Überlegungen bezüglich einer angemessenen und humanen Arbeitswelt würden gegenstandslos.

Die Entwicklung bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedeutsamer Altersgruppen

Üblicherweise wird die Bevölkerung in drei große Altersgruppen untergliedert: Personen im Alter von unter 15 Jahren (in Ausbildung und noch nicht erwerbstätig), Personen im Alter von 15 Jahren bis unter 65 Jahren (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) und Personen im Alter von 65 Jahren und mehr (nicht mehr erwerbstätig und überwiegend von abgeleiteten Einkommen lebend). Dieses einfache Gliederungsschema ist heute insbesondere an den beiden Nahtstellen des Eintritts in das Erwerbsleben und des Austritts aus dem Erwerbsleben weniger eindeutig. Trotzdem kann es auch weiterhin die für die einzelnen Bereiche grundlegenden demographischen Tendenzen zusammenfassen und verdeutlichen.

So wird im Vorausschätzungszeitraum der Anteil der Personen im Alter von unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung von 23,7 % Anfang 1973 bis auf 16,9 % im Jahr 1985 (deutsche Bevölkerung: von 23,9 % auf 15,4 %) zurückgehen. Das bedeutet eine Abnahme von

550 000 Personen bei der Gesamtbevölkerung, um gut 700 000 bei den Deutschen. Dabei sind zwei Komponenten zu unterscheiden: Zum einen die Tatsache, daß die stark besetzten Jahrgänge (1973: etwa ab 6 Jahren) in immer höhere Altersgruppen aufrücken, was bedeutet, daß das weiterführende Schulsystem in Zukunft mit diesen Größenordnungen zu rechnen haben wird. Demgegenüber werden die nachrückenden Jahrgänge wegen der sinkenden Geburten wesentlich schwächer besetzt sein, so daß mit gegenüber bisher geringeren Einlaufdaten in das Schulsystem zu rechnen ist.

Demgegenüber wird der Anteil der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bei der Gesamtbevölkerung von 64 % im Jahr 1973 auf 70,8 % im Jahr 1985 und bei der deutschen Bevölkerung von 62,8 % auf 70,5 % ansteigen. Mit dieser Entwicklung ist bei der Gesamtbevölkerung eine Zunahme der Personenzahl von 5,86 Mill. auf 6,79 Mill. und bei den Deutschen von 5,22 Mill. auf 5,84 Mill. verbunden. Diese sehr stark anwachsende Bevölkerungsgruppe bildet das Potential der zukünftigen Erwerbspersonen.

Innerhalb dieser großen Gruppe, besonders in den höheren Altersjahren, sind starke und oft plötzlich auftretende Verschiebungen in der Besetzung einzelner Altersjahre zu erwarten. Diese durch Kriegsverluste und Geburtenausfall entstandenen Lücken und Unregelmäßigkeiten in der Altersgliederung, vornehmlich der deutschen Bevölkerung, rücken zwar von Jahr zu Jahr um eine Altersstufe weiter, bleiben aber im gesamten Vorausschätzungszeitraum noch sichtbar und wirksam.

Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den Personen im Alter von 65 Jahren und höher, deren Anteil bei der Gesamtbevölkerung von 12,3 % (Deutsche: 13,3 %) Anfang 1973 mit Aufrücken der stark besetzten Jahrgänge aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg zunächst auf 13,5 % (Deutsche: 15,3 %) im Jahr 1980 ansteigen wird. Dann aber wird der Anteil mit dem Nachrücken der schwach besetzten Geburtsjahrgänge aus dem ersten

Tabelle 3

Voraussichtliche Entwicklung von Personengruppen im Rentenalter

Alter von bis unter Jahren	Gesamtbevölkerung				Deutsche Bevölkerung			
	1973	1975	1980	1985	1973	1975	1980	1985
	1000 Personen							
60 - 63	304	302	186	284	299	296	180	269
63 - 65	199	194	126	199	197	191	123	193
65 - 67	186	192	184	124	184	189	181	122
67 - 70	252	261	266	158	249	258	262	156
70 - 80	530	567	642	661	525	561	635	655
80 und mehr	157	166	196	233	154	163	194	232
60jährige und Ältere insgesamt	1 628	1 682	1 600	1 659	1 608	1 658	1 575	1 627

Weltkrieg, deren männlicher Teil im zweiten Weltkrieg nochmals dezimiert wurde, bis 1985 wieder auf 12,3 % (Deutsche: 14,1 %) absinken. Mit dieser Entwicklung ist zunächst ein Anstieg von 1,12 Mill. Personen auf 1,29 Mill. Personen (Deutsche: von 1,11 Mill. auf 1,27 Mill. Personen) im Jahr 1980 sowie anschließend ein Rückgang auf 1,18 Mill. Personen (Deutsche: 1,16 Mill. Personen) verbunden. Damit läßt sich absehen, daß diese unter sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekten besonders zu beachtende Altersgruppe zunächst mit ihren steigenden Zahlen zusätzliche Probleme vor allem im Bereich der Sozialpolitik bringen wird. Daneben zeichnet sich auf längere Frist jedoch wieder eine gewisse Entlastungstendenz ab. Allerdings ist zu erwarten, daß diese partielle Entlastung bei anhaltender Tendenz zum vorverlegten Eintritt in das Renten- und Versorgungsalter wieder aufgehoben werden könnte.

2.3 Vorausschätzungen der Schüler und Studierenden

Während heute in der allgemeinen Diskussion der Geburtenrückgang und seine Folgen erörtert werden, stehen den Institutionen des Bildungswesens zunächst noch die stark besetzten Geburtsjahrgänge von 1966 und früher ins Haus. Diese werden bei den einzelnen Stufen der weiterführenden Schularten von derzeit 1,8 Mill. Schülern im allgemeinbildenden und beruflichen Schulbereich im zeitlichen Durchlauf vorerst zu weiterhin steigenden Schülerzahlen führen, bis 1985 aber schließlich wieder auf etwa 1,6 Mill. zurückgehen. Der Zeitpunkt, zu dem die Schülerzahlen in den einzelnen Schularten ihre Höhepunkte erreichen werden, um dann aufgrund des sich auswirkenden Geburtenrückgangs wieder abzusinken, ist nach dem Durch-

schnittsalter der Schüler und der Ausbildungsdauer verschieden. Die Zahl der Schüler geht in einem Bereich aber erst dann zurück, wenn die Abgänge stärker sind als die Zugänge, wobei zu berücksichtigen ist, daß den geburtenschwächeren Jahrgängen die geburtenstärksten Jahrgänge unmittelbar vorausgehen.

Nach den *Prognosen des Kultusministeriums* ist auf Grund der Bevölkerungsentwicklung und der Schulentwicklungspläne I und II sowie des Hochschulgesamtplans II mit folgenden Tendenzen bei den Schüler- und Studentenzahlen zu rechnen:

- Die Zahl der Grundschüler nimmt vom Schuljahr 1972/73 an ab
- In der Sekundarstufe I (Hauptschulen, Realschulen, Unter- und Mittelstufe der Gymnasien) werden die Schülerzahlen noch bis 1977 bzw. 1978 ansteigen
- Die Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen wächst nur noch bis 1976. Dann wird der Rückgang der Schülerzahl im Grundschulbereich stärker sein als die Zunahme der Schülerzahlen in den Sekundarstufen I und II
- Im Bereich der beruflichen Schulen werden die höchsten Schülerzahlen erst zwischen den Jahren 1982 und 1985 zu erwarten sein
- Im Hochschulbereich wirkt sich der Geburtenrückgang rein zahlenmäßig erst in den Jahren nach 1985 aus. Bis dahin gelangen noch stark besetzte Altersjahrgänge an die Hochschulen, so daß auch mittel- und langfristig noch mit einem erheblichen Ansteigen der Studierendenzahlen gerechnet werden muß.

Tabelle 4

Status-quo-Vorausschätzungen nach Schularten

Schulart	Schüler und Studierende (in 1000)			
	Bestand 1972/73	1975	1980	1985
Grund- und Hauptschulen	951	959	787	654
Realschulen	168	182	178	134
Gymnasien	270	293	298	241
Sonstige Schularten ¹⁾	63	69	79	72
Zusammen ²⁾	1 452	1 503	1 342	1 101
Hochschulen	110	114	125	135
Insgesamt ²⁾	1 562	1 617	1 467	1 236

1) Berufliche Vollzeitschulen soweit sie der Fachaufsicht des Kultusministeriums unterstellt sind.

2) Ohne Sonderschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs.

Nachdem die genannten Höhepunkte überschritten sind, gehen die Schülerzahlen in den einzelnen Bereichen zunächst langsam, dann aber sehr stark zurück. Daran wird auch der zu erwartende steigende Anteil ausländischer Schüler nichts ändern.

Im Gegensatz zu den Prognosen des Kultusministeriums orientieren sich die zum Vergleich aufgeführten *Vorausschätzungen des Statistischen Landesamtes* ausschließlich an der voraussichtlichen Entwicklung der Wohnbevölkerung und unterstellen, daß sich das Bildungsverhalten der Bevölkerung und die bildungspolitischen Zielvorstellungen im Vorausschätzungszeitraum nicht ändern werden. Diese Annahme ist insoweit unrealistisch, als sie jegliche bildungspolitische Aktivität außer Ansatz läßt und also auch die in der Regierungserklärung hervorgehobenen Ziele nicht berücksichtigt. Die Prognose des Statistischen Landesamtes ist für den Bildungssektor demnach eine Minimalprognose, deren Werte nur dann als mögliche unterste Variante angesehen werden können, wenn die bei der Erstellung der Prognose gegebenen Strukturverhältnisse beibehalten werden würden.

Die oberen Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplans gehen noch über die in Baden-Württemberg angestrebten Ausbauziele im Schul- und insbesondere im Hochschulbereich hinaus. Sie würden zu personellen, räumlichen und finanziellen Belastungen führen, die hausaltsmäßig nicht zu verkraften wären. Da bei diesen Projektionen überdies im Hochschulbereich für 1985 mit weit mehr als 200 000 Studenten gerechnet werden müßte, würde die Realisierung des Bildungsgesamtplans sicherlich nicht dem tatsächlichen Bedarf an Hochschulabsolventen entsprechen.

Diesen Tatsachen ist in den Prognosen des Kultusministeriums bereits Rechnung getragen. Außerdem läßt sich neuerdings im Übergangsverhalten auf Realschulen und Gymnasien eine Stagnation erkennen und auch die Studienwilligkeit der Abiturienten scheint nach den Ergebnissen einer Befragung vom Frühjahr 1974 zunächst den Höhepunkt überschritten zu haben.

Deshalb ermittelt das Kultusministerium für die Primarstufe und die Sekundarstufen I und II (Vollzeitunterricht) im Jahr 1985 1,29 Mill. Schüler gegenüber einem höheren Wert bei vollem Quotenansatz des Bildungsgesamtplans. Im Hochschulbereich bleibt die Prognose des Kultusministeriums ebenfalls hinter den Ansätzen des Bildungsgesamtplans zurück. Die prognostizierten Werte des Statistischen Landesamtes liegen hier aus

Tabelle 5

Vorausschätzungen des Kultusministeriums
a) Nach Schularten

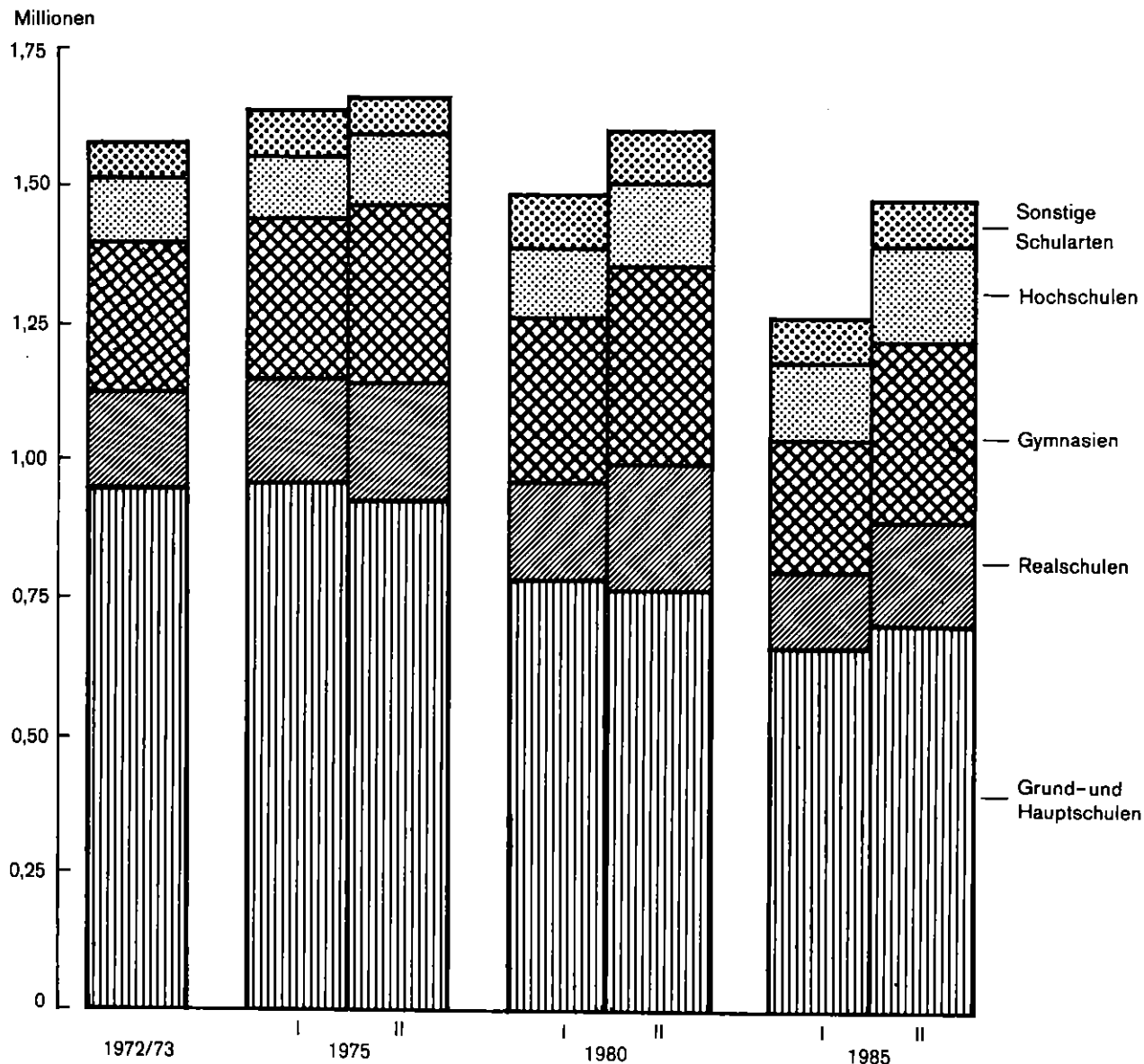
Schulart	Bestand 1972/73	1975	1980	1985
	1000			
Grund- und Hauptschulen	951	928	762	694
Realschulen	168	211	234	186
Gymnasien	270	324	356	326
Sonstige Schularten ²⁾	63	74	93	87
Zusammen	1 452	1 537	1 445	1 293
Hochschulen ¹⁾	110	120	146	167
Insgesamt ^{3) 4)}	1 562	1 657	1 591	1 460

b) Nach Ausbildungsstufen

Ausbildungsstufe	1975	1980	1985
	1000		
Primarstufe	596	456	452
Sekundarstufe I	815	831	664
Sekundarstufe II (Vollzeitunterricht)	126	158	177
Zusammen ³⁾	1 537	1 445	1 293
Hochschulen ¹⁾	120	146	167
Insgesamt ³⁾	1 657	1 591	1 460

1) Entsprechend dem Hochschulgesamtplan II. - 2) Berufliche Vollzeitschulen soweit sie der Fachaufsicht des Kultusministeriums unterstellt sind. - 3) Ohne Sonderschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs. - 4) Ohne Elementarbereich.

Vorausschätzung der Schüler und Studierenden



Vorausschätzungen: I Status-quo-Vorausschätzung des Statistischen Landesamtes
 II Vorausschätzung des Kultusministeriums unter Berücksichtigung des Bildungsgesamtplanes

methodischen Gründen eindeutig zu niedrig, denn ausgehend vom derzeitigen Studentenbestand muß bereits zum Wintersemester 1974/75 mit ca. 125 000 Studenten gerechnet werden.

Schon die Minimalansätze der Status-Quo-Prognose machen aber deutlich, mit welchen Schülerzahlen das Bildungswesen unseres Landes in Zukunft rechnen muß. Das Budget für diesen Bereich wird auf absehbare Zeit erheblich erweitert werden müssen, um selbst diese verhältnismäßig niedrigen Zuwachsraten tragen zu können.

Was den prognostizierten allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen zum Jahr 1985 betrifft, so muß hier

noch einmal darauf hingewiesen werden, daß er nur zu einem geringen Teil auf die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung, aber ganz wesentlich auf die zugrunde gelegte geringere Fruchtbarkeit in Zukunft zurückzuführen ist. Der im Vorausschätzungszeitraum angenommene Fruchtbarkeitsrückgang kann sich künftighin durchaus wieder ändern. Es ist allerdings zu erwarten, daß eine seit Jahren zu beobachtende demographische Entwicklung nicht abrupt zu Ende gehen wird. Außerdem würde eine Veränderung des bisherigen Trends geraume Zeit in Anspruch nehmen, um sich in den unterschiedlich strukturierten Teilgebieten und Bevölkerungsschichten allgemein durchzusetzen.

2.4 Vorausschätzung der Erwerbspersonen

Methodische Grundlagen

Regelmäßig ist nur ein bestimmter Teil einer Bevölkerung erwerbstätig. Das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Wohnbevölkerung bezeichnet man als Erwerbsquote, die üblicherweise nach Alter und Geschlecht differenziert wird. Damit wird eine Verbindung zu den nach Alter und Geschlecht gegliederten Bevölkerungszahlen gefunden. Weiterhin sind diese beiden Eigenschaften die wichtigsten Determinanten für das Erwerbsverhalten. So berücksichtigt die Unterscheidung nach dem Geschlecht die Rollenverteilung im Erwerbsleben und im Haushalt, die gegenwärtig noch immer primär dem Mann, besonders in der Familie mit Kindern, die Aufgabe als Ernährer zuweist. Die Gliederung nach dem Alter ist grundsätzlich die Voraussetzung jeder Analyse des Erwerbsverhaltens, da bestimmte Altersgruppen für eine Erwerbstätigkeit überhaupt nicht oder fast nicht in Frage kommen, wie zum Beispiel Kinder, Jugendliche unter 15 Jahren und alte Menschen. Von zunehmender Bedeutung für das Erwerbsverhalten ist allerdings auch der Grad der Ausbildung.

Schon aus diesen wenigen Beispielen wird deutlich geworden sein, daß der statistische Begriff der Erwerbsquote die ganze Fülle der von verschiedensten Faktoren abhängigen sozialen Verhaltensweisen in bezug auf das Erwerbsleben quantitativ zu fassen versucht. Auf diese Aspekte soll unter dem Stichwort „Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit“ (vgl. Teil 3, Ziffer 3) näher eingegan-

gangen werden. Es sei vorab darauf hingewiesen, daß in der vorliegenden Erwerbspersonenvorausschätzung heute viel diskutierte Aspekte wie längere Ausbildung, Frauenerwerbstätigkeit und früherer Austritt aus dem Erwerbsleben entsprechend berücksichtigt wurden.

Durch Multiplikation mit alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten können bei einer Bevölkerungsvorausschätzung gleichzeitig Angaben über die voraussichtliche Zahl der Erwerbspersonen ermittelt werden. Basis ist hier die Bevölkerungsvorausschätzung vom Oktober 1973 (vgl. Ziffer 2 dieses Teils).

Wie im Bereich der Bevölkerung so werden auch im Bereich der Erwerbstätigkeit je eine Vorausschätzung für die Erwerbspersonen insgesamt (deutsche und ausländische Erwerbspersonen) sowie nur für die deutschen Erwerbspersonen durchgerechnet. Dabei müssen unterschiedliche Erwerbsquoten berücksichtigt werden, denn die höhere Erwerbsintensität der Ausländer – bedingt durch eine günstigere Altersgliederung und durch den stärkeren Erwerbswillen – bestimmt das Erwerbsverhalten der Gesamtbevölkerung mit. Folgende besonders typische Unterschiede zur deutschen Bevölkerung lassen sich herausarbeiten: Bei den Männern bis zum 30. Lebensjahr liegt die Erwerbsquote der deutschen Bevölkerung wegen der stärkeren Ausbildungsintensität deutlich unter der Quote der Gesamtbevölkerung, während die Quoten im höheren Alter nahezu identisch sind. Bei den Frauen liegt die Erwerbsquote der Deutschen hingegen im Alter von 20 bis 47 Jahren erheblich unter der Quote der Gesamtbevölkerung, eine Folge davon, daß die deutschen Frauen nach der Eheschließung stärker aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Schaubild 5

Entwicklung und Vorausschätzung der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg

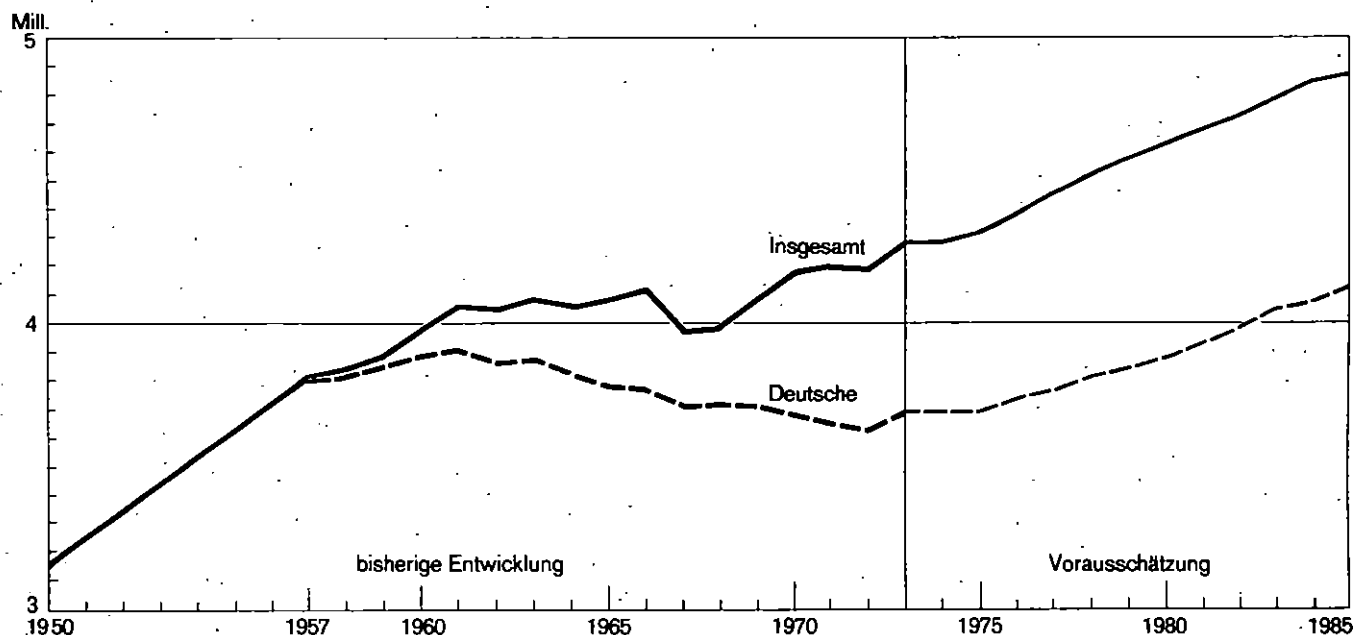


Tabelle 6

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen

Jahr bzw. Zeitraum	Deutsche und ausländische Erwerbspersonen			Deutsche Erwerbspersonen		
	Männer	Frauen	Zusammen	Männer	Frauen	Zusammen
	in 1000					
1973	2 629	1 614	4 243	2 253	1 438	3 691
1975	2 679	1 629	4 308	2 257	1 432	3 689
1980	2 887	1 730	4 617	2 389	1 501	3 890
1985	3 081	1 798	4 879	2 556	1 555	4 111
Veränderung in %						
1973=1975	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,2	- 0,4	- 0,0
1975=1980	+ 7,8	+ 6,1	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,8	+ 5,4
1980=1985	+ 6,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 7,0	+ 3,6	+ 5,7
1973=1985	+ 17,2	+ 11,4	+ 15,0	+ 13,5	+ 8,1	+ 11,4

Neue Tendenzen der zukünftigen Erwerbspersonenentwicklung

Die Periode von 1961 bis 1972 war durch zwei Besonderheiten charakterisiert:

- Erstens nahm in diesem Zeitraum die Bevölkerung (+ 18 %) wesentlich stärker zu als die Zahl der Erwerbspersonen, die nur um 3%, und zwar von 4,039 Mill. auf 4,172 Mill. stieg.
- Zweitens konnte dieser geringfügige Zuwachs an Erwerbspersonen nur durch eine verstärkte Ausländerbeschäftigung erreicht werden. Denn die Zahl der deutschen Erwerbspersonen ging in der gleichen Zeit von 3,91 Mill. um 6 % auf 3,64 Mill. zurück.

Ursachen dieser Entwicklung waren im wesentlichen eine ungünstige Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, der durch den Mauerbau gestoppte Zuzug von Arbeitskräften aus der DDR sowie die zunehmende Verlängerung der schulischen Ausbildung und die Intensivierung des Hochschulstudiums.

Wie aus den Ergebnissen der Erwerbspersonenvorausschätzung hervorgeht, wird man in Zukunft mit einer Umkehr der bisherigen Entwicklungstrends rechnen müssen.

So wird im Vorausschätzungszeitraum die Zahl der Erwerbspersonen deutlich schneller steigen als die Bevölkerungszahl. Bei einem Anstieg der Gesamtbevölkerung um 4,8 % von 1973 bis 1985 wird die Zahl der Erwerbspersonen um 15 % und damit um etwa 640 000 Personen zunehmen. Diese Entwicklung wird entscheidend von der deutschen Bevölkerung bestimmt. Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen wird um rund 420 000 Personen steigen, was einer Zuwachsrate von

11,4 % (1973 bis 1985) entspricht – und dies trotz einer gleichzeitigen Abnahme der deutschen Bevölkerung um 0,5 %. Während diese Entwicklung sich schon von 1972 auf 1973 andeutete, wird sie etwa ab 1977/78 deutlich zum Durchbruch kommen.

Die Ursachen dieser starken Zunahme liegen – was die deutsche Bevölkerung betrifft – in Besonderheiten der Altersstruktur: Im Vorausschätzungszeitraum kommen besonders nach 1975 stark besetzte Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter hinein, während schwach besetzte Jahrgänge ausscheiden. Bei der Gesamtbevölkerung spielt zusätzlich die spezifische Altersgliederung der zuwandernden Ausländer eine Rolle: es sind vorwiegend Personen im erwerbsfähigen Alter.

Die Zunahme der Erwerbspersonen wirkt sich deutlich in einer Verbesserung der sogenannten *Belastungsquote* aus, die zum Ausdruck bringt, wieviel Nichterwerbstätige von 100 Erwerbspersonen direkt oder indirekt mitversorgt werden müssen. Diese Quote beträgt 1973 für die Gesamtbevölkerung noch 116 und für die deutsche Bevölkerung sogar 126, wobei im Unterschied der beiden Quoten die Bedeutung der ausländischen Erwerbstätigen nicht nur für die Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Obwohl ab 1979 kein Wanderungsgewinn von Ausländern mehr eingerechnet wurde, sinken die Quoten bis 1985 recht erheblich, und zwar auf 97 bei der Gesamtbevölkerung und auf 102 bei der deutschen Bevölkerung.

Die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen dieser gegenüber den 60er Jahren völlig gewandelten Entwicklungen und Strukturen sollen im entsprechenden Abschnitt (vgl. Teil 3, Ziffer 3) ausführlicher erörtert werden.

2.5 Die Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung

Sowohl kurz- wie langfristige Vorausschätzungen wirtschaftlicher Eckdaten sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch den Ausbruch der politisch initiierten Energiekrise besonders stark mit Unsicherheiten belastet. Im folgenden werden zunächst die Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung ohne Berücksichtigung der neuen Situation dargestellt. Aus heutiger Sicht ist zu beachten, daß bei einer länger andauernden Energie- und Rohstoffknappheit mit einer deutlichen Abflachung der im folgenden genannten Zuwachsraten gerechnet werden muß. (Vgl. Ziffer 2.7).

Zusammenfassender Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung ist das *reale Bruttoinlandsprodukt*. Es setzt sich aus den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe und Dienstleistungen zusammen. Diese Beiträge entsprechen den Werten aller in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen nach Abzug der verbrauchten Vorleistungen. Sie stimmen gleichzeitig überein mit den bei der Produktion entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie den Abschreibungen und den indirekten Steuern (ohne Subventionen). Diese Werte werden – auch in der Zukunft – in Preisen von 1962 ausgedrückt. Damit erhält man die Entwicklung realer, von Preisbewegungen unbeeinflusster Größen. Ein realitätsnäheres Ergebnis hätte sich ergeben, wenn die Berechnungen für das Basisjahr 1970 schon abgeschlossen wären.

Einige Grundsatzüberlegungen für die Vorausschätzungen seien stichwortartig aufgeführt¹⁾:

- Die Vorausschätzungen erfolgen nicht im Rahmen eines ökonometrischen Modells, sondern aufgrund eines sogenannten pragmatischen Verfahrens.
- Leitgrößen für die Entwicklungen eines Bundeslandes sind die Entwicklungen im Bund. Landesspezifische Besonderheiten müssen berücksichtigt werden.
- Aus beiden Punkten folgt, daß wichtige Grundlagen der Vorausschätzung sind: eine Analyse der bisherigen Entwicklung im Land und im Bund sowie eine Untersuchung des Verhältnisses von Landes- zu Bundesentwicklung, weiterhin die vorausgesagte Entwicklung für den Bund.
Die Ermittlung und Begründung wichtiger diesbezüglicher Annahmen wird in Teil 3, Ziffer 5 dargestellt.

1) Vgl. dazu ausführlicher: Vorausschätzung demographischer und wirtschaftlicher Eckdaten für Baden-Württemberg 1970 bis 1985, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, 1971. Und: Überlegungen zur Entwicklung eines Systems von Vorausschätzungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11, 1972.

- Die Vorausschätzung des Bruttoinlandsprodukts erfolgt von der Angebotsseite her. Hierfür liegen im Prinzip zwei Möglichkeiten vor: eine Vorausschätzung der Globalgröße und eine Berechnung über die Schätzung der beiden definitorischen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts: der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson) und der Zahl der Erwerbspersonen²⁾.

Tendenzen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) rechnet für den Zeitraum 1970 bis 1975 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 4,0 %. Unter Berücksichtigung des bisherigen Verhältnisses von Landes- zu Bundesentwicklung kann die Rate für Baden-Württemberg auf etwa 4,3 % angesetzt werden. Damit ergäbe sich für 1975 ein Trendwert für das Bruttoinlandsprodukt von etwa 99 Mrd. DM.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen über die wahrscheinliche Entwicklung der nächsten Zeit kann heute schon gesagt werden, daß der ermittelte Trendwert – entsprechend seiner Eigenschaft, oftmals über oder unter den effektiven Werten zu liegen – aus konjunkturellen Gründen zu hoch sein dürfte. In dem 1972 begonnenen Konjunkturzyklus wird 1973 das Jahr des Hochs sein, während 1974 und vermutlich auch 1975 Abschwungsjahre sein dürften. Reduziert man die jährlichen Wachstumsraten noch etwas stärker als tendenziell vorgesehen, so könnte sich für 1975 ein Wert von etwa 97 Mrd. DM ergeben. (Baden-Württemberg: 1972/73: + 6,5 %, 1973/74: + 3,5 %, 1974/75: + 3,0 %. Bund: 1972/73: + 6,0 %, 1973/74: + 3,0 % nach Gemeinschaftsgutachten und Sachverständigenrat). Bei diesen Prämissen sind mögliche Auswirkungen einer Ölkrise noch nicht berücksichtigt.

- 2) Geht man aus von der Definition der Erwerbspersonen als der Zahl der Erwerbstätigen vermehrt um die Zahl der Erwerbs- oder Arbeitslosen, so scheint die obige Definition zunächst falsch zu sein. Schließlich können nur die effektiv im Arbeitsprozeß stehenden Erwerbstätigen ein Produkt erwirtschaften. Trotzdem werden nachfolgend Erwerbspersonen und Erwerbstätige gleichgesetzt und dies aus folgenden Gründen:

In der bisherigen Entwicklung war insgesamt die Zahl der Erwerbslosen in Baden-Württemberg so gering, daß sie vernachlässigt werden kann. Alle Personen, die arbeiten wollten (Erwerbspersonen), fanden auch Arbeit, waren also zugleich Erwerbstätige.

Bei Vorausschätzungen kann a priori die Zahl der Arbeitslosen nicht angegeben werden. Wirtschaftliche Vorausschätzungen sind also immer Potentialschätzungen, d.h. sie geben an, welches Bruttoinlandsprodukt mit dem vorhandenen Angebot an Produktionsfaktoren, unter anderem mit der zukünftigen Zahl der Erwerbspersonen, produziert werden könnte.

Für den Zeitraum *1975 bis 1980* geht das Bundesministerium für Wirtschaft von einer gegenüber 1970/75 deutlichen Wachstumsbeschleunigung aus, die es im wesentlichen auf einen leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahl, damit verbundenen Erweiterungsinvestitionen, leichter Zunahme der Produktivität und stagnierendem Arbeitsvolumen zurückführt. Diese tendenzielle Wende wird auch in der 1973 vorgenommenen Revision der Vorausschätzung von 1971 beibehalten. Allerdings werden die angesetzten Wachstumsraten reduziert unter Berücksichtigung insbesondere eines gedrosselten Zustroms von ausländischen Arbeitnehmern und höherer Umweltschutzinvestitionen, die nach klassischer Lesart „nicht-produktiv“ sind.

In einer mittleren Variante wird von einem durchschnittlichen Jahreszuwachs von 4,7 % ausgegangen (obere Variante: + 5,2 %, untere Variante: + 4,2 %). Da Baden-Württemberg bisher im Durchschnitt leicht höhere Wachstumsraten auswies als der Bund, wird die Rate etwas, allerdings leicht geringer als bisher, erhöht und zwar auf 4,9 %. Danach errechnet sich für 1980 für Baden-Württemberg ein Wert von etwa 126 Mrd. DM.

Für den Gesamtzeitraum *1970 bis 1980* ergibt sich danach eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 4,7 % gegenüber Raten von 8,3 % im Zeitraum 1954 bis 1961 und 5,1 % für 1961 bis 1970. Diese Schätzung fügt sich damit plausibel in eine Annahme über die langfristige Entwicklung ein, die durch „gebrochene Trends“ (K.W. Rothschild) charakterisiert werden kann: von der Wiederaufbauphase über die Konsolidierungsphase in eine Umorientierungsphase, d.h. in eine Phase, in der eine hochentwickelte Industrie- und Konsumgesellschaft vor der Notwendigkeit steht, gewisse Grundpositionen ihrer bisherigen Entwicklung aus wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Gründen zu überdenken.

Der Ansatz von 4,7 % jährlichem Zuwachs für den Zeitraum 1975 bis 1980 wird vom Bundeswirtschaftsministerium auch für die Zeit von *1980 bis 1985* beibehalten. Um eine Vergleichbarkeit mit dem Bundesergebnis zu erhalten, wird dieser Ansatz, hier wiederum leicht erhöht (4,9 %), übernommen. Nach dieser Annahme ergäbe sich 1985 für Baden-Württemberg ein reales Bruttoinlandsprodukt in einer Größenordnung von 160 Mrd. DM.

Prognos geht in seinem Gutachten für Baden-Württemberg von jährlichen Wachstumsraten von 4,9 % im Zeitraum 1972 bis 1977 (Bund 4,5 %) und von 4,8 % für 1977 bis 1985 (Bund 4,6 %) aus. Damit ergibt sich 1985 ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 157 Mrd. DM. Es zeigt sich, daß sowohl tendenzielle Entwicklungen wie zu erwartende Größenordnungen im Hinblick auf das gesamte Bruttoinlandsprodukt vom Statistischen Landesamt und von *Prognos* übereinstimmend gesehen werden.

Abschließend sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß nicht auszuschließen ist, daß für die *achtziger Jahre* nochmals eine tendenzielle Reduktion der Wachstumsraten anzusetzen sein könnte. Die mit der politisch initiierten Energiekrise jetzt schlagartig hervorgetretenen Probleme wären vermutlich in diesem Jahrzehnt aus naturgesetzlichen Gründen deutlich geworden. Dabei wären die Konsequenzen von schon seit Jahren ablaufenden Prozessen sichtbar geworden. Die Kenntnis der Existenz dieser Vorgänge ist erst seit kurzem ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, und die bisher dagegen unternommenen Maßnahmen schlagen angesichts der Dimension der Probleme nicht zu Buche. Diese Probleme betreffen insbesondere einen bei weiterhin ungehemmtem Wachstum möglichen Rohstoff- und Energiemangel sowie mögliche ökologische Begrenzungen, wie z.B. Wassermangel, klimatische Störungen, untragbare Luftverschmutzung usw. Bei vorsichtiger Beurteilung dieser wachstumslimitierenden Faktoren könnte man auf eine für Baden-Württemberg (und vermutlich auch für den Bund) mögliche Wachstumsrate von jährlich 4% ab 1980 kommen. Dann könnte im Jahr 1985 mit einem Bruttoinlandsprodukt in einer Größenordnung von gut 150 Mrd. DM gerechnet werden.

Die drei Hauptwirtschaftsbereiche

Auf der Grundlage der zuerst skizzierten Vorausschätzung des globalen Bruttoinlandsprodukts wurde über eine Abschätzung der zukünftigen Anteile des Bruttoinlandsprodukts der drei Wirtschaftsbereiche berechnet. Im Anschluß daran wurde über einen Regressionsansatz die Zahl der mit dieser Entwicklung verbundenen, also benötigten Erwerbspersonen ermittelt. Dabei wird unterstellt, daß die bisherige Entwicklung im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigenzahl – und damit der bereichsspezifischen Produktivität – fortgeschrieben werden kann.

Auch hier wieder muß darauf hingewiesen werden, daß eine aufgrund einer länger dauernden Energie- und Rohstoffknappheit reduzierte allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu anderen als den genannten Zunahmen in den einzelnen Bereichen führen dürfte, wobei man besonders im Warenproduzierenden Bereich mit abgeflachten Zuwachsraten rechnen müßte.

Land- und Forstwirtschaft

Ausgangspunkt der Vorausschätzung dieses Bereichs ist die Beobachtung, daß die seit 1950 erfolgende Abnahme des Anteils am Bruttoinlandsprodukt sich etwa ab Mitte der 60er Jahre deutlich stabilisiert. Es ist von der Überlegung auszugehen, daß ein gewisser absoluter Zuwachs der Landwirtschaft schon unter Eigenversorgungsgesichtspunkten nicht unterschritten werden wird. Weiterhin dürften mit Landschaftspflege und Umweltschutz neue Aufgaben auf den Sektor zukommen. Die ab 1965 beobachtete relativ günstige Ent-

wicklung wurde deshalb linear fortgeschrieben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die immer wichtigeren Aufgaben der Ernährungssicherung und Umwelterhaltung kaum zu quantifizieren sind und insbesondere bei Anteilszahlen der Landwirtschaft (Graphik) nicht zum Ausdruck kommen.

Jahr	Reales Bruttoinlandsprodukt	Benötigte Erwerbspersonen
	Mrd. DM	1000
1970	3,1	397
1975	3,5	306
1980	4,0	249
1985	4,5	205

Die Anzahl der aufgrund der geschätzten Entwicklung erforderlichen Arbeitskräfte wird hier sehr viel höher ausgewiesen, als im Abschnitt über die Landwirtschaft (vgl. Teil 3, Ziffer 5). Dies hängt damit zusammen, daß der hier verwendete Erwerbstätigenbegriff auch alle Teilzeitbeschäftigten umfaßt – deren Zahl in der Landwirtschaft sehr hoch ist –, während diese dort auf sogenannte Vollarbeitskräfte umgerechnet werden.

Staatliche und private Dienstleistungen

Bei der Vorausschätzung dieses Bereichs wurde von der Beobachtung ausgegangen, daß sich etwa ab 1967/68 ein leichter Anstieg im Entwicklungstempo abzeichnet, der dazu führt, daß der bisherige Rückgang dieses Sektors – gemessen an seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt – abflacht. Aufgrund der Überlegung, daß dieser Bereich in hochentwickelten Gesellschaften ständig an Bedeutung gewinnt, wurde diese Entwicklung – durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 1967-1972: 4,6% gegenüber 4,4% von 1960 bis 1967 – bis 1980 fortgeschrieben und dann noch einmal leicht verstärkt (1980 bis 1985: +4,8%).

Jahr	Reales Bruttoinlandsprodukt	Benötigte Erwerbspersonen
	Mrd. DM	1000
1970	27,1	1 492
1975	33,5	1 633
1980	42,0	1 828
1985	53,0	2 005

Während mit der hier unterstellten Entwicklung der Anteil dieses Sektors am gesamten Bruttoinlandsprodukt in etwa konstant bleibt, wird die Zahl der damit erforderlichen Erwerbspersonen deutlich ansteigen, so daß sie 1985 mit fast 2 Millionen mehr als 40 % aller erwerbstätigen Personen ausmachen. Dies hängt mit der in vielen Sparten des tertiären Bereichs hohen Arbeitsintensität zusammen, die ihrerseits zu einer geringen Produktivität führt.

Warenproduzierendes Gewerbe

Die Werte für diesen größten Bereich wurden als Differenz zwischen der Vorausschätzung des gesamten Bruttoinlandsprodukts einerseits sowie den Berechnungen für die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor andererseits ermittelt. Wie bisher so dürfte sich auch in Zukunft dieser Sektor mit Jahreszuwachsraten von etwa 4,6% für 1970 bis 1975, 5,2% für 1975 bis 1980 und 5,1% für 1980 bis 1985 überdurchschnittlich ausweiten, im Ausmaß allerdings leicht abgeschwächt. Damit dürfte seine Bedeutung – gemessen am Anteil am Bruttoinlandsprodukt – auch weiterhin steigen, wenn auch nicht mehr so stark wie bisher. Vom Niveau her gesehen dürfte der warenproduzierende Bereich Mitte der 80er Jahre in eine Größenordnung hineinwachsen, die das gesamte Bruttoinlandsprodukt erst in zwei bis drei Jahren erreichen dürfte.

Jahr	Reales Bruttoinlandsprodukt	Benötigte Erwerbspersonen
	Mrd. DM	1000
1970	49,6	2 334
1975	62,0	2 370
1980	80,0	2 539
1985	102,5	2 669

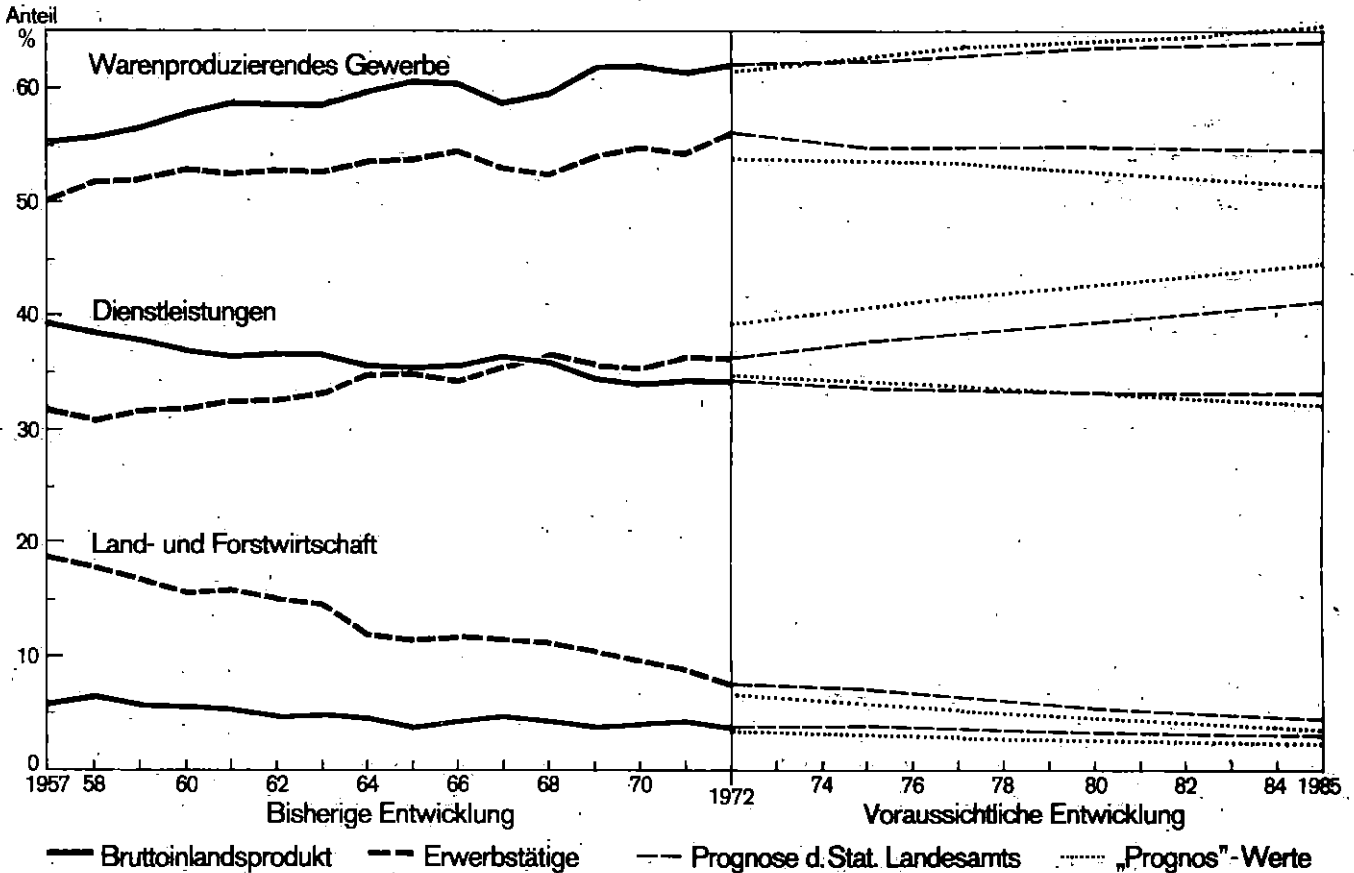
Aufgrund der in diesem Bereich erheblichen Produktivitätsfortschritte wird die Zahl der benötigten Erwerbspersonen zwar weiterhin zunehmen, jedoch nicht in demselben Ausmaß wie bisher. Damit dürfte der Anteil der hier beschäftigten Personen bei einem Satz von etwa 55% im betrachteten Zeitraum konstant bleiben.

Vergleich mit Prognos

Die Unterschiede zwischen den hier vorgelegten und den von Prognos berechneten Zahlen insbesondere zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts der Wirtschaftsbe-
reiche ergeben sich im wesentlichen aus der starken Orientierung von Prognos an der bundesdurchschnittlichen Entwicklung, wogegen hier landesspezifische Besonderheiten stärker berücksichtigt werden.

Hierfür spielen insbesondere die inzwischen in den einzelnen Sektoren erreichten absoluten Niveaus eine Rolle. So hat beispielsweise der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet in den letzten Jahren aufgrund von Umschichtungsprozessen in bisher relativ stark landwirtschaftlich strukturierten Ländern, wie Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, stark abgenommen. Diese Bewegungen haben jedoch Baden-Württemberg in abgeschwächtem Maße berührt (vgl. Teil 3, Ziffer 5) und können in dem unterstellten Ausmaß nicht für die Zukunft angesetzt werden. Weiterhin scheint es nicht sehr plausibel, anzunehmen, daß Baden-Württemberg als Land mit dem

Anteil der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt und Anteil der Erwerbstätigen nach Bereichen in Baden-Württemberg



2574

größten produzierenden Bereich diesen weiterhin in demselben Tempo ausbaut, wie es vielleicht im Bundesdurchschnitt von einem niedrigeren Niveau aus geschieht. Insbesondere würde damit für Baden-Württemberg ein weiteres Zurückdrängen des ohnehin schon relativ klein ausgewiesenen Dienstleistungsbereichs verbunden sein, was gleicherweise unplausibel ist.

Das Statistische Landesamt geht also nicht von einer unkritischen Übernahme bisheriger Trends oder bundesdurchschnittlicher Entwicklungen aus. Es berücksichtigt vielmehr die spezielle Situation im Land und hält unter diesem Gesichtspunkt eine leichte tendenzielle Änderung der Wirtschaftsstruktur in den achtziger Jahren für möglich.

2.6 Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte

Problematische Ausgangssituation

Die Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte ist im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders schwierig, da neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch wichtige finanzwirtschaftliche Determinanten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind.

So lassen sich auf der Einnahmenseite des Haushalts, die zu rd. drei Vierteln aus Steuereinnahmen besteht, die Auswirkungen der für 1975 geplanten Steuerreform nur schwer abschätzen. Zwar kann man sagen, daß die geplanten steuerlichen Entlastungen im Bereich der kleineren und mittleren Einkommen sicherlich zu nicht unbedeutenden Steuerausfällen führen werden, jedoch ist offen, inwieweit diese Ausfälle durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze sowie durch einen größeren Länderanteil an der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Hinsichtlich der Kreditfinanzierung wird auch künftig bei entsprechender gesamtwirtschaftlicher Situation mit Beschränkungen im Rahmen der durch das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gegebenen Möglichkeiten gerechnet werden müssen.

Die Ausgabenseite der staatlichen Haushaltswirtschaft wird am stärksten durch die Personalausgaben belastet, die gegenwärtig über zwei Fünftel der Gesamtausgaben ausmachen und bisher einen überproportional steigenden Trend aufwiesen. Ihre weitere Entwicklung hängt neben der Vermehrung staatlicher Aufgaben und damit verbundener Stellenvermehrung vor allem auch von künftigen linearen und strukturellen Anhebungen der bestehenden Personalstellen ab.

Tabelle 7

Vorausschätzung der staatlichen Haushaltsansätze

Einnahme-/Ausgabeart	1974 ¹⁾	1975 ²⁾	1980		1985	
			Variante		Variante	
			I	II	I	II
Einnahmen						
Steuereinnahmen	13 550	15 360	26 471	28 050	45 618	51 225
Übrige Einnahmen	3 851	4 199	7 076	7 400	11 923	13 041
Bruttokreditaufnahmen	1 140	1 543	2 135	2 794	2 826	5 048
Gesamteinnahmen	18 541	21 102	35 682	38 244	60 367	69 314
Ausgaben						
Personalausgaben	8 085	9 005	14 835	16 445	24 440	30 031
Übrige Ausgaben	10 456	12 097	20 847	21 799	35 927	39 283
Gesamtausgaben	18 541	21 102	35 682	38 244	60 367	69 314

1) Haushaltsplan einschließlich Nachtragsentwurf. - 2) Entwurf Mittelfristiger Finanzplan 1973 bis 1978.

Mögliche Entwicklungslinien

Als wichtigste finanzwirtschaftliche Eckwerte wurden auf der Ausgabenseite die Personalausgaben und die übrigen Ausgaben, auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen und die übrigen Einnahmen vorausgeschätzt. Die Bruttokreditaufnahmen wurden als Differenz zwischen Gesamtausgaben (Haushaltsvolumen) einerseits und Einnahmen andererseits ermittelt. Vorweg ist zu bemerken, daß es sich hier nicht um Vorausschätzungen mit ähnlichem Wahrscheinlichkeitsgrad handeln kann wie etwa bei der Bevölkerungsvorausberechnung, sondern lediglich um Modellrechnungen, die auf bestimmten gesamtwirtschaftlichen Vorstellungen sowie auf Annahmen über die Auswirkungen exogener Bestimmungsfaktoren (z.B. steuerrechtliche Voraussetzungen) beruhen.

Dem ersten Jahr der Zeitreihe liegen die Werte des Haushaltsplans 1974 (einschl. Nachtragsentwurf) zugrunde. Für das Jahr 1975 wurden die im Entwurf des Mittelfristigen Finanzplans 1973 bis 1978 vorgesehenen Daten angesetzt. Darin sind insbesondere die Neuberechnungen der Steuerabteilung des Finanzministeriums hinsichtlich der Steuereinnahmen auf der Basis der "regionalisierten Steuerschätzung" vom 4./5. März 1974 sowie die erforderlichen Personalmehrausgaben aufgrund der Tarifvereinbarungen im öffentlichen Dienst enthalten. *Nicht* berücksichtigt sind jedoch die Auswirkungen der geplanten Steuerreform, deren Inkrafttreten einschneidende Änderungen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zur Folge haben wird. Die Vorausschätzungen für die Zeit nach 1975 erfolgte in zwei Varianten auf der Basis von 1975, wobei Variante I die Untergrenze, Variante II die Obergrenze der möglichen Entwicklung darstellt.

Den Berechnungen der *Variante I* liegen folgende Annahmen zugrunde: Für die Ermittlung der Wertansätze bei den Steuereinnahmen bis 1985 wurde von der Planung der Landesregierung ausgegangen (durchschnittliche jährliche Steigerungsrate 11,5%). Setzt man die Entwicklung der Steuereinnahmen in Beziehung zu der des nominalen Bruttoinlandsprodukts/*Variante I* (jährliche Veränderungsrate +9,1% auf der Basis 1975), so ergibt sich eine Aufkommenselastizität von 1,26. Die übrigen Einnahmen und die übrigen Ausgaben wurden ebenfalls mit den Steigerungsraten der längerfristigen Finanzperspektiven (+11,0% bzw. 11,5%) fortgeschrieben. Bei den Ansätzen der Personalausgaben wurde eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von 10,5% angenommen. Nach diesen Annahmen erhöht sich die als Differenz ermittelte Bruttokreditaufnahme von 1975 bis 1985 um rund vier Fünftel. Bezogen auf 1975 ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Steigerung um 6,2%.

Der *Variante II* liegen folgende Annahmen zugrunde: Die Fortschreibung der Steuereinnahmen erfolgte bis 1985 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung um 12,8%. Diese Zuwachsrates ergibt sich bei Zugrundelegung des nominalen Bruttoinlandsprodukts/*Variante II* (jährliche Zunahme +10,1% auf der Basis 1975) und Beibehaltung der Aufkommenselastizität von 1,26. Bei den übrigen Einnahmen wurde eine jährliche Steigerung um 12% angenommen. Die Fortschreibung der Personalausgaben erfolgte mit der für den Zeitraum 1963 bis 1972 ermittelten durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 12,8%, die der übrigen Ausgaben mit 12,5% auf der Basis 1975. Die als Differenz ermittelte Bruttokreditaufnahme erhöht sich bei diesen Annahmen gegenüber 1975 auf das 3,3fache, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung um 12,6% entspricht.

Bei beiden Varianten steigt der prozentuale Anteil des Haushaltsvolumens am Bruttoinlandsprodukt, und zwar von 11,6% im Jahr 1974 auf 14,6% (Variante I) bzw. 15,3% (Variante II) im Jahr 1985. Der Anteil der Personalausgaben am Haushaltsvolumen geht in Variante I von 42,7% im Jahr 1975 auf 40,5% im Jahr 1985 zurück, während sich in der Variante II eine Zunahme auf 43,3% ergibt. Die Steuerlastquote wird sich von 8,5% im Jahr 1974 auf 11,1% (Variante I) bzw. 11,3% (Variante II) im Jahr 1985 erhöhen.

Die Aufrechterhaltung dieses Vorausschätzungsansatzes hängt zum einem davon ab, daß vor allem im personalwirtschaftlichen Bereich die Aufwendungen in den hier angenommenen Grenzen gehalten werden können. Weiterhin wurde eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung unterstellt. Bei einem vorübergehenden oder auch mittel- bis langfristigen Rückgang des Wirtschaftswachstums muß auch mit einer Verringerung der Zunahme des Haushaltsvolumens und damit mit einer Beschränkung des Aktionsspielraums gerechnet werden.

2.7 Bemerkungen zu mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Energie- und Rohstoffkrise

Einige schon auf kurze Sicht zu erwartende Auswirkungen der aktuellen Ölkrise — die ganz generell eine Energie- und partiell eine Rohstoffkrise ist — wurden im Teil 1 beim Ausblick auf das kommende Jahr erörtert. Nach Lage der Dinge kann aber eine mittel- bis langfristige Dauer dieser Beschränkung nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere ist zu bedenken, daß auf kurze bis mittlere Sicht für beide Knappheitserscheinungen keine ausreichenden Substitute vorhanden sind. Da Quantifizierungen dieser längerfristigen Effekte in den betroffenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen zur Zeit noch auf größte Schwierigkeiten stoßen, sollen hier in grundsätzlicher Form einige Aspekte des Problems aufgezeigt werden.

Die gegenwärtige Situation wurde aus politischen Gründen ausgelöst. Es wäre jedoch kurzfristig, sie deshalb nur unter dem Aspekt des willkürlichen Entstehens und damit — bei ausreichend geschicktem Taktieren — des ebenso schnellen wie willkürlichen Aufhörens zu betrachten. Es kann heute nämlich gesagt werden, daß Probleme dieser Art — also Energie- und Rohstoffknappheit — mit Sicherheit über kurz

Tabelle 8

Voraussichtliche Entwicklung ausgewählter Finanzdaten

Jahr	Brutto- inlands- produkt	Haus- halts- volumen	% -Anteil am BIP	Personal- ausgaben %-Anteil am HV
	Mill.DM			
1974	159 568	18 541	11,6	43,6
1975	172 585	21 102	12,2	42,7
1980				
I.Variante	266 714	35 682	13,4	41,6
II.Variante	279 786	38 244	13,7	43,0
1985				
I.Variante	412 182	60 367	14,6	40,5
II.Variante	453 576	69 314	15,3	43,3

oder lang auf den hochindustrialisierten Teil der Welt zugekommen wären. Es dürfte weiterhin, mehr oder weniger gleichzeitig mit diesen Knappheitserscheinungen, das Problem der ökologischen Zerstörung auftreten, also das Problem der Zerstörung der natürlichen, aber auch der sozialen Umwelt, auf die der Mensch aus natur- und sozialgesetzlichen Gründen angewiesen ist. Die gegenwärtige Krisensituation muß in diesem weiten Rahmen analysiert werden, nicht zuletzt, um Fehlentscheidungen bei ihrer Behebung möglichst weitgehend zu vermeiden.

Die Sachverhalte, um die es hier geht, waren seit einiger Zeit bekannt, sie sind seit kurzem allerdings erst ins breitere Bewußtsein getreten und seither hinsichtlich ihrer Tragweite kaum ganz ernst genommen worden. Mit einem Schlage macht die politisch initiierte Energiekrise auf die Existenz und die Gefährlichkeit der Prozesse aufmerksam. Die skizzierten Probleme hängen mit einem von einem schon hohen Niveau ausgehenden weiteren starken industriellen Wachstum zusammen. Daß sie erst jetzt sichtbar werden, hängt einmal mit der Art ihrer Entwicklung zusammen. Diese wird üblicherweise als "exponentiell" gekennzeichnet, d.h. das Wachstumstempo (also die jährliche Zuwachsrate) ist konstant, so daß bei geringem Niveau die Vergrößerung des gefährdenden Sachverhalts kaum auffällt, um dann aber, bei hohem Niveau, sich explosionsartig zu vervielfachen. Die bisherige Wertung der Probleme hängt weiterhin zweifellos auch mit einem Versagen der zuständigen Wissenschaft, insbesondere der Volkswirtschaftslehre, zusammen. In der Perspektive dieser Wissenschaft sind Luft, Wasser, Energie, Rohstoffe usw., also alle Tatbestände, die heute als knapp und notwendigerweise schutzbedürftig angesehen werden, entweder freie oder aber beliebig vermehrbare Güter. Sie haben entweder keinen Preis oder aber einen

solchen, der ihre beliebige Vermehrbarkeit unterstellt. Da sie nach dieser Sicht für das Wirtschaften als solches keinerlei Probleme bieten, gehören sie — wie auch alle sozialen und politischen Komponenten — zum sogenannten Datenkranz, innerhalb dessen sich das „eigentliche“ Wirtschaftsgeschehen als in sich geschlossenes System vollzieht. Die Aktionen dieses Systems werden dabei von der Knappheit der sogenannten Produktionsfaktoren — Kapital, Arbeit und Boden — bestimmt. Wechselwirkungen zwischen System und Datenkranz werden in der Theorie nicht unterstellt. Allerdings hat es auch Außenseiter gegeben, die darauf hingewiesen haben, wie eklatant man mit dieser beschränkten Perspektive an den relevanten Problemen der Realität vorbeidenkt.

Hier nun macht die Ölkrise sehr abrupt und allgemein auf die Notwendigkeit eines Umdenkungsprozesses aufmerksam. Nicht mehr ausschließlich die klassischen Produktionsfaktoren, sondern die sogenannten Rahmendaten bestimmen in Zukunft das mögliche Wachstum und wirken zunächst wachstumslimitierend. Es besteht kein Anlaß anzunehmen, daß die mit Energie-, Rohstoff- und ökologischer Krise auftretenden Probleme nicht überwunden werden könnten. Angesichts der Dimension und Interdependenz der Probleme und angesichts der Tatsache, daß bisher in dieser Richtung nichts unternommen wurde, wird dies jedoch erhebliche Zeit — um nicht zu sagen „Jahrzehnte“ — in Anspruch nehmen.

Viele bisher wirksame Mittel der Wirtschaftspolitik zur Ankurbelung des Wachstums — besonders solche konjunkturpolitischer Art — dürften versagen, da es sich zunächst einmal um Strukturprobleme, besonders aber Probleme der Forschung handelt, und zwar der interdisziplinär verknüpften und nicht nur der isolierten fachspezifischen Forschung. Hier kann der Staat über eine selektive Förderpolitik wirksam eingreifen. Weiterhin werden Grade der politischen Durchsetzbarkeit erforderlich werden, die bisher unbekannt waren. Insofern kann der zur Zeit bestehende direkte äußere Zwang zur Auslösung eines Umorientierungs- und Umstimmungsprozesses nicht als negativ angesehen werden.

Probleme der skizzierten Art haben quantitative und strukturelle Auswirkungen. Die Knappheit von Energie und Rohstoffen führt — bis Substitute erfunden und eingeführt sind — zu einer Reduzierung, unter Umständen auch zu einer Stagnation des Wachstums. Die ökologischen Grenzen, die aus Gründen der Lebenserhaltung eingehalten werden müssen, führen zu einer grundsätzlichen Wachstumsreduzierung hinsichtlich der bisherigen technischen Produktionsprozesse. Die Überwindung von Energie- und Rohstoffknappheit muß also unbedingt mit der Überwindung der Bedrohung der Umwelt aufgrund bisheriger technischer Prozesse gekoppelt werden. Es liegt hier ein interdependenter Problemkomplex vor. Es ist deshalb nicht zweckmäßig,

möglichst schnell irgend etwas zur Behebung einer Engpaßsituation zu tun, wenn dadurch an anderer Stelle des Rückkoppelungssystems Ungleichgewichte auftreten.

Diese Gefahr wäre beispielsweise bei einem massierten Bau von Kernkraftwerken gegeben. Während man damit zumindest partiell die Energieknappheit beseitigt hätte, wären — unter Umständen in irreversibler Form — ökologische Probleme aufgetreten. Bei dem hier vorliegenden Zielkonflikt zwischen einer Verhinderung der Verschlechterung der Umweltverhältnisse einerseits und der für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erforderlichen Konsolidierung der Energieversorgung andererseits muß ein optimaler Kompromiß gefunden werden, der diese Zusammenhänge berücksichtigt.

Eine Wachstumsreduzierung auf längere Sicht führt zu geringeren Zunahmen des Bruttoinlandsprodukts, des zusammenfassenden Indikators der Wirtschaftsentwicklung. Über Größenordnungen dieser Auswirkungen kann im Augenblick nichts gesagt werden, da keine Informationen über die Relation zwischen Energieeinsatz und Wirtschaftswachstum vorliegen. Würde Baden-Württemberg über eine Input-Output-Tabelle verfügen, dann wäre nicht nur eine Abschätzung des mit einem bestimmten Energie- und Rohstoffrückgang verbundenen Produktionsausfalls möglich, sondern auch eine Beurteilung der Frage, in welchem Ausmaß die einzelnen Branchen betroffen sind. Da das erforderliche Instrumentarium nicht zur Verfügung steht, bleibt nur ein Rechenexempel, um wenigstens mögliche Größenordnungen zu verdeutlichen. Nimmt man beispielsweise an, daß das zuvor im Zeitraum 1975 bis 1985 angesetzte Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 4,9% jährlich sich um die Hälfte auf etwa 2,5% verringert, so käme man bei einem Ausgangswert von 97 Milliarden DM im Jahr 1975 bis 1980 auf etwa 110 Mrd. und 1985 auf 125 Mrd. DM, — eine Größenordnung, die nach der zuvor angesetzten Wachstumsvorstellung bereits im Jahr 1980 erreicht worden wäre (vgl. Titelschaubild und oben Schaubild 1b).

Das Bruttoinlandsprodukt würde damit im Zeitraum 1975-1985 um etwa 30 Mrd. DM zunehmen; es wäre damit um fast den gleichen Betrag wie in den vergangenen 10 Jahren gewachsen (1962: 53 Mrd. DM, 1972: 85 Mrd. DM). Es zeigt sich also, daß niedrige relative Zunahmen bei hohem absolutem Niveau zu hohen absoluten Zuwächsen führen. Das aber bedeutet, daß niedrige Wachstumsraten keineswegs mit effektiven Verschlechterungen gleichgesetzt werden können.

Trotzdem wird eine Umorientierung erforderlich werden, da bisher wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Prozesse nicht nur auf einen jährlichen Zuwachs, sondern auf einen jährlich *steigenden* Zuwachs eingestellt sind. Es muß sich ein der veränderten Situation angepaßtes neues Strukturbild einpendeln, was kurz- und auch mittelfristig zu Ungleichgewichten

und Friktionen führen dürfte. Denn mit einer Wachstumsverlangsamung des Bruttoinlandsprodukts sind eine Vielzahl anderer wirtschaftlicher und demographisch-sozialer Erscheinungen verbunden, deren Zusammenhang die in der Einleitung gegebene Graphik verdeutlicht (vgl. Ziffer 2.1). Herausgegriffen seien hier Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt, dem Bildungsbereich und dem landwirtschaftlichen Bereich.

Es wird insbesondere weniger zusätzliche Arbeitsleistung benötigt werden, was sich sowohl in einer verkürzten Arbeitszeit und/oder einer geringeren Zahl benötigter Arbeitskräfte niederschlagen kann. Zum Teil wird durch ein weniger starkes Zufließen ausländischer Arbeitnehmer, unter Umständen auch durch ein gewisses Abfließen, eine Entspannung der Situation auf dem heimischen Markt erreicht werden können. Man kann dieses Problem jedoch nicht nur rein zahlenmäßig sehen. Es wird noch zu zeigen sein (Teil 3, Ziffer 3), daß es gleichzeitig vollbeschäftigte Ausländer in niveaumäßig niedrigen Arbeiten und arbeitslose höher qualifizierte Deutsche geben kann. Weiterhin ist damit zu rechnen, daß der Zustrom zu höherer Ausbildung, insbesondere zum Hochschulstudium, auch bei einer nur relativen wirtschaftlichen Verschlechterung nachlassen könnte. Zum einen dürfte der Antrieb bei den Betroffenen schwächer werden, zum anderen dürften Mittel für den Bildungsbereich nicht mehr im bisherigen Ausmaß zusätzlich zur Verfügung stehen. Damit allerdings dürfte sich das qualitative Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt vergrößern. Der Hinweis auf geringere öffentliche Mittel macht auf eine weitere Konsequenz veränderten Wirtschaftswachstums aufmerksam: ein geringerer Zuwachs des Haushaltsvolumens aufgrund schwächer steigender Steuereinnahmen. Diese Einschränkung kann weder durch eine höhere Steuerlastquote noch durch höhere Kreditfinanzierung ausgeglichen werden, da beide die Antriebskräfte einer sich im Umstrukturierungsprozeß befindlichen Wirtschaft weiter lähmen würden. Man wird also im öffentlichen Bereich zu einer Umorientierung von den Schwerpunkten und Prioritäten her kommen müssen.

Mit einem relativ reduzierten Wachstum sind im wirtschaftlichen Bereich erhebliche Umstrukturierungsprozesse verbunden. So wird man ganz generell auf lange Sicht von einer Zunahme des Dienstleistungssektors auf Kosten des warenproduzierenden Sektors ausgehen können. Auf kürzere Sicht sind diese Verlagerungen kaum zu erwarten. Im Augenblick sind alle Branchen betroffen, die in hohem Maße auf das Öl als Energieträger – wie die Autoindustrie – oder als Rohstoff – wie die Chemische Industrie – angewiesen sind. An diese Branchen sind jedoch eine große Anzahl vor- und nachgelagerter Branchen und Betriebe gebunden. Mit Hilfe einer Input-Output-Tabelle für Baden-Württemberg könnte das Ausmaß der Auswirkungen für alle direkt und – als Zulieferer oder Bezieher – indirekt betroffenen Branchen der Richtung und Intensität

nach bestimmt werden. Damit wäre es auch möglich, wirtschaftspolitische Hilfsmaßnahmen sehr viel gezielter und direkter anzuwenden. Ohne dieses Instrument ist es nur möglich, ganz generell auf Umstrukturierungsnotwendigkeiten hinzuweisen.

Die starke Exportorientierung des Landes ist weiterhin ein Grund für eine mögliche Reduzierung des relativen Wachstums. Sie dürfte auch ein Bereich sein, in dem eine Umstrukturierung in Zukunft erforderlich sein wird. Knappheitserscheinungen und ökologische Probleme dürften in allen Industrienationen zu einem abgeflachten Wirtschaftswachstum und damit zu einer verringerten Importneigung nach Gütern herkömmlicher Art führen. Damit dürfte der Export des Landes sowohl direkt wie indirekt (Zulieferer) betroffen werden. Es sei denn, es würde der Wirtschaft dieses Landes gelingen, sich schnell auf die aufgrund der veränderten Situation erforderlichen *neuen* Produkte umzustellen. Es liegt hier durchaus eine Möglichkeit vor, an die diesbezüglichen Traditionen des Landes anzuknüpfen, das vor allem im Bereich der Investitionsgüterindustrie schon immer Spezialprodukte hergestellt hat.

Damit läßt sich feststellen, daß von einem verlangsamten Wirtschaftswachstum, wie es für die Zukunft zu erwarten sein dürfte, keineswegs bedrohliche Gefahren ausgehen. Die erforderliche Umorientierung und Umstellung ist vielmehr aus verschiedenen Gründen durchaus positiv zu beurteilen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß andererseits auf ein gewisses Wachstum nicht verzichtet werden kann. Denn nur daraus ergeben sich zusätzliche Einkommen bei den Privaten Haushalten und dem Staat, die ihrerseits zu dem Fiskus beitragen, aus dem die Strukturierungs- und Umverteilungsprozesse – und damit die erforderlichen Anpassungen an die Vielzahl neuer Aufgaben – finanziert werden können.

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Punkte als *Auswirkungen und Konsequenzen* einer längeren Phase der Rohstoff- und Energieknappheit festhalten:

- Geringere Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts.
- Erforschung und Entwicklung neuer Technologien energie- und rohstoffsparender Art bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Umweltschutzes.
- Erforschung und Entwicklung neuer Energiequellen, ebenfalls bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Umweltschutzes.
- Umstrukturierungsprozesse, die zunächst zu einer Reduzierung der vom Öl als Energie- und Rohstoffträger besonders stark abhängigen Branchen (direkt und indirekt) führen und dann zu einer Umstellung auf Branchen mit neuen Produkten aufgrund neuer Technologien. Auf längere Sicht dürfte eine Ausweitung des Dienstleistungssektors möglich sein.

- Koppelung dieser Umstrukturierungsprozesse mit einer Verminderung der Umweltbedrohung aufgrund bisheriger technischer Prozesse.
- Anpassung des Bildungswesens und des Arbeitsmarktes an die mit der veränderten Wirtschaftsstruktur verbundenen Erfordernisse.
- Generelle Umorientierung des Denkens bei der Beurteilung von wirtschaftlichem Wachstum einerseits und der Erhaltung und Besserung der "Qualität des Lebens"; also insbesondere der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen und sozialen Umwelt, andererseits.

Einzeluntersuchungen zu Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Landesregierung

Nach dem vorhergehenden allgemeinen Überblick und der langfristigen Vorausschätzung relevanter Eckdaten sollen im folgenden nun einige landespolitisch wichtige Bereiche, die auch im Arbeitsprogramm der Landesregierung angesprochen sind, aus datenorientierter Sicht behandelt werden. Da den regionalen Planungsaktivitäten eine wachsende Bedeutung zukommen wird, nehmen die regionalen Strukturuntersuchungen einen größeren Raum ein. Dabei wird vor allem auf die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung und ihre Ursachen näher eingegangen, auch unter strukturräumlichen Gesichtspunkten, und nicht zuletzt auf die regionale Wirtschaftsstruktur und die sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen. Die mit der großen Zahl von Ausländern zusammenhängenden Probleme werden ebenso angesprochen wie die augenblickliche Situation auf dem Arbeitsmarkt und die zu erwartende Weiterentwicklung. In diesem Zusammenhang wird auch kritisch zu dem Prognos-Gutachten Stellung genommen, das ja für 1985 eine größere Arbeitslosigkeit prognostiziert.

Mit besonderem Interesse werden die Auswirkungen der Bildungspolitik verfolgt, die zahlenmäßig u.a. in den Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen und in der Tatsache zum Ausdruck kommen, daß die Zahl der Schüler an Realschulen und Gymnasien be-

reits größer ist als an Hauptschulen. Die Kapazität der Hochschulen ist allgemein überschritten. Daraus entsteht eine Fülle von Problemen, die mit dem Numerus clausus allein nicht zu lösen sind. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Abiturientenzahlen lassen erkennen, wie dringend hier entsprechende Maßnahmen sind.

Da die wirtschaftliche Entwicklung nicht isoliert betrachtet werden kann, werden Vergleiche mit dem Bund angestellt und untersucht, inwieweit die sich ergebenden Unterschiede des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigtenzahl auf einen Branchenstruktur- oder Standorteffekt zurückzuführen sind.

Mit der zunehmenden Bedrohung des natürlichen Lebensraumes wächst auch der Bedarf an Orientierungsdaten über alle die Umwelt beeinträchtigenden Faktoren. Dieses Thema wird deshalb gesondert behandelt. Dabei wird einmal auf den bedenklichen Rückgang der Kulturf lächen hingewiesen und zum andern auf die zunehmende Wasser- und Luftverschmutzung. Um dieser Gefahr mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzutreten zu können, muß sie erst in ihrem ganzen Ausmaß erkannt werden. Ein darauf abgestelltes System von Umweltstatistiken sollte die Grundlage dazu schaffen.

3.1 Regionale Strukturuntersuchungen

Gegenstand dieser Untersuchungen sind einige Aspekte der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Einkommensentwicklung in den Teilgebieten des Landes. Dabei können in einem *ersten Abschnitt für die Bevölkerung* neben der Übersicht über die bisherige Entwicklung auch Informationen über mögliche zukünftige Tendenzen gegeben werden. Es wird eine der wichtigen Aufgaben des Statistischen Landesamtes sein, das regionale Vorausschätzungsinstrumentarium auch auf den zusammenfassenden Indikator der Wirtschaftsentwicklung — das *Bruttoinlandsprodukt* — auszudehnen, das im *zweiten Abschnitt* im Mittelpunkt steht. Im Augenblick können für diese Größe Daten für die Jahre 1961 und 1970 geboten werden und dies jeweils sowohl für die neuen wie für die alten Kreise. Das Bruttoinlandsprodukt ist zwar ein zutreffender Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Region, keineswegs aber ein hinreichend genauer Indikator ihres Wohlstandsniveaus.¹⁾ Deshalb wird in einem *dritten Abschnitt* eine näherungsweise Größe²⁾ eingeführt — die *Lohn- und Gehaltssum-*

men abhängig Beschäftigter —, die nicht nach einer regionalen Verwaltungseinheit, sondern nach der Strukturkategorie „Verflechtungsbereich“ ausgewiesen werden.

1) Dafür gibt es zwei Gründe:

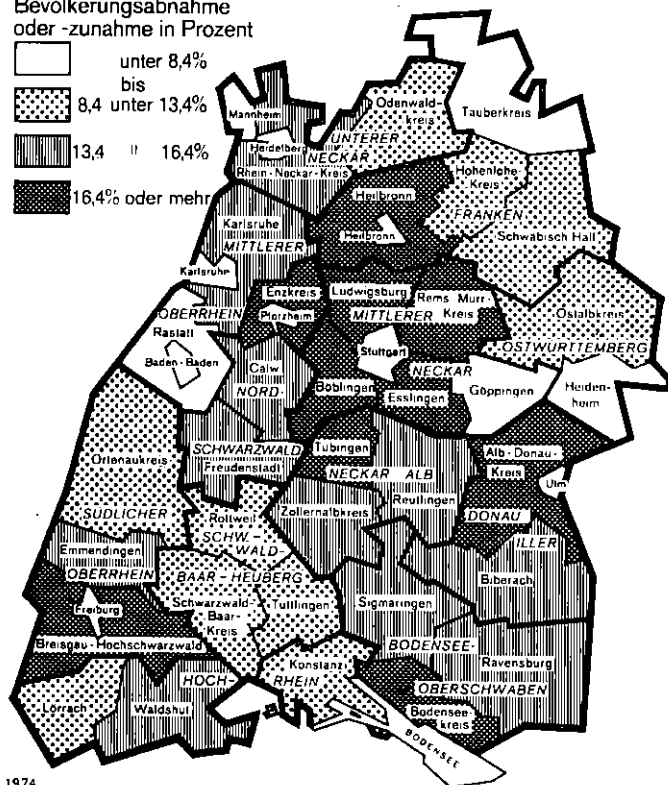
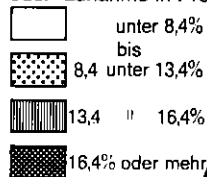
- a) Das Bruttoinlandsprodukt enthält neben den Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit den Abschreibungen und indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) auch solche Komponenten, die dem privaten Haushalt nicht als Kaufkraft zur Verfügung stehen.
- b) Das Bruttoinlandsprodukt eines Kreises mißt die Einkommen, die bei den in dem Kreis tätigen Personen anfallen, und nicht die Einkommen, die von den dort ansässigen Personen empfangen werden. Wegen der zum Teil erheblichen Berufspendlerströme zwischen den Kreisen stimmen entstandene und empfangene Einkommen in der Regel nicht überein.

2) Die Lohn- und Gehaltssummen erfassen das Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten. Zur kompletten Beurteilung des Wohlstandsniveaus fehlen die den privaten Haushalten darüber hinaus zufließenden Unternehmer-, Vermögens- und Transfereinkommen.

Schaubild 1

Voraussichtliche Bevölkerungsveränderung von 1972 bis 1990

Bevölkerungsabnahme oder -zunahme in Prozent



1974

1. Bevölkerung

Bevölkerungsvorausschätzung für Kreise

Mit der wachsenden Bedeutung regionaler Planungsaktivitäten sah sich das Statistische Landesamt veranlaßt, eine Regionalisierung der für das Land erstellten Vorausschätzungen zu versuchen. Eine solche Vorausberechnung wurde erstmals 1972 durchgeführt¹⁾.

Die regionalen Bevölkerungsvorausschätzungen laufen methodisch nach dem gleichen Verfahren wie die Vorausschätzungen für die Gesamtbevölkerung. Sie erfordern also kreisweise Eingabedaten für eine Basisbevölkerung sowie Annahmen über die zukünftige Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Wanderung. Es ist naturgemäß besonders schwierig, diese Komponenten, insbesondere in ihrer Kombination, regional zutreffend anzusetzen²⁾.

Die Addition der Ergebnisse für die neuen Kreise zur Landessumme ergibt für 1990 eine um etwa 100 000 Personen höhere Anzahl als die Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung vom Oktober 1973. Dies hängt damit zusammen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt gewisse demographische Entwicklungstendenzen, insbesondere die Fruchtbarkeit und die Wanderung, deutlich zurückhaltender beurteilt werden als noch vor 1 bis 1 1/2 Jahren. Es kann jedoch gesagt werden, daß diese neuen Ansätze das Verhältnis der Kreise zueinander – und dies ist ja eine der wichtigsten Informationen bei Regionalvorausschätzungen – nicht wesentlich beeinflussen würden.

Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung

Das für das Land insgesamt im Zeitraum 1972 bis 1990 ausgewiesene Wachstum von gut 10% verteilt sich in unterschiedlicher Weise auf seine einzelnen Teilregionen.

Bevölkerungsabnahmen oder vergleichsweise geringe Zunahmen sind in allen Stadtkreisen des Landes sowie im Bereich der Landkreise Göppingen/Heidenheim, Tauberkreis sowie Rastatt zu erwarten. Verhältnismäßig geringe Bevölkerungszunahmen ergeben sich im Nordosten des Landes für den Streifen vom Odenwald über den Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall bis zum Ostalbkreis, sowie im Südwesten für das Gebiet vom Ortenaukreis über Tuttlingen und den Schwarzwald-Baar-Kreis bis nach Konstanz sowie für Lörrach.

Mit weit überdurchschnittlicher Bevölkerungszunahme ist häufig im Umland der Stadtkreise und dabei vor allem im Verdichtungsraum Mittlerer Neckar zu rechnen. Schwerpunkt im Süden des Landes ist der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald um die Stadt Freiburg sowie der Bodensee-Kreis.

Zwischen die Gebiete mit voraussichtlich geringem und starkem Bevölkerungswachstum schiebt sich ein geschlossener Streifen von Kreisen mit mittelstarken Zunahmen. Er zieht sich vom Nord-Westen, wo er den Verdichtungsraum Unterer Neckar umfaßt, um den Mittleren Neckarraum herum in den Südost-Teil des Landes, wo er weite Bereiche ländlichen Gebiets abdeckt.

Unterschiedliche Kombination von Geburtenüberschuß und Wanderung

Die skizzierten differenzierten Bevölkerungsentwicklungen ergeben sich aus unterschiedlichen Kombinationen zweier Komponenten: dem Geburtenüberschuß und der Wanderung. Dabei gehen die Geburtenüberschüsse ihrerseits insbesondere auf 2 Faktoren zurück, die nach Kreisen unterschiedlich anzusetzen sind: der Altersgliederung der Bevölkerung – so ist der Anteil der jungen Personen im fruchtbaren Alter, bedingt durch die Zuwanderung, im Mittleren Neckarraum besonders groß – und dem spezifischen Fortpflanzungsverhalten, das vor allem in ländlichen Bereichen zu immer noch beachtlichen Geburtenüberschüssen führt. Die Wanderungsbewegung ihrerseits zerfällt ebenfalls in mehrere nach Motivation, Struktur und Entwicklung unterschiedliche Ströme, wovon die einzelnen Kreise unterschiedlich berührt werden. Als Beispiele für derartige Wanderungsströme seien Wanderungen aus Gründen der Erwerbstätigkeit, der Ausbildung oder der Festlegung eines Altersruhesitzes erwähnt.

1) Vgl. dazu: G. Gröner: Regionale Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1972. Und: ders.: Regionale Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzungen bis 1990, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5, 1973.

2) Für die Annahmen vgl. den Anhang.

In allen Kreisen mit sehr hoher Bevölkerungszunahme treffen hohe oder mittelstarke Geburtenüberschüsse auf einen hohen Wanderungssaldo, während in allen Kreisen mit geringem Wachstum niedrige Geburtenüberschüsse mit schwachem Zustrom durch Wanderung einhergehen. Bei Abnahmen kann die Zahl der Sterbefälle die der Geburten überwiegen und/oder kann die Zahl der Abwandernden größer als die der Zuwandernden sein. Im Zwischenbereich mittelstarker Zunahmen kommen die unterschiedlichsten Kombinationen vor, überwiegend allerdings, so auch in weiten ländlichen Gebieten, mittlere bis starke Geburtenüberschüsse und mittelhoher Wanderungszustrom.

Die Entwicklung in Strukturräumen 1)

Neben der Entwicklung in den einzelnen Verwaltungseinheiten, wie Kreisen und Regionalverbänden, spielen in der landespolitischen Diskussion die Zukunftsaussichten solcher Teilgebiete Baden-Württembergs eine Rolle, die im Landesentwicklungsplan nach Strukturgesichtspunkten abgegrenzt wurden. Vor allem geht es dabei um die Differenzierung zwischen *verdichteten* und *ländlichen* Gebieten. Vorausschätzungen für die Gebietskategorien dieses Plans sind direkt nicht möglich, jedoch lassen sich aus der schwerpunktmäßigen Zuordnung von Kreisen wenigstens die Tendenzen deutlich erkennen.

Die *Kerne der Verdichtung*, also insbesondere die Stadtkreise, wiesen schon im Zeitraum 1961 bis 1970 ein im Vergleich zum Landesdurchschnitt nur noch geringes Wachstum auf. In Heidelberg, Stuttgart und Ulm stagnierte die Entwicklung. Diese Tendenzen dürften sich in Zukunft in allen Stadtkreisen abzeichnen, so daß für die Verdichtungskerne mit einer rückläufigen Bewegung zu rechnen ist.

Hier zeigen sich deutlich jene Entleerungstendenzen, wie sie für hochindustrialisierte und stark verdichtete Kernstädte, und zwar nicht nur in Baden-Württemberg, seit geraumer Zeit typisch sind. Lediglich für Freiburg als Zentrum mit hohem Freizeitwert wird weiterhin eine wenn auch wesentlich geringere Zunahmerate der Bevölkerung erwartet.

Im Gegensatz zu den Verdichtungskernen werden die *unmittelbar angrenzenden* Kreise ein zumeist hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. Umschichtungsprozesse zielen also in erster Linie in die „suburbs“, hier können die höchsten Wachstumsraten erwartet werden.

So offensichtlich die Ursachen dieser Zentrifugalbewegung zumeist auch sind — z.B. Minderung der Urbanität, ökologische Probleme, Kommunikationsschwierigkeiten des Städters, Streben des Menschen nach einem

Unabhängigkeitssubstitut durch das Heim im Grünen — so wenig lassen sie sich quantitativ erfassen. Der Bedarf an Arbeitskräften und die gesteigerte Mobilität junger Menschen — bedingt durch die spezialisierenden Ausbildungswege und die Kleinfamilie — werden den verdichteten Räumen weiterhin Menschen zuführen. Die außerordentlich hohen Zuwachsraten der vergangenen Jahre sind aber nicht mehr zu erwarten. Im größten Verdichtungsraum des Landes, dem Mittleren Neckar, dürfte mit einer im Vergleich zur bisherigen Entwicklung besonders deutlichen Beruhigung zu rechnen sein, während im Südwesten, um Freiburg i.B., die bisherige Bevölkerungszunahme nur leicht abgeschwächt weiterlaufen dürfte.

Insgesamt kommen die den *verdichteten Gebieten* schwerpunktmäßig zugeordneten Kreise — zu denen außer den genannten Umlandkreisen auch Göppingen, Ostalbkreis, Tübingen, Reutlingen, Zollernalbkreis, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Lörrach gerechnet wurden — in 20 Jahren (1970 bis 1990) voraussichtlich auf eine Zuwachsrate von 18% gegenüber 20% in den 9 Jahren zwischen 1961 und 1970.

Die *ländlichen Gebiete*, zu denen alle übrigen Kreise des Landes zusammengefaßt wurden, dürften mit 16,5% in Zukunft eine fast ebenso hohe Zunahme verzeichnen wie die verdichteten Gebiete, wogegen sie im Zeitraum 1961 bis 1970 mit 14% noch deutlich hinter diesen zurückblieben. Zu diesen Aussichten tragen allerdings die Umlandkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Alb-Donau-Kreis und Emmendingen sowie die als Ruhezitate beliebten Kreise Freudenstadt und Bodenseekreis besonders stark bei.

Ergebnis

Bei einer Gegenüberstellung der wahrscheinlichen Bevölkerungszunahmen in den verdichteten Gebieten, einschließlich der Verdichtungskerne, einerseits und der ländlichen Gebiete andererseits läßt sich insgesamt ableiten, daß die Prozesse der Verdichtung bzw. Entleerung zu einem Stillstand gekommen sind und erste Ansätze einer gewissen Ausgleichstendenz zwischen den Strukturräumen sich abzeichnen. Allerdings wird die Verschiebung zugunsten der ländlichen Gebiete angesichts des jetzigen sehr hohen Bevölkerungsgewichts der verdichteten Gebiete (70% der Landesbevölkerung 1970) nicht besonders groß sein. 1990 werden die ländlichen Räume voraussichtlich 31% der in Baden-Württemberg lebenden Menschen beherbergen gegenüber 30% im Jahr 1970.

Tendenziell entsprechen diese Erwartungsgrößen den Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans. Gezielte Förderungsmaßnahmen für das ländliche Gebiet sollten dazu beitragen, daß sein zukünftiges Bevölkerungs- und Wirtschaftsgewicht über den derzeit absehbaren Erwartungswerten liegt.

1) Abgrenzung stimmt mit dem Landesentwicklungsplan nicht genau überein, da die Schwerpunktszuordnung nach Kreisen und nicht nach Gemeinden erfolgen mußte.

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in den Stadtkreisen (Verdichtungskernen)

Stadtkreise	Wohnbevölkerung in 1000			Veränderung in %	
	1961	1970	1990	1961/70	1970/90
Ulm	95,5	96,0	83,8	+ 0,5	- 12,7
Heidelberg	125,3	121,0	109,2	- 3,4	- 9,8
Karlsruhe	244,5	262,6	246,7	+ 7,4	- 6,1
Stuttgart	637,5	633,2	597,0	- 0,7	- 5,7
Mannheim	313,9	332,2	320,0	+ 5,8	- 3,7
Pforzheim	84,6	92,8	92,2	+ 9,7	- 0,6
Heilbronn	92,3	104,3	103,6	+ 13,0	- 0,7
Freiburg im Breisgau	148,4	166,6	177,3	+ 12,3	+ 6,4

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung in den Umlandkreisen*)

Landkreise	Wohnbevölkerung in 1000			Veränderung in %	
	1961	1970	1990	1961/70	1970/1990
<u>um Stuttgart</u>					
Böblingen	199,4	276,9	369,5	+ 38,9	+ 33,4
Ludwigsburg	315,1	397,5	488,4	+ 26,2	+ 22,9
Esslingen	328,9	408,6	488,9	+ 24,2	+ 19,7
Rems-Murr-Kreis	266,3	331,5	396,6	+ 24,5	+ 19,6
<u>um Heilbronn</u>					
Heilbronn	195,5	232,5	284,2	+ 18,9	+ 22,2
<u>um Karlsruhe</u>					
Karlsruhe	297,8	356,2	423,5	+ 19,6	+ 18,9
Rastatt(einschließlich Stadtkreis Baden-Baden)	209,2	238,0	253,0	+ 13,8	+ 6,3
<u>um Heidelberg und Mannheim</u>					
Rhein-Neckar-Kreis	346,3	421,8	507,5	+ 21,8	+ 20,3
<u>um Pforzheim</u>					
Enzkreis	131,7	159,8	193,1	+ 21,3	+ 20,8
<u>um Freiburg im Breisgau</u>					
Breisgau-Hochschwarzwald ¹⁾	145,3	171,1	216,1	+ 17,8	+ 26,3
Emmendingen ¹⁾	103,2	119,6	142,8	+ 15,9	+ 19,4
<u>um Ulm</u>					
Alb-Donau-Kreis ¹⁾	131,4	153,2	186,4	+ 16,6	+ 21,7

1) Nach der Bevölkerungsdichte den verdichteten Räumen nicht zuzurechnen.

*) Landkreise, die unmittelbar an Stadtkreise (Verdichtungskerne) angrenzen.

Tabelle 3

Demographische und wirtschaftliche Entwicklung in den Strukturräumen ¹⁾ des Landes

Land bzw. Strukturraum	1961	1970	1990	1961	1970	1990	1961/70	1970/90
	1000 Personen bzw. Mill.DM			%				
	Anzahl			Anteil am Land		Zu- bzw. Abnahme		
Wohnbevölkerung								
Land Baden-Württemberg	7759,2	8895,0	10 061,8	100	100	100	14,6	13,1
Verdichtete Gebiete	5472,0	6285,0	7 020,5	70,5	70,7	69,8	14,9	11,7
davon: Verdichtungskerne	1742,0	1808,7	1 729,8	22,5	20,3	17,2	3,8	- 4,4
Verdichtete Gebiete ohne Verdichtungskerne	3730,0	4476,3	5 290,7	48,1	50,3	52,6	20,0	18,2
Ländliche Gebiete	2287,2	2610,0	3 041,3	29,5	29,3	30,2	14,1	16,5
Bruttoinlandsprodukt								
Land Baden-Württemberg	48 670	103 693	.	100	100	.	113,1	.
Verdichtete Gebiete	37 458	78 669	.	77,0	75,9	.	110,0	.
davon: Verdichtungskerne	17 595	34 134	.	36,2	32,9	.	94,0	.
Verdichtete Gebiete ohne Verdichtungskerne	19 863	44 535	.	40,8	42,9	.	124,2	.
Ländliche Gebiete	11 212	25 024	.	23,0	24,1	.	123,2	.

1) siehe Fußnote Seite 39

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen vollziehen sich insbesondere in regionaler Hinsicht nicht unabhängig voneinander. Bei einer verzahnten Betrachtung beider Bereiche ergeben sich gewisse Parallelen, aber auch bemerkenswerte Unterschiede.

Die Entwicklung in Strukturräumen

Noch deutlich stärker als die Bevölkerung (70% der Bevölkerung des Landes) zeigt das wirtschaftliche Geschehen (75% des Bruttoinlandsprodukts des Landes) eine Konzentration auf die verdichteten Gebiete, wobei dies besonders auf den hohen Anteil der Verdichtungskerne, also der Stadtkreise zurückgeht. Während hier ein Fünftel der Bevölkerung wohnt, tragen sie 1970 ein Drittel zum Landesergebnis des Bruttoinlandsprodukts bei, darunter Stuttgart allein 13 Mrd.DM und damit ein Achtel. In ländlichen Gebieten liegt umgekehrt der Bevölkerungsanteil (29%) über dem des Bruttoinlandsprodukts (24%).

Allerdings zeichnet sich auch bei diesem Indikator eine gewisse Tendenzwende in den Konzentrationserscheinungen ab. So ging von 1961 bis 1970 der Anteil der Verdichtungskerne deutlich zurück. Dies schlug allerdings nur leicht auf den Anteil der verdichteten Gebiete insgesamt durch, da die übrigen verdichteten Bereiche ihren Anteil vergrößerten. Bemerkenswert ist weiterhin, daß die Bedeutung der ländlichen Gebiete

ebenfalls zunahm. Zweifellos kann in diesen Entwicklungen auch ein Erfolg der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik gesehen werden, die über bestimmte Förderungsmaßnahmen strukturschwache und zurückgebliebene Gebiete unterstützt. Hierauf soll später noch eingegangen werden.

Tabelle 4

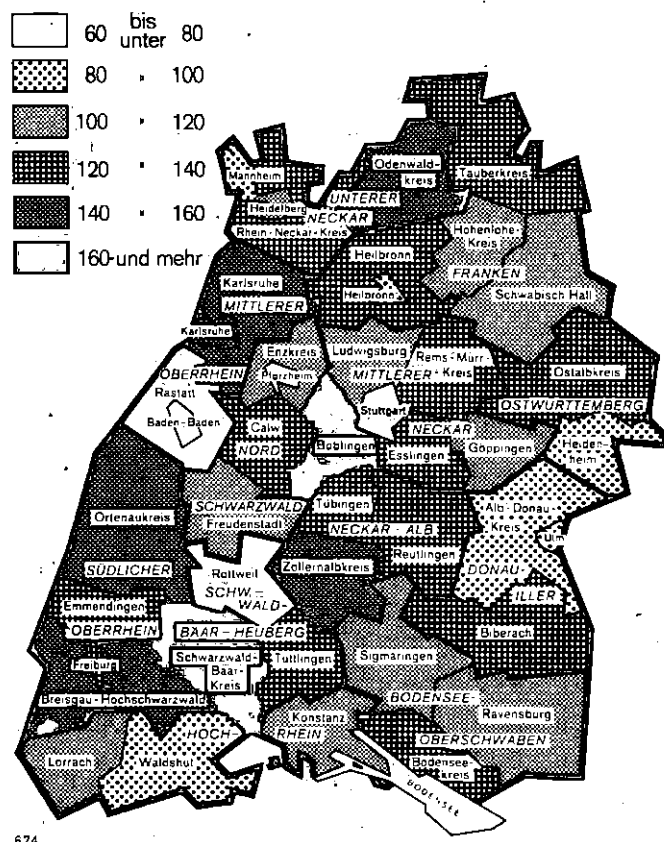
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Stadtkreisen (Verdichtungskernen)

Stadtkreise	Bruttoinlandsprodukt in Millionen DM		Veränderung in %
	1961	1970	1961/1970
Karlsruhe	2 031	5 116	151,9
Freiburg i.Br.	1 003	2 346	133,9
Heidelberg	826	1 772	114,4
Ulm	1 117	2 092	87,2
Heilbronn	1 038	1 935	86,5
Mannheim	3 224	6 006	86,3
Stuttgart	7 394	13 185	78,3
Pforzheim	962	1 682	74,9
Baden-Baden	382	657	72,0

Schaubild 2

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Stadt- und Landkreisen 1961/1970

Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in %



Bei allen Übereinstimmungen in niveaumäßiger und tendenzieller Hinsicht zwischen regionaler Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sind jedoch für einzelne Teilgebiete deutliche Unterschiede festzustellen.

Im Landesdurchschnitt wurde das Bruttoinlandsprodukt von 49 auf 104 Mrd. DM etwas mehr als verdoppelt (+ 113%). Diese Verdoppelung wurde nur in 3 von 9 Stadtkreisen erreicht, wobei insbesondere Freiburg und Karlsruhe herausragen.

Umlandkreise

Bei der Bevölkerungsentwicklung wiesen im Zeitraum 1961/70 – mit Ausnahme von Freiburg und Heilbronn – Kern und Umland extrem gegenläufige Tendenzen auf. So wurden die höchsten Zuwachsraten vor allem in den Verdichtungsräumen Mittlerer und Unterer Neckar erreicht. Ein vergleichbares Bild zeichnet sich bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nicht ab. Zum Teil weisen Kern und Umland gleiche Entwicklungstendenzen auf, wie im Fall von Karlsruhe auf hohem Niveau, im Fall von Freiburg auf mittlerem und bei Ulm auf niedrigem Niveau. Bei allen anderen Verdichtungscentren wächst zwar das Umland deutlich stärker als der Kern, die höchsten Zunahmen werden

hier jedoch – wenn man von Böblingen absieht – nicht erreicht. Sie ergeben sich vielmehr überwiegend in den stark industrialisierten Landkreisen, die wie der Schwarzwald-Baar-, Zollernalb- und Ortenaukreis keinem Zentrum anliegen, sondern eigenständige Verdichtungsgebiete bilden. Bemerkenswert ist die Entwicklung des Odenwaldkreises.

Die Wirtschaftsstruktur in den Kreisen: Dominanz des Warenproduzierenden Sektors.

Das Bruttoinlandsprodukt setzt sich aus den Beiträgen des Warenproduzierenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors und der Land- und Forstwirtschaft zusammen.

Mit einem Anteil von knapp 60% am Bruttoinlandsprodukt spielt in Baden-Württemberg der *Warenproduzierende Bereich* eine überragende Rolle, ein Bild, das

Tabelle 5

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Umlandkreisen*)

Landkreise	Bruttoinlandsprodukt in Millionen DM		Veränderung in %
	1961	1970	1961/1970
<u>um Stuttgart</u>			
Böblingen	1 457	3 810	161,5
Ludwigsburg	1 799	3 834	113,2
Esslingen	2 043	4 535	122,0
Rems-Murr-Kreis	1 383	3 243	134,6
<u>um Heilbronn</u>			
Heilbronn	767	1 747	127,8
<u>um Karlsruhe</u>			
Karlsruhe	1 219	2 988	145,1
<u>um Baden-Baden</u>			
Rastatt	1 005	1 750	74,1
<u>um Heidelberg und Mannheim</u>			
Rhein-Neckar-Kreis	1 466	3 517	139,9
<u>um Pforzheim</u>			
Enzkreis	556	1 271	128,6
<u>um Freiburg i.Br.</u>			
Breisgau-Hochschwarzwald 1)	521	1 251	140,0
Emmendingen 1)	420	935	122,3
<u>um Ulm</u>			
Alb-Donau-Kreis 1)	538	1 055	96,2

1) Nach der Bevölkerungsdichte den verdichteten Räumen nicht zuzurechnen.

*) Landkreise, die unmittelbar an Stadtkreise (Verdichtungskerne) angrenzen.

sich in der Mehrzahl der Kreise widerspiegelt. So erreichen oder überschreiten 23 und damit gut die Hälfte aller Kreise den Landesdurchschnitt. Dieser Wirtschaftsbereich trägt allein in acht Kreisen zu mindestens 2/3 zum Bruttoinlandsprodukt bei, und zwar im Zollernalbkreis (73,2%), in Heidenheim (70,5%), Böblingen (70,3%), Esslingen, Göppingen, Tuttlingen, Schwarzwald-Baar- und Enzkreis. In weiteren 16 Kreisen macht sein Beitrag mindestens die Hälfte aus und nur in 5 Kreisen – in Baden-Baden (35%), Freiburg (37%), Heidelberg, Breisgau-Hochschwarzwald und Schwäbisch-Hall – erreicht er nicht die 50%-Marke.

In diesen fünf Kreisen spielt der *Dienstleistungsbereich* eine z.T. überragende Rolle. So erreichen oder überschreiten die genannten Stadtkreise in diesem Sektor die 60%-Grenze. Ganz generell ist der Tertiäre Sektor in allen Stadtkreisen – bis auf Ulm – überdurchschnittlich stark vertreten, was mit der allgemein bekannten Zentrierung von Unternehmen des Handels und Verkehrs, des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie der privaten und öffentlichen Forschungs-, Unterrichts- und Gesundheitsleistungen und anderer Dienstleistungen im Ballungsgebiet zusammenhängt. Allerdings gibt es auch Landkreise, die einen deutlich überdurchschnittlichen Dienstleistungsanteil ausweisen, was in der Regel – wie im Fall von Calw, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Konstanz – auf die große Bedeutung des Fremdenverkehrs zurückzuführen ist.

Die *Landwirtschaft* spielt nur noch in einigen wenigen Kreisen eine bedeutendere Rolle. Im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Alb-Donau-Kreis liegt ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt bei über 10%. In weiteren 10 Kreisen kommt sie immerhin noch auf Anteile zwischen 5% und 10%. 1961 wiesen demgegenüber noch 30 und damit 2/3 aller Kreise des Landes einen Anteil der Landwirtschaft von mindestens 5% aus, unter diesen waren 13 Kreise mit mindestens 10%.

Starker Wandel der Wirtschaftsstruktur

Schon aus den wenigen vorgenannten Zahlen geht der starke Wandel der Wirtschaftsstruktur hervor¹⁾, der sich in den einzelnen Teilgebieten vollzogen hat und der in den Globalzahlen für das Land gar nicht zum Ausdruck kommt. Ganz überwiegend kann man von einem Prozeß der Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft sprechen. Dieser hat sich zum einen deutlich auch in den bisher stark landwirtschaftlich geprägten Gebieten durchgesetzt – so wird 1970 in keinem Kreis beim Warenproduzierenden Bereich die 50%-Marke deshalb nicht erreicht, weil der Anteil der Landwirtschaft zu groß wäre. 1961 war dies immerhin noch im Tauber- und Odenwaldkreis sowie in Freudenstadt und Ravensburg der Fall. Zum anderen hat dieser Industrialisierungsprozeß dazu geführt, daß der in vielen Kreisen schon hohe gewerbliche Strukturanteil noch weiter gestiegen ist. Unter diesem Gesichtspunkt fallen insbesondere der Zollernalbkreis, der Schwarzwald-Baar-Kreis sowie Rottweil und Tuttlingen, weiterhin der Ortenau-, Rhein-Neckar- und Ostalbkreis auf.

Am oberen Ende der Skala, also in Kreisen mit seit jeher sehr starker gewerblicher Orientierung, beobachtet man die nächste Stufe des Entwicklungsprozesses, also das Zurückdrängen des industriellen Bereichs zugunsten des Tertiären Sektors, was allerdings auch auf die stärkere Preissteigerung bei den Dienstleistungen zurückzuführen ist. Dies gilt besonders für die Kreise im Verdichtungsraum des Mittleren Neckars.

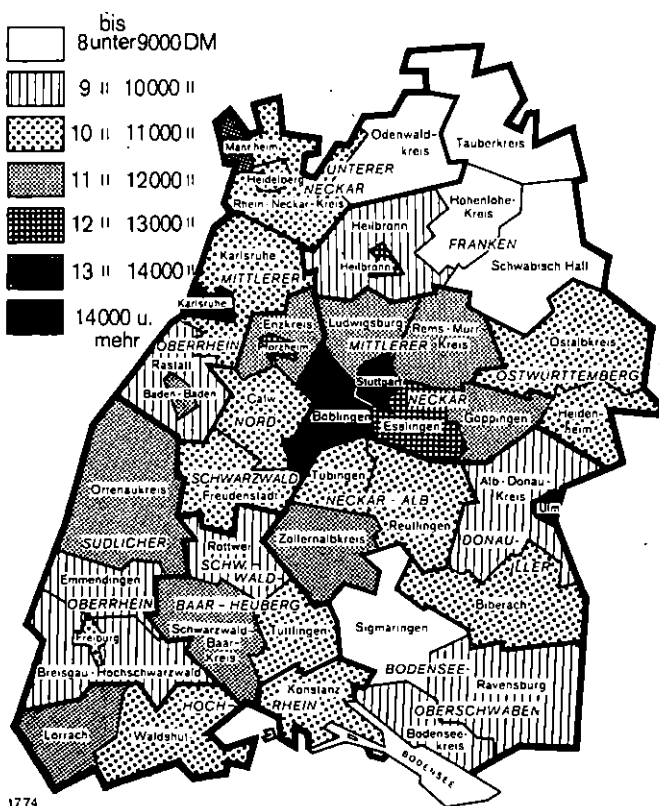
1) Die Sozialproduktsberechnungen können für unterhalb der Bundesländerebene liegende Raumeinheiten nur in jeweiligen Preisen ermittelt werden. Daher können die Verschiebungen der Preisstruktur, die die Anteile am nominalen Bruttoinlandsprodukt erheblich beeinflussen, nicht eliminiert werden. Dies hat folgende Konsequenzen: Da der Preisanstieg im Dienstleistungsbereich im Vergleich zum Warenproduzierenden Gewerbe besonders hoch ist (Preisanstieg 1961 bis 1970: Warenproduzierendes Gewerbe: + 31%, Dienstleistungsbereiche: +54%), werden die Anteile für den Tertiären Sektor jeweils überhöht, die für den gewerblichen Bereich demgegenüber zu gering ausgewiesen.

Tabelle 6

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

Wirtschaftsbereich	1961		1970	
	Mill.DM	%	Mill.DM	%
Land- und Forstwirtschaft	2 531	5,2	3 127	3,0
Warenproduzierendes Gewerbe	28 635	58,8	62 050	59,2
Dienstleistungen	17 504	36,0	39 593	37,8
davon:				
Handel und Verkehr	8 011	16,5	15 521	14,8
Übrige Dienstleistungen	9 493	19,5	24 072	23,0
Bruttoinlandsprodukt	48 670	100,0	103 693	100,0

Schaubild 3
**Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
 der Wirtschaftsbevölkerung 1970**



Eine weitere Zunahme des Tertiären auf Kosten des Warenproduzierenden Sektors vollzieht sich auch – mit Ausnahme von Karlsruhe – in allen Stadtkreisen.

Maßgebend für die Anhebung des Industrialisierungsgrades in einem breiten ländlichen und verdichteten Raum waren zweifellos die verschiedenartigen Maßnahmen der regionalen Struktur- und Förderpolitik. Es wird in der Zukunft wichtig sein, diese auf einen Abbau regionaler Monostrukturen und in Richtung zukunftsträgiger Branchen zu lenken.

Anstieg der Leistungskraft der Kreise

Der Umschichtungsprozeß von dem landwirtschaftlichen in den gewerblichen Bereich hat über die Auslösung starker Wachstumsimpulse zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft der einzelnen Kreise beigetragen. Dies läßt sich am besten anhand des Indikators „Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung“ beurteilen. Dieser Indikator ist im betrachteten Zeitraum (1961 bis 1970) im Landesdurchschnitt von 6220 DM auf 11 530 DM und damit um 85% gestiegen.

Einige Teilgebiete haben bedeutend stärker oder schwächer an der insgesamt im Lande gestiegenen Wirtschaftskraft partizipiert. So haben in der Rangfolge der Kreise zum Teil Verschiebungen von 10 und mehr Plätzen

stattgefunden. Stark vorgerückt sind der Schwarzwald-Baar-, der Zollernalb-, der Ortenaukreis und Karlsruhe (Stadtkreis), demgegenüber fielen Rottweil, Rastatt und Heidenheim deutlich zurück.

Abbau des Leistungsgefälles zwischen den Kreisen

Mit der skizzierten generellen Niveauanhebung ist zugleich ein Abbau des Leistungsgefälles zwischen den Kreisen verbunden. Die Spannweite zwischen dem Kreis mit dem niedrigsten und dem höchsten Wert für das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung lag 1961 zwischen 4020 DM und 8900 DM (Odenwaldkreis und Stuttgart), während sie 1970 zwischen 8070 DM und 15 170 DM (Schwäbisch Hall und Stuttgart) liegt. Im wirtschaftsschwächsten Kreis verdoppelte sich also der Indikator, während er im wirtschaftsstärksten Kreis nur um etwa 70% anstieg. Das aber bedeutet, daß die Spannweite relativ gesehen geringer geworden ist. Während 1961 die Kreise in der Regel noch um etwa 20% über oder unter dem Durchschnittswert von 5830 DM lagen, schwanken sie 1970 nur noch um 15% um den Durchschnitt von 10 860 DM. Damit läßt sich feststellen, daß das Leistungsgefälle zwischen allen Kreisen von 1961 nach 1970 um fast ein Viertel abgenommen hat.

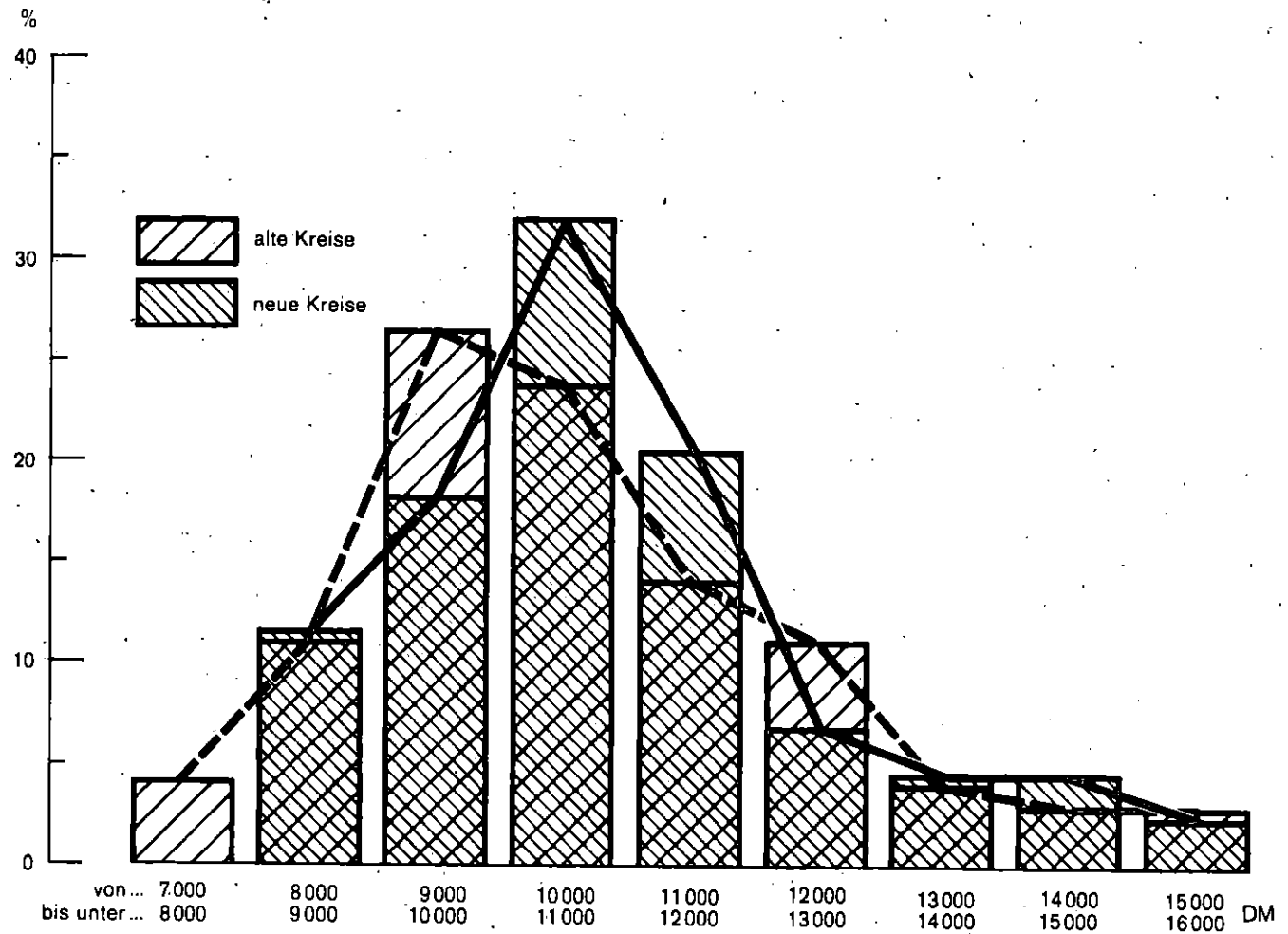
In etwa gleichem Ausmaß sank der Unterschied zwischen den neuen *Landkreisen*. In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich mit dem Abbau des Leistungsgefälles zwischen den Landkreisen in ihrer Abgrenzung vor der Verwaltungsreform aufschlußreich. Hier wurde ein Abbau um gut 13% erzielt. Daraus wird ersichtlich, daß der höhere Leistungsausgleich innerhalb der neuen Kreise zum Teil auf den durch die Kreisreform hervorgerufenen Nivellierungseffekt zurückzuführen ist. Dieser entsteht durch Zusammenlegung stärker und schwächer strukturierter Kreisteile.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die bisher betriebene Förderpolitik einen gewissen Erfolg ausweisen kann, der besonders im Abbau des Leistungsgefälles zwischen den *alten* Landkreisen zum Ausdruck kommt. Es bleiben jedoch noch beträchtliche Niveauunterschiede, die eine Fortführung der Fördermaßnahmen notwendig machen, vor allem im Hinblick darauf, daß auch verhältnismäßig wirtschaftsstarke Kreise noch Teilräume mit ausgesprochener Strukturschwäche enthalten.

Auswirkungen der Kreisreform

Der der Kreisreform zugrundeliegende Zielkatalog enthielt auch den Grundsatz des weitestmöglichen Ausgleichs der Strukturunterschiede der *Landkreise* hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft. Schon aus der Tatsache, daß das Leistungsgefälle im Zeitablauf zwischen den neuen Landkreisen stärker als zwischen den alten Landkreisen abgebaut wurde, zeigt sich der Erfolg dieser Maßnahme. Er läßt sich weiter-

Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den alten und neuen Kreisen 1970 - nach Klassen und Anteilen -



574

hin durch einen Vergleich der Streuung in beiden Verwaltungskategorien in einem bestimmten Jahr – hier 1970 – demonstrieren.

So betrug die Spannweite bei den neuen Kreisen für das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zwischen dem schwächsten und dem stärksten Kreis 6430 DM (Schwäbisch Hall: 8070 DM und Böblingen 14 500 DM), während diese Differenz in den alten Kreisen 7970 DM betrug (Crailsheim 7150 DM und Böblingen 15 120 DM). Damit hat das Leistungsgefälle infolge der Kreisreform immerhin um 1500 DM abgenommen.

Weiterhin zeigt sich, daß die Wirtschaftskraft in den neuen Landkreisen gleichmäßiger als in der alten Verwaltungsgliederung verteilt ist. Der reformbedingte Nivellierungseffekt bewirkt, daß sich der Wirtschaftskraftindikator im Durchschnitt nur noch um 1290 DM – in den alten Kreisen um 1580 DM – über bzw. unter dem jeweiligen Mittelwert der Landkreise bewegt.

Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß die mittlere Schwankungsbreite um rund ein Fünftel von 15,4% auf 12,4% abgenommen hat.

Lohn- und Gehaltssummen in den Mittelbereichen

Die großräumige Verwaltungsgliederung nach neuen Kreisen, die mehr oder weniger stark heterogen strukturierte Teilgebiete des Landes zusammenfaßt und ihre Unterschiedlichkeit verwischt, eignet sich nicht zur Ermittlung förderungsbedürftiger Gebiete, die gerade in Baden-Württemberg oftmals kleinräumlicher, wenn nicht sogar lokaler Natur sind. Im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zum Zwecke der Neuabgrenzung der Fördergebiete wurde im Statistischen Landesamt eine Sonderauswertung der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 (zentral für alle Länder) durchgeführt. Darin wurden Lohn- und Gehaltssummen – also ein erheblicher Teil aller Einkommen in einer Region – nach



Tabelle 7

Zusammenfassung von Mittelbereichen nach bestimmten Einkommensklassen 1969

Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer von bis unterDM	Mittel- bereiche		Wohnbevölkerung ¹⁾			Tätige Per ²⁾ sonen	Arbeitnehmer		Lohn- und Gehaltssumme		Lohn- und Gehalts- summe je Arbeit- nehmer DM
	An- zahl	%	Anzahl in 1000	%	je qkm	je 1000 Ein- wohner	Anzahl in 1000	%	Mill.DM	%	
9 000 - 9 500	3	3,4	164	1,8	86	296	45	1,3	416	1,0	9 331
9 500 - 10 000	14	15,7	632	7,1	128	310	181	5,3	1 779	4,5	9 813
10 000 - 10 500	24	27,0	1 383	15,5	144	336	430	12,5	4 399	11,0	10 228
10 500 - 11 000	14	15,7	1 171	13,2	201	375	411	11,9	4 401	11,0	10 705
11 000 - 11 500	18	20,2	2 077	23,3	281	405	789	22,8	8 854	22,1	11 227
11 500 - 12 000	8	9,0	1 128	12,7	379	392	416	12,0	4 899	12,3	11 775
12 000 - 12 500	4	4,5	693	7,8	378	423	277	8,0	3 375	8,4	12 174
12 500 - 13 000	1	1,1	379	4,3	826	478	172	5,0	2 170	5,4	12 606
13 000 - 13 500	3	3,4	1 269	14,3	1 520	601	732	21,2	9 693	24,2	13 242
Land Baden-Würt- temberg	89	100	8 895	100	249	412	3 453	100	39 986	100	11 579

1) Ergebnis der Volkszählung 1970. - 2) Arbeitnehmer, Selbständige und Mithelfende Familienangehörige.

Verflechtungsbereichen mittlerer Stufe ausgewiesen. Unter Verflechtungsbereich ist dabei ein Gebiet zu verstehen, das unter funktionalen Gesichtspunkten auf ein bestimmtes Zentrum hin orientiert ist. Dabei soll ein Mittelzentrum – das Zentrum eines Mittelbereichs – nach dem Wortlaut des Landesentwicklungsplans so ausgestattet sein, daß es auch den gehobenen, seltener auftretenden Bedarf eines Verflechtungsbereichs mit in der Regel mehr als 35 000 Einwohnern decken kann.

In Baden-Württemberg gibt es doppelt so viele Mittelbereiche (89) wie Kreise. Aufgrund der damit verbundenen größeren räumlichen Differenzierungsmöglichkeit treten die besonders zurückgebliebenen Gebiete im allgemein schwach strukturierten Nordosten des Landes deutlich hervor. Weiterhin zeichnen sich stark unterdurchschnittlich ausgestattete Inseln im mittelstark strukturierten Süden ab.

Die Förderpolitik geschieht zum einen Teil unter spezifisch landespolitischen Gesichtspunkten, zum anderen muß sie sich in einen bundesweit gesteckten Rahmen einordnen. Unter diesem Aspekt ist ein Vergleich mit der Situation im übrigen Bundesgebiet aufschlußreich.

Mit durchschnittlich 11 579 DM Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer nach dem Stand von 1969 liegt Baden-Württemberg fast genau auf dem Bundesdurchschnitt und an dritter Stelle unter den Flächenländern. Bei einem Blick auf die Verteilung der Mittelbereiche auf die einzelnen Klassen der Lohn- und Ge-

haltssummen zeigt sich eine im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet sehr starke Konzentration Baden-Württembergs auf den mittleren Bereich. So fallen 56 und damit fast 63% aller Verflechtungsbereiche in die Mittelklassen von 10 000 bis 11 500 DM, während es im übrigen Bundesgebiet nur 46% sind. Außerdem ist die Spannweite der Gesamtverteilung sowohl nach unten wie nach oben in Baden-Württemberg vergleichsweise gering. So sind im Gegensatz zum Bund die Klassen

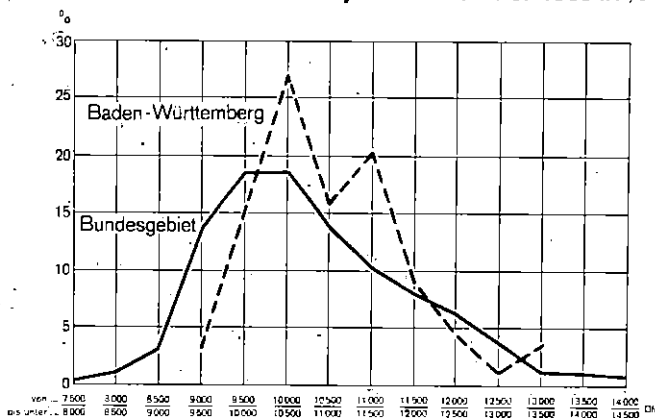
Tabelle 8

Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten 1969

Bundesland bzw. Bundesgebiet	Lohn- und Gehalts- summe je Arbeitneh- mer in DM
Nordrhein-Westfalen	12 300
Hessen	12 162
Baden-Württemberg	11 579
Saarland	11 493
Rheinland-Pfalz	11 080
Niedersachsen	10 909
Bayern	10 673
Bundesgebiet (einschließlich Hamburg und Bremen, ohne Berlin)	11 649

Schaubild 6

Verteilung der Mittelbereiche des Bundesgebietes (ohne Baden-Württemberg) und Baden-Württembergs nach den Lohn- und Gehaltssummen 1969 je Arbeitnehmer 1969 in %



unter 9 000 DM einerseits und über 13 500 DM andererseits nicht besetzt. Während in Baden-Württemberg in knapp 20% aller Mittelbereiche jeder Arbeitnehmer im Schnitt jährlich 9 000 bis 10 000 DM erhielt, war dies im Bund in fast einem Drittel aller Mittelbereiche der Fall.

3.2 Bildungswesen

Finanzielle Situation

Mit einem Anteil von mehr als 22% der gesamten Ausgaben des Landes und der Gemeinden bilden diejenigen für das Bildungswesen den größten Ausgabenblock. Von den Bildungsausgaben von 6,5 Mrd.DM für 1972 entfielen auf den Haushalt des Landes 4,7 Mrd.DM. Für 1973 sind 5,1 Mrd.DM und für 1974 5,9 Mrd.DM veranschlagt. Die Hälfte dieses Betrages ist für Schulen und hier überwiegend (83,3%) für Personalausgaben vorgesehen; dieser Anteil ist deshalb so hoch, weil die Sachausgaben bei den Gemeinden als Schulträgern liegen. 7,9% umfassen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung; der Rest ist für sonstige kulturelle Angelegenheiten.

Die einseitige Belastung Baden-Württembergs mit hochschulpolitischen Hypotheken anderer Bundesländer besteht unvermindert fort. Von den rund 110 000 Studierenden an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Kunsthochschulen des Wintersemesters 1973/74 kamen über 23 000 aus anderen Bundesländern; während dagegen lediglich etwa 12 000 Baden-Württemberger an den Hochschulen anderer Bundesländer studieren. Der "Importsaldo" von rund 10 000 Studenten macht zusammen mit 7000 Ausländern, die in Baden-Württemberg studieren, etwa 18% aller Studenten aus.

Rechnet man die für Zwecke der Wissenschaft im Haushalt 1972 zur Verfügung stehende Summe auf den Kopf eines Studenten um, so ergibt sich ein Betrag von fast 13 900 DM. Demnach entste-

hen dem Land zur Zeit Kosten in Höhe von rund 230 Mill. DM für Studenten, die nicht aus Baden-Württemberg kommen.

Kapazität der Hochschulen überschritten

An den 50 Hochschulen des Landes waren im WS 1973/74 120 000 Studenten immatrikuliert, 10 000 mehr als ein Jahr zuvor. Wegen der Umstrukturierung im Gesamthochschulbereich ist eine Darstellung der längerfristigen Entwicklung nicht möglich. Jedoch ist festzustellen, daß schon im WS 1972/73 die Kapazität der Hochschulen – gemessen in den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Flächenzielwerten – um etwa 9 000 bis 17 000 überschritten war.

Die Zahl der Studierenden an den Universitäten des Landes hat sich seit dem WS 1960/61 von 38 000 auf 80 000 mehr als verdoppelt. Dabei hat sie in den ersten sechs Jahren nur um 11 000 zugenommen, seit dem WS 1966/67 innerhalb von 4 Jahren um 12 000 und seither jährlich um etwa 6 000.

Problematischer numerus clausus

Von den rund 22 000 Abiturienten wollten 1974 etwa 37% das Studium in einem zulassungsbeschränkten Fach (Medizin, Naturwissenschaften, Psychologie u.a.) aufnehmen. Diesen 8300 Studenten stehen jedoch nur 6000 Studienplätze offen, die sie sich noch mit Abiturienten früherer Jahrgänge teilen mußten.

Die Vorausberechnungen der Studentenzahlen im Abschnitt 2.3 zeigen, daß in absehbarer Zeit mit einer Verschärfung des numerus clausus zu rechnen ist. Die Problematik des numerus clausus als Dauerlösung wird jedoch besonders in zwei Punkten deutlich. Zum einen versuchen die Abgewiesenen, ein fachverwandtes Studium durchzuführen, in der Hoffnung, wenigstens einzelne Semester später auf das Hauptstudium angerechnet zu erhalten. Diese Studenten belasten die Hochschulen durch eine überdurchschnittliche Verweildauer. Zum anderen wird eine negative Auslese in den Studienfächern erreicht, die sich als Ausweichstudium anbieten (z.B. Lehramt, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften).

Gemeinsam mit dem Landesjustizprüfungsamt hat das Statistische Landesamt diesen Aspekt bei den Juristen untersucht und festgestellt, daß von den 2000 Juristen, die zwischen 1967 und 1970 ihre erste juristische Staatsprüfung abgelegt hatten, nur 165 (8%) eine durchschnittliche Abiturnote von 2 und besser hatten, andererseits aber 1 800 (90%) Noten von 3,3 oder schlechter aufwiesen. In dieser Untersuchung wurde auch deutlich, daß bei den Juristen die Qualität des Abschlusses mit der Abiturnote positiv und die Länge des Studiums mit der Abiturnote negativ korreliert. Gerade diese letzte Erkenntnis findet jedoch bei dem Versuch, die Studienzeiten zu verkürzen, noch zu wenig

Tabelle 1

Studierende an Universitäten im Wintersemester 1973/74

Universität	Studierende insgesamt	davon		Anteile in % der Gesamtzahl		
		Erstimmatrikulierte	Ausländer	Ausländer	weiblich	Studierende aus Baden-Württemberg
Freiburg	15 562	2 722	1 092	7,0	34,7	62,4
Heidelberg	16 730	2 580	2 172	13,0	37,3	50,4
Hohenheim	2 079	611	230	11,1	36,6	62,7
Karlsruhe	10 818	1 818	1 077	10,0	10,4	58,8
Konstanz	1 897	499	147	7,7	30,8	61,7
Mannheim	6 373	965	399	6,3	22,3	58,0
Stuttgart	10 105	1 618	1 059	10,5	13,4	68,8
Tübingen	15 463	1 964	788	5,1	32,0	74,5
Ulm	987	273	39	4,0	22,0	61,8
Zusammen	80 014	13 050	7 003	8,8	27,6	62,2

Tabelle 2

Studierende an Universitäten

Universität	Wintersemester				
	1960/61	1966/67	1970/71	1972/73	1973/74
Freiburg	8 810	10 941	12 371	14 410	15 562
Heidelberg	8 295	11 433	13 018	15 350	16 730
Hohenheim	379	568	1 465	1 600	2 079
Karlsruhe	5 369	5 996	7 908	10 074	10 818
Konstanz	-	53	874	1 479	1 897
Mannheim	1 334	3 059	5 031	5 897	6 373
Stuttgart	5 455	6 505	7 976	9 761	10 105
Tübingen	8 402	10 650	12 738	14 866	15 463
Ulm	-	-	145	668	987
Studierende insgesamt	38 044	49 205	61 526	74 105	80 014

Berücksichtigung. Der Einfluß der Abiturnoten auf das Studium wird zunehmend auch von Instituten und den Fachbereichen der Universitäten untersucht.

Studiendauer verringert, Verweildauer verlängert

Bei der Gesamtzahl aller Examenskandidaten ist die durchschnittliche Dauer des Fachstudiums bis zur Ableistung der ersten akademischen Prüfung seit 1967/68 von 11,5 auf 10,4 Semester zurückgegangen. Ob die Einführung von Studienjahren anstelle von Semestern den Studienablauf zu straffen vermag, läßt sich noch nicht feststellen. Immerhin deuten die Ergebnisse der Prüfungsstatistik an der Universität Konstanz, an der die Studienjahre praktisch erprobt werden, darauf hin, daß sie zu kürzeren Studienzeiten führen können. Doch läßt sich im jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilen, ob die günstigen Ergebnisse möglicherweise auf andere Einflüsse (kleinere Universität mit intensiverem Lehr- und Lernbetrieb) zurückzuführen sind.

Dagegen ist die durchschnittliche Verweildauer des einzelnen Studenten an einer Hochschule in den letzten Jahren gestiegen. Inwieweit Fachstudium und Hochschulstudium auseinanderklaffen, geht daraus hervor, daß von den rund 62 000 deutschen Universitätsstudenten des WS 1971/72 allein 10 000 (16%) bereits 10 und mehr Hochschulsemester absolviert hatten, sich jedoch erst 7 000 (11%) im 10. oder höheren Fachsemester befanden. Die Festlegung einer Regelstudienzeit bezogen auf ein Fachstudium — wie sie im Hochschulgesetz vorgesehen ist — erscheint daher allein nicht ausreichend, um die sogenannten Langzeitstudenten von den Hochschulen fernzuhalten.

1985 rund 40 000 Schulabgänger mit Hochschulberechtigung

Der weitere Zustrom zu den Universitäten wird anhalten, wenn den Abiturienten nicht andere Ausbildungswege angeboten werden, die zu qualifizierten Berufen führen. Ein solches Angebot ist auch deshalb notwendig, weil die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, daß am zukünftigen Akademikerbedarf vorbeiproduziert wird. Schon heute gibt es in einigen Fachbereichen mehr Absolventen, als der Arbeitsmarkt aufnehmen kann, und in Zukunft wird sicher die Zahl der Absolventen schneller steigen als das Angebot entsprechender Arbeitsplätze. Derzeit kommen rund 93% eines Abiturientenjahrganges auf die Hochschulen. Die Quote der studienwilligen Abiturienten dürfte sich zwar nicht mehr erhöhen, die bildungspolitischen Bemühungen lassen sogar einen leichten Rückgang erwarten, doch wird die rückläufige Tendenz vermutlich durch das Heranwachsen stark besetzter Jahrgänge in die relevanten Altersgruppen überlagert werden.

So ist (nach dem Hochschulgesamtplan II) damit zu rechnen, daß gegenüber knapp 19 000 Abiturienten 1973 unter Beibehaltung der derzeitigen Übergangsquoten im Jahr 1980 rund 30 000 und im Jahr 1985 fast 40 000 Hochschulberechtigte — also doppelt soviel wie heute — dasein werden.

Entlastung durch den Ausbau der beruflichen Gymnasien angestrebt

1973 hatten von den 19 400 Absolventen der Gymnasien 14 100 die allgemeine Hochschulreife, 4300 die fachgebundene Hochschulreife und nur etwa 1300 die Fachhochschulreife erworben. Im Gegensatz zu den Abiturienten der allgemeinbildenden Gymnasien streben die der beruflichen Gymnasien etwas stärker direkt in den Beruf. Es ist daher vorgesehen, ihre Zahl bis 1980 auf fast 10 000 zu erhöhen, so daß dann etwa ein Drittel aller Abiturienten aus beruflichen Gymnasien kommen wird.

Allerdings machen bisher nur 6% der Absolventen der Gymnasien von der Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife Gebrauch, die überwiegende Mehrheit strebt die Qualifikation zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule an.

Fachhochschulreife überwiegend auf dem 2. Bildungsweg

Im WS 1973/74 gab es 13 000 Studierende an Fachhochschulen. Soweit die Zahl wegen der Überführung neuer Hochschulen in den Fachhochschulbereich mit früheren Jahren überhaupt vergleichbar ist, hat sie seit zwei Jahren stagniert, was auf einen Rückgang der Zahl der Studienanfänger zurückzuführen ist.

Von den Studenten gelangten bisher schon etwa 50 Prozent auf dem bildungspolitisch nur als Übergangslösung angesehenen Umweg über die Vorbereitungsklassen an die Fachhochschulen. Inzwischen ist die Zahl der Teilnehmer an Vorbereitungskursen auf fast 4 000 angestiegen. Da ein großer Teil von ihnen aus Realschulen kommt, deren Absolventenzahl von 18 000 im Jahre 1973 auf 33 000 im Jahre 1980 ansteigen dürfte, ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Ansteigen der Schüler in Vorbereitungskursen zu rechnen. Es scheint nicht so, als würde die im Fachhochschulgesetz vorgesehene Auflösung der Vorbereitungsklassen nach einer Übergangszeit möglich sein.

Es kann damit gerechnet werden, daß an den heute bestehenden 30 staatlichen und nichtstaatlichen Fachhochschulen 1980 etwa 20 000 Studierende vorhanden sein werden. Erst in Verbindung mit dem im Aufbau befindlichen Akademiering, der den Abiturienten eine alternative berufliche Ausbildung anbieten wird, kann es zu einer echten Entlastung der wissenschaftlichen Hochschulen kommen.

Allgemeinbildende Schulen

Der Zustrom zu den Hochschulen ist die unmittelbare Folge eines seit Mitte der sechziger Jahre stark expandierenden Schulbereichs. Um dem Verfassungsauftrag der Gleichheit der Bildungschancen Rechnung zu tragen, wurde vor allem der Aufbau von Realschulen in den strukturschwächeren Räumen verstärkt, ebenso der der Gymnasien. Auch wurde der Ausbau der beruflichen Gymnasien und Berufsfachschulen vorangetrieben, der zu einer besseren Durchlässigkeit des Ausbildungssystems führen und insbesondere Hauptschulabsolventen höherwertige Schulabschlüsse ermöglichen sollte.

Verschiedene Reformen befinden sich noch im Stadium von Modellversuchen. So wird die Orientierungsstufe für das 5. bis 6. Schuljahr erst an 6 Schulen mit 2 000 Schülern praktiziert. Die Oberstufenreform der Gymnasien, die im Schuljahr 1972/73 an 7 Schulen mit 757 Schülern probeweise realisiert wurde, wurde im neuen Schuljahr auf 35 Schulen ausgedehnt. Insgesamt werden dann 11 Schulen (im Vorjahr 4) das Abitur auf der neuen Grundlage abhalten. Auch hier ist eine längere Erprobungsphase unbedingt erforderlich.

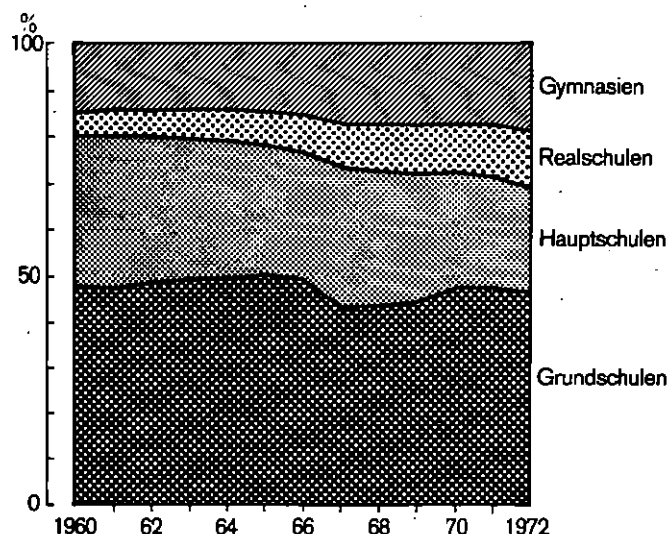
Die Zahl der Schüler hat seit 1960 kontinuierlich zugenommen und lag zu Beginn des Schuljahres 1973/74 mit rund 1,5 Mill. um 600 Tsd. höher als 1960. Zwischen den weiterführenden Schulen hat sich seither das Gewicht ganz erheblich verlagert. Die Zahl der Schüler an Hauptschulen ist fast konstant geblieben, dafür hat sich die an den Realschulen vervierfacht und die an Gymnasien mehr als verdoppelt. 1973 betrug der Anteil der Hauptschüler 21,9% (gegenüber 32,4% 1960), der Realschüler 12,2% (5,0%) und der Gymnasiasten 18,2% (14,9%). 1969 war erstmals die Zahl der Schüler an Realschulen und Gymnasien größer als die an Hauptschulen.

Entwicklung der weiterführenden Schulen

Die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden *Gymnasien* nahm seit 1960 von 130 Tsd. auf 269 Tsd. (+107%) zu. Der verstärkte Ausbau der beruflichen Gymnasien führte dazu, daß deren Schülerzahl im gleichen Zeitraum von 3600 auf 19 300 (+436%) anstieg. In diesen 13 Jahren hat sich die Zahl der Abiturienten um 116% erhöht, so daß heute bereits 15% eines Geburtsjahrganges – gegenüber nur 6% im Jahr 1960 – die Reifeprüfung ablegen. Dabei stieg die Zahl der weiblichen Abiturienten stärker (von 4% auf 12% der entsprechenden Geburtsjahrgänge), so daß das Bildungsgefälle zwischen den Geschlechtern abgenommen hat.

Schaubild 1

Anteil der Schularten an der Schülerzahl in %



3174

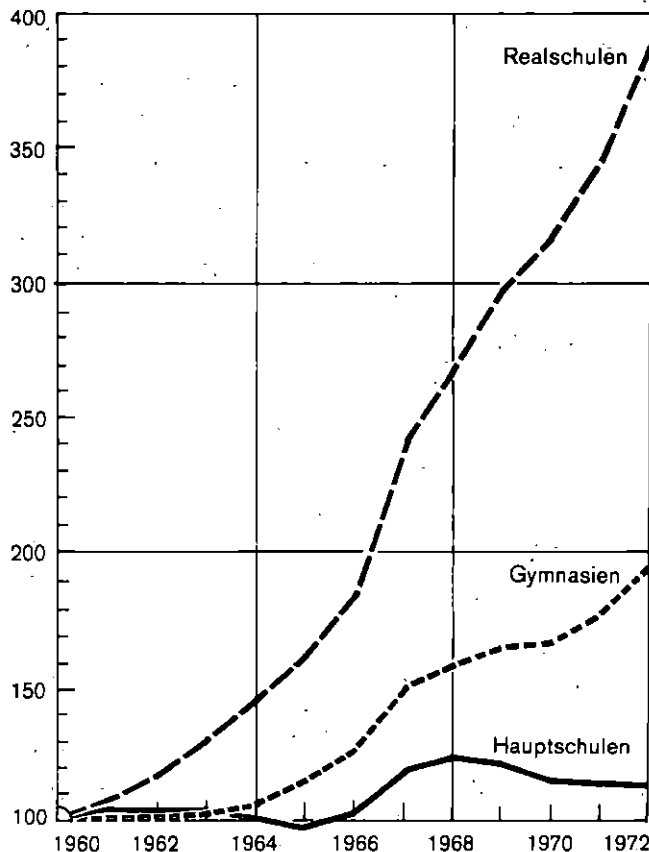
An den *Realschulen* ist die Schülerzahl seit 1960 von 43 Tsd. auf 181 Tsd. angestiegen. Diese überdurchschnittliche Entwicklung hat sich in zwei Phasen vollzogen, so hat sich die Schülerzahl in den ersten sechs Jahren verdoppelt und in weiteren sieben Jahren wiederum mehr als verdoppelt. Lag die Übergangsquote aus den Grundschulen 1960 im Landesdurchschnitt noch bei 10%, so hat sie 1973 fast den Zielwert von 25% erreicht. Die Entwicklung ist sicher zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß im badischen Landesteil, in dem es vor 1952 keine Realschulen gab, dieser Schultyp als weiterführende Schule neben dem Gymnasium zunehmend mehr akzeptiert wurde.

An den *Hauptschulen* hat sich die Schülerzahl seit 1960 von 280 000 auf 324 000 erhöht. Die stark angestiegenen Übergänge auf Realschulen und Gymnasien haben hier also nicht zu einer entsprechenden überproportionalen Zunahme der Schülerzahlen geführt.

Regionale Unterschiede ergeben sich durch die Tatsache, daß in einzelnen Stadtkreisen nur noch etwa 30 Prozent der Schüler aus der 4. Grundschulklasse auf die Hauptschulen überwechseln. In den ländlichen Kreisen sind es im Durchschnitt allerdings noch über 50 Prozent. Der starke Geburtenrückgang wird sich im Hauptschulbereich ab 1977 mit sinkenden Schülerzahlen auswirken. Daran wird auch der steigende Anteil von ausländischen Schülern, der zur Zeit bereits 6,3 Prozent beträgt, nichts ändern. Von den 64 000 entlassenen Hauptschülern haben am Ende des Schuljahres 1973/74 fast 6000 den Hauptschulabschluß nicht geschafft, so daß immerhin jedem 11. Absolventen der Hauptschule das Abschlußzeugnis fehlte.

Entwicklung der Schüler an weiterführenden Schulen

1960 = 100



2774

Berufliches Schulwesen

Für das berufliche Schulwesen ist die Ausbaukonzeption im Schulentwicklungsplan II festgelegt. 1973 gingen rund 20% der Hauptschüler auf zweijährige Berufsfachschulen über und etwa 10% strebten nach vorhergehender Berufsausbildung die Fachschulreife über die einjährigen Berufsaufbauschulen an. Bereits seit längerer Zeit offenbart sich hier ein deutlicher Trend von den Teilzeitschulen (Berufsschulen aller Arten, Berufsaufbau- und Technikerschulen in Teilzeitform) zu Vollzeitschulen (Berufsfach-, -aufbau-, Fachschulen und berufliche Gymnasien) mit höherwertigen Abschlüssen.

Während sich die Zahl der Berufsschüler seit 1960 von 200 Tsd. auf 243 Tsd. und damit wie die der Hauptschüler nur etwa proportional zur altersentsprechenden Wohnbevölkerung weiterentwickelte, nahm allein die Zahl der Schüler an Berufsfachschulen um mehr als 70% auf 52 Tsd. zu. Allerdings befinden sich von den 347 Tsd. Schülern des beruflichen Schulwesens noch immer etwa 70% an Berufsschulen. Insgesamt werden 1973 an allen beruflichen Vollzeitschulen zusammen bereits

30% der Schüler unterrichtet; diese Quote übertrifft von den Flächenländern nur Bayern. Die in der bildungspolitischen Zielvorstellung angestrebte Quote von 27,7% Vollzeitschülern im Jahr 1980 ist bereits erreicht. Der Anteil der ausländischen Schüler beträgt an den Berufsschulen erst 5,1%. Jedoch werden sich die heute schon in den Grund- und Hauptschulen auftretenden Probleme in den nächsten Jahren auf die beruflichen Schulen übertragen. Besonderes Augenmerk muß auch den 10,2% Schülern an Berufsschulen gewidmet werden, die vorwiegend infolge Fehlens des Hauptschulabschlusses ohne Berufsausbildung sind und somit ungelernte Arbeiter bleiben. Der Bildungsgesamtplan I sieht für diese ein Angebot angemessener Bildungsgänge vor, die als Sonderformen eines Berufsgrundbildungsjahres zu einer beruflichen Erstausbildung mit Abschlußprüfung führen.

Soziales und regionales Bildungsgefälle

Während das regionale Bildungsgefälle teilweise bereits abgebaut, zumindest aber weitgehend angeglichen werden konnte, ist die Verminderung des sozialen Bildungsgefälles wesentlich schwieriger und deshalb auch nur langfristig zu lösen. So sind zwar heute die Kinder von Arbeitern mit 42 Prozent an den Übergängen auf Realschulen (1960: 39 Prozent) beteiligt und mit 21 Prozent (gegenüber 18 Prozent) an denen auf Gymnasien. Immer noch aber schicken von 100 Eltern mit akademischer Ausbildung 84 ihre Kinder auf Gymnasien und nur 8 auf Realschulen, während von 100 Arbeiterkindern 21 auf Realschulen und 11 auf Gymnasien übergehen. Da Untersuchungen über die Leistungsstärke zeigen, daß Kinder von Akademikern im Vergleich zu denen von Arbeitern bessere schulische Leistungen aufzuweisen haben, müßte der Ausgleich des sozialen Bildungsgefälles wohl über das Elternhaus und durch eine verbesserte außerschulische Betreuung der Kinder angestrebt werden.

Ebenso sollte das regionale Bildungsgefälle durch die Beeinflussung der Eltern abgebaut werden. Dazu genügt es nicht allein, Realschulen und Gymnasien in den bisher benachteiligten Regionen auf- und auszubauen. Ein Anreiz zu vermehrten Übergängen auch in ländlich strukturierten Kreisen wird über die Bereitstellung von Arbeitsplätzen geschaffen, die einen qualifizierten Schulabschluß voraussetzen.

Das regionale Bildungsgefälle zeigt sich auch in den nicht voll ausgebauten Grund- und Hauptschulen. So hatten im Schuljahr 1972/73 immer noch 1 385 der 3 329 Schulen zusammengefaßte Klassen. Besonders betroffen waren davon die Grundschüler in Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden, von denen 36 bzw. 44 Prozent an einer solchen Zwergschule unterrichtet wurden, darunter ein Viertel sogar in einer ein-klassigen Schule. Der weitere Abbau führt dazu, daß im Schuljahr 1973/74 von den nur noch 2 522 Grundschulen 422 mit rund 20 000 Schülern nicht voll ausge-

Tabelle 3

Schulkindergärten und Vorschulen am 15. Oktober 1972

Bezeichnung	insgesamt	Öffentliche			Private	
		Schul- kinder- gärten	Vorschulen	Sonder- schulkindergärten	Sonder- vorschulen	Sonder- schulkindergärten
Zahl der Schulen	177	68	49	31	8	21
Zahl der Klassen/ Gruppen	409	116	119	92	22	60
Zahl der Kinder	5 582	1 597	2 583	610	391	401
darunter weiblich	2 525	644	1 267	254	193	167
darunter vom Schul- besuch zu- rückgestell- te Kinder	1 671	1 298	130	107	17	119
Lehrer hauptamtlich	475	133	132	117	27	66
Lehrer nebenamtlich	62	17	16	9	6	14

baut sind. Die Konzentration hat zwar eine Verbesserung des schulischen Unterrichts zur Folge, hat aber gleichzeitig den Schüler-Fahrkostenanteil erheblich anschwellen lassen; so sind im Haushalt 1974 über 130 Mill.DM Schülerbeförderungskosten veranschlagt.

Vorschule und Kindergarten

Die vorschulische Förderung soll nicht einfach die Schule zeitlich vorverlagern, sondern die Kinder vielseitig anregen und unter anderem auch milieubedingte Nachteile ausgleichen. Das Schwergewicht wurde zunächst auf den Ausbau des Kindergartenwesens gelegt. Da in Baden-Württemberg nunmehr das Kindergartenwesen besser als in anderen Ländern der Bundesrepublik ausgebaut ist, wurde von vornherein die Einrichtung von Vorschulen nicht stark vorangetrieben. Die inzwischen eingeleiteten Versuche berücksichtigen vielmehr neben dem Vorschulkonzept auch den Gedanken einer Weiterentwicklung des Kindergartens.

Die Zahl der Schulkindergärten und Vorschulen hat sich zwar von 1970 bis 1972 mit 177 fast verdreifacht und die Zahl der in ihnen aufgenommenen Kinder mit 5 582 fast vervierfacht, jedoch sind, gemessen an der Wohnbevölkerung im Alter von 5 bis unter 6 Jahren, erst etwa 3,5 Prozent aller Kinder in vorschulischen Einrichtungen untergebracht, während etwa 80 Prozent der 6jährigen eine Grundschule besuchen.

Demgegenüber hatten Ende 1972 rund 75 Prozent der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren einen Platz in einem der 4 864 Kindergärten. Von den über 330 000 Kindergartenplätzen wurden fast 310 000 innerhalb der letzten 12 Jahre neu geschaffen, womit Baden-Württemberg an erster Stelle unter den Bundesländern liegt.

Von den Kindergartenplätzen werden 72 Prozent von den Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten, 27 Prozent von der öffentlichen Hand und nur ein Prozent von privaten gewerblichen Trägern.

Sowohl bei den Kindergärten als auch bei den Vorschulen und Schulkindergärten muß allerdings die personelle Situation noch entscheidend verbessert werden. Die Zahl der pädagogisch qualifizierten Kräfte in Kindergärten muß von 13 500 im Jahre 1972 um mindestens 3 000 bis 1975 gesteigert werden. Um diese Ziele zu erreichen, wurden die Ausbildungskapazitäten an Berufsfachschulen für Sozialpädagogik (Abschluß: Erzieher) verdoppelt. Die sozialpädagogische Ausbildung für Lehrer wurde in den Fachhochschulbereich (Abschluß: Sozialpädagoge) verlagert, wo die Zahl der Studierenden innerhalb zweier Jahre von 1 300 auf 1 900 angestiegen ist.

Weiterbildung

Die Notwendigkeit von Weiterbildung als Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluß einer ersten Bildungsphase und nach Aufnahme einer Berufstätigkeit ist heute bildungs- und gesellschaftspolitisch unumstritten. Eine umfassende Darstellung der Weiterbildungsaktivitäten ist aber nur mit Einschränkungen möglich, da die derzeit verwendeten, noch weitgehend theoretisch formulierten Vergleichsmaßstäbe an die vorhandenen Realitäten und die praktischen Erfordernisse besser angepaßt werden müssen.

Zur Erlangung eines ersten Informationsstandes, der zugleich auch Ausgangspunkt zur Verbesserung der methodischen Ansätze für eine praxisorientierte Weiterbildungsstatistik sein kann, wurden in Baden-Württemberg mehr als 5 000 Veranstalter über ihre Weiter-

Tabelle 4
Weiterbildungsmaßnahmen 1972
-Vorläufige Ergebnisse-

Bildungsträger	Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen		
	Kurse, Lehrgänge, Tagungen, Seminare	Vorträge, Vortragsreisen	Studienreisen, -fahrten und sonstige Veranstaltungen
Unternehmensbereich	7 593	3 131	467
Schulen, Hochschulen, wissenschaftliche Institute	6 945	3 558	1 357
Volkshochschulen, Volksbildungswerke	16 012	8 521	1 665
Kirchlicher Bereich	7 588	16 719	4 879
Gewerkschaften, Berufsorganisationen, Wirtschaftsverbände	7 466	6 176	1 084
Organisationen der freien Wohlfahrtspflege	13 101	5 992	1 633
Behördenbereich	6 124	5 617	806
Sonstige Veranstalter	5 941	6 737	6 357
Insgesamt	70 770	56 451	18 248

Angaben von 3 825, der insgesamt ermittelten 5 048 Veranstalter von Weiterbildungsmaßnahmen.

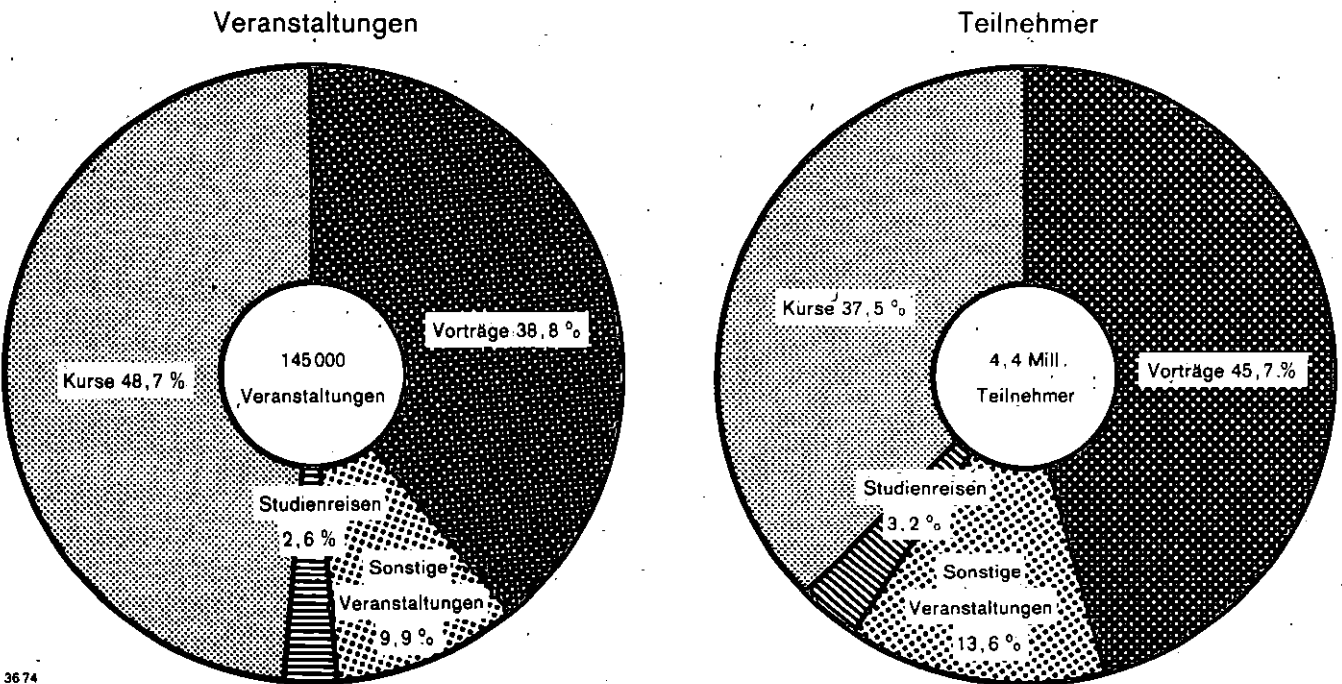
bildungsmaßnahmen befragt. Der Kreis dieser Veranstalter erstreckt sich von Unternehmen über Schulen, Volkshochschulen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege bis hin zu den Behörden. Demnach haben also alle gesellschaftspolitisch bedeutsamen Gruppen in irgendeiner Form Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Insgesamt waren es mehr als 170 000 Veranstaltungen, die im Jahr 1972 abgewickelt und die von rund 5,3 Millionen Teilnehmern besucht wurden. Geht man davon aus, daß eine Person etwa 5 bis 10 Veranstaltungen besucht, so wurden etwa 500 000 bis 1 Million Personen angesprochen.

Obwohl 49 % aller Veranstaltungen Lehrgänge oder Kurse waren, wurden hiervon mit 1,6 Millionen Personen nur 38 % aller Teilnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen angesprochen. Umgekehrt ist das Verhältnis von Veranstaltungen und Teilnehmern bei Vorträgen, die zwar nur 39 % aller Veranstaltungen ausmachten, jedoch von 2,0 Millionen Teilnehmern (46 %) besucht wurden. Wenn auch durch Vorträge ein weitaus größerer Publikumskreis angesprochen wurde, so muß doch den Kursen wegen der nach Umfang und Dauer in der Regel intensiveren Bildung der Teilnehmer die größere Bedeutung beigemessen werden.

An der Durchführung der rund 71 000 Lehrgänge und Kurse waren neben den Volkshochschulen (23 %) in besonderem Maße die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege — wie z.B. das Deutsche Rote Kreuz,

Schaubild 3

Veranstaltungen und Teilnehmer im Weiterbildungsbereich 1972



der Bundesverband für den Selbstschutz und andere – mit 19 %, die Unternehmen (11 %), die Berufsorganisationen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände mit zusammen 11 % sowie die Kirchen und der Bereich Schulen und Hochschulen mit je 10 % beteiligt.

Um die Bildungsaktivitäten der einzelnen Bildungsträger genauer miteinander vergleichen zu können, müßte man sämtliche Veranstaltungen mit ihrer Zahl an Unterrichtsstunden messen. Erst das wäre ein gemeinsamer Nenner, mit dem man die verschiedenen Veranstaltungsarten miteinander vergleichbar machen kann. Diese Berechnung kann jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Für den systematischen Ausbau der Weiterbildung scheint es erforderlich, daß die Veranstalter ihre Weiterbildungsaktivitäten besser koordinieren als es derzeit noch der Fall zu sein scheint. Dies sollte besonders im Hinblick auf ein noch besseres regionales Weiterbildungsangebot angestrebt werden.

3.3 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Wegen der besonderen Aktualität und Komplexität des Problems stehen in diesem Abschnitt zunächst einige zukunftsbezogene Aspekte des Arbeitsmarktes im Vordergrund. Dieser wird dabei als der Ort verstanden, auf dem das Angebot von und die Nachfrage nach Arbeitskräften aufeinandertreffen. Hierbei sind quantitative und qualitative Gesichtspunkte verzahnt zu berücksichtigen. Die Frage der Abschätzung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs wird auf eine Stellungnahme zum Prognos-Gutachten hinauslaufen. Während der Begriff des Arbeitsmarktes die makro-ökonomischen Zusammenhänge umreißt, bezieht sich der Begriff der Erwerbstätigkeit hier auf mikro-ökonomische Aspekte, also auf das Erwerbsverhalten und auf die Erwerbs-situation von Personen. Verlängerte Ausbildung und Frauenerwerbstätigkeit sind einige der Themen, die in diesem Zusammenhang sowohl in bisheriger wie zukünftiger Sicht zur Sprache kommen.

Das zukünftige Angebot an Arbeitskräften

Was die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung des Angebots an Arbeitskräften betrifft, so liegen aus der Erwerbspersonenvorausschätzung gute Anhaltspunkte vor (vgl. Teil 2, Ziffer 4).¹⁾ Danach zeichnet sich statt eines Rückgangs an deutschen Erwerbspersonen, wie er für die 60er und frühen 70er Jahre charakteristisch war, nach einer Phase der Konstanz ab 1977/78 eine sehr starke Zunahme ab. Von 1973 bis 1985 wird die Zahl der deutschen Erwerbspersonen von 3,7 Mill. auf 4,1 Mill. und damit um etwa 400 000 Personen oder 11,4% steigen.

Bedenkt man, daß das starke Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1961 bis 1972 – das Bruttoinlandsprodukt stieg um 68% – mit einer Zunahme der Erwerbspersonenzahl von insgesamt etwa 5% einherging, so wird

deutlich, daß mit der genannten Rate von 11,4% in Zukunft aus der deutschen Bevölkerung ein ausreichendes Erwerbspersonenangebot zur Verfügung stehen dürfte. Damit dürfte der starke Sog auf ausländische Arbeitskräfte entfallen.

In Anpassung an diese Perspektive wurde in der vorliegenden Bevölkerungsvorausschätzung davon ausgegangen, daß ab 1979 Ausländer nicht mehr zusätzlich zu dem bis dahin erreichten hohen Stand hinzuwandern werden. Es wurde weiterhin angenommen, daß die im Inland befindlichen Ausländer zahlenmäßig bleiben und hier den üblichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten, Sterbefälle) unterliegen werden. Dabei ist davon auszugehen, daß ein Teil ansässig ist, ein anderer aber fluktuiert und durch eine ähnlich strukturierte Masse ersetzt wird. Die aktuelle konjunkturelle und strukturelle (Energiekrise) Situation legt jedoch insbesondere zwei Überlegungen nahe: Erstens ist denkbar, daß nicht erst Ende der 70er Jahre sondern schon in näherer Zukunft die weitere Erhöhung der Zahl der Ausländer teilweise oder ganz aufhören könnte, und zweitens kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß Ausländer bei anhaltend starker Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt in ihre Heimatländer abwandern werden.

Über das Ausmaß eines eventuellen Abströmens besteht zur Zeit keine Übersicht. Keinesfalls kann davon ausgegangen werden, daß mehr oder weniger alle Ausländer das Land verlassen würden, wenn – in rein quantitativer Sicht – die Lage dies erfordern würde. Bei differenzierterer Betrachtung auch nach qualitativen Gesichtspunkten stellt sich die Lage problematischer dar. Es ist nämlich von der Tatsache auszugehen, daß die ausländischen Arbeitskräfte wegen ihrer meist geringen oder fehlenden beruflichen Qualifikation überwiegend, besonders im Produzierenden Gewerbe, diejenigen Arbeitsplätze eingenommen haben, die von Deutschen als unzumutbar und unattraktiv aufgegeben wurden. Dies wird daran deutlich, daß die Zahl der Arbeiter zwischen 1961 und 1972 zwar um 5% zunahm, die der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen jedoch gleichzeitig um 16% zurückging. Besonders stark war diese Entwicklung bei den jungen Kräften unter 30 Jahren, die als Folge der besseren Ausbildung heute in prozentual stärkerem Maß als Angestellte im Berufsleben stehen als früher. Demgegenüber sind die Ausländer zu rund 90% als Arbeiter beschäftigt.

Ob und inwieweit diese Verschiebungen im deutschen Arbeitskräftepotential dem Arbeitskräftebedarf gerecht werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls ist nicht damit zu rechnen, daß das Streben der deutschen Erwerbspersonen nach qualifizierteren Beschäftigungen, das von der Bildungspolitik lebhaft unterstützt wird, ein Wiederauffüllen dieser weniger

1) Zu den Begriffen „Erwerbsperson“ und „Erwerbstätiger“ vgl. Teil 2, Ziffer 5.

interessanten Arbeitsplätze mit deutschen Erwerbspersonen ohne weiteres zulassen wird. Dies gilt auch für weite Bereiche des Dienstleistungssektors, deren Stärkung im Zuge der Verbesserung der Lebensqualität notwendig sein wird, deren Attraktivität für die meisten deutschen Erwerbstätigen jedoch zu gering zu sein scheint.

So ergibt sich das Bild, daß in absehbarer Zeit einerseits die breite Basis der Arbeitskräftepyramide offenbar nur mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte tragfähig erhalten werden kann und andererseits eine immer größere Zahl immer höher qualifizierter deutscher Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt zukommt. Ob in der Zukunft tatsächlich eine so hohe Zahl an Arbeitsplätzen vorhanden sein wird, die in einem angemessenen Verhältnis zur Qualifikation der Arbeitskräfte stehen — zu denken ist hier auch an die große Zahl zukünftiger Akademiker (vgl. 3.2) — kann hier nicht beantwortet werden. Dazu wäre eine über generelle Tendenzen hinausgehende nach Qualifikationsstufen differenzierte Voraussage des Arbeitskräftebedarfs erforderlich, was zur Zeit noch mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Widersprüchlichkeit und Unverbindlichkeit diesbezüglicher Untersuchungen sind dafür beredtes Beispiel.

Wenn sich jedoch Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in qualitativer Hinsicht nicht im Gleichgewicht befinden sollten, dann ist wegen der ungewissen Substitutionsmöglichkeiten der ausländischen durch deutsche Arbeitskräfte nicht auszuschließen, daß es zu erhöhter Arbeitslosigkeit der inländischen Arbeitskräfte bei vollbeschäftigten Ausländern kommen kann.

Arbeitslosigkeit in der Zukunft? — Stellungnahme zum Prognos-Gutachten

Neben der Frage eines qualitativ bedingten Ungleichgewichts stellt sich das ganz grundsätzliche Problem, ob es in Zukunft rein zahlenmäßig zu viele oder zu wenig Arbeitskräfte geben wird. Doch die aus der Bevölkerungsstruktur über Erwerbsquoten ermittelte Zahl von zukünftigen Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) muß nicht gleich groß sein wie die Zahl der im Wirtschaftsprozess tatsächlich benötigten Personen (Arbeitskräftebedarf oder Arbeitskräftenachfrage). Ist das Angebot größer als die Nachfrage, so entsteht Arbeitslosigkeit, während im umgekehrten Fall Arbeitskräftemangel vorliegt.

Um auf die Frage, wie sich denn nun die Dinge in Zukunft entwickeln werden, eine Antwort zu geben, wird auf einen (definitorischen) Zusammenhang verwiesen, der zwischen den drei Größen Bruttoinlandsprodukt, Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson) und Zahl der Erwerbspersonen besteht¹⁾. Und zwar wird wie folgt argumentiert: Wenn man das Bruttoinlandsprodukt und die Produktivität je für sich

autonom vorausschätzt und anschließend das Bruttoinlandsprodukt durch die Produktivität dividiert, dann erhält man *die* Zahl an Personen, die bei vorgegebener Produktivitätsentwicklung zur Erstellung des vorgegebenen Bruttoinlandsprodukts benötigt werden.

Über einen Vergleich des so ermittelten Arbeitskräftebedarfs mit dem zur Verfügung stehenden Erwerbspersonenpotential soll dann die zukünftige Situation am Arbeitsmarkt nicht nur der Tendenz, sondern auch der Größenordnung nach vorausgesagt werden. Auf diesem Wege kommt Prognos für 1985 zu einer Arbeitslosigkeit für das Bundesgebiet in Höhe von 1 Million Personen, was einer Arbeitslosenquote von 3,5% entsprechen würde.

Diese Argumentation ist scheinbar einleuchtend, sie ist aber aus folgendem Grund unzulässig: Die Produktivität konnte bisher nicht als unabhängige Meßgröße bestimmt werden. So nimmt es nicht Wunder, wenn man sich bis heute in Wissenschaft und Praxis mit sprachlichen Konstruktionen zu helfen versuchte. Eine Hilfskonstruktion dieser Art ist der Ausdruck „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“, genannt „Produktivität“. Damit wird aber die Produktivität nicht unabhängig gemessen, sondern im Gegenteil mit Hilfe der Größe, die sie eigentlich erklären sollte, definiert. Der Zusammenhang zwischen den drei Größen Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbspersonen ist also definitorisch-sprachlicher und nicht empirisch-funktionaler Natur. Hieraus wird deutlich, daß der Wirtschaftspolitiker die auf der Grundlage dieses Sprachspiels gewonnenen Informationen nicht praktisch verwerten kann. So wirft die Argumentation von Prognos — die ja versucht, die Situation auf dem Arbeitsmarkt insbesondere über die Entwicklung der Produktivität zu bestimmen — im Grunde die alte und immer wieder gestellte Frage auf, ob es eine *technologische Arbeitslosigkeit* gibt, also eine allgemeine Arbeitslosigkeit auf Grund eines schnellen technischen Fortschritts. In hochentwickelten Wirtschaften ist diese Art von Arbeitslosigkeit als allgemeine Erscheinung bisher nicht beobachtet worden. Pöhl spricht deshalb von der „Legende, daß Arbeitslosigkeit durch technischen Fortschritt entstünde“²⁾. Es gibt keinen Grund, nun plötzlich das Auftreten dieser Erscheinung für die Bundesrepublik zu behaupten.

Auch wenn man einmal von der dargestellten grundsätzlichen Problematik des von Prognos gewählten Ansatzes absieht und sich der vorgeschlagenen Argumentation anschließt, ergeben sich einige Kritikpunkte:

- a) Vorausschätzungen der Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson) sind sehr problematisch. Bei vorgegebenem Bruttoin-

1) Methodische Erläuterungen vgl. Anhang, sowie Teil 2, Ziffer 5, Fußnote 2.

2) K.O.Pöhl: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA, Göttingen 1967, S. 23.

landsprodukt hängt jedoch das Ergebnis hinsichtlich der Zahl der benötigten Erwerbspersonen ausschließlich vom gewählten Produktivitätsansatz ab. Wählt man beispielsweise zum Bruttoinlandsprodukt der hier vorgelegten mittleren Variante die unplausibel hohen Produktivitätsansätze vom Bundeswirtschaftsministerium oder von Prognos und stellt den so gewonnenen Arbeitskräftebedarf der hier vorausgeschätzten Erwerbspersonenzahl gegenüber, so errechnet sich Arbeitslosigkeit. Geht man von einer Fortschreibung der bisherigen Produktivitätsentwicklung aus, so errechnet sich ein Arbeitskräftemangel — eine ebenfalls unplausible Möglichkeit, da in einer hochindustrialisierten Wirtschaft das Bruttoinlandsprodukt — zumindest im Warenproduzierenden Gewerbe — kaum in derart starkem Ausmaß von der Erwerbspersonenzahl bestimmt wird. Nimmt man einen Ansatz zwischen beiden Extremannahmen, dann errechnet sich ein etwa ausgeglichener Arbeitsmarkt. Hieraus dürfte unmittelbar ersichtlich werden, daß auf diesem Wege verlässliche Informationen über die zukünftige Arbeitsmarktsituation nicht zu gewinnen sind.

- b) Weiterhin muß Prognos, um die Schlußfolgerung einer zukünftigen Arbeitslosigkeit durchhalten zu können, implizit eine Anzahl unplausibler Annahmen machen: So muß einmal unterstellt werden, daß auch bei zahlreich zur Verfügung stehenden Arbeitskräften — also aus strukturellen Gründen in gedrückten Phasen — die Produktivität sehr hoch sein wird, was insofern unplausibel ist, als bei geringer Wachstumsdynamik erstens der Lohndruck kaum so stark sein dürfte wie unterstellt und zweitens die Unternehmer kaum so investitionsfreudig sein dürften, wie es für das hohe Produktivitätsniveau erforderlich wäre. Und für den Fall allgemeiner Prosperität muß Prognos davon ausgehen, daß trotz hoher Produktivität und großer Erwerbspersonenzahl das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts limitiert ist und nicht entsprechend steigt, ohne daß für diese Restriktion im Gutachten ein Grund angegeben wäre.

Anhaltspunkte für die Beschäftigungslage 1985

Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes ist eine für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zentrale Frage. Das wissenschaftliche Instrumentarium zu ihrer Beantwortung ist bisher bescheiden. Trotzdem soll versucht werden, mit einem von Prognos abweichenden Ansatz hierzu einige Überlegungen vorzutragen.

Im Kapitel über die Vorausschätzung wirtschaftlicher Eckdaten (Teil 2, Ziffer 5) wurde dargestellt, welche Anzahl von Erwerbspersonen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen mit einer bestimmten zukünftigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verbunden ist. Die Erwerbspersonenzahl wurde dabei über einen Regressionsansatz ermittelt. Dieser unterstellt eine durchschnittliche Beziehung zwischen der kontinuierlichen Entwicklung zweier Größen, so daß von der Entwicklung der einen (hier: Bruttoinlandsprodukt) auf die der anderen (hier: Erwerbspersonen) geschlossen werden kann. Es liegt hier also — wenn man so will — eine *Arbeitskräftebedarfsschätzung* mit folgendem Ergebnis vor:

Beschäftigte 1985

in der Land- und Forstwirtschaft	199 000
im Warenproduzierenden Gewerbe	2 576 000
im Dienstleistungsbereich	1 940 000
Zusammen	4 715 000

Aus der demographisch fundierten Erwerbspersonenvorausschätzung ergeben sich, ebenfalls für 1985, folgende Daten:

Erwerbspersonen insgesamt	4 879 000
deutsche Erwerbspersonen	4 111 000

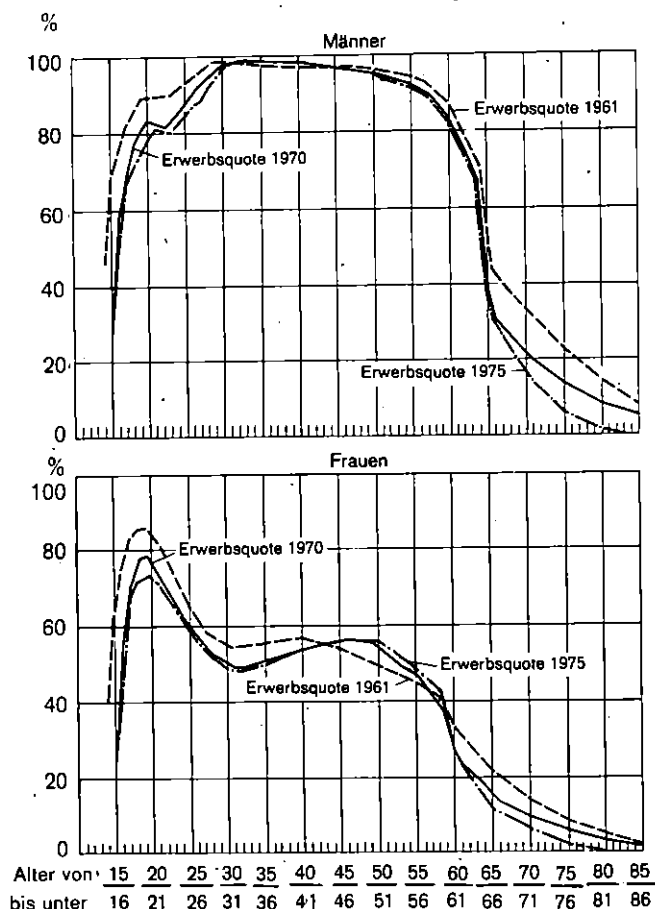
Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen aus der Erwerbspersonenvorausschätzung übersteigt den aus dem Regressionsansatz ermittelten Arbeitskräftebedarf um 160 000 Personen. Diese Differenz kann jedoch keineswegs von vornherein als Arbeitslosenzahl interpretiert werden. Denn bisher wurde nicht berücksichtigt, daß die zukünftigen Arbeitszeitverkürzungen das bisherige Ausmaß überschreiten können. Geht man beispielsweise von einer 40-Stunden-Woche aus, und nimmt man an, daß 4 715 Mill. Erwerbspersonen 1985 eine Stunde weniger arbeiten werden — was eine unterste Grenze der zukünftigen Arbeitszeitverkürzung sein dürfte — so werden, um die gleiche Arbeitsleistung wie bisher zu erbringen, 120 000 Personen zusätzlich benötigt werden. Zur Berücksichtigung einer gewissen Arbeitszeitverkürzung wurde deshalb bei der Vorausschätzung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen die aus der Regression ermittelte Zahl an die auf demographischer Grundlage ermittelte angepaßt. Damit ergibt sich hier für 1985 ein in Angebot und Nachfrage ausgeglichener Arbeitsmarkt. Bei diesen Annahmen würde sich also — von der Zahl her gesehen — für alle Deutschen sowie für alle noch im Land befindlichen Ausländer Beschäftigung finden lassen.

Diese Ableitung gilt allerdings nur unter der Annahme, daß die zugrundegelegte mittlere Variante der Entwicklung des gesamten Bruttoinlandsprodukts ein zutreffendes Bild zukünftiger Wirtschaftsaktivität liefert. Da sie

von konstanten jährlichen Zuwachsraten in Höhe von 4,9% für 1975 bis 1985 ausgeht, wurde sie schon zuvor als unter Umständen überhöht bezeichnet. Bei einem geringeren Wachstum werden jedoch auch entsprechend weniger Erwerbspersonen benötigt. Bis zur Zahl von 4,1 Mill. deutschen Erwerbspersonen ergibt sich jedoch ein ganz erheblicher Spielraum, auch bei stark abgeschwächtem Wirtschaftswachstum. Dies wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß im Jahr 1973 schon über 4,2 Mill. Personen in Baden-Württemberg erwerbstätig sind. Um also alle bis 1985 auftretenden deutschen Erwerbspersonen zu beschäftigen, würde bei Außerachtlassung qualitativer Gesichtspunkte bereits das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1973 voll ausreichen.

Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß alle Überlegungen über die Vollbeschäftigung des deutschen Teils der Erwerbspersonen zwangsläufig auf Kosten des ausländischen Teils gehen müssen. Die aufgezeigten Größenordnungen machen jedoch deutlich, daß — da es kaum zu einer längerfristigen völligen Stagnation der Wirtschaftsentwicklung kommen wird — ein plötzlicher allgemeiner Rückzug der Ausländer nicht nur nicht erforderlich, sondern auch gefährlich wäre. Eine Begrenzung des Zustroms erscheint jedoch auch aus anderen Gründen auf alle Fälle angebracht.

Schaubild 1
Erwerbsquoten 1961 und 1970 mit Annahme für 1975 - Deutsche Bevölkerung -



Erwerbsverhalten im Bildungs- und Rentenalter

Gesamtwirtschaftliche Überlegungen zur Arbeitsmarktsituation nehmen nicht zuletzt aus aktuellem Anlaß einen breiten Raum ein. Die Entwicklungen der Globalgrößen sind jedoch eine Resultierende aus einer Vielzahl individueller Aktionen und Verhaltensweisen, die zu kennen deshalb wichtig ist. Während ein gewisser Basisbereich von Personen — das sind insbesondere Männer zwischen 30 und 50 Jahren — zu fast 100% erwerbstätig ist, verursachen die Entwicklungen an den beiden Nahtstellen, also dem Übergang ins Erwerbsleben und dem Austritt aus dem Erwerbsleben, sowohl bei Männern wie Frauen, einige Unsicherheit. Weiterhin wird das Erwerbsverhalten der Frauen insbesondere in der mittleren Lebensphase diskutiert.

Was die Entwicklung im primär bildungsorientierten Alter betrifft, so ist bei Männern und Frauen ein ganz entscheidender Rückgang der Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 18 Jahren festzustellen. So liegt die Erwerbsquote von 1970 bei den 15jährigen um über 50% unter der von 1961. Hier handelt es sich um die Auswirkungen der Bildungspolitik des letzten Jahrzehnts, die besonders den Besuch der allgemeinbildenden Schulen förderte. Da darüber hinaus der Besuch weiterführender Ausbildungswege sowie das Hochschulstudium intensiviert wurden, setzte sich der Rückgang der Erwerbsquoten bei den Männern bis ins 30. und bei den Frauen bis zum 27. Altersjahr fort. Allerdings in geringerem Ausmaß: Die Quote der 20jährigen ist 1970 nur um 5% niedriger als 1961.

Die Folgen steigender Ausbildungsquoten sind sinkende Erwerbsquoten. Auch für die Zukunft ist damit zu rechnen, daß diese Entwicklungen zu weiteren Entzugswirkungen auf dem Arbeitsmarkt führen werden. Das Ausmaß ist jedoch ungewiß. Eine veränderte wirtschaftliche Situation und eine angesichts der Überfüllung vieler Institutionen anders akzentuierte Bildungspolitik können zu einer Abschwächung dieser Tendenzen führen. Bei der hier vorgelegten Erwerbspersonenvorausschätzung wurden deshalb die Erwerbsquoten bis 1975 nochmals reduziert und dann bis 1985 auf dem erreichten Stand belassen (Vgl. Anhang).

Im oberen Grenzbereich ist die Erwerbsquote der Männer im Alter von 50 bis 65 Jahren schon im Zeitraum 1961/70 um bis zu 3%-Punkte zurückgegangen. Sie wurde im Vorausschätzungszeitraum nochmals leicht zurückgenommen, da ein weiteres Absinken wegen einer Steigerung der allgemeinen gesundheitlichen Belastung bei gleichzeitig verbesserter Altersversorgung wahrscheinlich ist. Zu einem weiteren Rückgang dürfte die ab 1973 bestehende Möglichkeit der Vorverlegung der Altersgrenze auf das 63. Lebensjahr führen. Wie stark sich diese Regelung auswirken wird, ist zur Zeit nicht abzuschätzen, da gleichzeitig auch eine Verlängerung der Erwerbstätigkeit bis zum 67. Lebensjahr möglich ist. Weiterhin muß die Teilbeschäftigung bei Rentenbezug berücksichtigt werden.

Für die Männer im Alter von 65 und mehr Jahren war der Rückgang der Erwerbsquoten verhältnismäßig stark (bis zu 13%-Punkte). Diese Abnahme ist eindeutig auf den Rückgang der Beschäftigung älterer Männer in der Landwirtschaft zurückzuführen, wo sie vornehmlich als Selbständige nach Aufgabe kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Da weiterhin ein Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft zu erwarten ist, wird in diesem Altersbereich im Vorausschätzungsansatz ein weiterer Rückgang der Erwerbsquoten eingerechnet.

Bei der Erwerbsquote der Frauen im Alter von 57 und mehr Jahren zeigt sich deutlich, wie hier die nach 1961 durch die Rentengesetzgebung im Jahr 1957 ermöglichte Vorverlegung des Rentenalters vom 65. auf das 60. Altersjahr „gegriffen“ hat; ist doch heute zwischen dem 59. und 60. Altersjahr ein deutlicher Rückgang der Erwerbsquote zu erkennen. Diese Entwicklung hat zusammen mit der Abnahme von Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft zu einem starken Nachlassen der Erwerbstätigkeit nach dem 60. Altersjahr geführt. Diese Tendenzen wurden für den Vorausschätzungszeitraum leicht verstärkt fortgeschrieben.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die größten und bleibenden Verhaltensänderungen an den Nahtstellen ins bzw. aus dem Erwerbsleben bereits in den sechziger Jahren stattgefunden haben. Damit sind bei leichtem Fortlaufen der Tendenzen ähnlich grundlegende Änderungen für die Zukunft zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

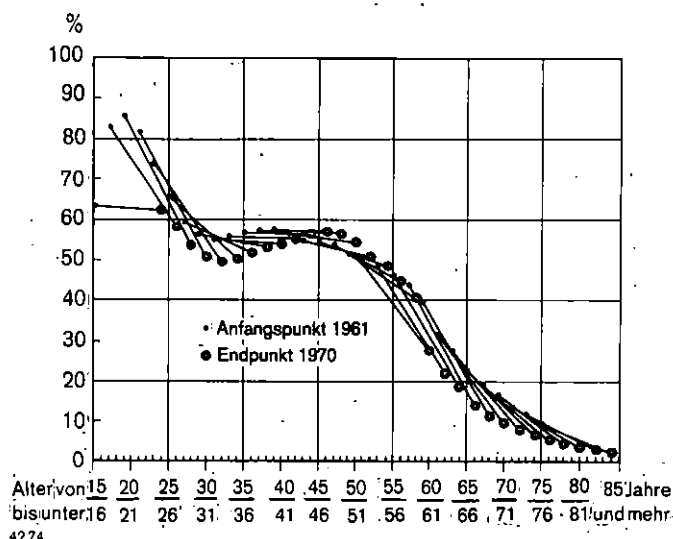
Verringerte Erwerbsintensität der Frauen

Im Gegensatz zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Zeitraum 1961/72 von 1,640 Mill. auf 1,605 Mill. um 35 000 (2%) zurückgegangen. Dies bedeutet, daß der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen gegenüber 41% im Jahr 1961 im Jahr 1972 nur noch 39 % ausmachte. Dieser Rückgang ist eindeutig durch die Entwicklung bei den deutschen Frauen zu erklären, deren Zahl um 178 000 (11%) abgenommen hat. Dieser Ausfall konnte auch durch ausländische Arbeitskräfte nicht wieder ausgeglichen werden.

Der beobachtete Rückgang geht auf mehrere Ursachen zurück. Zum einen ist er besonders stark in der Landwirtschaft, wo ältere Selbständige und Mithelfende Familienangehörige aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind und nicht ersetzt wurden. Zum anderen ist festzustellen, daß die Frauen heute besonders in jüngeren Jahren nicht mehr in dem Maße am Erwerbsleben teilnehmen, wie dies noch 1961 der Fall war. Hier wirkt sich die längere Ausbildungszeit an Schulen und Hochschulen aus, womit auch in Zukunft gerechnet werden muß. Hinzu kommt, daß die Frauen heute

Schaubild 2

Veränderung der Erwerbsquoten deutscher Frauen gleicher Geburtsjahrgänge 1961 bis 1970



früher eine Ehe schließen als noch im Jahr 1961, so daß sie in vielen Fällen von der Schulbank weg heiraten. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, daß sie später – in der sogenannten dritten Lebensphase – zum Teil wegen nicht abgeschlossener Ausbildung, zum Teil wegen fehlender Berufserfahrung keine Erwerbstätigkeit mehr aufnehmen. So haben Untersuchungen der letzten Jahre gezeigt, daß der Erwerbsintensität der Frauen im Alter um 20 Jahre eine Schlüsselfunktion für eine spätere Teilnahme am Erwerbsleben zukommt. Niedrige Erwerbsquoten in diesem Alter lassen für die kommenden Jahre ebenfalls niedrige Erwerbsquoten erwarten.

Dem scheint zu widersprechen, daß die Frauen, die heute im Alter von 40 bis 50 Jahren stehen, stärker berufstätig sind als 1961. Dies ist jedoch nicht als Rückkehr verheirateter Frauen ins Erwerbsleben zu werten, sondern kann nur so interpretiert werden, daß die Frauen der Geburtsjahrgänge, die nach dem 2. Weltkrieg als Witwen auf sich alleine gestellt und auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen waren, heute in diese Altersjahre vorgerückt sind. Außerdem dürfte hier ein Großteil der Frauen zu finden sein, die als Flüchtlinge und Vertriebene gezwungen waren, ihren Familien durch berufliche Tätigkeit die Wiederbeschaffung von Hausrat und Wohnungen sowie die Anpassung an den Lebensstandard der Einheimischen zu erleichtern, und danach im Erwerbsleben verblieben sind.

Aus den heute hohen Erwerbsquoten der Frauen im Alter von 40 bis 50 Jahren allein kann also noch keine allgemeine verstärkte Rückkehr ins Berufsleben gefolgert werden.

In der vorgelegten Erwerbspersonenvorausschätzung wurde dennoch auch für die Zukunft von einer starken Erwerbsintensität ausgegangen. Hierfür spricht einmal,

daß die in hohem Ausmaß erwerbstätigen ausländischen Frauen bei längerem Verbleib verstärkt in diese Altersgruppen hineinwachsen. Weiterhin wurde davon ausgegangen, daß alle die — auch aus gesellschaftspolitischen Gründen erfolgten — Bemühungen, durch gezielte Maßnahmen eine erhöhte Rückkehr der Frauen ins Berufsleben zu erreichen, Erfolg haben werden.

Dazu wird es allerdings notwendig sein, das Angebot an Arbeitsplätzen noch stärker auf die Bedürfnisse der Frauen abzustimmen. Eine wichtige Voraussetzung wäre unter anderen die verstärkte Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen. Der wachsende Bedarf an derartigen Arbeitsplätzen ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der Anteil der Frauen, die aus persönlichen Gründen unter 40 Stunden wöchentlich arbeiten, von 18% im Jahr 1961 auf heute 24% gestiegen ist.

Alle Überlegungen über die Intensivierung der Frauenerwerbstätigkeit, die aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bisher erwünscht war, müssen angesichts der aktuellen konjunkturellen und strukturellen (Ölkrise) Situation auf ihre weitere Gültigkeit hin überprüft werden. Es kann durchaus sein, daß ein stärkeres Angebot zu erwarten ist, andererseits aber aus konjunkturellen Gründen keine Nachfrage vorliegt.

3.4 Ausländer in Baden-Württemberg

Das Problem der großen Ausländerzahl in Baden-Württemberg wurde schon in den vorhergehenden Abschnitten in Verzahnung mit Fragen der Bevölkerung, der Erwerbspersonen und des Arbeitsmarktes eingehend diskutiert. Im Mittelpunkt dieses Abschnitts stehen dagegen ganz spezifische Probleme dieses Bevölkerungsteils.

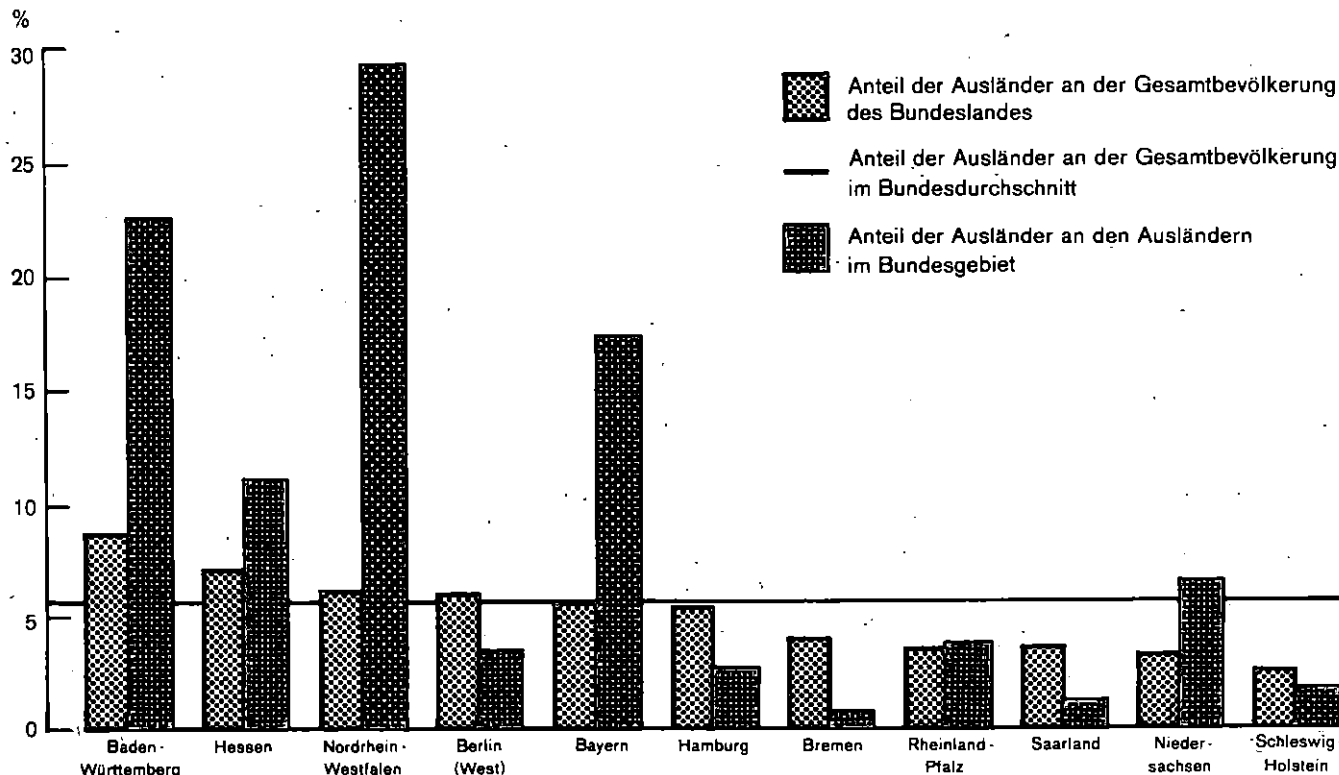
Ständig wachsender Ausländeranteil

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs erheblich gestiegen, und zwar von rund 3 % (211 Tsd. Personen) im Jahr 1961 auf 9,6 % Mitte 1973. Insgesamt handelt es sich jetzt um 887 Tsd. Personen, davon 534 Tsd. (60 %) Männer und 353 Tsd. (40 %) Frauen. Damit hat Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten Ausländeranteil an der Landesbevölkerung und steht gemessen an der Anzahl der Ausländer hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Position.

Besonders bei regional differenzierter Betrachtung zeichnet sich hier eine bedenkliche Entwicklung ab. Bereits jeder achte Einwohner im mittleren Neckarraum ist ein Ausländer. Extrem hohe Anteile erreichen

Schaubild 1

Ausländer am 31.12.1972



Quelle: Ausländerzentralregister

die Ausländer im Stadtkreis Stuttgart (15,6 %), in den Landkreisen Ludwigsburg (14,2 %), Esslingen (13,7 %) und Böblingen (13,6 %). Auch in den angrenzenden Kreisen liegt der Ausländeranteil erheblich über dem Landesdurchschnitt. Dasselbe Bild ergibt sich im Süden im Schwarzwald-Baar-Kreis, im Norden im Stadtkreis Mannheim und im Osten im Stadtkreis Ulm.

Konsequenzen beschlossen

Das Ausmaß der durch die ausländische Bevölkerung verursachten Probleme wächst mit wachsendem Anteil an der Wohnbevölkerung. Um die im folgenden aufgeführten Probleme in manchen Landkreisen nicht ins Unermeßliche wachsen und um dort eine Integration der Ausländer nicht ganz unmöglich werden zu lassen, hat eine aus Vertretern des Bundes und der Länder bestehende Arbeitsgruppe, nicht zuletzt auf Drängen des Landes Baden-Württemberg beschlossen, die Zuwanderung von Ausländern in den Kreisen zu bremsen, deren Ausländeranteil um 100% über dem Bundesdurchschnitt von 6% liegt. In allen Kreisen, die einen Ausländeranteil von über 12% haben, sind demnach entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Starke Verschiebungen unter den Nationalitäten

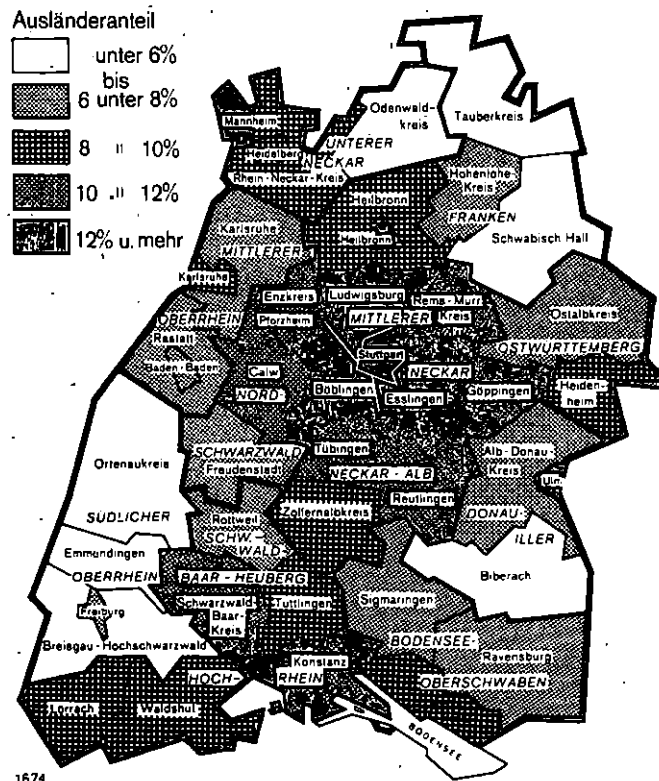
Während 1962 noch fast jeder zweite Ausländer ein Italiener war, ergaben sich inzwischen durch verschiedene starke Beteiligung der Nationalitäten am Ausländerzustrom erhebliche Verschiebungen, die zu einem wesentlich geänderten Bild führten.

So ist der Anteil der *Italiener* trotz Zunahme der Zahl der Personen auf 194 Tsd. inzwischen gesunken. Etwa gleich groß ist heute der Anteil der *Jugoslawen*, deren Zahl sich in den letzten zehn Jahren fast verzweifacht hat und nun bei etwa 193 Tsd. Personen liegt. An dritter Stelle liegen die *Türken*; hier stieg die Zahl im gleichen Zeitraum von knapp 5 Tsd. sprunghaft auf über 137 Tsd. Die *Griechen* folgen mit einer Zahl von 97 Tsd. Personen auf dem vierten Platz. Die *Spanier* nehmen nun trotz Verdopplung der Anzahl auf 46 Tsd. erst den folgenden Platz ein. Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den *Portugiesen*, die seit 1962 praktisch neu ins Land gekommen sind und nun immerhin eine Zahl von 16 Tsd. Personen erreicht haben.

Da aus den Anrainerstaaten Schweiz, Österreich und Frankreich nur relativ wenige Personen neu ins Land kamen, sanken die Anteile dieser Nationalitäten entsprechend. Es sind in Baden-Württemberg zur Zeit rund 7 Tsd. *Schweizer*, 29 Tsd. *Österreicher* und 14 Tsd. *Franzosen* gemeldet.

Schaubild 2

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung nach Kreisen - 30.6.1973-



Diese aufgeführten Staaten stellen ungefähr 92 % der bei uns lebenden Ausländer. Der Rest kommt aus einer Vielzahl europäischer und außereuropäischer Länder.

Tabelle 1

Anteile der Ausländer nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	30.9.1962.	30.9.1972
	Anteile in %	
Ausländer insgesamt	100	100
Europäer	92,7	95,1
darunter		
Anwerbeländer:	70,2	85,3
Italien	44,6	24,2
Jugoslawien	6,3	24,0
Griechenland	9,1	12,1
Türkei	1,8	17,2
Portugal	0,2	2,0
Spanien	8,2	5,8
Anrainerstaaten:		
Schweiz	2,5	0,9
Österreich	6,6	3,6
Frankreich	2,8	1,8

Relativ viele Ausländer erwerbstätig

Von den Ausländern in Baden-Württemberg waren im Januar 1973 rund 580 Tsd. Personen erwerbstätig, und zwar 395 Tsd. Männer und 186 Tsd. Frauen — dies sind rund 13 % aller Erwerbstätigen, nämlich 14 % der Männer und 10 % der Frauen. Wegen ihrer spezifischen Altersstruktur, aber auch wegen der höheren Erwerbsintensität in den einzelnen Altersgruppen liegt die Tätigkeitsquote der Ausländer mit 68 % wesentlich über dem Landesdurchschnitt von 46 %. Dabei beträgt der Abstand zum Landesdurchschnitt gleichermaßen bei Männern und Frauen etwa 20 %-Punkte. So sind bei den Männern 78 % (Landesdurchschnitt 58 %), und bei den Frauen 53 % (Landesdurchschnitt 34 %) tätig. Fast 6 von 7 Ausländern (85 %) arbeiten im Produzierenden Gewerbe, 9 % im Dienstleistungsbereich, 6 % im Handel und Verkehr und nur 1 % in der Land- und Forstwirtschaft.

Von den erwerbstätigen Ausländern ist der ganz überwiegende Teil der männlichen Ausländer (92 %) als Arbeiter beschäftigt, 5 % stehen im Angestelltenverhältnis, etwa 2 % sind Selbständige und 1 % Lehrlinge. Bei den Frauen ist der Anteil der Arbeiterinnen etwas geringer (88 %) zugunsten des Anteils der Angestellten (9 %). Jeweils etwa 1 % entfallen auf Selbständige, Mithelfende Familienangehörige und Lehrlinge.

Zunehmende Seßhaftigkeit der Ausländer

Die Zuwanderung der ausländischen Arbeitskräfte brachte es mit sich, daß in der Folge mehr und mehr Familienangehörige nachgezogen wurden, so daß ihr Anteil heute etwa 32% aller Ausländer ausmacht. Dagegen belief sich dieser Anteil 1961 noch auf 21%. Heute leben sowohl nachgeholte Familienangehörige, vornehmlich Ehefrauen der Ausländer, in Baden-Württemberg als auch die hier im Land geborenen Kinder. Bereits 1972 wurden hier mehr als 21 Tsd. ausländische Kinder geboren, was einem Anteil von 19% an allen Geburten im Land entspricht.

Damit liegen Anhaltspunkte für die Annahme vor, daß ein Teil der Ausländer eine gewisse Seßhaftigkeit im Land entfaltet. Weiterhin läßt sich eine relativ gute Übereinstimmung zwischen der Zahl der Ausländergeburten von 1969 bis 1972 und dem Bestand an Ausländerkindern der entsprechenden Geburtsjahrgänge Ende 1972 feststellen, so daß man schließen kann, daß die in diesen Jahren geborenen Kinder, wenigstens der Zahl nach, im Land geblieben sind. Auch aus der verstärkten Zuwanderung von Kindern im Alter von 3 bis unter 15 Jahren läßt sich schließen, daß offenbar eine immer längere Aufenthaltsdauer hier im Land geplant wird. In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse einer Umfrage der Bundesanstalt für Arbeit, wonach schon etwa 50% der ausländischen

Arbeitnehmer länger als drei Jahre im Bundesgebiet tätig sind und sich darüber hinaus 20% für dauernd im Bundesgebiet niederlassen wollen.

Rapide wachsende Probleme

Mit dieser Entwicklung zu immer größeren Ausländerzahlen, mit der Tendenz zur stärkeren Familienzusammenführung und zu einer immer längeren Aufenthaltsdauer treten immer dringlichere Probleme, hauptsächlich in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungsversorgung, Betreuung der Kinder im Vorschulalter und schulische Ausbildung an Grund- und Hauptschulen in den Vordergrund.

Die Konsequenzen für die *Infrastruktur* (z.B. Gesundheitswesen, Verkehrswesen) können für das Land als ganzes nicht quantifiziert werden; dies ist nur mit Hilfe gezielter örtlicher Bedarfsfeststellungen möglich. Die *Wohnungsversorgung* der Ausländer ist nach den Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit dadurch gekennzeichnet, daß etwa 25% der Männer und 10% der Frauen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind. Rund 60% wohnen in einer abgeschlossenen Wohnung und rund 20% in sonstigen Wohngelegenheiten. Dabei darf als sicher unterstellt werden, daß die Unterbringung in geschlossenen Wohnungen keineswegs der Vorstellung von Wohnqualität entspricht, die sich bei uns in den letzten Jahren entwickelt hat.

Wenig Ausländerkinder in Kindergärten

Welchen Umfang die Betreuung der Anfang 1973 rund 41 Tsd. ausländischen Kinder im Vorschulalter von 3 bis unter 6 Jahren in Baden-Württemberg tatsächlich einnimmt, läßt sich mangels ausreichenden Zahlenmaterials nur grob abschätzen. Für die 441 Tsd. Kinder des entsprechenden Alters in der Gesamtbevölkerung stehen 330 Tsd. Kindergartenplätze (=76%) zur Verfügung. Legt man nun den Anteil von 240 Plätzen von 5 582 (=4%) zugrunde, den die Ausländer an den Vorschul- und Schulkinderorten einnehmen, und vergleicht diesen Anteil von 4% mit dem Anteil der Ausländerkinder an allen Kindern von 10%, so kommt man zum Ergebnis, daß allenfalls die Hälfte der Ausländerkinder — so auch die Studie der Bundesanstalt — Kindergärten besuchen.

Geringer Schulbesuch der Ausländer

Die für die Integration der Ausländer in den deutschen Sprach- und Bildungsbereich wichtigen Schularten sind die Grund- und Hauptschulen, die Sonderschulen, die Realschulen und die Berufsschulen. Die übrigen Schularten wie beispielsweise Berufsfachschulen, Fachhochschulen und Universitäten werden vorwiegend von Ausländern besucht, die speziell zum Zweck der Ausbildung ins Land gekommen sind und damit die Frage der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Kinder nicht berühren.

Im Bereich der *Grund- und Hauptschule* ergibt sich die äußerst unbefriedigende Lage, daß von 82 Tsd. Ausländern im schulpflichtigen Alter von 6 bis unter 15 Jahren nur 53 Tsd. ihrer Schulpflicht in den Grund- und Hauptschulen des Landes genügen. Selbst wenn man die ausländischen Schüler an Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien und Freien Waldorfschulen dazuzählt, also unterstellt, daß sie sich gerade in dieser Altersgruppe befinden, so ergibt sich immer noch ein Anteil von nur rund 61 Tsd. (=74%) ihrer Schulpflicht genügender Ausländer an der Gesamtzahl.

Eine Intensivierung des Schulbesuchs ausländischer Kinder dürfte in den kommenden Jahren zu erwarten sein, da die jüngeren Geburtsjahrgänge schon heute höhere Schulbesuchsquoten aufweisen und damit zu rechnen ist, daß sie mit zunehmendem Alter auch in der Schule bleiben.

Grundsätzlich muß damit gerechnet werden, daß der Anteil der Ausländerkinder in den Grund- und Hauptschulen weiter steigen wird, da der Geburtsjahrgang 1972, der etwa 1978 zur Einschulung heransteht, rund 19 % Ausländerkinder umfaßt.

Obwohl mindestens 75% der 31 Tsd. 15- bis unter 18jährigen erwerbstätig sind, besucht nur jeder dritte Ausländer dieser Altersgruppe eine *Berufsschule*. Ursache hierfür dürfte u.a. sein mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache und daher Unvermögen, dem Berufsschulunterricht zu folgen.

Tabelle 2
Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren
- 31.12.1972/Schuljahr 1972/73 -

Geburts- jahr	Wohnbevölkerung					
	ins- gesamt	darunter Ausländer				
		Anzahl	%	darunter an Grund-, Haupt- und ¹⁾ Realschulen		
1972	111 043	20 803	18,7	-	-	
1971	121 119	18 577	15,3	-	-	
1970	124 577	15 191	12,2	-	-	
Kindergarten- und Vorschulalter						
1969	138 375	13 848	10,0	-	-	
1968	184 495	13 803	7,5	-	-	
1967	153 868	13 373	8,7	28	0,0	
Schulpflichtiges Alter						
1966	158 624	12 128	7,6	4 340	35,7	
1965	157 791	10 851	6,9	7 921	73,0	
1964	160 831	10 092	6,3	7 532	75,0	
1963	158 787	9 176	5,8	6 786	74,0	
1962	153 757	8 259	5,4	5 924	72,0	
1961	153 079	7 883	5,1	5 422	69,0	
1960	147 995	8 127	5,5	5 548	67,0	
1959	143 085	7 687	5,4	5 042	66,0	
1958	137 073	7 775	5,7	4 346	57,0	

1) Nur öffentliche Schulen.

Voraussichtliche zukünftige Entwicklung

Als Folge der Ölkrise hat die Bundesregierung einen Einstellungsstop für Gastarbeiter verfügt, bis keine Besorgnisse mehr wegen eventueller negativer Auswirkungen auf die Beschäftigungslage bestehen. Davon sind jedoch wegen der Freizügigkeitsgarantie innerhalb der EG-Staaten Arbeitskräfte aus diesen Staaten nicht betroffen.

Daher und wegen der vorzugsweisen Beschäftigung der Ausländer in ganz bestimmten Tätigkeitsbereichen (vgl. Kapitel 3.3) erscheint ein weiterer, wenn auch sich abschwächender Zustrom an Ausländern zumindest nicht als unwahrscheinlich. Hinzu kommt noch, daß gegenwärtig kaum Anhaltspunkte für Dauer und Ausmaß der durch die Ölverknappung eingeleiteten Entwicklungen vorliegen.

Der nachstehenden Vorausschätzung der Ausländerzahlen liegen die Vorausschätzungsergebnisse für die Gesamtbevölkerung und die deutsche Bevölkerung zugrunde. Die Differenz dieser beiden Vorausschätzungen kann im weitesten Sinn als Vorausschätzung der Ausländer angesehen werden. Demnach ergibt sich voraussichtlich folgende Entwicklung:

Tabelle 3
Vorausschätzungen der Ausländer bis 1980

I. I.	Aus- länder	Erwerbs- tätige	Nicht- erwerbs- tätige	Erwerbs- tätige je Nicht- erwerbs- tätige
1974	908	588	320	1,8
1975	980	620	360	1,7
1976	1 058	655	403	1,6
1977	1 111	687	424	1,6
1978	1 153	707	446	1,6
1979	1 184	719	465	1,5
1980	1 205	727	478	1,5

Relative Zunahme Nichterwerbstätiger bis 1980

Bei dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, daß

- die heute schon hier lebenden Ausländer weitere Familienangehörige nachziehen,
- die neu zu erwartenden Arbeitskräfte ebenfalls Familienangehörige mitbringen oder nachziehen werden,

- die hier lebenden Familien mit verhältnismäßig hohen Geburtenraten Nachwuchs erwarten, der dann ebenfalls im Lande bleibt.

Daher ist bis 1980 außer mit 727 Tsd. Arbeitskräften zusätzlich mit 478 Tsd. Nichterwerbstätigen ausländischer Staatsangehörigkeit zu rechnen, so daß insgesamt eine Zahl von rund 1,2 Mill. Ausländer zu erwarten ist.

Dies führt dazu, daß das Verhältnis Erwerbstätige/ Nichterwerbstätige von bisher über 2 auf 1,5 weiter absinkt; dies käme dem heutigen Verhältnis bei der Gesamtbevölkerung von 0,84 schon deutlich näher.

Im Zuge dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, daß die Probleme in den oben angeführten Bereichen weiter wachsen werden. Um eine weitere Verschärfung der Situation zu vermeiden, wird es notwendig sein, ganz entschieden Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

3.5 Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft

1. Die Entwicklung Baden-Württembergs im Vergleich zum Bund: einige Aspekte

Zu dem sehr umfassenden Komplex des Vergleichs der wirtschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs zu der des Bundes und anderer Bundesländer können hier nur einige Aspekte angeführt werden: eine grobe Charakterisierung der langfristigen Wirtschaftsentwicklung, einige Bemerkungen zur Frage einer eventuellen Wachstumsschwäche Baden-Württembergs sowie ein

kurzer Überblick über bisherige konjunkturelle Entwicklungen. Einige Ergebnisse dieser Untersuchung liegen der in Teil 2 dargestellten Vorausschätzung zugrunde.

Die Untersuchung erfolgt anhand des wichtigsten zusammenfassenden Indikators der Wirtschaftsentwicklung, des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP in Preisen von 1962). Sie beginnt mit 1954, dem Anfangsjahr des ersten voll beobachteten Konjunkturzyklus der Nachkriegszeit.

Langfristige Wirtschaftsentwicklung

Im Zeitraum 1954 bis 1972 stieg das BIP im Bund von 210 auf 560 Mrd. DM und damit um 168%, während es in Baden-Württemberg um rund 193% stieg, und zwar von 29 auf 85 Mrd. DM. Hinter dieser Gesamtentwicklung stehen zwei abgeschlossene Entwicklungsphasen und vermutlich der Beginn einer dritten. Die sehr dynamische Wiederaufbauphase in den 50er Jahren — mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von in Baden-Württemberg 8,3% und im Bund 7,8%, jeweils 1954 bis 1960 — wurde Anfang der sechziger Jahre von einer Konsolidierungsphase mit deutlich reduzierten Wachstumsraten abgelöst — jährlicher Zuwachs im Durchschnitt 1960-1970 in Baden-Württemberg 5,5%, im Bund 4,9%. Dabei fällt auf, daß der Umbruch auf Bundesebene früher anzusetzen ist — mindestens 1960, unter Umständen schon mit dem Abschwung 1958 —, während er in Baden-Württemberg erst im darauffolgenden Konjunkturabschwung und damit etwa ab 1961 sichtbar wird (durchschnittlicher Jahreszuwachs 1961-1970: 5,1%).

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1962)

Bundesgebiet Flächenländer	Veränderung gegen Vorjahr (%)				Brutto- inlandsprodukt 1972 Mill.DM
	im Durchschnitt		1971 ¹⁾	1972 ¹⁾	
	1954-1961	1961-1970			
Bundesgebiet ²⁾	7,5	4,8	2,6	3,0	561 000
Baden-Württemberg	8,3	5,1	2,9	3,9	85 368
Bayern	7,4	5,7	3,4	4,1	93 900
Hessen	7,7	5,6	3,1	4,1	52 608
Niedersachsen	7,0	4,0	3,4	2,5	54 261
Nordrhein-Westfalen	6,6	4,4	1,2	1,5	157 941
Rheinland-Pfalz	5,9	6,1	4,8	5,7	32 845
Saarland	.	2,9	5,0	2,2	8 577
Schleswig-Holstein	6,8	4,8	4,7	4,4	19 075

1) Vorläufig. — 2) 1954: kleiner Gebietsstand ohne Saarland und Berlin (West).

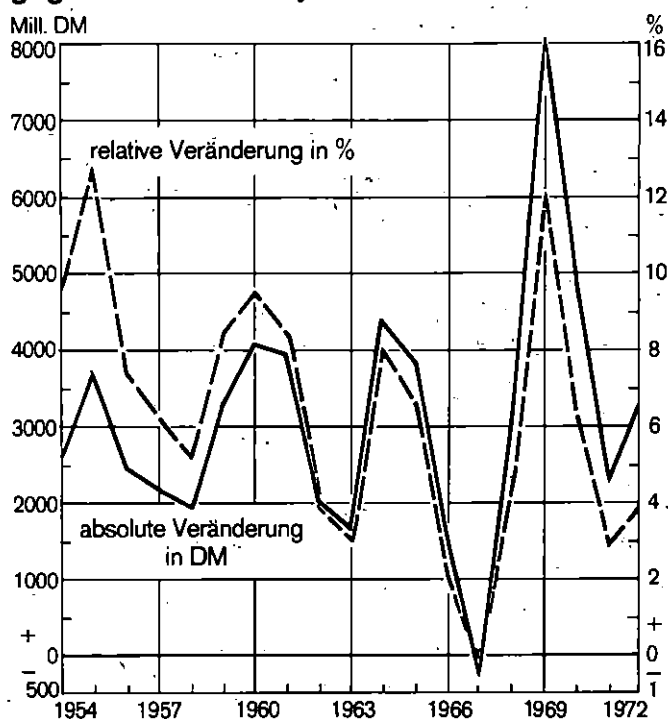
Die Wachstumsraten sind in Baden-Württemberg im Gesamtzeitraum und in den Teilphasen im Durchschnitt höher als im Bund, in der Konsolidierungsphase allerdings nicht mehr so stark wie in den 50er Jahren.

Welche Anhaltspunkte sind aus der bisherigen Wirtschaftsentwicklung für den zukünftigen Verlauf abzuleiten?

Es hat sich gezeigt, daß Teilphasen der Entwicklung mit jeweils abgeflachten Wachstumsraten sowohl in Baden-Württemberg wie im Bund unterschieden werden müssen. Damit kann das Verfahren einer Fortschreibung bisheriger Trends nicht unkritisch übernommen werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß möglicherweise für die 70er Jahre wiederum ein leichter Trendumbruch anzusetzen ist. Argumente hierfür ergeben sich aus Überlegungen bezüglich einer Rohstoff- und Energieknappheit sowie der Berücksichtigung bestimmter ökologischer Grenzen. Auswirkungen dieser Phänomene dürften in den achtziger Jahren verstärkt wachstumshemmend sein. Als Fortschreibungsverfahren scheint also die Methode der "gebrochenen Trends" (K.W.Rothschild) zweckmäßig zu sein. Dabei empfiehlt es sich, entsprechend der bisherigen Entwicklung den Abstand Baden-Württembergs vom Bund, als der Leitgröße, laufend etwas zu verringern.

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt (real) Absolute und relative Veränderungen gegenüber dem Vorjahr



3973

Wächst Baden-Württemberg langsamer als andere Bundesländer?

Die Erscheinung, daß die Wachstumsraten Baden-Württembergs seit einiger Zeit nicht mehr so stark wie früher über denen des Bundes liegen, führt zu Behauptungen wie etwa der, daß die Wachstumsdynamik Baden-Württembergs im Vergleich zu anderen Bundesländern nachlasse, was von Prognos auch für die Zukunft vorausgesagt wird. Häufig – so auch bei Prognos – wird als Argument nicht nur die Entwicklung des globalen BIP sondern die der Kennziffer "BIP je Kopf der Wohnbevölkerung" angeführt. Dieser Indikator wird hier nicht herangezogen, da aufgrund des im Bundesländervergleich höchsten Bevölkerungswachstums – nicht zuletzt auch durch einen Zustrom vieler Nichterwerbstätiger (z.B. Pensionäre, Studenten, Angehörige von Ausländern) – sich eine Verringerung der Kennziffer sozusagen aus rechentechnischen Gründen ergibt. Die Unmöglichkeit, diese Kennziffer in einen direkten Kausalzusammenhang mit dem Phänomen der Wachstumsdynamik zu bringen, vergrößert sich bei Vorausschätzungen. In diese Kennziffer gehen dann neben allen Unwägbarkeiten der BIP-Vorausschätzung auch die der Bevölkerungsvorausschätzung – besonders im Ländervergleich – ein.

Behauptungen über das komplexe Phänomen einer zunehmenden oder nachlassenden Wachstumsdynamik sind äußerst anspruchsvoll. Um voreilige Fehlschlüsse zu vermeiden, seien hier nur einige Aspekte angeführt:

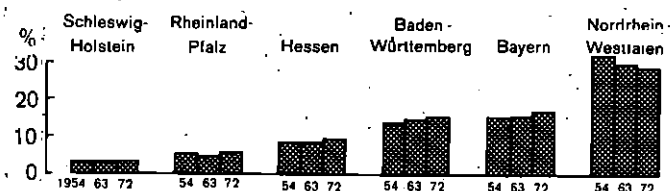
a) Veränderungsraten und Niveau

Die in den 50er und 60er Jahren von Wissenschaftlern und Praktikern geführte Diskussion hat zu einer Fixierung auf die *Zuwachsrates* als wichtigstem Wachstumsindikator geführt, wobei diese Rate nach Möglichkeit nicht nur jährlich konstant bleiben, sondern ständig zunehmen sollte. Durch diese Perspektive des "Wachstumsfetischismus" verlor man den Gesichtspunkt des Niveaus, von dem aus ein bestimmter Zuwachs erwartet wird, aus dem Auge. Zuwachsrates und Niveau können jedoch nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Denn hohe Zuwachsrates führen bei niedrigem Niveau nur zu kleinen absoluten Zunahmen, wogegen umgekehrt auch kleine Zuwachsrates bei hohem Niveau zu absolut hohen Zunahmen führen, wofür die Entwicklung in Baden-Württemberg das beste Beispiel bietet. Grundsätzlich muß man den Zusammenhang berücksichtigen, daß konstante jährliche Zuwachsrates – auch kleine – mit steigendem Niveau zu immer höheren absoluten Zuwächsen führen (sog. exponentielles Wachstum). Diese *absoluten* Veränderungen aber sind es letztlich, auf die es sowohl unter Wachstums- wie Wohlstandsgesichtspunkten, aber auch bei ökologischen Überlegungen ankommt.

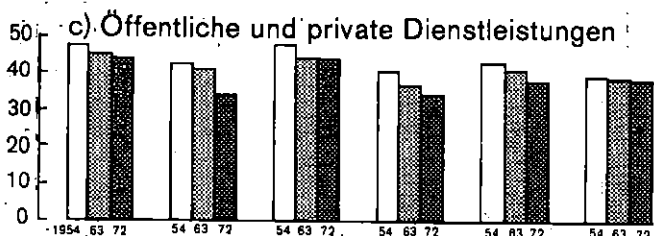
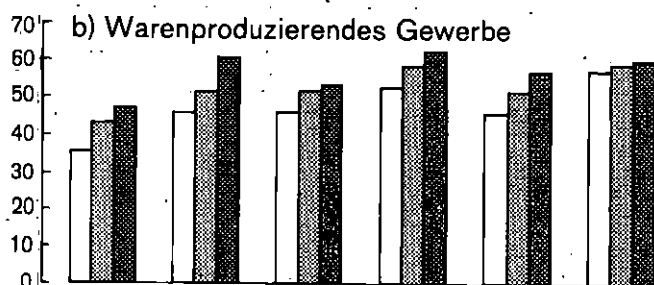
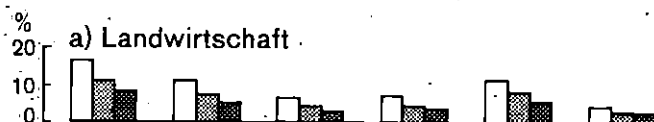
Das Bruttoinlandsprodukt Baden-Württembergs hat ein hohes Niveau erreicht. Von den drei Bundesländern, deren jeweiliger Anteil am BIP des Bundes 15% über-

Schaubild 2

1. Anteile ausgewählter Bundesländer am realen Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebietes



2. Anteile der Wirtschaftsbereiche am realen Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Bundeslandes



26 74

steigt – Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg – ist es das einzige Land, dessen Anteil am Bund beim BIP größer ist als bei der Wohnbevölkerung, und dies trotz der vergleichsweise starken Bevölkerungszunahme. Unter diesen Umständen können etwas geringere Wachstumsraten im Vergleich insbesondere zu Ländern mit niedrigem Niveau ohne zusätzliche Informationen kaum etwas über eine Veränderung in der Wachstumsdynamik aussagen.

b) Strukturelle Umschichtung

Grundsätzlich sind mit dem wirtschaftlichen Wachstum strukturelle Verschiebungen verbunden, also Änderungen in der Zusammensetzung der Wirtschaft nach

Bereichen, Sektoren oder Branchen. Eine solche Änderung ist auch die Umschichtung von der Landwirtschaft in den produzierenden Bereich. Dies ist immer mit einem hohen Wachstumseffekt verbunden.

Trotz eines generell hohen Industrialisierungsniveaus weisen bzw. wiesen die einzelnen Bundesländer erhebliche Strukturunterschiede in dieser Hinsicht auf. Ein Blick auf die nebenstehende Graphik zeigt, daß die zu beobachtende Zunahme der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den bisher stark landwirtschaftlich orientierten Ländern wie Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mit einem starken Abbau der Landwirtschaft und einem ebenso starken Ausbau des produzierenden Bereichs einhergeht. Demgegenüber ist Baden-Württemberg seit jeher ein vergleichsweise hoch-industrialisiertes Land, das besondere Wachstumskräfte aus dieser Art von Umschichtung nicht mehr mobilisieren kann.

Trotzdem hat sich auch hier der produzierende Sektor stark ausgeweitet, wenn auch etwas geringer als in den genannten Ländern.

Schon aus diesem zunächst groben Vergleich läßt sich ableiten, daß es sich bei den deutlichen Wachstumszunahmen der genannten Länder zumindest zum Teil um die Auswirkungen eines im Vergleich zu Baden-Württemberg nachgeholten Industrialisierungsprozesses handelt. Dies allerdings steht in keinem Zusammenhang mit einer "Wachstumsschwäche" Baden-Württembergs.

Ein Sonderfall unter den Bundesländern ist Hessen, dessen Wachstumsraten seit Anfang der 60er Jahre über denen Baden-Württembergs liegen, ohne daß dies auf einen Umschichtungsprozeß zwischen Landwirtschaft und industriellem Bereich zurückgeführt werden könnte. Auch Umschichtungsprozesse der nächsten Stufe, also zwischen dem produzierenden und dem Dienstleistungsbereich, können keine Rolle spielen, da Hessen schon in den 50er Jahren einen überdurchschnittlich hohen Anteil des sogenannten tertiären Sektors am gesamten BIP aufwies, der dann auch hier, wie überall sonst, im Laufe der Jahre abgenommen hat. Auch unter diesem Aspekt ergibt sich also kein Ansatzpunkt für die Ableitung einer typischen Wachstumsschwäche Baden-Württembergs.

Deutlich wird allerdings, daß eine Analyse dieser Probleme auf eine stärkere Differenzierung nach Branchen sowie nach der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen hinauslaufen muß.

c) Produktivität

In der Diskussion um die Frage, warum die Wachstumsraten Baden-Württembergs im Vergleich zu denen anderer Länder nicht mehr so hoch sind wie früher, wird oftmals auf eine geringere Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) Baden-Württembergs hingewiesen. In der Tat liegt das Produktionsergebnis je Beschäf-

tigten in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt um etwa 400 DM unter dem des Bundes (1972: Baden-Württemberg: 20 374 DM, Bund: 20 813 DM). Dieser Abstand hat sich jedoch seit Ende der 50er Jahre nicht verändert, d.h. die tendenzielle Entwicklung der Produktivität läuft in beiden Gebieten parallel. Eine neuerliche Wachstumsabschwächung kann also damit nicht erklärt werden.

Auf die Ursachen des Abstandes kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Sie könnten mit Besonderheiten des erstellten Warensortiments zusammenhängen (z.B. Spezialfertigung), was ein weiterer Gesichtspunkt für die oben vorgeschlagene Untersuchung wäre.

Ein Blick auf den Verlauf der Produktivität sowohl in Baden-Württemberg wie im Bund zeigt, daß sich dieser sehr gut durch eine Lineare beschreiben läßt. Eine solche Entwicklung aber impliziert jährlich abnehmende Wachstumsraten. Dieser Sachverhalt ist für die Fortschreibung der Entwicklung in die Zukunft von erheblicher Bedeutung. Denn entgegen der für die Vergangenheit ausgewiesenen Entwicklung wird bei Voraussetzungen in der Regel von konstanten und relativ hohen jährlichen Zuwachsraten ausgegangen.

Konjunkturelle Entwicklung

Die langfristige Entwicklung wird von konjunkturellen Schwankungen überlagert. Von 1954 bis 1972 werden 4 abgeschlossene Zyklen gezählt, wobei ein Zyklus üblicherweise im Tiefpunkt beginnt und im Tiefpunkt endet: 1954 bis 1958, 1958 bis 1963, 1963 bis 1967 und 1967 bis 1972. Nach ein oder zwei Aufschwungsjahren folgten bisher jeweils 3 Abschwungsjahre. 1972

Schaubild 3

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg

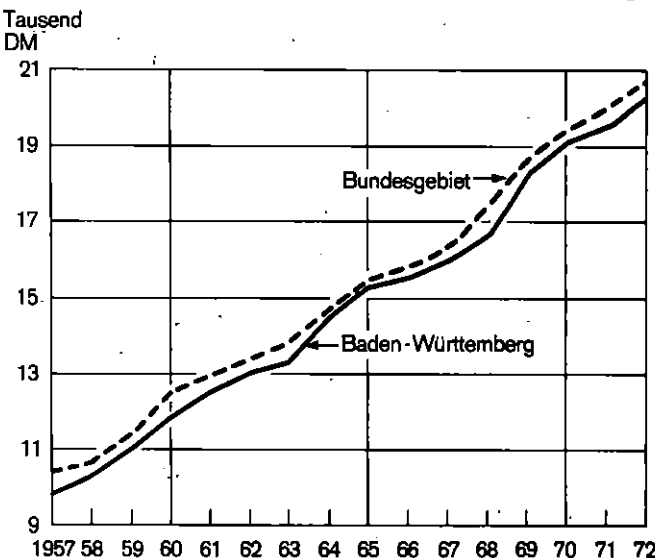
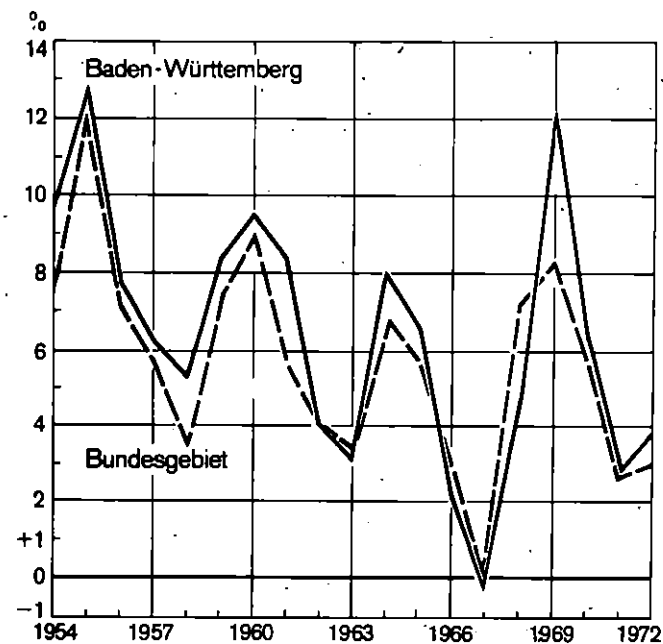


Schaubild 4

Bruttoinlandsprodukt (real) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



4074

begann ein neuer Konjunkturzyklus, dessen Höhepunkt im abgelaufenen Jahr liegt. 1974 dürfte ein erstes, 1975 ein zweites Abschwungsjahr werden.

Was die Dauer der Konjunkturphasen sowie die Richtung der Entwicklung in jedem einzelnen Jahr betrifft, so laufen die konjunkturellen Bewegungen in Baden-Württemberg und im Bund gleichgerichtet. Sie unterscheiden sich allerdings in der Intensität der Bewegung. So liegen die Wachstumsraten in Baden-Württemberg in den Hochperioden deutlich über denen des Bundes, während sie in den Abschwungs- und Tiefphasen in etwa so hoch sind wie im Bund oder sie auch – wenn gleich nicht generell – unterschreiten. Diese stärkere konjunkturelle Reagibilität Baden-Württembergs im Vergleich zum Bund wird mit dem hier höheren Anteil der konjunkturrempfindlichen Investitionsgüterindustrien erklärt.

2. Zur Entwicklung im Warenproduzierenden Gewerbe

Während beim Bund die Gesamtzahl der Beschäftigten im Warenproduzierenden Gewerbe von 1961 bis 1970 um 0,4% zurückgegangen ist, ergab sich für Baden-Württemberg im gleichen Zeitraum eine Beschäftigungszunahme um 6,6% (143 300 Beschäftigte). Diese vom Bund abweichende Tendenz der Gesamtentwicklung im Warenproduzierenden Gewerbe ist eine Folge von nicht selten erheblichen Abweichungen bei den einzelnen Wirtschaftszweigen.

4474

Um wenigstens einige Anhaltspunkte über die Ursachen dieser unterschiedlichen Entwicklung zu gewinnen, werden diese Abweichungen üblicherweise auf zwei Faktoren zurückgeführt: zum einen auf die landesspezifisch unterschiedlichen Strukturen des Wirtschaftssektors – man spricht dann vom *Branchenstruktureffekt* – und zum anderen auf die räumlich differenzierte Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige – dies nennt man *Standorteffekt*. Auf diese beiden Effekte läßt sich eine Zunahme von rund 138 500 Beschäftigten zurückführen, und zwar rund 56 900 (41%) auf eine wachstumsförderliche Branchengliederung und rund 81 600 (59%) auf das in Baden-Württemberg vergleichsweise günstigere Wachstumsklima.

Relative Beschäftigungsgewinne aus bisher günstiger Branchenstruktur

Generell ist es so, daß sich für ein Bundesland ein höheres (niedrigeres) Beschäftigungswachstum ergibt als im Bundesgebiet, wenn das Produzierende Gewerbe vergleichsweise höhere (niedrigere) Anteile jener Branchen aufweist, die auf Bundesebene über dem Durchschnitt liegende Wachstumsraten verzeichnen. Ebenso wirkt von der Ausgangsstruktur her wachstumsbeschleunigend (wachstumshemmend), wenn

jene Branchen anteilmäßig schwächer (stärker) als im Bundesgebiet vertreten sind, die unterproportional expandieren oder Beschäftigungsrückgänge aufweisen.

Von dem für Baden-Württemberg aufgrund dieses *Branchenstruktureffekts* zu verzeichnenden Beschäftigungsgewinn entfällt der größte Teil auf den Bergbau, der als Folge der Kohlenkrise im Bundesgebiet einen Beschäftigungsrückgang um die Hälfte erfahren hat, während der Anteil dieser Branche in Baden-Württemberg ganz gering ist. Weitere Beschäftigungsgewinne gehen auf den überproportionalen Anteil zweier Wachstumsbranchen im Land zurück, und zwar der Elektrotechnik und des Straßenfahrzeugbaus. Was die letztere Branche betrifft, so dürfte sich der hohe Anteil des Straßenfahrzeugbaus im Land im Falle einer bundesweit ungünstigen Entwicklung dieser Branche für Baden-Württemberg in verstärktem Ausmaß negativ bemerkbar machen. Die relativen Beschäftigungsverluste, die aus der spezifischen Branchenstruktur Baden-Württembergs resultieren, sind dagegen fast ausschließlich auf überdurchschnittliche Anteile schrumpfender Branchen zurückzuführen wie zum Beispiel Textilgewerbe, Uhren-, Schmuck- und Spielwarengewerbe sowie Ledererzeugung und -verarbeitung. Diese schrumpfenden Branchen zusammen mit relativ niedrigen Anteilen an in besonderem Maß expandierenden Wirtschaftszweigen wie zum Beispiel

Tabelle 2

Beschäftigungsentwicklung in ausgewählten Branchen

Branche	Relativer ¹⁾ Beschäftigungsgewinn(+) /-verlust(-) in Personen		
	aus abweichender Ausgangsstruktur	aus landesspezifischen Einflüssen	insgesamt
Bergbau	+ 44 942	+ 349	+ 45 291
Elektrotechnik	+ 9 780	+ 9 975	+ 19 755
Maschinenbau	+ 1 013	+ 15 797	+ 16 810
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Schlosserei, Schmiederei u.ä.	+ 380	+ 12 032	+ 12 412
Gummi- und Asbestverarbeitung	- 2 048	+ 12 888	+ 10 840
Textilgewerbe	- 13 777	+ 20 132	+ 6 355
Straßenfahrzeugbau	+ 18 431	- 22 265	- 3 834
Herstellung und Reparatur von Uhren, Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck u.s.w.	- 5 634	+ 586	- 5 048
Ledererzeugung und Verarbeitung, Herstellung und Reparatur von Schuhen	- 4 562	- 5 193	- 9 755
Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	+ 56 867	+ 81 600	+ 138 467

1) Im Vergleich zum Bundesgebiet, 1961 bis 1970.

der chemischen Industrie ließen per Saldo den Beschäftigungsgewinn mit 12 500 relativ niedrig ausfallen, so daß vier Fünftel des Beschäftigungsgewinns des Landes darauf zurückzuführen sind, daß der bundesweit bisher stark schrumpfende Bergbau im Land nur sehr schwach vertreten ist.

Berücksichtigt man jedoch, daß das neue energiepolitische Konzept der Bundesregierung auch ohne die jetzige Energiekrise diesen Schrumpfungsprozeß gestoppt hätte, so dürfte, zumal in anbetracht der Energiekrise, der Branchenstruktureffekt Baden-Württemberg in der Zukunft zumindest keine erheblichen Beschäftigungsvorteile mehr bringen.

Überdurchschnittliches Wachstumsklima im Land

Die als *Standorteffekt* bezeichneten Entwicklungseinflüsse umfassen das Zusammenspiel all jener Einflußfaktoren, die zu einem regional differenzierten Wachstum der einzelnen Wirtschaftszweige führen, nämlich beispielsweise das Vorhandensein oder Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte, ausreichenden Kapitals, geeigneten Grund und Bodens, unternehmerischer Persönlichkeiten sowie – von großer Bedeutung – befriedigender infrastruktureller Einrichtungen.

Von den 81 600 aufgrund des Standorteffekts zusätzlich Beschäftigten entfällt der größte Teil auf das Textilgewerbe, das im Land weniger stark schrumpfte als im Bundesdurchschnitt. Regional relativ günstige Wachstumschancen bestanden auch für den Maschinenbau sowie für die Gummi- und Asbestverarbeitung. Dabei sind die relativen Beschäftigungsgewinne des Maschinenbaus weniger durch das nicht allzu stark über dem Bundesdurchschnitt liegende Wachstumstempo, sondern durch das hohe Gewicht der Branche im Lande erzielt worden, während umgekehrt das 1961 nur unterdurchschnittlich repräsentierte gummi- und asbestverarbeitende Gewerbe eine weit höhere Wachstumsrate als im Bundesdurchschnitt erreichte.

Zurückgeblieben hinter der durchschnittlichen Expansionsrate der Beschäftigung im Bundesgebiet ist vor allem der in Baden-Württemberg verhältnismäßig stark repräsentierte Straßenfahrzeugbau – was künftig sogar vorteilhaft für das Land sein kann. Weiterhin vergleichsweise hohe Defizite im Verhältnis zur Bundesentwicklung verzeichnen auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und das ledererzeugende- und -verarbeitende Gewerbe, die beide stärker als im Bundesdurchschnitt geschrumpft sind.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die überdurchschnittliche Beschäftigungszunahme wesentlich durch eine die Bundesentwicklung übertreffende Expansion der verschiedenen Wirtschaftszweige bestimmt wurde. Hierbei handelte es sich weniger um Sonder-

entwicklungen in einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen, sondern offenbar um eine Folge des allgemein günstigeren Wachstumsklimas in Baden-Württemberg. Denn relative Beschäftigungsgewinne haben nicht nur diejenigen Wirtschaftszweige erzielt, die im Bundesdurchschnitt zu den Wachstumsbranchen zählen (z.B. Chemische Industrie, Gummi- und Asbestverarbeitung, Maschinenbau, Elektrotechnik sowie Feinmechanik und Optik), sondern auch eine ganze Reihe bundesweit schrumpfender Bereiche, die in Baden-Württemberg entweder vom allgemein zu beobachtenden Beschäftigungsrückgang weniger stark betroffen wurden (z.B. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Säge- und Holzbearbeitungsgewerbe, Textilgewerbe) oder entgegen der Bundesentwicklung die Beschäftigung sogar ausdehnen konnten (z.B. Gießereien, Eisen-, Stahl- und NE-Metallerzeugung, Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung). Demgegenüber sind nur einige wenige Branchen wie zum Beispiel der Straßenfahrzeugbau oder das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hinter der Bundesentwicklung zurückgeblieben.

Der Standorteffekt ist für die Wirtschaftspolitik von besonderer Bedeutung, da im Gegensatz zur Wirtschaftsstruktur, die nur langfristig beeinflußt werden kann, auf das räumlich spezifische Wachstumsverhalten der Wirtschaftszweige in der Regel durch regional gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen relativ kurzfristig eingewirkt werden kann.

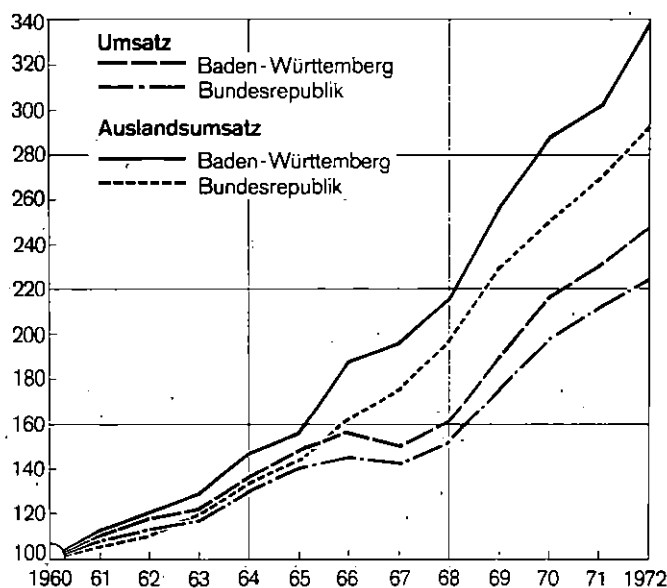
3. Exportsituation der baden-württembergischen Industrie

Wachsende Bedeutung des Exports

Der Umsatz der baden-württembergischen Industrie ist von 1950 bis 1972 um das Achtfache auf 102 Mrd. DM angestiegen; die Zahl der Beschäftigten – 1972 waren es 1,6 Millionen – hat sich in diesem Zeitraum rund verdoppelt. Zu dieser günstigen Entwicklung hat das Exportgeschäft erheblich beigetragen, denn die Industrie des Landes konnte ihren Absatz auf dem Weltmarkt wesentlich stärker ausweiten als auf dem Inlandsmarkt. Die Auslandsumsätze erhöhten sich zwischen 1950 und 1972 von knapp 1 Mrd. auf rund 21 Mrd. DM.

Die wachsende Bedeutung des Außenhandels für die baden-württembergische Industrie kommt darin zum Ausdruck, daß sich der Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) von 1950 bis 1972 mehr als verdreifacht hat und heute mit rund 21% zu den höchsten innerhalb des Bundesgebietes gehört. Auch der große Anteil von rund 18% am gesamten Industriexport der Bundesrepublik, mit dem unser Land an zweiter Stelle nach Nordrhein-Westfalen mit rund 33% steht, zeigt, daß Baden-Württemberg zu den exportintensivsten Bundesländern gehört.

Umsatz und Auslandsumsatz in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg (1960 = 100)



3274

Die Exportwirtschaft hat im südwestdeutschen Raum schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. In den letzten 20 Jahren hat sich das Gewicht des Ausfuhrgeschäftes bei allen Industriebranchen des Landes noch weiter verstärkt. Unter anderem wirkte sich dabei auch die allgemeine Steigerung des Welthandels – 1950 bis 1972 ohne Ostblockstaaten rund auf das Vierfache – und vor allem die Liberalisierung des Außenhandels mit Industriegütern innerhalb der EWG aus. Im Jahr 1972 betrug der Anteil des Exports bei neun Industriegruppen in Baden-Württemberg 20 bis 40% des Gesamtumsatzes.

Demgegenüber hatten 1950 lediglich drei Branchen eine Exportquote von 20% bis höchstens 30% aufzuweisen.

Die wichtigsten Branchen

Von besonders starkem Gewicht für den gesamten Auslandsumsatz der baden-württembergischen Industrie sind heute der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnische Industrie mit einem Anteil von zusammen knapp zwei Dritteln. Vor allem der Anteil der Elektrotechnischen Industrie zeigt seit 1950 steigende Tendenz, während er beim Maschinenbau etwas rückläufig ist.

Bei der Textilindustrie, einer der nach Beschäftigtenzahl und Umsatzhöhe größten Industriegruppen des Landes, hat sich die Exportquote zwar zwischen 1950 und 1972 von 3 auf 13% erhöht, jedoch ist

der Anteil am gesamten Auslandsumsatz nur noch rund halb so groß wie vor etwa 20 Jahren. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Textilindustrie trotz verhältnismäßig gering steigender Ausfuhrpreise auf dem Weltmarkt einer starken Auslandskonkurrenz gegenüberstand. Dieser Konkurrenzdruck hat sich auch auf den Inlandsmarkt ausgewirkt. Das Wachstum des Gesamtumsatzes beschleunigte sich daher weit weniger als bei den drei anderen großen Industriegruppen. Dadurch wurde die Textilindustrie von ihrer ehemaligen Spitzenposition inzwischen auf Platz fünf unter den Industriebranchen verdrängt.

Im Gegensatz dazu verfügen der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik der Bundesrepublik über einen gewissen allgemeinen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Ausland, der in Baden-Württemberg noch dadurch verstärkt wird, daß es sich in unserem Land vielfach um Spezialerzeugnisse oder Waren handelt, deren Erzeugername für das Produkt selbst steht. Solche Erzeugnisse sind nicht ohne weiteres durch andere zu ersetzen. Nicht zuletzt deshalb ist der Export dieser Branchen zwischen 1950 und 1972 weit stärker angestiegen als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Allein in sechs der acht größten Abnehmerländer baden-württembergischer Industrieprodukte übersteigt der Anteil der drei bedeutendsten Warengruppen 50% der Ausfuhr. Besonders groß ist er bei den USA, wo fast drei Viertel der Ausfuhr aus Produkten der drei wichtigsten Branchen Baden-Württembergs besteht.

Tabelle 3.

Rangfolge der Industriegruppen mit überdurchschnittlicher Exportquote in Baden-Württemberg 1972

Rangfolge Nr.	Industriegruppe	Exportquote in %
1	Maschinenbau	38,9
2	Fahrzeugbau	38,2
3	Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie	35,6
4	Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	33,5
5	Ledererzeugende Industrie	30,7
6	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	27,2
7	Feinkeramische Industrie	23,8
8	Chemische Industrie	22,6
9	Elektrotechnische Industrie	21,5

Starke Exportabhängigkeit der Industrie

Durch die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäftes hat sich allerdings auch die Struktur der baden-württembergischen Industrie verändert. Die export-trächtigen Industriegruppen haben erheblich an Gewicht gewonnen. 1950 waren in den drei im Auslands-geschäft führenden Branchen Maschinen- und Fahr-zeugbau sowie Feinmechanik, Optik und Uhren ledig-lich rund ein Fünftel aller Beschäftigten der Industrie tätig. Etwa gleich groß war ihr Anteil am Gesamtum-satz der Industrie, wobei nach der Höhe des Gesamt-umsatzes nur der Maschinenbau zu den drei größten Industriegruppen des Landes zählte. Inzwischen haben sich die Absatzmöglichkeiten des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Elektrotechnik insbesondere auf ausländischen Märkten beträchtlich verstärkt. Sie stehen daher heute nicht nur hinsichtlich der indu-striellen Ausfuhr mit einem Anteil von zusammen etwa zwei Dritteln, sondern auch nach der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Höhe des Gesamtumsatzes mit zusammen jeweils rund zwei Fünfteln an der Spitze der baden-württembergischen Industrie. Diese Ent-wicklung hat eine starke Exportabhängigkeit unserer Industrie mit sich gebracht. Ein gewisser Anhaltspunkt für die Exportabhängigkeit ist die Exportquote, die für die Industrie in Baden-Württemberg im Jahr 1972 eine Größe von rund 21% erreichte. Somit läßt sich in grober Näherung sagen, daß jeder fünfte Arbeits-platz in der baden-württembergischen Industrie *direkt* vom Export abhängt. Die indirekte Abhängig-keit ließe sich nur mit Hilfe einer Input-Output-Tabelle ermitteln, über die das Statistische Landes-amt zur Zeit leider noch nicht verfügt, so daß über

Tabelle 4

Rangfolge der Industriegruppen mit den höchsten Anteilen am gesamten Auslandsumsatz der baden-württembergischen Industrie 1972

Rang-folge Nr.	Industriegruppe	Anteil am gesamten Auslands-umsatz in %
1	Maschinenbau	29,9
2	Fahrzeugbau	20,7
3	Elektrotechnische Industrie	14,5
4	Chemische Industrie	6,3
5	Textilindustrie	4,8
6	Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie	4,7
7	Eisen-, Blech- und Metall-warenindustrie	4,0
8	Kunststoffverarbeitende Industrie	2,3

Tabelle 5

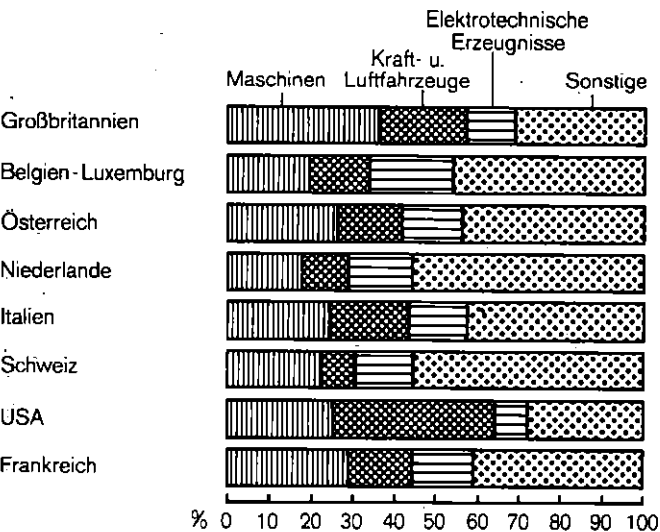
Ausfuhr nach den wichtigsten Verbrauchsländern

Verbrauchsländer	Ausfuhr 1972	
	Mill.DM	%
Ausfuhr insgesamt	26 535,4	100
darunter:		
Frankreich	3 996,9	15,1
USA	2 900,7	10,9
Schweiz	2 481,6	9,4
Italien	2 327,4	8,8
Niederlande	1 977,2	7,5
Österreich	1 532,8	5,8
Belgien-Luxemburg	1 404,4	5,3
Großbritannien	1 121,1	4,2
Summe der aufge-führten Länder	17 742,1	67,0

das tatsächliche Ausmaß der Abhängigkeit der Indu-strie vom Export nur wenig gesagt werden kann. Bleibt die derzeitige Industriestruktur auch in Zu-kunft bestehen, so bedeutet dies jedenfalls, daß die konjunkturelle Entwicklung bei unseren Hauptkun-den im Ausland und jede Änderung der Währungs-paritäten zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten für unsere Industrie und die Arbeitsplätze eine immer größere Rolle spielen. Diese Tatsache ge-winnt durch die gegenwärtige Energie- und Rohstoff-

Schaubild 6

Ausfuhr nach den wichtigsten Verbrauchsländern und Warengruppen 1972



Krise noch größere Bedeutung. Denn da unsere wichtigsten Ausfuhrländer von dieser Krise ebenfalls mehr oder weniger betroffen sind, ergeben sich zusätzlich über eine verminderte Importnachfrage Rückwirkungen auf die heimische Industrie. Im folgenden wird daher beispielhaft aufgezeigt, in welchem Ausmaß die wesentlichen Exportströme Baden-Württembergs von den beiden Faktoren Auslandskonjunktur und Währungsparität beeinflusst werden.

Export und Auslandskonjunktur

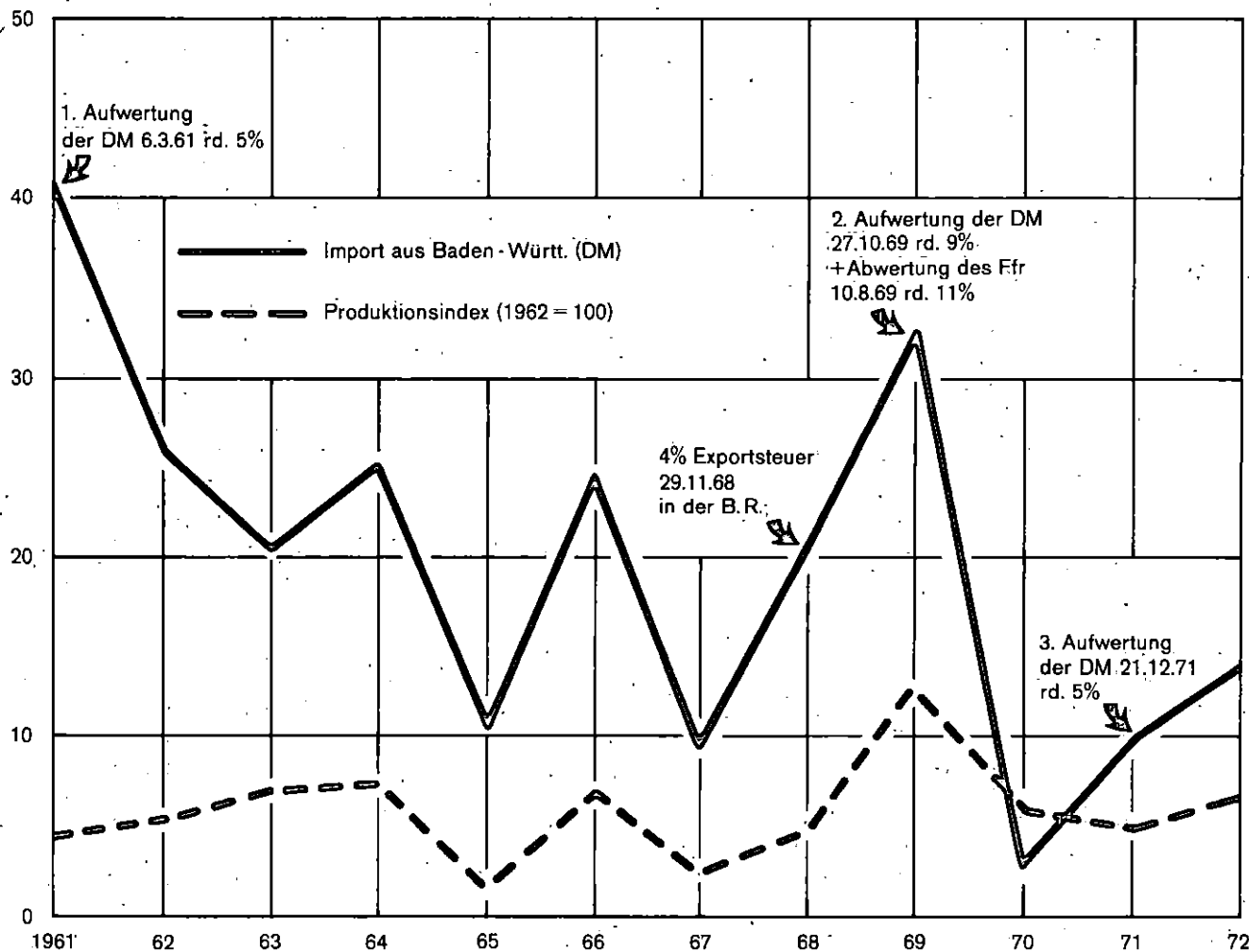
Das Land führt zur Zeit in erster Linie Waren nach Frankreich, den USA, nach der Schweiz, Italien, den Niederlanden und Österreich aus.

Wichtigstes Kriterium für steigende bzw. rückläufige Konjunkturphasen der Industrie eines Landes ist die Entwicklung der jeweiligen industriellen Produktion. Geht man davon aus, so ergibt ein Vergleich des Wachstums der Industrieproduktion bei unseren Hauptpartnern im Ausfuhrgeschäft mit den Dämpfungs- bzw. Expansionsphasen der baden-württembergischen Ausfuhr in den letzten 10 Jahren zumeist einen in der Tendenz übereinstimmenden Verlauf. Allerdings weist die Entwicklungskurve der Ausfuhr oft weit stärkere Ausschläge nach oben und unten auf als die der Produktion. Dies spricht für die empfindliche Reaktion unseres Exportgeschäftes auf jede konjunkturelle Veränderung im Partnerland.

Schaubild 7

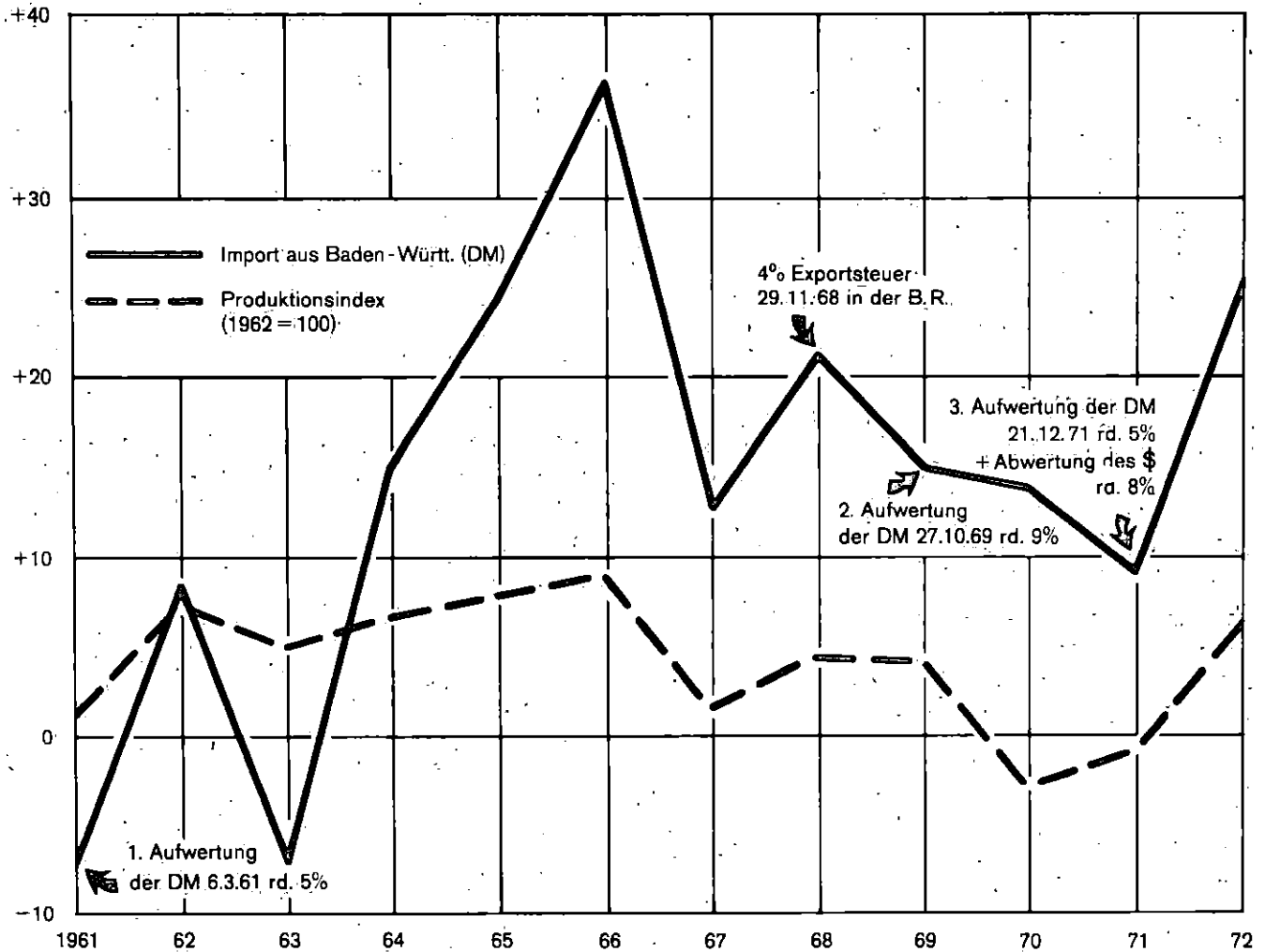
Zuwachsraten des französischen Imports aus Baden-Württemberg im Vergleich zur industriellen Entwicklung Frankreichs und zu Änderungen der Währungsparitäten Ffr/DM 1961-1972

Veränderung
in %



Zuwachsraten des U.S.Imports aus Baden-Württemberg im Vergleich zur industriellen Entwicklung der USA und zu Änderungen der Währungsparitäten US \$/DM 1961-1972

Veränderung
in %



3474

Eine besonders große Übereinstimmung in der Verlaufstendenz ist bei dem stark ins Gewicht fallenden Export nach Frankreich (Schaubild 7) und den USA (Schaubild 8) zu erkennen, dessen Wert sich zusammen auf mehr als ein Viertel der gesamten Ausfuhr Baden-Württembergs beläuft. Beide Beispiele zeigen, daß sich der Einfluß der konjunkturellen Entwicklung im Importland auf die Ausfuhr Baden-Württembergs nach Frankreich bzw. den USA zum Teil zeitlich verzögern kann.

Änderungen der Währungsparitäten, in diesem Fall Aufwertungen der D-Mark bzw. Abwertungen des französischen Franc und des US-Dollars, scheinen den durch ungünstigere konjunkturelle Situationen im Partnerland gegebenen Abschwächungseffekt auf unseren Export lediglich zu verstärken.

Weniger als der Export nach Frankreich wurde unsere Ausfuhr nach den USA von den Änderungen der Währungsparitäten in den letzten 10 Jahren betroffen. Es fällt zunächst auf, daß beispielsweise nach der dritten Aufwertung der D-Mark und der Abwertung des US-Dollars von Ende 1971 die Zuwachsraten unserer Ausfuhr nach den USA im Jahre 1972 erheblich zugenommen hat. Hier hat jedoch die günstige konjunkturelle Situation in den USA 1972 den Ausschlag gegeben.

Zum Einfluß konjunkturellen Geschehens im Partnerland auf den Export einzelner Industriegruppen läßt sich für beide Ausfuhrländer exemplarisch folgendes beobachten: Während bei der Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse nur schwache oder gar

keine Reaktion auf die Auslandskonjunktur festzustellen ist, ergibt sich beim Maschinen- und Fahrzeugbau — mit einem gewissen time-lag — eine kräftigere Reaktion als beim Gesamtexport. Dies deutet darauf hin, daß der Maschinen- und Fahrzeugexport größere Reagibilität gegenüber der Auslandskonjunktur besitzen als der Güterexport im Durchschnitt. Dagegen läßt sich auch bei dieser Betrachtung nach Branchen keine nachhaltige Beeinflussung des Exportgeschäfts durch Änderung der Währungsparitäten feststellen.

4. Der Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg

An Hand von Kennzahlen wie Industrialisierungsgrad, Handwerksdichte, Exportquote und Bruttosozialprodukt je Einwohner kann festgestellt werden, daß Baden-Württemberg ein wirtschaftlich stark entwickeltes Bundesland ist und mit seiner wirtschaftlichen Leistungskraft in der Spitzengruppe der Bundesländer liegt. Ob Baden-Württemberg ebenfalls über einen "ausgeglichen" strukturierten Dienstleistungssektor verfügt, war bis dato nicht genau bekannt und wurde verschiedentlich auch in Zweifel gezogen.

Im Hinblick auf die Diskussion um neue wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen gewinnt der Dienstleistungssektor zunehmend Beachtung, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Qualität des Dienstleistungsangebots sowie die fachliche und regionale Struktur dieses Wirtschaftsbereichs beeinflussen in entscheidendem Maße die Lebensverhältnisse der ansässigen Bevölkerung.
- Eine "Ausgeglichenheit der Wirtschaftsstruktur" beinhaltet neben einem ausgeprägten produzierenden Bereich auch das Vorhandensein eines "ausgeglichen" strukturierten Dienstleistungssektors.
- Die fachliche Struktur der dienstleistenden Institutionen sowie deren regionale Streuung wird zur Zeit nur in Teilbereichen planerisch kontrolliert oder politisch beeinflußt.
- Arbeitsstätten des Dienstleistungsbereichs sind im allgemeinen "umweltfreundlicher" als solche des Produzierenden Gewerbes.

Eine Untersuchung¹⁾ dieses Bereichs an Hand der zur Zeit verfügbaren statistischen Unterlagen, insbesondere der Arbeitsstättenzählung 1970, kommt zu folgenden Ergebnissen:

1) vgl. dazu: R. Hirsch, D. Meyer-Haitz: Die Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1973, S. 5 ff.

Tabelle 6

Beschäftigtenstruktur der Wirtschaftsbereiche und Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Beschäftigte			Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)		
	1950	1961	1970	1950	1961	1970 ²⁾
	Anzahl in 1 000			Millionen DM		
Produzierendes Gewerbe	1 438,4	2 166,2	2 317,8	6 869	28 635	62 050
Verteilungsbereich, private und öffentliche Dienstleistungen	816,3	1 281,0	1 574,5	4 462	15 433	34 250
Nichtlandwirtschaft- licher Bereich insge- samt	2 254,7	3 447,2	3 892,3	11 331	44 068	96 300
Strukturanteil in %						
Produzierendes Gewerbe	63,8	62,8	59,5	60,6	65,0	64,4
Verteilungsbereich, private und öffentliche Dienstleistungen	36,2	37,2	40,5	39,4	35,0	35,6
Nichtlandwirtschaft- licher Bereich insge- samt	100	100	100	100	100	100

1) Aus Vergleichbarkeitsgründen ohne Land- und Forstwirtschaft, ohne private Haushalte und ohne Wohnungsvermietung. — 2) Einschließlich Vorsteuer auf Investitionen; vorläufige Ergebnisse.

Steigender Anteil der Dienstleistungen

Legt man für die Darstellung des Dienstleistungssektors vor allem die in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Personen zu Grunde, so läßt sich an Hand der Arbeitsstättenzählungen 1939, 1950, 1961 und 1970 ein deutlich zunehmendes Gewicht dieses Sektors nachweisen. Dies gilt vor allem im Zeitvergleich 1961/1970. Der Dienstleistungssektor erreichte 1970 knapp über 40 Prozent der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigten oder 37 Prozent der Erwerbstätigen aller Wirtschaftsbereiche. Unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten kommt also diesem Bereich eine immer größere Bedeutung zu. Der Beitrag dieses Sektors zum Bruttoinlandsprodukt ist dagegen nominal und real schwächer angestiegen als der Beschäftigtenanteil. Hauptgrund ist die in der Struktur der "Dienstleistung" begründete relativ schwächere Zunahme der Produktivität im Vergleich zur Produktion von Waren und somit zum Produzierenden Gewerbe.

Struktur und Veränderungen innerhalb des Dienstleistungssektors

Eine Systematisierung des Dienstleistungsbereichs nach den empirisch möglichen funktionalen Gesichtspunkten macht deutlich, daß sich in Baden-Württemberg im Zeitvergleich klare Schwerpunktsverschiebungen innerhalb der Struktur des Dienstleistungssektors ergeben haben.

Wählt man als Maßstab zur Messung von Dienstleistungstätigkeiten die Beschäftigten in bestimmten Wirtschaftszweigen dieses Bereichs und stellt diesen die jeweils zu versorgende Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe gegenüber, so erhält man einen Dichtewert, der gewisse Aussagen über den jeweiligen Versorgungsgrad zuläßt. Im Zeitvergleich 1970 gegenüber 1961 zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungsschwerpunkte ab. Eindeutig an der Spitze der Zunahme des genannten Dichtewertes oder Versorgungsgrades steht mit +67 Prozent die Dienstleistungsgruppe Bildung, Weiterbildung und Erziehung, gefolgt vom Bankwesen (+38 Prozent), den freiberuflichen Beratungen und Vermittlungen (+33 Prozent) sowie der medizinischen Versorgung (+19 Prozent).

Im Bildungsbereich haben absolut die allgemeinbildenden Schulen und prozentual die wissenschaftlichen Hochschulen den stärksten personellen Zuwachs erfahren. Bezogen auf die jeweilige Zahl der zu versorgenden Bevölkerungsgruppe ist bei den wissenschaftlichen Hochschulen mit +53 Prozent der Versorgungsgrad am stärksten gestiegen, gefolgt von den berufsbildenden Schulen mit +40 Prozent und den allgemeinbildenden Schulen (+33 Prozent). Erheblich dahinter zurückgeblieben

Tabelle 7

Dienstleistungsgruppen 1961 und 1970

Dienstleistungsgruppe	Strukturanteil ¹⁾ in %		Versorgungsgrad ²⁾	
	1961	1970	1961	1970
Handel	34,2	31,5	56,39	55,74
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,8	11,7	24,39	20,67
Bankwesen	3,3	4,3	5,46	7,52
Versicherungswesen ³⁾	1,9	2,1	3,18	3,68
Unterbringung und Verpflegung	8,4	7,8	13,94	13,86
Freiberufliche Beratung und Vermittlung	4,4	5,5	7,33	9,76
Bildung, Weiterbildung, Erziehung	5,3	8,2	8,67	14,50
Sozialversicherung	1,2	1,2	1,96	2,08
Allgemeine Verwaltungstätigkeit ⁴⁾	12,4	13,1	20,54	23,16
Medizinische Versorgung	6,8	7,6	11,25	13,41
Freizeitgestaltung Publizistik	2,3	1,9	3,79	3,40
Versorgung mit Hygiene	4,7	4,5	7,75	7,91
Sonstige	0,3	0,6	-	-

1) Anteil der jeweils Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten des Dienstleistungssektors. - 2) Jeweils Beschäftigte auf 1000 der Bevölkerung. - 3) Ohne Sozialversicherung. - 4) Von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

ben ist dagegen der Zuwachs bei der Versorgung der kindergartenfähigen Kinder in Kindergärten und Horten (+22 Prozent).

Vergleich mit den übrigen Bundesländern

Unter Zugrundelegung des jeweiligen Versorgungsgrades bezogen auf die Wohnbevölkerung insgesamt ergibt sich eine Rangfolgetabelle für die wichtigsten Dienstleistungsbereiche, nach der Baden-Württemberg, vor allem was die zentralen von der öffentlichen Hand stark beeinflussten Dienstleistungsgruppierungen anbelangt, an vorderer Stelle rangiert. Dies gilt für den Sektor Bildung, Weiterbildung und Erziehung (erste Stelle unter den Flächenländern) und auch für die medizinische Versorgung (zweite Stelle unter den Flächenländern). Ungünstiger schneidet Baden-Württemberg beim Handel, insbesondere beim Einzelhandel, und bei den Einrichtungen der Unterbringung und Verpflegung ab.

Schaubild 9

Die Veränderung der Versorgungsgrade in den Dienstleistungsbereichen 1970 gegenüber 1961 (bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung)

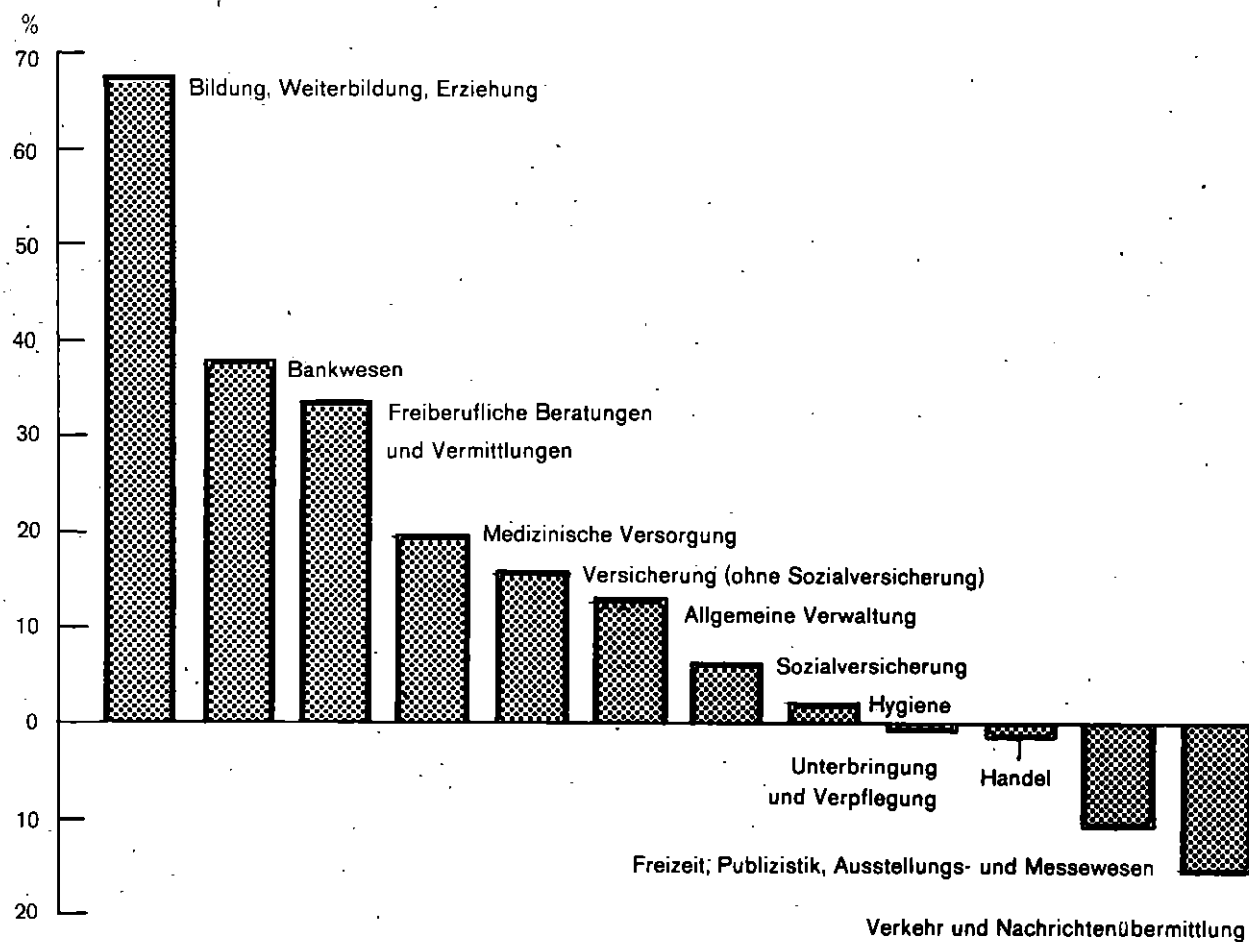


Tabelle 8

Spezieller Versorgungsgrad bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe

Dienstleistungseinrichtung bzw. -gruppe	Bezogen auf	Versorgungsgrad je 10 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe		Veränderung
		1961	1970	
Wissenschaftliche Hochschulen ¹⁾	Studierende	1 880,3	2 875,0	+ 52,9
Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive	Studierende	77,3	109,3	+ 41,4
Allgemeinbildende Schulen	Schüler	365,2	485,1	+ 32,8
Berufsbildende Schulen	Berufs-, Fach- und Höhere Fachschüler	385,8	541,2	+ 40,3
Sonstige Unterrichtsanstalten, Museen, Volkshochschulen und ähnliche Bildungsstätten	Gesamtbevölkerung	5,0	5,0	-
Erziehungsanstalten	6- bis unter 18jährige	4,8	9,8	+ 104,2
Kindergärten und -horte	3- bis unter 6jährige	184,1	223,6	+ 21,5

1) Einschließlich Kunst-, Musik- und Pädagogischer Hochschulen.

Der Dienstleistungssektor als bevorzugtes Tätigkeitsgebiet weiblicher Arbeitskräfte

In arbeitsmarktpolitischer Sicht ergeben sich aus einer Analyse des Dienstleistungssektors auch Informationen über spezifische Tätigkeitsgebiete der sich immer stärker in den Arbeitsmarkt eingliedernden Beschäftigtengruppen der weiblichen Arbeitskräfte und der Ausländer.

Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in den privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichen ist mit rund 47 Prozent bedeutend höher als im Warenproduzierenden Gewerbe mit 29 Prozent. Den relativ höchsten Anteil an der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl erreichen die weiblichen Beschäftigten bei der medizinischen Versorgung (74 Prozent) sowie im Bereich Unterbringung und Verpflegung (65 Prozent). Die absoluten Schwerpunkte der weiblichen Beschäftigten liegen jedoch im Handel, insbesondere im Einzelhandel, mit rund 178 500 weiblichen Arbeitskräften bei einem prozentualen Anteil an der entsprechenden Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 50 Prozent.

Spezifische Tätigkeitsgebiete ausländischer Beschäftigter

Engpaßsituationen auf dem Arbeitsmarkt, hervorgerufen teilweise auch durch die mangelnde "Einsatzwilligkeit" der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden deutschen Arbeitskräfte, haben zu einer größeren relativen Zunahme im Dienstleistungssektor geführt als im Produzierenden Gewerbe. Insgesamt sind im Zeitraum 1961/1970 rund 51 000 Ausländer, das sind 13 Prozent der gesamten Ausländerzugänge, in den Dienstleistungssektor geflossen.

Nach den vorliegenden Ergebnissen wird die Abhängigkeit einiger dienstleistender Wirtschaftszweige von der Tätigkeit ausländischer Arbeitskräfte deutlich. Die höchsten Anteile an der Gesamtzahl der jeweils dort Beschäftigten erreichen die Dienstleistungszweige Reinigung von Gebäuden und Inventar (23%), Eisdieleen, Trink- und Imbißhallen (26%), Hotels und Gasthöfe (15%), Straßenreinigung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung (13%) und das Bestattungswesen (11%). Unter dem Blickwinkel der Abhängigkeit zentraler Versorgungsbereiche ist es besonders interessant, daß die Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien mit durchschnittlich 10% einen relativ hohen Anteil ausländischer Beschäftigter aufzuweisen haben. Eine besonders hohe Anzahl von Ausländern – was allerdings anteilmäßig weniger stark ins Gewicht fällt – ist beim Handel sowie beim Verkehr und der Nachrichtenübermittlung (einschließlich Bundesbahn und Bundespost) beschäftigt.

Dienstleistungsfunktionen des Handwerks

Außer den eigentlichen dienstleistenden Handwerkszweigen, wie zum Beispiel Friseur, Photographen, Schornsteinfeger usw., üben auch die an sich zum Produzierenden Gewerbe gehörenden Handwerkszweige (Kraftfahrzeughandwerk, Uhrmacherhandwerk, Schuhmacherhandwerk usw.) teilweise sehr starke sogenannte Dienstleistungsfunktionen aus. Hierunter sind vor allem die Reparaturtätigkeit einschließlich der Wartung und Pflege und die Handelstätigkeit zu verstehen. Dies trifft zum Beispiel für das Kraftfahrzeug-, das Schuhmacher- und das Uhrmacherhandwerk zu, bei denen vom Gesamtumsatz jeweils 88% auf Reparatur- und Handelstätigkeit entfallen. Da das Land Baden-Württemberg beim Produzierenden Handwerk über eine besonders hohe Dichte verfügt – sie liegt mit 68,5 Beschäftigten je 1000 Einwohner hinter der Bayerns an zweiter Stelle im Vergleich der Bundesländer – kann angenommen werden, daß die vom Produzierenden Gewerbe ausgehende Dienstleistungsfunktion insgesamt ebenfalls stärker und diese spezielle Versorgung höher ist als in den meisten anderen Bundesländern. Bei den eigentlichen dienstleistenden Handwerkszweigen (wie Friseur, Photographen usw.) entspricht die Handwerksdichte in Baden-Württemberg etwa dem Bundesdurchschnitt.

Starke regionale Versorgungsunterschiede innerhalb des Landes

Die relativ günstige Stellung Baden-Württembergs im Bundesländervergleich schließt nicht aus, daß bei Gemeinden, Kreisen und Regionen starke Versorgungsunterschiede auftreten. Es ist allerdings davon auszugehen, daß nicht alle Dienstleistungen dezentralisiert werden können und daß es auch aus bestimmten raum- und landesplanerischen Überlegungen geradezu erwünscht ist, bestimmte Dienstleistungsinstitutionen regional zu zentralisieren.

Für den Regionalvergleich können also nur solche Dienstleistungsgruppen zur Darlegung von Versorgungsunterschieden herangezogen werden, die stärkeren lokalen Versorgungscharakter für die ortsansässige Bevölkerung haben. Dies wird zum Beispiel bei einem Kindergarten in hohem Maße, bei einer Hochschule in weit geringerem Maße der Fall sein. Besonders starke regionale Versorgungslücken in der Kindergartenbetreuung sind zum Beispiel in den Stadtkreisen Heilbronn, Freiburg und Stuttgart deutlich erkennbar. Bei den Landkreisen weisen der Bodenseekreis sowie die Kreise Konstanz und Waldshut die niedrigsten Werte auf. Die Unterschiede im Versorgungsgrad, bezogen auf die Kinder unter sechs Jahren, betragen zwischen dem niedersten und dem höchsten Wert mehr als 150 Prozent.

Gravierende Unterschiede in der Ausstattung mit wichtigen Dienstleistungsgruppen ergeben sich auch im Vergleich der ab 1. Januar 1973 gültigen Einteilung in Regionalverbände. Beim Einzelhandel weist zum Beispiel der Regionalverband Unterer Neckar mit 37,8 Beschäftigten je 1000 Einwohner den höchsten Dichtewert auf, während die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg mit 28,9 am Ende der Rangfolge steht. Auf dem Gebiet des Bildungs-, Weiterbildungs- und Erziehungswesens zeigen sich deutlich Versorgungslücken in der Region Hochrhein, und zwar sowohl bei den Kindergärten und Horten als auch bei den allgemein- und berufsbildenden Schulen. Im Bereich der medizinischen Versorgung, insbesondere in der Ausstattung mit Arztpraxen und Krankenhäusern, fällt ein beachtliches Defizit gegenüber den übrigen Regionen in den Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie Ostwürttemberg auf (vgl. Tabellen im Anhang).

Es zeigt sich hiermit, daß nicht nur auf industriell-gewerblichem Gebiet, sondern auch im Bereich des Dienstleistungssektors für die regionale Struktur- und Förderpolitik eine Fülle von Ansatzpunkten vorliegt. Sie bewirken neben einer Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft einzelner Teilgebiete des Landes auch ihre Besserstellung unter dem Gesichtspunkt der Lebensqualität.

5. Landwirtschaft

Anhaltender Trend zu größeren Betriebs-einheiten

Bei stark schrumpfendem Arbeitskräftepotential — nur noch jeder zwölfte Erwerbstätige ist in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt — kommt der laufenden Beobachtung der Entwicklung in der agrarischen Betriebsstruktur eine wachsende Bedeutung zu. Hier ist ein Konzentrationsprozeß von bislang unbekanntem Ausmaß zu verzeichnen. So stehen den 1960 ermittelten 325 000 Betrieben heute nur noch 209 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Wirtschaftseinheiten) gegenüber, also gut ein Drittel weniger.

Der überwiegende Teil der bei dieser Entwicklung freigewordenen Nutzfläche wurde zumeist als Pachtland von den verbleibenden größeren Betrieben aufgenommen, so daß mit dem Schrumpfungsprozeß in den unteren Betriebsgrößenklassen eine Zunahme der flächenmäßig größeren Agrarbetriebe einhergeht. Rückläufig ist die Zahl der Betriebs- (Wirtschafts-) einheiten vor allem im Größenbereich 2 bis unter 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), innerhalb dieses Größenbereichs weisen allerdings die Betriebe mit 5 bis unter 15 ha LF die höchsten jährlichen Abnahmeraten auf, während sich bei der Betriebsgruppe von 2 bis unter 5 ha die Abnahmequoten etwas abschwächen. Kleinstbetriebe unter 2 ha LF verzeichnen in den letzten Jahren sogar eine gleichbleibende

Tendenz. Andererseits geht seit 1971 auch die Zahl der Betriebe mit 15 bis unter 20 ha LF zurück. Wie verlaufsstatistische Untersuchungen zeigen, resultiert der Rückgang in dieser Größenklasse jedoch vorwiegend aus Betrieben, die durch Zupachtung ihre landwirtschaftlichen Flächen aufstocken und damit in die nächsthöhere Größenklasse überwechseln konnten. Der Schwerpunkt der Agrarerzeugung liegt aber in Baden-Württemberg noch immer bei den Betrieben mit weniger als 20 ha selbstbewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Die Betriebsgrößenschwelle, von der ab die Zahl der Agrarbetriebe noch zunimmt, liegt heute allerdings schon etwas über 20 ha LF. Von diesen größeren Betrieben, die an der Gesamtzahl der Betriebe ab 0,5 ha LF einen Anteil von knapp 9% erreichen, werden immerhin 30% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes bewirtschaftet. Am stärksten hat in den letzten Jahren durch den Zustrom aufstockender Betriebe die Größenklasse ab 30 ha LF zugenommen, während sich in den sechziger Jahren der Hauptzuwachs noch in der Betriebsgruppe von 20 bis unter 30 ha LF vollzog.

Die Flächenaufstockung und damit der Übergang zu größeren Betriebseinheiten in der Landwirtschaft hat sich also weiter beschleunigt und verlagert sich immer mehr auf die größeren bäuerlichen Familienbetriebe. Andererseits greift der Schrumpfungsprozeß durch vollständige Betriebsauflösung oder durch Verkleinerung bis zur Größe von reinen Feierabendstellen ohne jeglichen Betriebscharakter immer mehr von den kleinbäuerlichen auf die mittelbäuerlichen Betriebe über. Den Hauptteil der aufgelösten bzw. verkleinerten Landwirtschaftsbetriebe wird auch noch in den nächsten Jahren die Betriebsgruppe mit weniger als 10 ha LF stellen.

Gleichbleibender relativer Abstand zum Bundesdurchschnitt

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern verfügt Baden-Württemberg nach Bayern über die meisten landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe im Bundesgebiet beträgt 18,7%, obgleich lediglich 13,1% der landwirtschaftlich genutzten Flächen der BRD auf unser Land entfallen. Kennzeichnend für die Agrarstruktur in Baden-Württemberg ist der hohe Anteil an Klein- und Nebenerwerbsbetrieben. So werden heute bereits 56% aller landwirtschaftlichen Betriebe (Wirtschaftseinheiten) mit 0,5 ha und mehr von nebenberuflichen Landwirten geleitet, im Bundesdurchschnitt sind es dagegen nur knapp die Hälfte. Die nach wie vor sehr starke Bodenverbundenheit der baden-württembergischen Bevölkerung ergibt sich auch daraus, daß von knapp der Hälfte aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg eigener Grund und Boden genutzt wird. Im gesamten Bundesgebiet verfügen lediglich 42% der Privathaushalte über selbst genutzten Grundbesitz.

Infolge des hohen Anteils kleinerer Betriebe verminderte sich langfristig gesehen die Zahl der Agrarbetriebe in Baden-Württemberg relativ stärker als im übrigen Bundesgebiet. Die mit der anhaltenden Verringerung der Zahl der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe verbundene Flächenaufstockung bei den größeren Betrieben ging aber zunächst in den meisten anderen Bundesländern rascher vonstatten als in Baden-Württemberg. Erst etwa seit Mitte der sechziger Jahre verzeichnet Baden-Württemberg auch bei der Flächenaufstockung leicht über dem Bundesdurchschnitt liegende Zuwachsraten.

Durchschnittliche Betriebsgröße (in ha)

	1949	1960	1971	1972	1973
Baden-Württemberg	4,8	5,4	7,4	7,5	7,7
Bundesgebiet	7,0	8,1	11,0	11,2	11,4 ¹⁾

1) Vorläufig

Erkennbare Tendenzen

Vergleicht man frühere Vorausschätzungen der Betriebsstruktur mit der bisherigen Entwicklung, so zeigt sich, daß offenbar die Dynamik des Strukturwandels in der Landwirtschaft bisher unterschätzt wurde. Die im folgenden dargestellten Ergebnisse prognostischer Berechnungen, denen die Referenzperiode 1960/72 zugrunde liegt, gehen wiederum von Trendextrapolationen über die Entwicklung der Betriebszahl in den einzelnen Betriebsgrößenklassen aus (Variante I). In einer zweiten modifizierten Berechnung (Variante II) wurde berücksichtigt, daß es aus technisch-organisatorischen Gründen bei der Fortschreibung der Betriebsstruktur häufig zu einer Untererschätzung kommt. Bei allen Berechnungen wird im übrigen unterstellt, daß die Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft bestehen bleibt und auch künftig ein ausreichendes Angebot an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen vorhanden ist.

Weitere Ansatzpunkte zur Verbesserung der Prognosen liefert die Vorausschätzung der Zahl der 65-jährigen Betriebsinhaber (potentielle Hofübergeber). Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte werden nämlich vielfach die auslaufenden Landwirtschaftsbetriebe vom Inhaber mit dem Erreichen des für die Altersgeldzahlungen maßgeblichen Lebensalters (vollendetes 65. Lebensjahr) aufgelöst.

Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, in welchem Maß die nachrückende Generation überhaupt noch bereit ist, bei den verschiedenen Betriebsgrößen die Hofnachfolge anzutreten. Die Auswertung einer diesbezüglichen Untersuchung ergab, daß bei rund 80 000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bzw. Wirtschaftseinheiten ab 0,5 ha Gesamtfläche ein möglicher Hofnachfolger nicht vorhanden

ist. Im Zuge des Generationswechsels ist somit für Baden-Württemberg allein aus Mangel an Hofnachfolgern mit einem Rückgang der Gesamtzahl der Betriebe um gut ein Drittel zu rechnen. Da ein Teil der jungen Landwirtssöhne, die heute noch als Hofnachfolger angesehen werden, später den elterlichen Betrieb nicht übernehmen oder schon nach kurzer Zeit wieder aufgeben dürfte, wird die tatsächliche Betriebsabnahme vermutlich noch größer sein.

Bei regionaler Betrachtung zeigt sich, daß die Erhaltung einer ausreichenden Betriebsdichte vor allem in Gebieten gefährdet ist, in denen die Haupterwerbsbetriebe vielfach einen unzureichenden Produktionsumfang aufweisen und gleichzeitig Kleinbetriebe vorherrschen. Der Anteil der Betriebe ohne Hofnachfolger liegt vor allem in der nördlichen und mittleren Oberrheinebene, am westlichen Bodensee, im nördlichen Schwarzwald, Kraichgau, Main-Taubergebiet sowie auf der westlichen und mittleren Schwäbischen Alb, im mittleren Neckarraum und im württembergischen Unterland unter dem Landesdurchschnitt. Diese Räume sind weitgehend auch deckungsgleich mit den Landschaften, die schon in den letzten zwei Jahrzehnten den größten Betriebsverlust aufwiesen.

Die für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur maßgeblichen Einflußfaktoren dürften aufgrund der vorliegenden Informationen auch in den nächsten Jahren in ähnlicher Weise wie bisher zur Wirkung kommen, so daß zumindest bis 1978 mit einem weiteren Rückgang von durchschnittlich 8000 bis 10 000 Betrieben pro Jahr zu rechnen ist. Aufgrund schwächer besetzter aus dem Erwerbsleben ausscheidender Betriebsleiterjahrgänge sind dann Ende der siebziger Jahre bis Mitte der achtziger Jahre gewisse Abschwächungstendenzen zu erwarten. Danach wird sich die Abnahmequote bei den Agrarbetrieben voraussichtlich wieder erhöhen.

Voraussichtliche weitere Entwicklung

Im einzelnen sind folgende Veränderungen in der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur zu erwarten: Die Landwirtschaftsbetriebe mit weniger als 10 ha LF werden auch künftig das Hauptpotential der abstokkenden bzw. aufgelösten Betriebe bilden. Bis 1980 ist bei dieser Betriebsgruppe mit einer Abnahme von gegenwärtig 150 000 auf 70 000 bis 90 000 Betriebe zu rechnen. Die in Baden-Württemberg relativ stark besetzte Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe von 10 bis 20 ha LF wird jedoch zunehmend in den Schrumpfungsprozeß einbezogen. Der bei dieser Betriebsgruppe seit 1970 zu beobachtende Tendenzumschwung zur Abnahme der Betriebszahl dürfte sich verstärkt fortsetzen, so daß 1980 in diesem Größenbereich möglicherweise nur noch 16 000 bis 24 000 Betriebe vorhanden sein werden. Wie verlaufsanalytische Untersuchungen zeigten, waren in dieser Betriebsgrößenklasse für den Rückgang der

Tabelle 9

Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur

Größenklasse der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha	1960		1973		1975, 1)		1980 1)	
	Zahl der Betriebe	%	Zahl der Betriebe	%	Variante I	Variante II	Variante I	Variante II
					Zahl der Betriebe			
0,5 - 2	114 935	35,5	68 938	33,0	65 000	60 000	47 000	34 000
2 - 5	89 995	27,8	45 446	21,8	38 000	35 000	24 000	15 000
5 - 10	70 640	21,9	37 995	18,2	34 000	30 000	23 000	18 000
10 - 20	38 767	12,0	37 333	17,9	35 000	32 000	24 300	15 700
20 - 50	8 276	2,6	17 847	8,6	20 800	21 600	30 000	35 000
50 und mehr	649	0,2	1 019	0,5	1 200	1 400	1 700	2 300
Insgesamt	323 262	100,0	208 578	100,0	194 000	180 000	150 000	120 000
Darunter:								
Haupterwerbsbetriebe	164 638	50,9	92 729	44,5	84 000	75 000	60 000	45 000
Nebenerwerbsbetriebe	158 624	49,1	115 849	55,5	110 000	105 000	90 000	75 000

1) Vorausschätzung.

Betriebe weniger Betriebsauflösungen oder -verkleinerungen entscheidend, als vielmehr die noch immer beträchtliche Zahl von Fällen mit Flächenaufstokungen. Der wachsende Zustrom von Betrieben in die Gruppe der großbäuerlichen Familienbetriebe stammt demnach vor allem aus dem Betriebsgrößenbereich von 10 bis 20 ha LF. Die Zahl der Betriebe in der nächsten Größenklasse 20 bis 50 ha dürfte infolgedessen bis 1980 von gegenwärtig fast 18 000 auf 30 000 bis 35 000 ansteigen. Auch die Zahl der Großbetriebe ab 50 ha LF wird weiter zunehmen, obwohl sie, gemessen an der Gesamtzahl der Betriebe, auch künftig von untergeordneter Bedeutung ist. Die Gesamtheit der Betriebe ab 0,5 ha LF wird sich voraussichtlich bis 1980 von derzeit 209 000 auf 120 000 bis 150 000 Betriebe verringern. Im Jahr 1985 dürfte sich der Gesamtbestand lediglich noch auf 70 000 (Variante II) bis 110 000 Betriebe (Variante I) beziffern, wenn zwischenzeitlich keine grundlegenden Änderungen bei den einzelnen relevanten Wirkungsfaktoren eintreten.

Mit gewissen Übergangsschwierigkeiten, wie zum Beispiel beim Berufswechsel älterer Landwirte, muß im Betriebsgrößenbereich zwischen 10 und 25 ha LF gerechnet werden, da hier immer mehr Inhaber von Betrieben mit einem unzureichenden Produktionsumfang vor die Frage gestellt werden, entweder ihren Betrieb unter weiterer Intensivierung und Flächenaufstockung fortzuführen oder den Betrieb zu verkleinern bzw. überhaupt aufzulösen. Regional gesehen konzentrieren sich diese Problembetriebe im

wesentlichen auf die Anerbengebiete (Schwäbisches Oberland, Ostalb, Hohenlohe mit Bauland und der südliche Schwarzwald). Um den Inhabern solcher Betriebe den Übergang zur außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit oder das Ausscheiden aus dem Berufsleben zu erleichtern, ist vor allem die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen zu fördern und die Altershilfe für Landwirte sowie die Landabgaberente weiter auszubauen.

Stärkerer Rückgang der hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe

Die Darstellung der Agrarbetriebe nach dem vom Inhaber angegebenen Hauptberuf bzw. der Hauptunterhaltsquelle vermittelt wertvolle Erkenntnisse über die sozialökonomische Struktur der Betriebe. Gegenwärtig werden in Baden-Württemberg rund 92 000 oder 44% aller Betriebe ab 0,5 ha LF von hauptberuflichen Landwirten geleitet, während es 1964/65 noch 144 000 oder 47,6% aller Betriebe waren. Vergleicht man nun die langfristigen Entwicklungslinien, so zeigt sich, daß die Zahl der hauptberuflich bewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe größere Abnahmeraten aufweist als die der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe. Wenn nur die für den Markt produzierenden Agrarbetriebe in Betracht gezogen werden, erstreckt sich die Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe sogar ausschließlich auf die Haupterwerbsbetriebe. Bis zum Jahr 1980 ist nach den Alternativberechnungen voraussichtlich mit einem Rückgang auf 60 000 hauptberuflich und 90 000 nebenberuflich

bewirtschaftete Betriebe (Variante I) bzw. 45 000 hauptberuflich und 75 000 nebenberuflich bewirtschaftete Betriebe (Variante II) zu rechnen. Demzufolge würden 1980 nur noch etwa 38 bis 40% aller Landwirtschaftsbetriebe ab 0,5 ha LF von hauptberuflichen Landwirten geleitet. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß der in Tabelle 9 dargestellte Rückgang der Nebenerwerbsbetriebe zumindest vorübergehend zum Stillstand kommt. In diesem Zusammenhang ist jedenfalls aufschlußreich, daß bei den Agrarbetrieben mit Verkaufsproduktion gegenwärtig schon kein Rückgang, sondern vielmehr eine leichte Zunahme der Zahl der nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe festzustellen ist.

Landwirt: Immer mehr ein Teilzeitberuf

In engem Zusammenhang mit der Veränderung der Betriebsstruktur steht die Entwicklung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials. Während zwischen 1949 und 1960 die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ab 2 ha LN durchschnittlich pro Jahr um 1,6% abnahm, die Zahl der in den Agrarbetrieben und in den damit verbundenen Haushalten Tätigen aber um 3,0%, bezifferte sich die jährliche Abnahmerate der Betriebe im Zeitraum 1960/72 auf 2,6% und die der Beschäftigten auf 2,7%. Zur Beurteilung der effektiven Arbeitskräftekapazität der Landwirtschaft sollte man sich jedoch auf die mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigten beschränken.

Nach jüngsten Erhebungen in der Landwirtschaft setzt sich der zahlenmäßige Rückgang der Agrarbeschäftigten beschleunigt fort. Besonders stark zurückgegangen ist der Arbeitskräftebestand in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben und dort wiederum in erster Linie bei den mithelfenden Familienangehörigen. Es ist bezeichnend für den tiefgreifenden Strukturwandel in der Landwirtschaft, daß in zunehmendem Maß auch Inhaber größerer landwirtschaftlicher Betriebe einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgehen. Der überwiegende Teil der Agrarbetriebe wird heute ausschließlich mit teilbeschäftigten Familienarbeitskräften bewirtschaftet. So verfügen lediglich noch 74 000 landwirtschaftliche Familienbetriebe über mindestens eine im Betrieb vollbeschäftigte familieneigene Arbeitskraft, zwei Vollerwerbskräfte wurden sogar nur noch in 30 000 Bauernhöfen festgestellt.

Es zeigt sich ferner, daß die noch bestehenden Landwirtschaftsbetriebe bestrebt sind, ihr Einkommen aus der Landwirtschaft entweder durch eine vergrößerte Produktionskapazität oder — bei verringertem Arbeitskräftebestand — durch eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Da die Ausweitung der Produktionskapazität über die Landzupacht und innerbetriebliche Intensivierungsmaßnahmen (Anbau von

Sonderkulturen, Aufstockung des Viehbestandes) infolge des zum Teil knappen Angebots an landwirtschaftlichen Nutzflächen oder des zu hohen Investitionsaufwandes oft nur sehr beschränkt möglich ist, wird andererseits zunehmend auch von den Inhabern größerer Betriebe versucht, durch außerbetriebliche Erwerbstätigkeit eine Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung zu erreichen.

Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten

Die künftige Entwicklung der Zahl der noch voll in den Agrarbetrieben Beschäftigten hängt hauptsächlich vom weiteren Rückgang der Haupterwerbsbetriebe ab. Es ist nämlich aufgrund der vorausgeschätzten Zahl hauptberuflich geleiteter Landwirtschaftsbetriebe bis 1980 mit einem anhaltend starken Schrumpfen des Bestandes an *vollbeschäftigten Landarbeitskräften* von gegenwärtig rund 112 000 auf 65 000 bis 80 000 Personen zu rechnen. Um Mißverständnisse auszuschließen, wird besonders betont, daß bei den hier angegebenen vollbeschäftigten Personen die große Zahl der in der Landwirtschaft nur *teilbeschäftigten Arbeitskräfte* nicht berücksichtigt ist; rechnet man deren gesamte Arbeitsleistung auf AK-Einheiten um, so ergeben sich zusätzlich noch einmal fast ebensoviel Arbeitskräfte wie vollbeschäftigte Personen. Nach den bisherigen Erfahrungen dürften mit dem weiteren Rückgang der Vollbeschäftigten die Leistungen der Teilbeschäftigten eher zunehmen oder zumindest konstant bleiben.

Im gleichen Rahmen bewegen sich auch Voraussetzungen der künftigen Arbeitskräfteentwicklung, die vom Kriterium des *Arbeitsbedarfs* und der Überlegung ausgehen, daß zur Erhaltung einer funktionsfähigen Landwirtschaft auch in Zukunft ein Mindestbestand an Vollarbeitskräften bzw. Vollerwerbsbetrieben erforderlich ist. So hat das *Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt* für das Wirtschaftsjahr 1972/73 einen Arbeitsbedarf in der Landwirtschaft Baden-Württembergs von rd. 280 Millionen Arbeitskräftestunden berechnet. Bei einer jährlichen Arbeitsleistung von 2000 Stunden je Beschäftigtem müßten somit für die Arbeitserledigung rund 140 000 Arbeitskräfte bereitgestellt werden. Unter Berücksichtigung der im allgemeinen geringeren Arbeitsproduktivität in den kleineren Betrieben kann mit einem Bedarf von insgesamt rund 175 000 Arbeitskräften gerechnet werden. Unterstellt man, daß die Produktion in etwa demselben Umfang aufrecht erhalten werden soll und rechnet man mit Produktionssteigerungen und einem Rationalisierungseffekt von durchschnittlich 4% pro Jahr, so errechnet sich bis 1980 eine Abnahme um 28% oder rund 45 000 Arbeitskräfte.

3.6 Tendenzen in der Bauwirtschaft

Die Situation der Bauwirtschaft nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch im Bundesgebiet hat im Jahresverlauf 1973 zu mancherlei z.T. gewagten Interpretationen Anlaß gegeben. Bei einer Betrachtung dieses Wirtschaftssektors kommt es jedoch entscheidend auf Differenzierung an, und zwar insbesondere nach Bereichen der Bauwirtschaft, deren Entwicklung von spezifischen Marktstrukturen bestimmt und deshalb jeweils unterschiedlich zu interpretieren ist.

Wende im Wohnungsbau – differenzierte Gründe

Im Wohnungsbau als wichtigstem Sektor des Hochbaus stehen dem Baugewerbe im wesentlichen drei Marktpartner gegenüber:

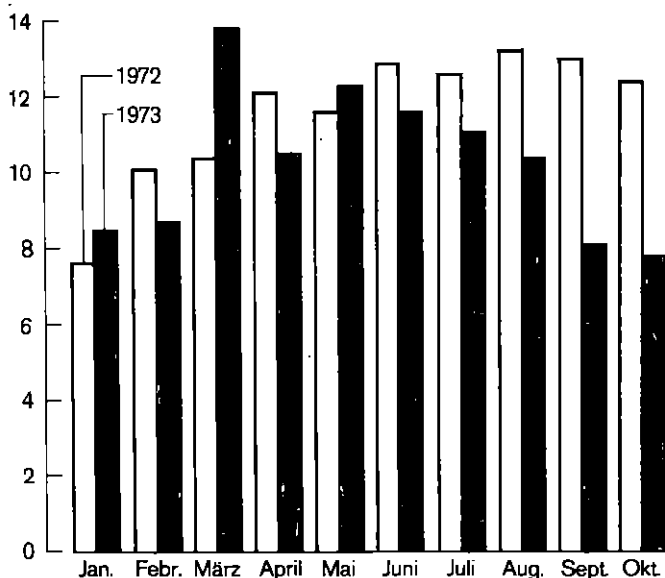
- die privaten Haushalte, deren Interesse vorwiegend dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern gilt,
- die freien und die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die vor allem den Bau von Mehrfamilienhäusern mit Eigentums- und Mietwohnungen bedienen, und
- die übrigen Unternehmen, deren Wohnungsbauvorhaben im wesentlichen für ihre eigenen Beschäftigten bestimmt sind.

Aus diesen unterschiedlichen Interessenlagen der Bauherren ergibt sich, daß ihr jeweiliges Marktverhalten nicht unbedingt von denselben wirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußt wird.

Schaubild 1

Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten 1972 und 1973

Anzahl in Tausend



Nimmt man die Zahl der genehmigten Wohnungen in Wohnbauten als einen Indikator für die Nachfrage auf dem Wohnungsbaumarkt, so läßt sich für die Nachfrage der *privaten Haushalte* in der ersten Jahreshälfte 1973 eine leicht abgeschwächte Tendenz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum feststellen (– 6,7%), die sich ab August deutlich verstärkte (Oktober – 30,8%). Dies dürften in erster Linie Auswirkungen der Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung sein mit der Aussetzung des §7b des Einkommensteuergesetzes ab 8. Mai 1973 sowie der flankierenden Maßnahmen der Bundesbank, die zu bislang unbekannt hohen Zinssätzen für Bau- und Zwischenfinanzierungskredite führten. Daß diese Maßnahmen sich bei den privaten Haushalten als Bauherren offenbar nur in verzögerter und – im Vergleich zu den anderen Bauherren – leicht abgeschwächter Form auswirkten, kann unter anderem auf die starke Baumotivation dieses Kreises zurückgeführt werden.

Marktreinigungsprozeß oder Strukturkrise?

Auf die Nachfrage der *freien* und der *gemeinnützigen Wohnungsunternehmen* zeigten die Stabilitätsmaßnahmen jedoch eine weit ausgeprägtere Wirkung.

Die Nervosität auf dem Wohnungsmarkt, die Ende 1972 und verstärkt Anfang 1973 durch wachsende Absatzschwierigkeiten schon fertiggestellter oder in Planung befindlicher Eigentumswohnungen und immer zahlreicher werdende Meldungen über leerstehende Neubauwohnungen erkennbar wurde, führte lediglich zu einer starken Verunsicherung der Bau-nachfrage jener Gruppe ohne eindeutige Reaktion.

Erst ab Monat Juni traten hier negative Werte auf, die bei den freien Wohnungsunternehmen bei im Schnitt rund –37% monatlich lagen und sich im Oktober noch auf –53% verschlechterten. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen konnten nach einem Rückgang um rund 25% bis August und einem Tiefpunkt von rund –63% im September eine leichte Abschwächung der negativen Tendenz verzeichnen (Oktober –47%).

Die inflationäre Entwicklung verursachte besonders in den beiden zurückliegenden Jahren infolge der dadurch ausgelösten Flucht in die Sachwerte einen ausgesprochenen Wohnungsbauboom. Volkswirtschaftlich äußerst bedenkliche Nebenwirkungen dieses Booms waren insbesondere:

- Schaffung von Überkapazitäten
- Vorbeiproduzieren am Markt (dem echten Bedarf)
- rapide steigende Baupreise.

Diese Entwicklung wurde besonders dadurch gestützt, daß der Absatz wegen der trotz steigender Baupreise unvermindert anhaltenden Nachfrage als gesichert

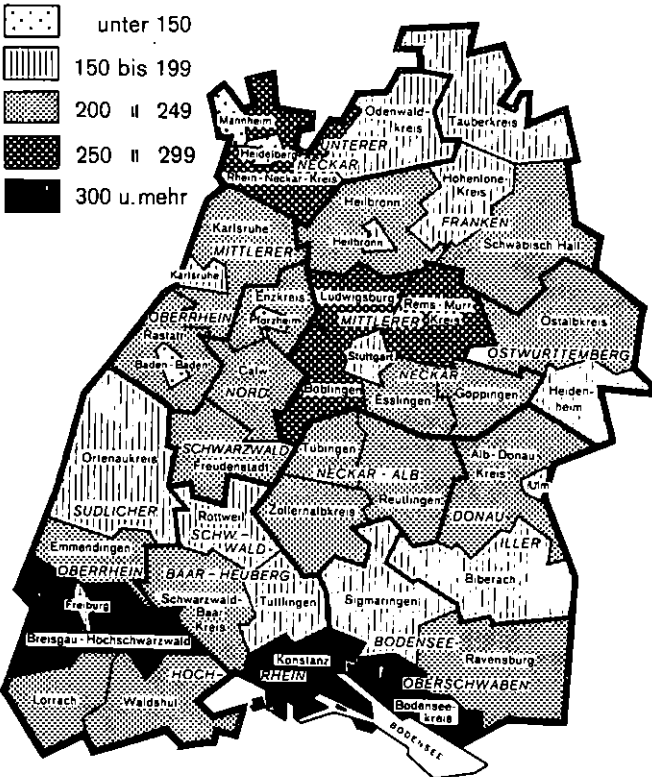
galt. Nun dagegen scheint das derzeitige hohe Preisniveau bei kaum erhöhten Realeinkommen die privaten Haushalte zu einer immer größeren Kaufzurückhaltung zu veranlassen und damit eine gewisse Normalisierung auf dem Wohnungs- und Wohnungsbaumarkt und eine allmähliche Beseitigung der Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage einzuleiten.

In diesem Zusammenhang sind auch die in der letzten Zeit bekanntgewordenen Konkurse von Baufirmen zu sehen, bei denen es sich in der Regel nicht um bauausführende Unternehmen handelt, sondern um Bauträger und Baufinanzierungsgesellschaften, die meist ein Opfer ihrer spekulativen Fehleinschätzung der künftigen Absatzmöglichkeiten von Eigentumswohnungen bei viel zu knapper Eigenkapitaldecke geworden sind. Man sollte diesen Vorgang also lediglich als einen der Marktwirtschaft systemimmanenten und erforderlichen Prozeß der Selbstreinigung ansehen, bei dem einigen Dutzend betroffenen rund 11 Tsd. nicht betroffene Unternehmen gegenüberstehen.

Bei den übrigen Unternehmen, deren Wohnungsbau nachfrage ganz erheblich von der konjunkturellen Entwicklung in der jeweiligen Branche und den weiteren Konjunkturerwartungen mitbestimmt wird,

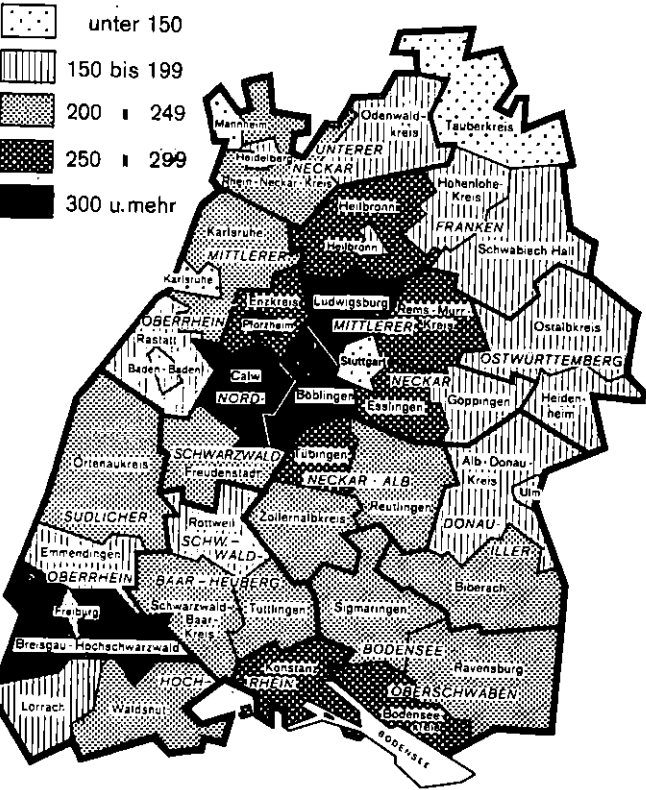
Schaubild 2

Fertiggestellte Wohnungen¹⁾ je 10000 Einwohner²⁾ in den Stadt- und Landkreisen 1971/72



- 1) Rohzugang in Wohn- und Nichtwohnbauten
- 2) Nach dem Bevölkerungsstand vom 31.12.1972

Schaubild 3
Bauüberhang an Wohnungen¹⁾ je 10000 Einwohner²⁾ in den Stadt- und Landkreisen zum 31.12.1972



- 1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten
- 2) Nach dem Bevölkerungsstand vom 31.12.1972

1474

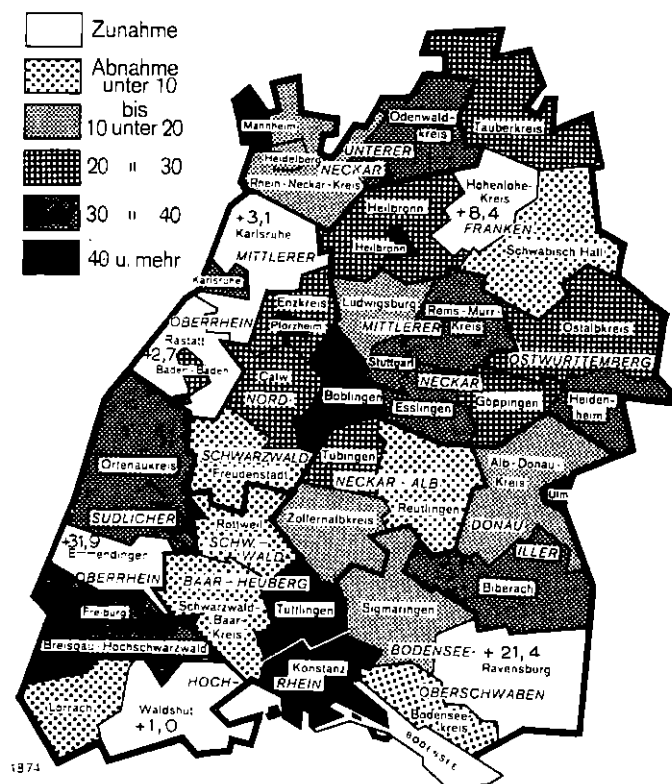
zeigten sich nach ausgesprochen positiver Tendenz in den ersten sieben Monaten des Jahres (+43,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) erstmals im August negative Werte, die sich bis Oktober auf -46,1% vergrößerten.

Als Ergebnis der dargestellten Komponenten zeigte die Wohnungsbaunachfrage insgesamt in den ersten fünf Monaten des Jahres 1973 nur wenig Reaktion, während ab Juni eine rückläufige Tendenz einsetzte, die im September zu einem Rückgang von rund 38% führte, sich im Oktober allerdings nicht weiter verstärkte.

Die hier auftretende Frage, ob die Situation von einem Prozeß der Normalisierung in eine sich für den Baubereich rezessiv auswirkende Brechung des Bauwillens umschlägt, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Man muß sich dabei jedoch vor Augen halten, daß sich der Bedarf sicher nicht im gleichen Maß weiterentwickeln wird wie in der Vergangenheit. Das wird schon bei einem Vergleich mit der Entwicklung der Bevölkerung sichtbar. Denn während die Gesamtbevölkerung von 1961 bis 1973 um 18% gewachsen ist, wird sie nach der Vorausschätzung des

Schaubild 4

Regionale Nachfrageentwicklung im Wohnungsbau von Juni bis Oktober 1973 im Vergleich zum Vorjahr in Prozent



Statistischen Landesamtes bis 1985 nur noch um 4,8% zunehmen. Bei der deutschen Bevölkerung allein steht einem Wachstum im erstgenannten Zeitraum von 9,7% bis 1985 sogar eine Abnahme von 0,5% gegenüber. Es ist aber in jedem Fall unumgänglich, die Entwicklung im Wohnungsbausektor ständig aufmerksam zu verfolgen, um gegebenenfalls sofort eingreifen zu können. Jedoch kann man feststellen, daß von dieser rückläufigen Tendenz der *Fertigteilbau* eher unterdurchschnittlich betroffen sein dürfte; jedenfalls betrug die Abnahme der Baugenehmigungen für Wohnbauten, die in Fertigteilbauweise erstellt werden sollen, in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur rund 2% gegenüber 8% im Wohnungsbau insgesamt, so daß in letzter Zeit bekannt gewordene Schwierigkeiten einzelner Fertigbaufirmen keineswegs als symptomatisch für die ganze Branche angesehen werden können.

Großstadtnahe Landkreise — Schwerpunkte des Wohnungsbaus

Die regionalen Schwerpunkte des Wohnungsbaus lagen in Baden-Württemberg, abgesehen von der besonderen Situation einiger Kreise, über die weiter unten gesprochen wird, im mittleren Neckarraum, im Gebiet um Heidelberg und Mannheim sowie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Im mittleren Neckarraum verzeichneten die an Stuttgart angrenzenden Landkreise Böblingen, Ludwigs-

burg, Esslingen sowie der Rems-Murr-Kreis nicht nur absolut, sondern auch bezogen auf die Wohnbevölkerung die größte Wohnungsbauintensität. Während im Kerngebiet selbst wegen der Knappheit an Bauland die Wohnungsbautätigkeit in den letzten Jahren relativ gering war, wurden in den angrenzenden Landkreisen bis zu 71% mehr Wohnungen errichtet. Nach den hohen Bauüberhangswerten zum Jahresende 1972 zu schließen, dürfte die Bautätigkeit dort bei gleicher Schwerpunktverteilung auch 1973 unvermindert angehalten haben. Jedoch zeigt die regionale Nachfrageentwicklung in den Monaten Juni bis Oktober 1973 gerade in diesen Schwerpunktskreisen ein besonders starkes Abflauen der Wohnungsbaunachfrage, so daß dort in absehbarer Zeit auch ein Nachlassen der Bautätigkeit zu beobachten sein dürfte — eine Tendenz, die allein schon im Hinblick auf eine gleichmäßigere regionale Entwicklung durchaus als ein Positivum zu begrüßen ist.

Die Sonderstellung einiger Landkreise

Eine Sonderstellung nehmen die Landkreise ein, die als bevorzugte Freizeit- und Erholungsgebiete gelten, wie der Bodenseekreis, die Landkreise Konstanz, Breisgau-Hochschwarzwald (teilweise) sowie Calw. Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden hier in den Jahren 1971/72 zum Teil weit über 300 Wohnungen fertiggestellt. Bei den hohen Bauüberhangswerten zum Ende 1972 kann davon ausgegangen werden, daß sich dort das Wohnungsangebot im Laufe des Jahres 1973 noch verstärkt hat. Dies gilt besonders für den Landkreis Calw. Die Wohnungsnachfrage in diesen Kreisen konzentriert sich in besonderem Maß auf Zweitwohnungen, Ferienappartements und ähnliches. Das wird noch unterstrichen durch die Tatsache, daß der Anteil der kleinen Wohnungen, das sind solche mit nur drei und weniger Räumen, in diesen Gebieten besonders groß ist, und zwar sowohl bei den Fertigstellungen wie bei den im Bau befindlichen Vorhaben. So entfielen auf diese Wohnungsgrößen im Landesdurchschnitt nur 24%, in den angesprochenen Landkreisen jedoch bis zu 35% aller im Jahre 1972 gebauten Wohnungen.

Jedoch sind auch in diesen Kreisen in den Monaten Juni bis Oktober 1973 zum Teil beträchtliche Nachfragerückgänge zu verzeichnen. In Anbetracht der ohnehin schon erheblichen Zersiedlung der Landschaft in den betroffenen Gebieten ist auch dieser Rückgang, vor allem, wenn er von Dauer sein sollte, durchaus als positive Entwicklung zu werten.

Sozialer Wohnungsbau

Das Landeswohnungsbauprogramm sieht für 1973 eine Förderung von 20 000 Wohnungen und 2 500 Heimplätzen vor, wobei jeweils die Hälfte der Wohnungen nach dem ersten bzw. nach dem zweiten Förderungsweg gefördert werden sollen.

In den ersten zehn Monaten des Jahres wurden Mittel für 9 191 Wohnungen als direkte Darlehen über die Landeskreditbank vergeben (1. Förderungsweg) und für 6 024 Wohnungen als Zinszuschüsse und Annuitätsdarlehen (2. Förderungsweg). Weiterhin wurden 3 340 Heimplätze gefördert. In diesen Zahlen sind jedoch noch Wohnungen und Heimplätze enthalten, deren Förderungsbewilligung aus Programmen der Vorjahre stammt. Hinzu kommen noch 5 764 durch ein besonderes Regionalprogramm des Bundes geförderte Wohnungen, so daß im genannten Zeitraum insgesamt rund 21 Tsd. Wohnungen begünstigt waren – rund 22% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Davon wurden rund 45% als Mietwohnung, 41% als Eigentümer- und 14% als Eigentumswohnung gebaut. Bei den Eigentumswohnungen war der Zuwachs am stärksten – es wurde hier um die Hälfte mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum gebaut.

Verstärkt zu Ende des Jahres zeichnet sich die Tendenz ab, in beschränktem Rahmen schwer absetzbare freifinanzierte Wohnungen in die Förderung einzubeziehen und sie in den sozialen Wohnungsbau zu überführen.

(Noch) keine Nachfragewende im Nichtwohnungsbau

Beim *übrigen Hochbau*, also beim Nichtwohnungsbau, sind die wichtigsten Bauherren neben der öffentlichen Hand private Auftraggeber aus Industrie, Handel und Gewerbe.

Hier lag das Baugenehmigungsvolumen bei den privaten Auftraggebern im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1973 um 8% über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums und sank im Durchschnitt der Monate Juli bis Oktober auf –5% ab.

Dennoch kann bei Berücksichtigung der durchaus positiven Entwicklung in den ersten sieben Monaten des Jahres beim übrigen Hochbau *insgesamt* und der durchweg bei allen Auftraggebern für Oktober zu verzeichnenden freundlicheren Werte, die zu einer Erhöhung der Genehmigungszahlen für diesen Monat von insgesamt 8,5% führten, nicht von einer Tendenzwende gesprochen werden.

Gedämpfte Hochbaunachfrage der öffentlichen Hand

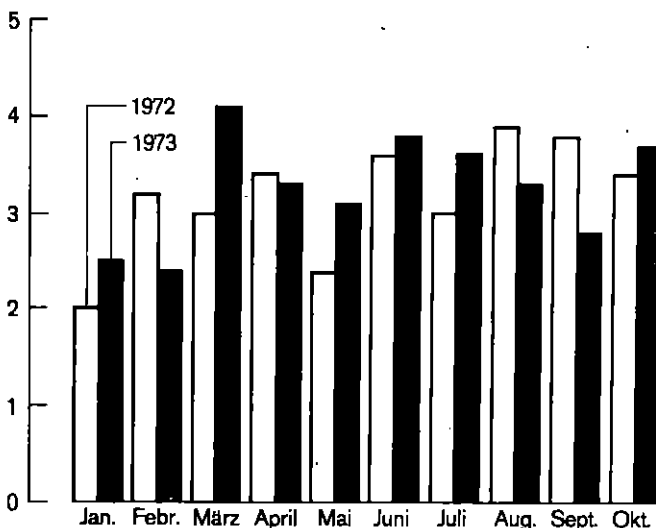
Die *Wohnungsbaunachfrage* der öffentlichen Bauherren, die nur etwa 3% der gesamten Wohnungsbaunachfrage ausmacht, ging im zweiten Halbjahr 1973 zurück und lag im Durchschnitt Juli bis Oktober um etwa 3% unter den entsprechenden Vorjahreswerten, während im ersten Halbjahr noch eine Steigerung von 24,4% zu verzeichnen war.

Auch beim *übrigen Hochbau* trat im zweiten Halbjahr eine leichte Abschwächung gegenüber den ersten sechs

Schaubild 5

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude nach cbm umbauten Raumes 1972 und 1973

Umbauter Raum
Mill. cbm



474

Monaten ein; während die Genehmigungen im ersten Halbjahr noch um 5,1% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lagen, ergab sich im Durchschnitt Juli bis Oktober ein Rückgang etwa in gleicher Höhe. Besonders stark war dieser Rückgang bei den Anstaltsgebäuden, bei denen das Genehmigungsvolumen auf die Hälfte gesunken ist – im Hinblick auf die Tatsache, daß das Genehmigungsvolumen bei diesen Gebäuden schon im ersten Halbjahr um 43,5% unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lag, keine erfreuliche Entwicklung; dagegen ist es bei Schulgebäuden um rund 12% angestiegen.

Auftragseingänge rückläufig – freie Kapazitäten möglich

Die laufende Zunahme der Baugenehmigungen mindestens bis Jahresmitte ließ die Ordereingänge bei den bauhauptgewerblichen Betrieben des Hochbaus für alle Bauarten weiter ansteigen. In Konsequenz dieser Entwicklung lagen die Wertindices der Auftragseingänge im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres 1973 beträchtlich über den Werten der entsprechenden Zeit von 1972.

Im Wohnungsbau, der mit einem Bauüberhang von rund 198 Tsd. genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen in das Jahr 1973 ging, betrug die Zunahme 40%, im übrigen Hochbau 39%. Trotz kräftig gestiegener Preise (Baupreisindex Mai 1973 gegenüber Mai 1972 im Wohnungsbau +7,9%, im Nichtwohnbau zwischen +6,1% und +7,7%) ergibt sich noch ein hoher realer Zuwachs.

Ab Juni machte sich die Tendenzwende im *Wohnungs-
bau* auch bei den Auftragseingängen deutlich bemerk-
bar; der Auftragseingangsindex beim Bauhauptgewerbe
liegt inzwischen um rund 30% unter dem Vorjahres-
wert und damit ungefähr beim Stand von 1971, dem
Basisjahr. Der *Auftragsbestand* lag beim Wohnungs-
bau zu Ende des dritten Quartals 1973 um gut ein
Viertel unter dem Wert des entsprechenden Vorjahres-
zeitraums.

Dennoch kann für 1973 nach vorläufigen Schätzungen
mit einer Jahresbauleistung von mindestens 115 Tsd.
fertiggestellten Neubauwohnungen gerechnet werden
bei einem Bauüberhang ins Jahr 1974 von mindestens
200 Tsd. genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten
Wohnungen. Hier dürfte jedoch der Anteil der noch
nicht begonnenen Bauten bedeutend größer als im Jahr
zuvor ausfallen.

Für die zukünftige Entwicklung im Baugewerbe
sind nun im wesentlichen zwei Komponenten maßge-
bend.

Zum einen bestehen beim Wohnungsbau zweifellos
erheblich aufgeblähte Kapazitäten. Dies wird beson-
ders deutlich, wenn man die erwartete Jahresbaulei-

stung für 1973 von über 115 Tsd. Wohnungen dem
langjährigen Durchschnitt von 80 bis 90 Tsd. fertigge-
stellten Wohnungen pro Jahr gegenüberstellt. Zum
anderen wird eine merklich wachsende Zurückhaltung
erkennbar, vollzogene Baugenehmigungen durch Auf-
tragserteilung marktwirksam werden zu lassen. Es
bestehen keinerlei Anhaltspunkte über das künftige
Ausmaß der dadurch entstehenden zeitlichen Lücke,
die für die Bauwirtschaft zu einer erheblichen „Durst-
strecke“ führen kann.

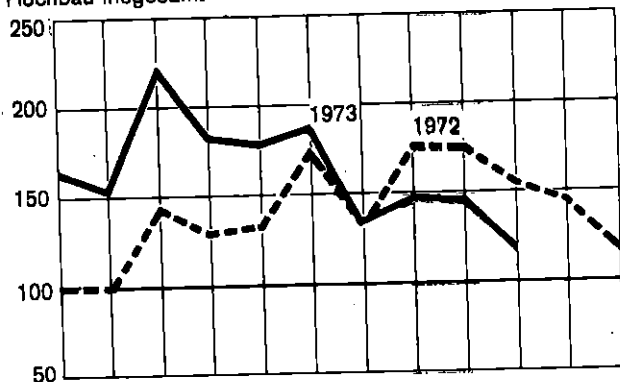
Bei Würdigung dieser beiden Komponenten erscheint
es durchaus möglich, daß zum Frühjahr 1974 in
größerem Umfang im Bauhauptgewerbe freie Kapazi-
täten auftreten. Das Ausbaugewerbe dagegen dürfte
angesichts des hohen Überhangs an schon begonnenen
Bauten bis weit in das Jahr 1974 hinein voll beschäf-
tigt sein.

Bei den *übrigen Bauarten bzw. Auftraggebern im
Hochbau* blieben die Auftragseingänge von Bundes-
bahn und Bundespost praktisch auf unverändert
hohem Niveau, während sich im gewerblichen und
industriellen Bereich eine zunehmende Zurückhaltung
abzeichnet.

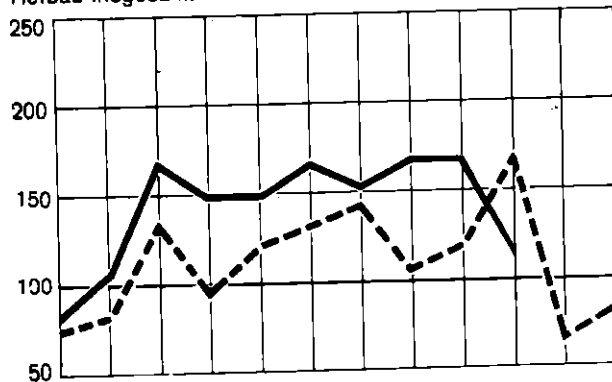
Schaubild 6

Indices der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe MD 1971 = 100

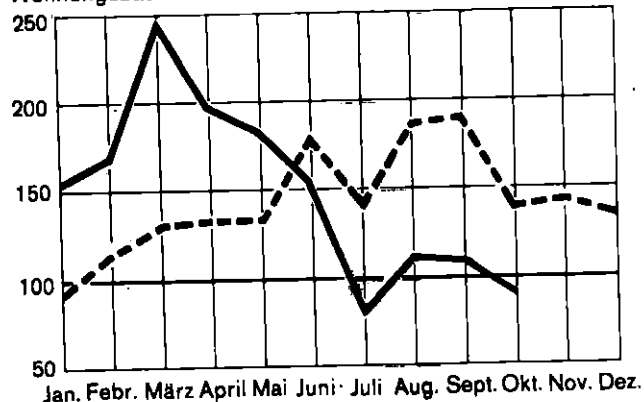
Hochbau insgesamt



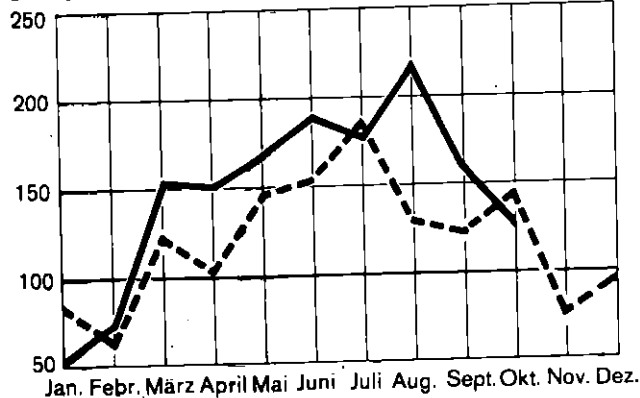
Tiefbau insgesamt



Wohnungsbau



Straßenbau



Hier gelten für die zukünftige Entwicklung im wesentlichen dieselben Gesichtspunkte, die schon beim Wohnungsbau angeführt wurden. Hinzu kommt noch, daß Bauinvestitionen der Unternehmen in starkem Maß von der jeweiligen Branchenkonjunktur abhängen. Die Möglichkeit, daß bei anhaltender Energiekrise die Investitionszurückhaltung der Unternehmer noch weiter zunimmt, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen.

Bei Eintritt dieser Situation ergibt sich für die öffentliche Hand, von der ab September wesentlich reduziert Aufträge beim Bauhauptgewerbe eingingen, die Möglichkeit, die eventuell freiwerdenden Rohbaukapazitäten mit vorbereiteten Aufträgen gezielt abzudecken und dadurch auch eine infrastrukturell gewünschte Umschichtung im Hochbaubereich einzuleiten. Dabei sollten allerdings neben beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten auch solche der Preisstabilität nicht außer acht gelassen werden, damit dann nominalen Steigerungen auch ein real vergrößertes Bauvolumen der öffentlichen Auftraggeber gegenübersteht.

Tiefbau bis September: Zufriedenstellend

Von einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Situation kann für das erste Halbjahr 1973 beim *Tiefbau* gesprochen werden.

Bei den wichtigsten Sparten, dem Straßenbau und dem sonstigen Tiefbau der öffentlichen Hand (z.B. Kanalisationsbauten, Bau von Kläranlagen, U-Bahn-Bauten) lagen die Auftragsingangswerte im ersten Halbjahr im Durchschnitt um 17% bzw. 38% über denen des Vorjahreszeitraums. Eine weitere konjunkturelle Belebung brachten vor allem die Monate August und September mit Zuwachsraten bei den Ordereingängen von zum Teil mehr als 50%. In diesem Bereich hielt sich die Preisentwicklung innerhalb Jahresfrist mit +4% in engen Grenzen.

Erstmals der Oktober brachte einen Rückgang für den Tiefbau insgesamt von rund 30%. Besonders stark gingen die Aufträge der öffentlichen Hand zurück, nämlich um über 50%. Da die öffentliche Hand mit über 95% der bei weitem wichtigste Auftraggeber des Tiefbaus ist, hängt hier die weitere konjunkturelle Entwicklung fast ausschließlich von der künftigen Auftragsvergabepolitik der Gebietskörperschaften ab. Obwohl der Tiefbau vergleichsweise kapitalintensiv produziert, das Beschäftigungsrisiko also weniger groß als beim Hochbau ist, wird es notwendig sein, zur Vermeidung von konjunkturellen Einbrüchen in nächster Zeit Anschlußaufträge zu erteilen, soweit es die finanzielle Lage der öffentlichen Hand zuläßt.

3.7 Landschaft – Umwelt – Umweltschutz

Die starke Bevölkerungszunahme und der rasche wirtschaftliche Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg

führten vor allem in den dicht besiedelten Räumen unseres Landes zu einschneidenden Änderungen in der Siedlungs- und Landschaftsstruktur. Die Intensität und Art der Bodennutzung bestimmt wesentlich die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen mit. Daher kommt im Zuge dieser Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, von der gegenwärtig rund 85% der Landesoberfläche bewirtschaftet werden, wachsende Bedeutung zu. Neben der traditionellen Aufgabe der Sicherung eines angemessenen Eigenversorgungsanteils mit land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen rücken andere Funktionen immer mehr in den Vordergrund. So erfüllen diese Kulturlächen wichtige Aufgaben bei der Regulierung und Regeneration des Naturhaushalts (Ökosysteme), dem Umweltschutz (z.B. bei der Abwehr und Beseitigung von Schadstoffemissionen) sowie als Erholungsraum der Bevölkerung.

Bedenklicher Rückgang der Kulturlächen seit 1950

Um so schwerwiegender sind die Eingriffe in die Feldflur und den Waldbestand, die vor allem in den dicht besiedelten Räumen unseres Landes vorgenommen werden, also gerade in solchen Gebieten, in denen die Schutz- und Erholungsfunktion der Kulturlächen besonderes Gewicht hat.

Seit 1950 verringerte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 218 Tsd. Hektar (11%), so daß heute nur noch knapp die Hälfte der Gesamtfläche Baden-Württembergs landwirtschaftlich genutzt wird. Rund 55% der aus der Bodenbewirtschaftung ausgeschiedenen Landwirtschaftsfläche wurden für den Wohnungsbau, für industriell-gewerbliche Zwecke sowie den Ausbau der Verkehrswege und der Versorgungs- bzw. Entsorgungseinrichtungen in Anspruch genommen; etwa ein Fünftel blieb brach liegen und rund ein Viertel wurde aufgeforstet.

Der Abnahme von Acker- und Dauergrünland seit 1950 von 237 Tsd. Hektar stand im gleichen Zeitraum eine Zunahme der Fläche für landwirtschaftliche und gärtnerische Spezialkulturen (z.B. Rebland, Obstanlagen, Baumschulen) von rund 21 Tsd. Hektar gegenüber. Diese unter markt- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten an sich wünschenswerte regionale Schwerpunktbildung in der pflanzlichen Erzeugung hat natürlich dort ihre Grenzen, wo durch eine allzu einseitige Landnutzung mit Monokulturen das Landschaftsbild und biologische Gleichgewicht der Pflanzen- und Tierwelt beeinträchtigt oder eine zu starke Umweltbelastung hervorgerufen würde.

Ballungsräume besonders betroffen

Besonders gravierend ist der Verlust landwirtschaftlicher Flächen in den dicht besiedelten Ballungsräumen, vor allem in den Regionen Mittlerer und Unterer

Neckar sowie in der Region Mittlerer Oberrhein. Die in dem relativ kurzen Zeitraum von zwei Jahrzehnten eingetretene enorme Einbuße an wertvollem Kulturboden in Zusammenhang mit der ständig wachsenden Bevölkerung führte zu einer fortschreitenden Verengung des Nahrungs- und Lebensraumes, der durchschnittlich je Kopf der Wohnbevölkerung zur Verfügung steht.

Jahr	1900	1939	1950	1961	1973
Nahrungsfläche ¹⁾ in Ar	53	37	31	25	19
Kulturbodenfläche ²⁾ in Ar	82	60	50	41	33

- 1) Landwirtschaftlich genutzte Fläche pro Einwohner. -
2) Land- und Forstwirtschaftliche Kulturfläche pro Einwohner.

Der Pro-Kopf-Nahrungsraum liegt somit in Baden-Württemberg bereits deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 22 Ar. Bisher konnte der Rückgang an landwirtschaftlich genutzter Fläche durch eine Steigerung der Flächenproduktivität weitgehend ausgeglichen werden. Ob dies jedoch auch künftig möglich sein wird, ist fraglich, besonders wenn die in den letzten Jahren zu beobachtende verstärkte Abnahme der Landwirtschaftsfläche weiter anhält. Hinzu kommt, daß eine weitere Steigerung der Flächenproduktivität mit zunehmendem wirtschaftlichen Aufwand erkaufte werden muß (Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs) und daher auch durch die Rentabilität begrenzt wird. Schließlich ist bei fortwährend höherem Einsatz ertragssteigernder Produktionsmittel auch eine Belastung der Umwelt nicht auszuschließen.

Der Wald: Bedeutender Umweltfaktor

Der stark rückläufigen landwirtschaftlich genutzten Fläche steht eine, allerdings schwächere, Zunahme der Waldfläche gegenüber, die sich zudem auf die ohnehin schon walddreichen Gebiete unseres Landes beschränkt.

Immerhin hat die Waldfläche seit 1950 um gut 47 Tsd. Hektar (3,8%) zugenommen, so daß Baden-Württemberg heute mit einem Bewaldungsprozentsatz von 36,6% nach Bayern das walddreichste Bundesland ist. Da der Wald bekanntlich den Boden am besten vor Erosion schützt, das Klima und den Wasserhaushalt der Natur regelt und entscheidend mit zur Beseitigung von Verunreinigungen der Luft und des Wassers beiträgt, kommt der Bewahrung dieses Kulturgutes eine immer größere Bedeutung zu.

Der Rückgang der Bewaldung in den Bevölkerungszentren des Landes, insbesondere im Neckarraum und im nördlichen Oberrheingebiet ist besonders bedenklich, auch wenn im Landesdurchschnitt die Ausstokungen von Wald durch Erstaufforstungen mehr als ausgeglichen werden.

Rapide Ausdehnung der Siedlungsflächen

Im Jahr 1973 beläuft sich die Siedlungsfläche (Bebauungs- und Verkehrswegeflächen, Park- und Grünanlagen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Militärübungsplätze) in Baden-Württemberg auf insgesamt 9,5% der Landesoberfläche. Davon entfallen fast neun Zehntel auf die Bebauungsflächen und Verkehrswege, so daß gegenwärtig gut 8,4% des Landesgebietes überbaut sind (1938: 4,7%). Dabei hat sich in den Verdichtungsräumen die für Siedlungszwecke beanspruchte Fläche seit 1950 annähernd verdoppelt. An der zunehmenden Verengung des Flächenverhältnisses zwischen Gebäude- und Verkehrswegeflächen wird die wachsende Verdichtung der Bebauung sichtbar — hier stellt sich als eine der wichtigsten Aufgaben regionaler Strukturpolitik die Erhaltung ausreichender Freiräume in den Verdichtungszone.

Ausschlaggebend für die rapide Ausdehnung der Siedlungsflächen in den letzten 15 Jahren waren neben dem starken Bevölkerungswachstum vor allem die Industrialisierung ländlicher Räume, extensivere Bebauungsformen, gesteigerte Wohnansprüche sowie die erheblich gestiegenen Anforderungen an neuzeitliche Einrichtungen für den Gemeinbedarf, insbesondere im Freizeit- und Erholungsbereich und an ein ausgedehntes Verkehrsnetz.

Jahr	1939	1950	1961	1972	1973
Siedlungsfläche in 1000 Hektar	187	212	254	332	341
Siedlungsfläche je Einwohner in Ar	3,41	3,30	3,27	3,64	3,70

Wie die Tabelle zeigt, führte die Bevölkerungskonzentration in den Städten und der damals noch geringe Flächenbedarf für Arbeitsstätten und Infrastruktureinrichtungen bis Anfang der sechziger Jahre sogar zu einer abnehmenden Pro-Kopf-Flächenausstattung mit Siedlungsland; erst danach ist ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen. Auch künftig ist trotz weiter abnehmender Zuwachsraten der Bevölkerung mit einer weiteren Zunahme der Pro-Kopf-Siedlungsfläche zu rechnen, da die gesellschaftlichen Anforderungen an

den knappen Faktor Boden — insbesondere der Flächenbedarf für das Wohnungs-, Verkehrs- und Versorgungswesen einschließlich der Freizeit- und Erholungseinrichtungen — mit steigenden Ansprüchen an die Qualität des Lebens weiter anwachsen werden.

Voraussichtliche Entwicklung bis 1985

Nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes mit Hilfe von Trendprojektionen wird bei Anhalten der gegenwärtigen Tendenzen die Entwicklung der einzelnen Hauptnutzungsarten an Grund und Boden voraussichtlich folgendermaßen verlaufen:

Sofern sich das bisher zu beobachtende Ausmaß der Flächeninanspruchnahme für außerlandwirtschaftliche Zwecke fortsetzt, dürfte die gesamte Siedlungsfläche bis 1985 voraussichtlich um 80 bis 100 Tsd. Hektar anwachsen und mit 420 bis 440 Tsd. Hektar einen Anteil von etwa 12% an der gesamten Landesoberfläche erreichen; dies würde einer Zunahme von 25 bis 30% gegenüber 1973 entsprechen.

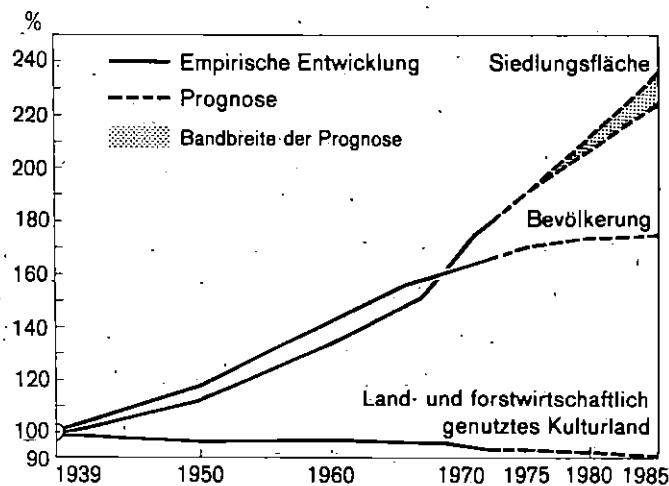
Bei den überbauten Flächen (Flächen für Gebäude und Verkehrswege einschließlich der zugehörigen Nebengebäude), die unter dem Aspekt der Umweltgefährdung von besonderem Interesse sind, ist im gleichen Zeitraum mit einem Anstieg von gut einem Viertel auf 370 bis 385 Tsd. Hektar zu rechnen. Die weitere Bebauung bisher land- oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen konzentriert sich vor allem auf die Verdichtungsräume und deren Randzonen, so daß sich gerade in den schon bisher besonders starken Umweltbelastungen ausgesetzten Räumen weitere tiefgreifende Verschiebungen im Verhältnis zwischen freier Kulturlandschaft und besiedeltem Land ergeben werden. Im Zuge dieser Entwicklung wird die Siedlungsfläche je Einwohner in Baden-Württemberg voraussichtlich von derzeit 3,7 Ar auf 4,3 bis 4,5 Ar ansteigen.

Beim land- und forstwirtschaftlich genutzten Kulturland ist bis 1985 mit einem Rückgang auf etwa 2,91 bis 2,97 Mill. Hektar zu rechnen. Für die Produktion von Agrarerzeugnissen werden dann voraussichtlich nur noch etwa 45% der Gesamtfläche genutzt, während die Waldflächen zu diesem Zeitpunkt etwa 37% des Landesgebietes bedecken dürften.

Diese dargestellte Entwicklung wird, wie schon erwähnt, mit großer Wahrscheinlichkeit dann eintreten, wenn die gegenwärtig zu beobachtenden Tendenzen fortauern. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regional- und Strukturpolitik wird es daher sein, die fortschreitende Verdichtung der Bebauung in den Bevölkerungszentren und die zunehmende Ausuferung der Siedlungsflächen in die umliegenden stadtnahen Regionen zu bremsen. Dazu wäre es dringend erforderlich, ein Instrumentarium zu schaffen, das eine Übersicht über heute noch freie, in Flächennutzungsplänen aber schon umgewidmete Flächen (zukünftiges gewerbliches und Wohnbau land) liefert. Dies könnte gegeben-

Schaubild 1

Entwicklung der Wohnbevölkerung, der Siedlungsfläche sowie des Kulturlandes



29 74

nenfalls im Zusammenhang mit der beabsichtigten Überprüfung genehmigter Flächennutzungspläne hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Zielen des Landesentwicklungsplanes durch die Regierungspräsidien erfolgen.

Ein besonderes Problem wird darin bestehen, einen für die Bewohner des Landes und die Erhaltung ihrer natürlichen und sozialen Umwelt optimalen Kompromiß zu finden zwischen wachsenden gesellschaftlichen Ansprüchen verbunden mit steigendem Siedlungsflächenbedarf einerseits und der Erhaltung und Pflege des menschlichen Lebensraumes und der unentbehrlichen Kulturlandschaften andererseits. Denn nicht zuletzt ist zu berücksichtigen, daß eine zunehmende Verdichtung nicht nur ökologische Schäden, sondern auch zunehmende Spannungen im soziopsychologischen und politischen Bereich hervorruft. Da von diesen Problemen vor allem die Ballungsregionen bedroht sind, hat der Ministerrat mehrere wissenschaftliche Institute mit der Erstellung von systemanalytischen Untersuchungen für den Mittleren Neckar- und den Rhein-Neckar-Raum beauftragt. Diese Systemanalysen sollen u.a. die Belastbarkeit des Verdichtungsraumes, die Grenzen im sozioökonomischen Bereich, im infrastrukturellen Bereich und im landschaftsökologischen Bereich feststellen.

Wasser- und Luftverschmutzung

Mit wachsenden Bevölkerungszahlen vor allem in den Verdichtungsräumen und steigendem Wirtschaftswachstum tritt ein weiterer Problembereich immer unabwieslicher in den Vordergrund, und zwar die daraus resultierende Bedrohung unserer Umwelt durch Anreicherung der Luft und des Wassers mit Schadstoffen. Diese Entwicklung, bei der als Verursacher alle Sektoren, in erster Linie die Wirtschaft aber auch die privaten Haushalte beteiligt sind, wurde in ihrer Tragweite erst in

neuester Zeit als Bedrohung der menschlichen Existenzgrundlage erkannt. Qualifizierte Maßnahmen gegen diese Bedrohung erfordern jedoch zuerst eine umfassende Beschreibung und Quantifizierung der Probleme. In Erkenntnis dieser Tatsache wurde als jüngstes Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik im Frühsommer 1973 die systematische Beobachtung der Umweltverhältnisse aufgenommen.¹⁾

Geplante Umweltstatistiken

Mit dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über Umweltstatistiken, das gegenwärtig dem Bundesrat zur Zustimmung vorliegt, werden vom Jahre 1975 an regelmäßig umweltrelevante Tatbestände erfaßt. Von ihrer statistischen Darstellung sind sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich Entscheidungshilfen zu Umweltproblemen zu erwarten.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Statistiken:

- die öffentliche Abfallbeseitigung und die Abfallbeseitigung in der privaten Wirtschaft
- die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft
- Wasserversorgung und Abwasserwesen bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung
- Unfälle bei Transport und Lagerung wassergefährdender Stoffe
- Abfall- und Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung
- Umwelterhaltende Investitionen im Produzieren der Gewerbe und in der Viehhaltung.

Bisher in anderen Zusammenhängen geführte wasser- und abwasserwirtschaftliche Statistiken werden damit abgelöst bzw. komplettiert. Mit Hilfe der Regionaldatenbank wird es möglich sein, problemorientierte Übersichten in regionaler Gliederung anzubieten.

Umfassende landesspezifische Auswertung

Oberster Grundsatz bei der Bewältigung dieser sehr umfangreichen Arbeiten ist die Sicherung landesspezifischer Darstellungsmöglichkeiten des erhobenen Materials. Schon gegenwärtig sind in der Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes mehr als 100 umweltrelevante Merkmale einbezogen, die bei Bedarf nach verschiedenen umweltspezifischen Frage-

stellungen gruppiert werden können. Zur Zeit werden umfangreiche Kartierungsarbeiten in Zusammenarbeit mit der *Landesstelle für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planung* durchgeführt. Diese Arbeiten haben zum Ziel, die vorhandenen und die künftig noch ergänzend zu erhebenden Daten in naturräumlicher Gliederung, z.B. nach Niederschlags- oder Wassereinzugsgebieten, darzustellen. Auf dieser Grundlage werden wasser- und abwasserwirtschaftliche Übersichten möglich sein, die alle regionalen Gegebenheiten umfassen.

Nur wenige Daten über Luftverschmutzung

Die Verschmutzung des Wassers stellt nur einen Teil der dringend zur Lösung anstehenden Probleme dar. Ein weiterer Problembereich umfaßt die Reinhaltung der Luft. Nach den gegebenen Voraussetzungen ist es dem Statistischen Landesamt jedoch nur in ganz beschränktem Rahmen möglich, Daten darzustellen, die diesen Problemkreis betreffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden keinerlei einzelbetriebliche Emissionsmessungen durchgeführt, die zusammen mit den anderen — Wasser und Müll betreffenden — Umweltstatistiken ausgewertet werden können. Es ist daher trotz dringenden Bedarfs auch nicht möglich, ähnlich regional orientierte Übersichten anzufertigen, wie dies bei der Wasser- und Abwasserwirtschaft vorgesehen ist. Auch etwa regionale Luftbelastungskarten, also lediglich Feststellungen des Ist-Zustandes, sind beim gegenwärtigen Stand des zur Verfügung stehenden Datenmaterials ausgeschlossen. Das Statistische Landesamt muß sich daher auf die monatliche Veröffentlichung der Meßwerte der Schwefeldioxidkonzentration der Luft für einige dichtbesiedelte Gebiete beschränken. Diese Werte werden an einigen wenigen Meßstellen von der *Landesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz* ermittelt. Der gegenwärtig völlig unbefriedigende und der Situation keineswegs angemessene Status wird neben der geringen Anzahl der Meßstellen auch noch an einer weiteren Tatsache sichtbar. Es handelt sich bei Schwefeldioxid zwar um ein weit verbreitetes Schadgas, jedoch belastet die Luft in gefährlicher Weise noch eine ganze Reihe anderer Schadstoffe, deren Wirkung sich in kumulativer Weise verstärken kann, und zwar in Abhängigkeit von zahlreichen Gegebenheiten wie beispielsweise Industrie- und Wohndichte, Verkehrsdichte, Landschaftsform, Klima usw. Deshalb ist seitens dieser Anstalt neben einer Erweiterung des Meßnetzes auch an Messungen anderer Schadstoffe gedacht. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang 1974 vorliegen und dann vom Statistischen Landesamt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß dies nur der erste Anfang einer wesentlich umfassenderen Datenermittlung sein kann; andernfalls ist das Problem der Luftverschmutzung nicht in den Griff zu bekommen.

1) Vgl. dazu auch W. Oberländer, G. Schmidt: Amtliche Statistik und Umweltschutz, in: *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, Heft 8/1973, S. 234 ff.; sowie N. Mach: Die wasserwirtschaftliche Situation im baden-württembergischen Einzugsgebiet des Bodensees, in: *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde*, 1973, S. 5 ff.

Tabelle 1

Ausgewählte Daten zur wasserwirtschaftlichen Situation

Bezeichnung	Einheit	1957	1963	1969	1973 ¹⁾
Wasserförderung insgesamt	Mill. cbm	1085	1300	1485	1700
davon					
Öffentl. Wasserversorgungs-	Mill. cbm	448	557	599	
unternehmen	Mill. cbm	637	743	886	
Durchschnittl. tägl. Wasser-					
verbrauch je Einwohner					
a) in größeren Gemeinden	Liter	164	172	181	185
b) in Stadtkreisen	Liter	191	199	208	215
Abwasseranfall					
a) Haushalte und Kleingewerbe	Mill. cbm			409	475
b) Industrie	Mill. cbm	831	786	883	1025
darunter					
Papierherzeugung	%	36	35	31	
Chem. Industrie	%	19	19	21	
Steine und Erden	%	6	7	9	
Textil	%	11	9	7	
Ernährung	%	8	7	5	

¹⁾ Geschätzt.

Nicht viel Zeit zur Lösung

Einen kleinen Eindruck vom Umfang der Gefährdung geben schon die wenigen zum Problem „Umwelt“ vorliegenden Daten.

So ist beispielsweise die geförderte Wassermenge seit 1957 um über die Hälfte auf 1,7 Milliarden Kubikmeter (geschätzt) angewachsen. Nach dem Verbrauch wird diese Wassermenge als industrielles oder häusliches Abwasser in oft erheblich verschmutztem Zustand vielfach mangelhaft oder gar nicht gereinigt in die Flüsse und Seen des Landes eingeleitet.

Als weiteres Beispiel sei nur erwähnt die erschreckende Menge der Industrieabfälle, die als erste Information aus einer Erhebung der Industrie- und Handelskammern bekannt wurde. Vor allem der enorme durchschnittliche Zuwachs, der bis 1975 zu erwarten ist, gibt eine

Tabelle 2

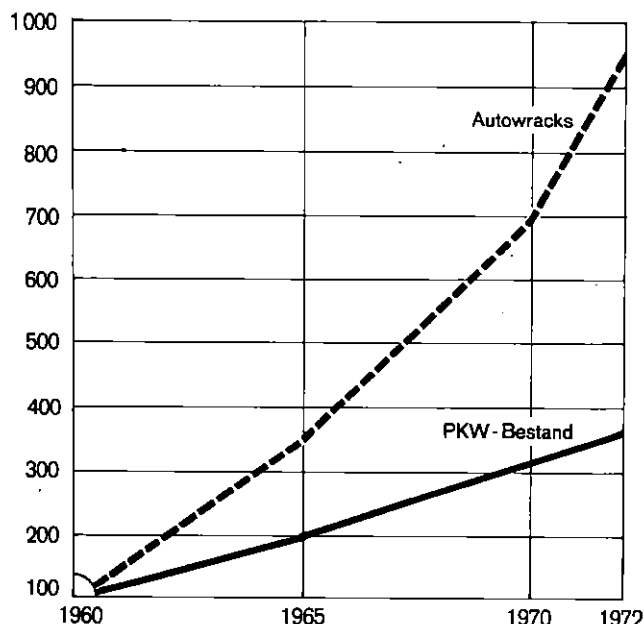
Struktur der bedeutendsten Industrie-Abfallmengen)

Beschreibung der Abfallgruppe	Entstandene Abfallmenge 1971/72	Voraussichtlich anfallende Abfallmenge 1975
	1000 Tonnen	
Keramische, mineralische und Glasabfälle (auch Sand und Gips)	578	584
Eisenmetallabfälle	560	632
Bauschuttstoffe, Abbruchmaterial	445	512
Hausmüll und hausähnlicher Abfall	370	490
Holzabfälle (z. B. Rinde, Bast, Schwarten, Späne, Sägemehl, Holzverschnitt)	316	351
Asche, Schlacke, Ruß aus Feuerungen . .	240	253
Altpapier, Altpappe	218	271
Sperrmüll und sperrmüllähnlicher Abfall	210	245
Schlämme aus Industrie-Abwasserreinigung	205	192
Textilabfälle	152	191
NE-Metallabfälle	123	152
Pflanzliche und tierische Abfälle (auch aus Nahrungsmittelindustrie) . . .	114	120

¹⁾ Auszug aus einer vorläufigen Mengenauswertung der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern durch die Landesstelle für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planung in Karlsruhe. Die Daten beziehen sich auf die verwertbaren Angaben von ca. 70% der einbezogenen Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. –

Schaubild 2

Entwicklung des PKW - Bestandes sowie der Autowracks ¹⁾ (1960 = 100)



¹⁾ Jeweils PKW einschließlich Kombifahrzeuge

37 47

Vorstellung davon, welches Ausmaß die innerhalb kürzester Zeit zur Lösung anstehenden Probleme haben.

Auch die Zahl der zu beseitigenden Autowracks hat sich innerhalb von 12 Jahren bis 1972 mit noch immer steigender Tendenz nahezu verzehnfacht und beträgt heute schon rund 200 000 im Jahr.

Auch die gegenwärtige Energiekrise macht die Dringlichkeit deutlich, mit der detaillierte Daten in *konsistentem* Zusammenhang beschafft werden müssen. So fehlen für qualifizierte politische Entscheidungen ganz wesentliche Informationen, vor allem nach *regionalen* Gesichtspunkten, über umweltbeeinträchtigende Folgen, die von ölsubstituierenden Energieträgern (z.B. Atomkraft) ausgehen könnten.

Sicher ist in jedem Fall, daß ein weiteres Wirtschaftswachstum eine – mit großer Wahrscheinlichkeit überproportionale – Steigerung der ohnehin schon bedenklichen Umweltbelastungen mit sich bringt. Um diese Gefahren zu meistern, bedarf es sachlich fundierter politischer Entscheidungen. Die amtliche Statistik will ihren Beitrag zur Verbesserung der Entscheidungsfindung leisten; dazu ist aber ein wesentlich verbreitertes Instrumentarium erforderlich. Die noch verbleibende Zeit ist beschränkt.

3.8 Rechtspflege

Kriminalitätsentwicklung

Wenn auch nicht ihr gesamtes Ausmaß, so zeigen die polizeiliche Kriminalitätsstatistik (bekanntgewordene Fälle und dazu ermittelte Tatverdächtige) und die

Strafverfolgungsstatistik (Abgeurteilte) doch die Kriminalität und die sich abzeichnende Entwicklung auf. Erstmals stieg 1971 die Zahl der bekanntgewordenen Fälle auf über 300 000 und 1972 die der Verurteilten auf über 100 000.

Im Jahre 1972 wurden bei der Polizei 305 000 Fälle von Verbrechen und Vergehen (ohne Staatsschutz- und Verkehrsdelikte) bekannt (Zunahme gegenüber 1963: 52 Prozent) und hierzu 143 000 Tatverdächtige ermittelt (Zunahme gegenüber 1963: 15,4 Prozent). Von den Gerichten des Landes wurden 115 000 Personen rechtskräftig abgeurteilt und von ihnen 104 500 verurteilt (Zunahme gegenüber 1963: 19,2 Prozent). Dies weist den zunehmenden Geschäftsanfall der Strafverfolgungsbehörden unter Einschluß der Polizei jedoch nur unvollkommen aus, da die Zahl der Übertretungen und der Ordnungswidrigkeiten und im Bereich der Polizei die Verkehrsvergehen außer Ansatz blieben. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern rangiert Baden-Württemberg zwar erst an 10. Stelle, wenn man die Zahl der erfaßten Fälle in Bezug zu 100 000 der Bevölkerung setzt (Häufigkeitszahl). Bezieht man jedoch die ermittelten Tatverdächtigen bzw. die Verurteilten auf 100 000 der Bevölkerung bzw. der strafmündigen Bevölkerung, so liegt Baden-Württemberg hinter den Stadtstaaten und Bayern nur noch an 5. bzw. 4. Stelle im Bundesvergleich. Dies mag zum einen mit der in Baden-Württemberg noch relativ hohen Aufklärungsquote (die vierthöchste im Bundesgebiet) zusammenhängen, die unter anderem auf einen relativ niedrigen Tatanteil bei schwerem Diebstahl zurückgeführt wird, und zum anderen auf eine geringere Anzeigefreudigkeit bei den Delikten, deren Aufklärung von vornherein unwahrscheinlich erscheint.

Schaubild 1

Verurteilte auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung (Altersbereiche) – Verbrechen und Vergehen ohne Verkehrsdelikte

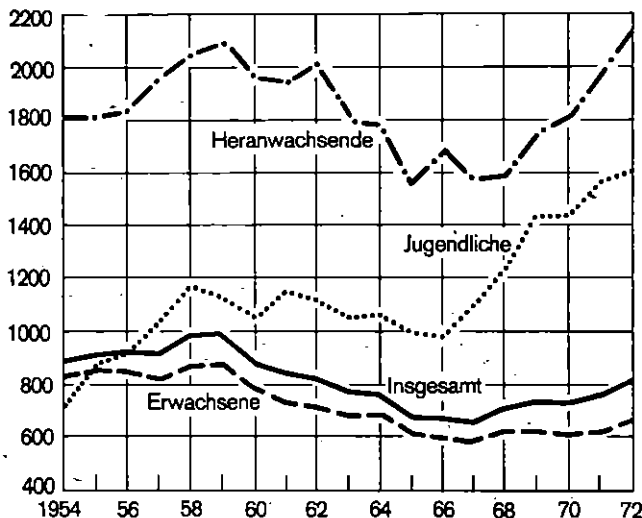
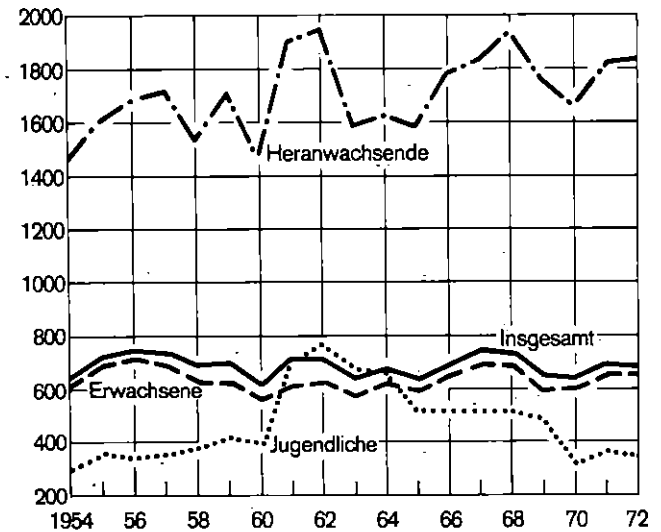


Schaubild 2

Verurteilte auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung (Altersbereiche) Vergehen im Straßenverkehr



Bezieht man die Zahl der Verurteilten auf 100 000 (Verurteiltenziffer) der strafmündigen Bevölkerung (14 Jahre und älter) so zeigt sich, daß die bisher höchste¹⁾ ausgewiesene Straffälligkeit im Jahre 1959 in etwa wieder erreicht wurde. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß zum einen die Aufklärungsquote bei der Polizei sinkt (1963: 62,3 Prozent – 1972: 47,8 Prozent), was sich nicht zuletzt auch in der Zahl der verurteilten Personen (und damit auch in den Verurteiltenziffern) niederschlägt und daß zum anderen die Dunkelziffern – vornehmlich im Bereich der Vermögensdelikte – mit Sicherheit nicht kleiner geworden sind.

Klassische Kriminalität

Die Entwicklung von klassischer Kriminalität und Verkehrskriminalität geht durchaus verschiedene Wege. Die klassische Kriminalität wird immer stärker vom Diebstahl geprägt; so waren 1972 61,5% aller bekanntgewordenen Fälle Diebstähle, darunter mehr als die Hälfte solche unter erschwerenden Umständen. Diese Entwicklung – wie auch die der Kriminalität insgesamt – die sicherlich nur zu einem kleinen Teil auf Änderungen durch das erste Strafrechtsreformgesetz (in Kraft seit dem 1.9.69 bzw. 1.4.70) zurückzuführen ist, wird überwiegend vom männlichen Bevölkerungsteil und hier vor allem von Jugendlichen und Heranwachsenden getragen. Erstmals wurden 1972 sogar mehr männliche Heranwachsende wegen schweren Diebstahls wie wegen einfachen Diebstahls verurteilt, während bei den männlichen Jugendlichen nur noch knapp mehr wegen einfachen Diebstahls verurteilt wurden. Dagegen begingen 52 Prozent aller wegen

1) Aus erhebungstechnischen Gründen etwas zu hoch.

klassischer Delikte verurteilten Frauen 1972 einen einfachen Diebstahl, bei den verurteilten weiblichen Jugendlichen waren es sogar 71,4 Prozent. Ähnlich ist die Situation bei den Raubdelikten, bei denen 1972 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der bekanntgewordenen Fälle um 14,4 Prozent (beim Diebstahl unter erschwerten Umständen betrug die Zunahme 14,9 Prozent) zu verzeichnen war. Auch hier wird die Entwicklung vornehmlich von den männlichen Heranwachsenden und Jugendlichen getragen. So wurden 1972 beim schweren Raub 147 Angehörige dieser zahlenmäßig kleinen Altersgruppe verurteilt gegenüber 108 Erwachsenen; bei räuberischer Erpressung und räuberischem Diebstahl waren es 99 männliche Heranwachsende und Jugendliche gegenüber 70 Erwachsenen.

Am alarmierendsten bei der stark ansteigenden Kriminalität der Jugendlichen (ihre Verurteiltenziffer stieg seit 1963 von 1050 auf 1619) und Heranwachsenden (Verurteiltenziffer von 1813 bzw. 2145) ist jedoch, daß sie vornehmlich im Bereich der schweren Kriminalität zu finden ist. Über das Problem darf auch nicht hinwegtäuschen, daß die Verurteiltenziffern 1971 wegen Diebstahls und Unterschlagung, ebenso wie wegen Raubes und Erpressung noch erheblich unter denen im Bundesgebiet lagen.

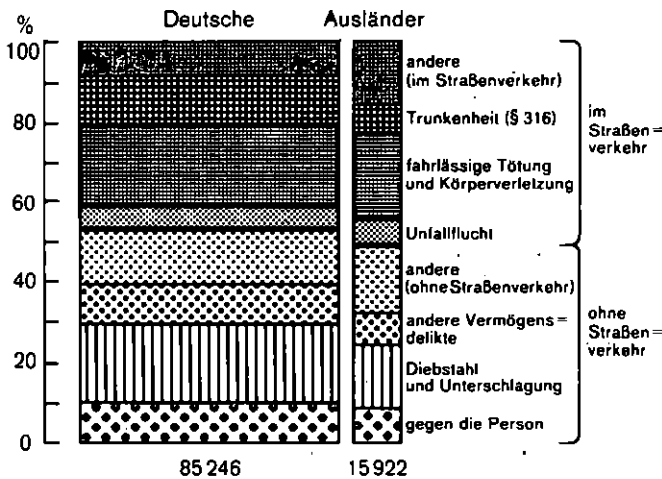
Die augenblickliche relative Beruhigung der *Drogenwelle* bedeutet keine Überwindung des Problems. Schon allein wegen der vermuteten Dunkelziffer — sie liegt bei etwa 90 Prozent und ist nur der von Diebstahl und Abtreibung vergleichbar — kann aus der Zahl der weniger erfaßten Fälle noch kein solcher Rückschluß gezogen werden.

Die zunehmende Organisierung krimineller Dealer und die stark gestiegene Zahl von Apothekeneinbrüchen werden neue Probleme bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität mit sich bringen.

Rauschgiftkriminalität ist zu einem echten Problem der Jugendkriminalität geworden. Waren vor 1967 fast

Schaubild 3

Anteil der Hauptdeliktsgruppen bei Deutschen und Ausländern 1972 (ohne Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz und das Ausländergesetz)



41 74

alle nach dem Betäubungsmittelgesetz (allein oder in Verbindung auch mit schwereren Straftaten) Verurteilten Erwachsene, so waren 1972 40,1 Prozent Jugendliche und 39,9 Prozent Heranwachsende. Nimmt man noch die 21- bis unter 25jährigen dazu, so waren mehr als 90 Prozent der Verurteilten unter 25 Jahre alt.

Verkehrskriminalität

Insgesamt wurden 1972 45,8 Prozent aller Verurteilten wegen Vergehen im Straßenverkehr verurteilt. Bezieht man die Zahl der Verurteilten auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung, so steht Baden-Württemberg bei den Verkehrsdelikten an dritter Stelle unter den Bundesländern, bei fahrlässiger Körperverletzung in Verbindung mit einem Verkehrsunfall sogar an erster.

Tabelle 1

Tatverdächtige und Verurteilte wegen Rauschgiftvergehen

Jahr	Erfasste Fälle 1)	Ermittelte Tatverdächtige 1)	Abgeurteilte insgesamt 2)	Verurteilte 2)		
				Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche
1967	102	119	36	28	1	2
1968	163	194	48	27	13	4
1969	404	479	87	62	15	6
1970	1 718	2 016	362	135	100	76
1971	5 297	2 782	1 101	229	377	384
1972	3 787	2 797	1 316	190	374	373

1) Polizeiliche Kriminalstatistik. - 2) Nur wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz oder daneben auch gegen die Abgabenordnung.

Besonders ist die starke Zunahme der wegen Straßenverkehrsvergehen in Trunkenheit Verurteilten hervorzuheben: 1963 war es noch jeder 12., 1972 wurde jedoch schon jeder Dritte wegen eines Straßenverkehrsvergehens in Trunkenheit verurteilt. Den Schwerpunkt bei den Straßenverkehrsdelikten bilden die Vergehen der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung (in und ohne Trunkenheit), die 1972 mit 22 915 Verurteilten (Zunahme gegenüber 1963 um 30,9 Prozent) die Zahl der wegen Diebstahls Verurteilten (1972: 18 382) übertraf.

Ausländerkriminalität

Die *Ausländerkriminalität* unterscheidet sich von der des deutschen Bevölkerungsteils in Bezug auf die Strafbarkeit insgesamt (Verurteilte bezogen auf 100 000 des entsprechenden Bevölkerungsteiles) kaum.

Die ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden waren 1971 und 1972 weniger, die 21- bis unter 30-jährigen dagegen häufiger straffällig als die gleichaltrigen deutschen. Auffallende Diskrepanzen gibt es in der Häufigkeit der Begehung einzelner Delikte; die Strafbarkeit der Ausländer ist beispielsweise bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten größer als die der Deutschen, die der Deutschen dagegen beim schweren Diebstahl höher als die der Ausländer. Bei den Straßenverkehrsdelikten, mit Ausnahme der Vergehen in Trunkenheit im Straßenverkehr, fallen die Ausländer dagegen häufiger auf, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß ein großer Teil dieser Straftaten von nicht in Baden-Württemberg ansässigen Ausländern wie z.B. Touristen begangen wird.

3.9 Öffentliche Finanzen

Von den zahlreichen Problemen der öffentlichen Finanzwirtschaft werden drei Themen behandelt, denen nicht nur im Augenblick Bedeutung zukommt. So ist vor allem die reale Entwicklung der Staatsfinanzen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Gesamtentwicklung von allgemeinem Interesse.

Erst wenn die *Deflationierung* der Einnahmen wie auch der Ausgaben des Staates möglich sein wird, kann festgestellt werden, ob der Staat durch die Geldentwertung gewinnt oder verliert. Als ersten Teil legt das Statistische Landesamt die Deflationierung der Staatsausgaben 1970 bis 1973 vor.

In welchem starkem Umfang die Haushaltspolitik des Landes durch ausgabenwirksame Gesetze, durch sonstige rechtliche Verpflichtungen und andere Zwangsläufigkeiten vorprogrammiert ist, zeigt die *Aufgliederung der Staatsausgaben nach zwangsläufigen und nicht zwangsläufigen Ausgaben*. Nur der zuletzt genannte Teil steht zur Disposition politischer Entscheidungen.

Die *Investitionsausgaben* der öffentlichen Hand spielen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine wichtige Rolle. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, da ein Rückgang oder gar Stillstand des Wachstums nicht auszuschließen ist, kommt dabei der Forderung, die Investitionsausgaben als Instrument antizyklischer Finanzpolitik einzusetzen, besondere Bedeutung zu. Im Hinblick auf die ständig steigenden Ansprüche an die Infrastruktur wird aber auch nicht selten verlangt, die öffentlichen Ausgaben für Investitionen überproportional zu den öffentlichen Gesamtausgaben ansteigen zu lassen, um damit wesentliche Voraussetzungen für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.

Deflationierung der Staatsausgaben 1970 bis 1973

Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt für Baden-Württemberg gegenwärtig bei über 11 Prozent. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auch die des Preisniveaus sowie der Preisstruktur wird daher nicht unwesentlich vom staatlichen Bereich beeinflusst. Umgekehrt wirkt sich die allgemeine Preisentwicklung aber auch auf die Ausgabenseite der staatlichen Wirtschaft aus. So wächst in zunehmendem Maße das Bedürfnis, wie bei den übrigen volkswirtschaftlichen Bereichen auch für den staatlichen Sektor kaufkraftmäßige Betrachtungen anzustellen, um so die reale Entwicklung der öffentlichen Haushaltswirtschaft aufzeigen zu können.

Als Basisjahr für die Deflationierung der Staatsausgaben wurde 1970 angenommen, da mit diesem Jahr die Umstellung auf eine neue Haushaltssystematik erfolgte. Für die Untersuchung wurde die Ausgabenseite der Haushalte in über 60 Ausgabenarten gegliedert. Die zur Deflationierung der einzelnen Positionen geeigneten Indices konnten weitgehend der amtlichen Statistik entnommen werden.

Das *Ergebnis* der Berechnungen zeigt, daß das Land für die Gesamtausgaben 1971 rund 1010 Mill. DM, 1972 rund 1850 Mill. DM und 1973 rund 3146 Mill. DM mehr in Rechnung stellen mußte, als für die Leistungen der betreffenden Jahre 1970 erforderlich gewesen wäre. Die einzelnen Ausgabenarten weisen dabei recht unterschiedliche Entwicklungen auf. Die höchsten Werte erreichte das Preis-Lohnniveau bei den Personalausgaben. Hier war für 1973 ein Deflator von 1,330 in Ansatz zu bringen (Deflator der Gesamtausgaben: 1,235). Die nach der Preisbereinigung der Personalausgaben verbleibenden Zuwachsraten setzten sich aus zwei Komponenten zusammen, nämlich aus den Mehrausgaben aufgrund von Stellenvermehrungen als Folge von Aufgabenerweiterungen und aus den strukturellen Lohn- und Gehaltsverbesserungen als Ausdruck gestiegener Arbeitsqualität bzw. Arbeitsproduktivität.

Tabelle 1

Entwicklung der Ausgaben des Landes Baden-Württemberg in den Jahren 1970-1973

- Planansätze einschließlich Nachträge -

Ausgabeart		1970	1971		1972		1973	
		Mill.DM		Veränderung ¹⁾ in %	Mill.DM	Veränderung ¹⁾ in %	Mill.DM	Veränderung ¹⁾ in %
Personalausgaben	a	4 364,9	5 283,2	21,0	6 032,6	14,2	7 009,5	16,2
	b	-	4 704,6	7,8	5 010,5	6,5	5 270,3	5,2
Sächliche Verwaltungsausgaben (ohne Schuldendienst)	a	584,4	677,1	15,9	758,1	12,0	862,8	13,8
	b	-	637,0	9,0	678,1	6,5	723,8	6,7
Schuldendienst	a	447,0	512,2	14,6	564,9	10,3	670,4	18,7
	b	-	512,2	14,6	564,9	10,3	670,4	18,7
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	a	3 142,8	3 424,3	9,0	3 946,4	15,2	4 663,0	18,2
	b	-	3 221,4	2,5	3 529,8	9,6	3 911,9	10,8
Baumaßnahmen	a	721,5	873,6	21,1	796,5	- 8,8	792,4	- 0,5
davon	b	-	802,7	11,3	698,5	-13,0	659,7	- 5,6
Hochbau	a	400,9	609,3	52,0	586,1	- 3,8	540,1	- 7,9
	b	-	558,1	39,2	506,8	- 9,2	436,6	-13,8
Tiefbau	a	320,6	264,6	- 17,0	210,4	-20,4	252,3	19,9
	b	-	244,6	- 23,7	191,7	-21,6	223,1	16,4
Sonstige Investitionen 2)	a	1 738,1	1 930,7	11,1	2 186,8	13,3	2 785,6	27,4
	b	-	1 797,6	3,4	1 940,4	7,9	2 344,8	20,8
Globale Mehr- und Minderausgaben	a	1,7	- 200,0	.	- 100,0	-50,0	- 300,0	200,0
	b	-	- 183,8	.	- 87,0	-52,7	- 242,9	179,2
Haushaltstechnische Verrechnungen	a	165,9 ³⁾	17,4	.	19,7	13,2	51,7	162,4
	b	-	17,4	.	19,7	13,2	51,7	162,4
Gesamtausgaben	a	11 166,3	12 518,5	12,1	14 205,0	13,5	16 535,2	16,4
	b	-	11 509,0	3,1	12 354,9	7,3	13 388,9	8,4

a = in jeweiligen Preisen. - b = nach Preisbereinigung (Preis-Lohnniveau 1970). - 1) Gegen Vorjahr. - 2) Einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen. - 3) Einschließlich Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 150 Mill.DM. - x) Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.

Die übrigen Ausgabenarten wurden im untersuchten Zeitraum in wesentlich geringerem Maße von dem anhaltenden Geldwertschwund betroffen als die Personalausgaben. An zweiter Stelle standen die Baumaßnahmen (Deflator: 1,201), dicht gefolgt von den Sächlichen Verwaltungsausgaben und den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (Deflator jeweils 1,192).

Wegen der unterschiedlichen Preisentwicklung bei den einzelnen Ausgabenarten ergeben sich bei den prozentualen Anteilen der deflationierten Ansätze an den Gesamtausgaben gegenüber den ursprünglichen Werten Verschiebungen. Deutlich zeigt dies ein Vergleich bei den Personalausgaben, den Zuweisungen und Zuschlägen für laufende Zwecke und den Investitionsausgaben (vgl. Tabelle 2). Die prozentualen Anteile liegen bei den preisbereinigten Personalausgaben deutlich unter, bei den beiden anderen Posten dagegen über denen der Ausgangswerte.

Tabelle 2

Anteil ausgewählter Ausgabearten am Haushaltsvolumen

Jahr		Haus- halts- volumen	Personal- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	Investi- tions- ausgaben ¹⁾
		Mill.DM	%-Anteil am Haushaltsvolumen		
1970		11 166,3	39,1	28,1	22,0
1971	a	12 518,5	42,2	27,4	22,4
	b	11 509,0	40,9	28,0	22,6
1972	a	14 205,0	42,5	27,8	21,0
	b	12 354,9	40,6	28,6	21,4
1973	a	16 535,2	42,4	28,2	21,6
	b	13 388,9	39,4	29,2	22,4

a = in jeweiligen Preisen; - b = nach Preisbereinigung (Preis-Lohnniveau 1970) -
1) Baumaßnahmen, Sonstige Investitionen einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen.

Aufgliederung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans 1974 nach zwangsläufigen und nichtzwangsläufigen Ausgaben

Die Staatsausgaben wurden erstmals im Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 1972 bis 1976 sowie in den Längerfristigen Finanzperspektiven bis 1985 nach zwangsläufigen und nichtzwangsläufigen Ausgaben aufgegliedert. Um den Haushaltsplan 1974 in derselben Weise transparent zu machen, wurde versucht, die einzelnen Ausgabenansätze entsprechend zuzuordnen.

Der Gliederungsmethode der Finanzplanung folgend, wurden

die Personalausgaben,
die Verpflichtungen auf Grund von Bundes- und Landesgesetzen,

die sonstigen rechtlichen Verpflichtungen,
die sächlichen Verwaltungsausgaben,
die Durchlaufenden Mittel und die Minderausgaben

als zwangsläufige Ausgaben den Ausgaben für Investitionsprogramme und Gemeinschaftsaufgaben sowie den übrigen sächlichen Ausgaben gegenübergestellt (vgl. Tabelle 3).

Investitionsausgaben von Staat und Gemeinden

Zu den Aufwendungen für Investitionen werden neben den hauptsächlich der Verbesserung der Infrastruktur dienenden *Sachinvestitionen* – das heißt den öffentlichen Ausgaben für Bauten, Grunderwerb und Beschaffung von beweglichem Vermögen – auch die sogenannten *mittelbaren Investitionsausgaben* gezählt,

Tabelle 3

Staatshaushaltspläne 1973 und 1974

Ausgabenart	1973 ¹⁾		1974 ²⁾		Veränderung gegen Vorjahr in %
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	
Zwangsläufige Ausgaben	14 688,5	88,8	16 442,7	88,7	+ 11,9
Personalausgaben	7 009,5	42,4	8 085,0	43,6	+ 15,3
Verpflichtungen aufgrund von Bundes-/Landes- gesetzen	5 936,9	35,9	6 495,7	35,0	+ 9,4
sonstige rechtliche Ver- pflichtungen	1 046,7	6,3	1 375,8	7,4	+ 31,4
darunter: Schuldendienst für Kreditmarktmittel	488,9	3,0	650,1	3,5	+ 33,0
Durchlaufende Mittel	132,6	0,8	132,0	0,7	- 0,5
Minderausgaben ³⁾	- 300,0	- 1,8	- 621,7	- 3,3	+ 107,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	862,8	5,2	976,3	5,3	+ 13,2
Nichtzwangsläufige Ausgaben	1 846,7	11,2	2 098,3	11,3	+ 13,6
Investitionsprogramme und Gemeinschaftsaufgaben	1 300,6	7,9	1 348,3	7,3	+ 3,7
darunter: Baumaßnahmen im Staatlichen Hochbau	180,0	1,1	153,6	0,8	- 14,7
Aus- und Neubau von Hochschulen	459,0	2,8	558,2	3,0	+ 21,6
Straßenbau	145,6	0,9	237,4	1,3	+ 63,0
Verbesserung der Agrar- struktur	281,3	1,7	263,7	1,4	- 6,3
Übrige sächlich Ausgaben	546,1	3,3	750,0	4,0	+ 37,3
Ausgaben insgesamt	16 535,2	100,0	18 541,4	100,0	+ 12,1

1) Einschließlich Nachtrag. - 2) Einschließlich Nachtrags-Entwurf. - 3) Übertragung der Finanzierung von Landesaufgaben auf die Landeskreditbank.

wie sie in Gestalt von Darlehen und Zuschüssen für öffentliche Einrichtungen und für private Investitionen (vor allem in strukturschwachen Wirtschaftszweigen bzw. -regionen) sowie durch Übernahme von Beteiligungen gewährt werden.

Für Investitionsausgaben sind vom Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden 1973 rund 9,1 Mrd.DM vorgesehen; davon entfallen 2,5 Mrd.DM auf das Land und 6,6 Mrd.DM auf den kommunalen Sektor. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die vom Land an die Gemeinden (Gv) gewährten Finanzierungshilfen in Höhe von 1,05 Mrd.DM zur Vermeidung von Doppelzahlungen beim Land nicht aufgeführt wurden. Obwohl sich damit die Aufwendungen für Investitionszwecke seit 1970 um mehr als die Hälfte erhöht haben, ist ihr Anteil am Haushaltsvolumen der beiden Ebenen nur von 26,0% auf 27,6% angestiegen, da die Gesamtausgaben ebenfalls eine nicht unerhebliche Zunahme für diesen Zeitraum aufweisen (+45,6%).

Die Entwicklung verlief beim Land und bei den Gemeinden (Gv) recht unterschiedlich. Da das Land seine Investitionsausgaben (ohne Zuschüsse an den kommunalen Bereich) im genannten Zeitraum wesentlich geringer ausweitete (+30,8%) als die Gesamtausgaben (+46,7%), ist hier deren Anteil am Haushaltsvolumen von 17,1% auf 15,3% zurückgegangen. Im Vergleich dazu errechnet sich für die Gemeinden (Gv) – bei einem Anstieg der Gesamtausgaben um 44,5% und der Investitionsausgaben um 66,0% – ein Anteil am Haushaltsvolumen von nahezu 40% gegenüber 34,6% im Jahr 1970.

Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der Investitionsausgaben von Land und Gemeinden (Gv) zusammen weist im Zeitraum 1970/73 die beachtliche Höhe von nominal 15,6% auf. Allerdings hat der Preisanstieg einen großen Teil des Ausgabenzuwachses im Investitionsbereich aufgezehrt. Bei einer *Deflationierung* der Ausgaben auf der Basis 1970

Tabelle 4

Investitionen des Landes und der Gemeinden (Gv) nach Arten

Art	Ebene	1970	1971	1972	1973 ¹⁾
		Istergebnisse			HHPI.
		Mill. DM			
Unmittelbare Investitionen	Land	1 051,5	1 268,8	1 025,2	1 079,6
	Gemeinden	3 706,5	4 407,4	4 886,6	6 128,1
	zusammen	4 758,0	5 676,2	5 911,8	7 207,7
Baumaßnahmen	Land	830,0	978,5	742,7	792,4
	Gemeinden	3 038,0	3 760,2	4 122,0	5 269,9
	zusammen	3 868,0	4 738,7	4 864,7	6 062,3
Erwerb von unbeweglichen Sachen	Land	75,6	100,1	99,3	56,6
	Gemeinden	482,9	444,5	538,6	562,1
	zusammen	558,5	544,6	637,9	618,7
Erwerb von beweglichen Sachen	Land	145,9	190,2	183,2	230,6
	Gemeinden	185,6	202,7	226,0	296,1
	zusammen	331,5	392,9	409,2	526,7
Mittelbare Investitionen	Land	874,8	989,3	1 156,2	1 440,0
	Gemeinden	277,1	434,6	417,9	484,2
	zusammen	1 151,9	1 423,9	1 574,1	1 924,2
Erwerb von Beteiligungen	Land	27,6	23,3	18,6	2,8
	Gemeinden	34,7	85,2	64,8	58,5
	zusammen	62,3	108,5	83,4	61,3
Darlehen	Land	115,5	115,0	139,2	176,1
	Gemeinden	197,2	265,6	239,1	246,3
	zusammen	312,7	380,6	378,3	422,4
Zuschüsse für Investitionen	Land ²⁾	731,7	851,0	998,4	1 261,1
	Gemeinden	45,2	83,8	114,0	179,4
	zusammen	776,9	934,8	1 112,4	1 440,5
Insgesamt	Land	1 926,3	2 258,1	2 181,4	2 519,6
	Gemeinden	3 983,6	4 842,0	5 304,5	6 612,3
	zusammen	5 909,9	7 100,1	7 485,9	9 131,9

1) Auf der Basis der kommunalen Finanzplanung teilweise geschätzt. – 2) Bereinigt um die Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (Gv).

ergibt sich nur noch ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 9,2%. Für das Land allein betragen die entsprechenden Werte 9,3% (nominal) und 3,6% (real); im kommunalen Bereich reduziert sich die durchschnittliche jährliche Zunahme von 18,3% auf 11,7%.

Von den für das Jahr 1973 vorgesehenen öffentlichen Investitionsausgaben in Höhe von 9,1 Mrd. DM entfallen mit 7,2 Mrd. DM fast drei Viertel auf *Sachinvestitionen*. Während diese beim Land nach einer Zunahme von stark einem Fünftel im Jahr 1971 im Berichtsjahr mit knapp 1,1 Mrd. DM nur geringfügig über dem Stand von 1970 liegen, sind die Aufwendungen für Sachinvestitionen auf der kommunalen Ebene um nahezu zwei Drittel auf 5,3 Mrd. DM angestiegen.

Der weitaus größte Einzelposten bei den unmittelbaren Investitionen sind die Ausgaben für Baumaßnahmen. Von den rund 6,1 Mrd. DM im Jahr 1973 entfallen 5,3 Mrd. DM auf die Gemeinden (Gv) und 792 Mill. DM auf das Land. Gliedert man die Bauausgaben beim *kommunalen Sektor* nach Funktionen auf, so trifft im Jahr 1973 mit 2,9 Mrd. DM stark die Hälfte auf den Hochbau. Weitaus an erster Stelle steht hier mit 1061 Mill. DM der Schulhausbau, dessen Ausgaben sich seit 1970 nahezu um drei Viertel erhöht haben. Es folgen die Ausgaben für den Bau von kommunalen Einrichtungen. Diese sind im Berichtszeitraum fast um die Hälfte auf 502 Mill. DM angestiegen. Die Aufwendungen für den Bau von Krankenhäusern haben sich mit 324 Mill. DM seit 1970 mehr als verdoppelt. Beim Tiefbau, für den im Jahr 1973 rund 2,4 Mrd. DM vorgesehen sind, stehen die Ausgaben für den Straßenbau mit 1,3 Mrd. DM an der Spitze. Bei der starken Steigerung der Verkehrsausgaben um fast die Hälfte muß man berücksichtigen, daß die Kommunen neben den Landeszuschüssen seit 1967 auch Bundeszuschüsse aus dem Mineralölsteueraufkommen für ihre Verkehrsvorhaben erhalten. Auch die für die Abwasserbeseitigung bereitgestellten Mittel in Höhe von 795 Mill. DM liegen um mehr als die Hälfte über den Ausgaben von 1970. Mit einer Zunahme um mehr als das Eineinhalbfache auf 334 Mill. DM weisen die Ausgaben für die Wasserversorgung seit 1970 die größte Zuwachsrate auf.

Bei den Bauausgaben des *Landes* entfallen 1973 mit 540 Mill. DM stark zwei Drittel auf den Hochbau. Hier sind die Ausgaben für den Hochschulbau nach

einem starken Anstieg von nahezu zwei Dritteln auf 498 Mill. DM im Jahr 1971 in den beiden folgenden Jahren wieder bis auf 334 Mill. DM, also ungefähr auf den Stand von 1970 zurückgegangen. Die Mittel für den Straßenbau, als Hauptposition des Tiefbaus, sind nach einer Abnahme von 302 Mill. DM im Jahr 1970 bis auf 193 Mill. DM im Jahr 1972 im darauffolgenden Jahr wieder geringfügig auf 226 Mill. DM angestiegen.

Der Schwerpunkt der Investitionsausgaben beim Staat verlagert sich immer mehr zu den Finanzinvestitionen (Darlehen für den Wohnungsbau und die Wirtschaft, Investitionszuschüsse für den öffentlichen und privaten Bereich und Beteiligungen). So haben sich die Ausgaben für *mittelbare Investitionen* seit 1970 um nahezu zwei Drittel auf 1,4 Mrd. DM erhöht. Die bereits oben erwähnten Finanzierungshilfen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände (1973 rund 1,05 Mrd. DM) sind hauptsächlich für den Schulhausbau (238 Mill. DM), für die Wasserwirtschaft (146 Mill. DM) und für den Bau von Krankenhäusern (137 Mill. DM) vorgesehen. Diese Mittel haben sich seit 1970 etwa verdoppelt. Außerdem wurden in den letzten Jahren in zunehmendem Maße Schuldendienstzuschüsse eingeräumt, die eine starke Hebelwirkung auf die private Investitionstätigkeit — überwiegend beim Wohnungsbau — haben. Für das Jahr 1973 sind beispielsweise allein vom Staat Schuldendienstzuschüsse in Höhe von 241 Mill. DM vorgesehen. Da Schuldendiensthilfen finanzstatistisch nicht zu den Investitionsausgaben, sondern zu den laufenden Ausgaben zählen, wird dieser Teil der mittelbaren öffentlichen Maßnahmen zur Investitionsförderung in den Angaben über die Entwicklung mittelbarer Investitionen überhaupt nicht mehr erfaßt.

Die *künftige Entwicklung* der Investitionsausgaben beim Land hängt in erster Linie davon ab, ob es gelingen wird, einen angemessenen Investitionsspielraum im Haushalt sicherzustellen, um die dringlichsten Programme, wie Krankenhausbau, Kindertagesstätten, Altenheime, Schulhaus-, Sportstätten-, Wohnungs- und Straßenbau, Umweltschutz usw. durchführen zu können. Ein Eckpfeiler zur Erreichung dieses Ziels ist die im Mittelfristigen Finanzplan 1972 bis 1976 vorgesehene stufenweise Senkung des Personalstellenzuwachses in den kommenden Jahren, wodurch mittel- und vor allem längerfristig Beträge für Investitionen bzw. Investitionszuschüsse freigesetzt werden könnten.

Anhang

Anmerkungen und Tabellen zu Teil 2 und 3

Inhalt

1. Kenndaten der Vorausschätzung für die deutsche Bevölkerung
2. Kenndaten der Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung
3. Methodischer Ansatz der Regionalvorausschätzungen
4. Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung; Basis 1.1.1973
5. Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen; Basis 1.1.1973
6. Altersspezifische Erwerbsquote 1970 und Annahmen für 1975
7. Regionale Bevölkerungsentwicklung 1961, 1970 und 1990
8. Regionale Wirtschaftsstruktur
9. Rangfolge der Kreise nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts 1961 und 1970
10. Ausgewählte Daten der Mittelbereiche in der Gliederung nach Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer 1969
11. Der Zusammenhang zwischen Produktivität, Erwerbspersonen und Bruttoinlandsprodukt
12. Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen am 16.10.1972
13. Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe von Grund- und Hauptschulen auf Realschulen und Gymnasien nach Stadt- und Landkreisen im Schuljahr 1973/74
14. Ausländer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie an Höheren Fachschulen am 16.10. bzw. 15.11.1972
15. Grund- und Hauptschüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Geschlecht und Klassenstufe am 16.10.1972
16. Ausländische Grund- und Hauptschüler nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Stadt- und Landkreisen am 16.10.1972
17. Wichtige Dienstleistungsgruppen 1970 nach Kreisen, Regionalverbänden und Regierungsbezirken und der Anzahl der Beschäftigten
18. Versorgung mit Dienstleistungen 1970 in den Regionalverbänden (Verwaltungseinteilung 1.1.1973)
19. Veränderungen der Dienstleistungsstruktur 1970/1961
20. Versorgung mit Dienstleistungen in den Flächenländern der Bundesrepublik 1970
21. Entwicklung der Kriminalität (ohne Verkehrsdelikte)
22. Abgeurteilte und Verurteilte (einschließlich Verkehrsdelikte)
23. Verurteilte Deutsche und Ausländer nach strafbaren Handlungen und Geschlecht 1972
24. Verurteilte Ausländer männlichen Geschlechts nach Nationalität und krimineller Belastung 1972

Anhang

Anmerkungen und Tabellen zu Teil 2 und 3

1. Kenndaten der Vorausschätzung für die deutsche Bevölkerung

Basisbevölkerung: Stand der deutschen Bevölkerung am 1.1.1973;

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Für den gesamten Vorausschätzungszeitraum wurden die auch für die Vorausschätzung der Gesamtbevölkerung benutzten Werte des Mittels 1970/72 eingesetzt. Nach dem vorliegenden Material sind die Unterschiede in der Sterblichkeit zwischen der deutschen und der Gesamtbevölkerung bisher so gering, daß die Benutzung einheitlicher Sterbeziffern vertretbar erscheint.

Fruchtbarkeitsziffern: Es wurden gesonderte Fruchtbarkeitsziffern für die deutsche Bevölkerung berechnet. Ausgehend vom Stand im Jahr 1972 wurden diese Ziffern für 1973 entsprechend der bisher überschaubaren Entwicklung im Jahr 1973 vermindert und für 1974 nochmals um die halbe Abnahmerate des Jahres 1973; von da an wurden die Ziffern auf dem dann erreichten Stand belassen.

Wanderungsansatz: Entsprechend der bisherigen Entwicklung und unter Berücksichtigung unserer neueren Überlegungen zum Verhältnis Bevölkerungszunahme zu Erwerbspersonenzunahme wurde für 1973 ein Wanderungsgewinn von 19 000 Deutschen eingerechnet, der bis zum Jahr 1979 auf 15 000 Deutsche vermindert und in dieser Höhe im gesamten weiteren Vorausschätzungszeitraum beibehalten wurde.

Erwerbsquoten: Entsprechend den im Beitrag "Entwicklung der Erwerbsquoten 1961 bis 1970 und Vorausschätzung für 1975" in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1973, genannten Erwerbsquoten für die deutsche Bevölkerung.

2. Kenndaten der Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung

Basisbevölkerung: Stand 1.1.1973;

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Im gesamten Vorausschätzungszeitraum entsprechend dem Mittel 1970/72;

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand im Jahr 1972 wurden diese Ziffern für 1973 entsprechend der bisher überschaubaren Entwicklung im Jahr 1973 vermindert und im Jahr 1974 nochmals um die halbe Abnahmerate des Jahres 1973; von da an wurden die Ziffern auf dem dann erreichten Stand konstant belassen.

Wanderungsansatz: Unter Berücksichtigung unserer neueren Überlegungen zum Verhältnis Bevölkerungszunahme zu Erwerbspersonenzunahme wurde für 1973 ein Wanderungsgewinn von 79 000 Personen eingerechnet, der sich bis 1976 zunächst langsam und dann rascher bis auf 15 000 Personen im Jahr 1979 reduziert. Diese Höhe des jährlichen Wanderungsansatzes wird dann im gesamten weiteren Vorausschätzungszeitraum beibehalten.

Erwerbsquoten: Entsprechend den im Beitrag "Entwicklung der Erwerbsquoten 1961 bis 1970 und Vorausschätzung für 1975" in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1973, genannten Daten.

3. Methodischer Ansatz der Regionalvorausschätzungen

Basisbevölkerung: Stand 1.1.1971 oder 1.1.1972;

Sterbeziffern: Für den gesamten Vorausschätzungszeitraum wurde in allen Kreisen das Landesmittel der Sterbeziffern in den Jahren 1968/70 eingesetzt; für 1971 – für die auf der Basis 1.1.1972 stehenden Vorausschätzungen soweit möglich für 1972 – wurde die Zahl der Gestorbenen an die tatsächliche Zahl angepaßt.

Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Ausgehend vom Mittel in den Jahren 1968/70 für das Land Baden-Württemberg wurden bis 1976 leichte Verbesserungen eingerechnet, ab 1976 die Werte konstant gehalten.

Fruchtbarkeitsziffern: Basis war der Stand 1970 im Land; die Niveauunterschiede in der Fruchtbarkeit zwischen den einzelnen Kreisen wurden durch Anpassung an die tatsächliche Zahl der Lebendgeborenen im Kreis 1971 oder – soweit bereits möglich – 1972 erreicht. Bis 1973 wurde eine weitere leichte Verminderung der Fruchtbarkeitsziffern angesetzt, von da an wurden die Ziffern konstant gehalten.

Wanderungsansatz: Für 1971 – bei Vorausschätzungen auf der Basis 1.1.1972 soweit möglich für 1972 – wurde der tatsächliche Wanderungssaldo eingesetzt. Für die Jahre bis 1977 wurden 50% des jährlichen mittleren Wanderungssaldos der Jahre 1964/71 eingerechnet; in den Jahren 1978/79 wurde dieser Ansatz um 20% auf 40% des Mittels 1964/71 reduziert und von da an konstant auf dieser Höhe belassen.

Erwerbsquoten: Basis waren die Erwerbsquoten des Kreises nach Volkszählung 1970; bis 1975 wurden leichte Veränderungen der Erwerbsquoten eingerechnet, von da an wurden sie konstant gehalten.

Gebietsstand: Veränderungen des Gebietsstandes der Kreise wurden bis 31.12.1971 berücksichtigt.

4. Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung

Basis: 1.1.1973

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gesamt-Bevölkerung			Deutsche-Bevölkerung		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen

1.1.1973						
0 - 5	329 096	314 513	643 609	287 004	274 397	561 401
5 - 10	405 241	384 660	789 901	376 378	357 903	734 281
10 - 15	376 387	358 602	734 989	356 292	338 966	695 258
15 - 20	333 601	317 231	650 832	301 121	289 191	590 312
20 - 25	329 709	325 898	655 607	275 481	270 130	545 611
25 - 30	315 871	285 514	601 385	239 880	238 852	478 732
30 - 35	411 454	365 516	776 970	333 461	329 828	663 289
35 - 40	364 222	318 123	682 345	299 958	290 953	590 911
40 - 45	310 526	278 323	588 849	266 928	258 847	525 775
45 - 50	245 891	289 750	535 641	220 428	276 668	497 096
50 - 55	197 282	276 788	474 070	183 808	269 620	453 428
55 - 60	162 045	231 997	394 042	154 920	228 360	383 280
60 - 65	208 318	294 976	503 294	203 784	291 738	495 522
65 - 70	182 422	254 997	437 419	180 332	252 698	433 030
70 - 75	130 467	199 639	330 106	129 241	197 800	327 041
75 und älter	118 650	236 443	355 093	117 303	234 158	351 461
zusammen	4 421 182	4 732 970	9 154 152	3 926 319	4 400 109	8 326 428

1.1.1975						
0 - 5	285 188	273 223	558 411	234 423	223 973	458 396
5 - 10	392 370	372 726	765 096	355 597	338 889	694 486
10 - 15	400 605	381 861	782 466	374 863	357 191	732 054
15 - 20	360 316	336 269	696 585	323 178	307 219	630 397
20 - 25	336 980	340 090	677 070	281 302	277 326	558 628
25 - 30	334 341	299 816	634 157	243 965	238 663	482 628
30 - 35	386 835	341 489	728 324	302 585	299 768	602 353
35 - 40	406 693	357 894	764 587	332 380	325 218	657 598
40 - 45	320 080	280 286	600 366	265 051	256 376	521 427
45 - 50	280 486	286 092	566 578	248 609	270 008	518 617
50 - 55	222 432	308 472	530 904	204 638	298 112	502 750
55 - 60	135 037	193 920	328 957	127 391	189 960	317 351
60 - 65	201 851	294 675	496 526	196 408	290 536	486 944
65 - 70	184 245	269 162	453 407	181 504	266 138	447 642
70 - 75	139 404	210 230	349 634	137 782	207 944	345 726
75 und älter	127 729	255 388	383 117	126 122	252 447	378 569
zusammen	4 514 592	4 801 593	9 316 185	3 935 798	4 399 768	8 335 566

1.1.1980						
0 - 5	261 502	250 309	511 811	199 383	190 509	389 892
5 - 10	289 626	277 383	567 009	235 702	225 470	461 172
10 - 15	396 463	376 836	773 299	357 057	340 091	697 148
15 - 20	409 434	389 283	798 717	375 286	358 202	733 488
20 - 25	375 178	355 565	730 743	322 954	310 660	633 614
25 - 30	363 144	356 536	719 680	286 597	280 545	567 142
30 - 35	349 092	306 346	655 438	248 156	240 564	488 720
35 - 40	393 392	344 223	737 615	303 445	300 266	603 711
40 - 45	406 129	358 482	764 611	330 170	324 533	654 703
45 - 50	315 370	279 015	594 385	261 226	254 421	515 647
50 - 55	272 130	282 321	554 451	241 889	266 402	508 291
55 - 60	211 571	301 215	512 786	195 188	291 517	486 705
60 - 65	124 170	187 753	311 923	118 110	184 848	302 958
65 - 70	174 524	275 892	450 416	170 913	272 702	443 615
70 - 75	145 152	236 768	381 920	143 251	234 440	377 691
75 und älter	155 482	301 021	456 503	153 591	297 822	451 413
zusammen	4 642 359	4 878 948	9 521 307	3 942 918	4 372 992	8 315 910

1.1.1985						
0 - 5	275 910	263 994	539 904	215 643	206 074	421 717
5 - 10	262 661	251 507	514 168	200 599	191 912	392 511
10 - 15	290 946	278 842	569 788	237 254	226 705	463 959
15 - 20	399 500	379 624	779 124	357 356	340 994	698 350
20 - 25	413 101	396 328	809 429	374 467	361 228	735 695
25 - 30	382 912	360 531	743 443	327 354	313 412	640 766
30 - 35	366 490	357 948	724 438	289 932	282 074	572 006
35 - 40	349 382	306 455	655 837	249 290	241 234	490 524
40 - 45	389 589	342 817	732 406	301 363	299 578	600 941
45 - 50	398 313	355 019	753 332	324 857	321 711	646 568
50 - 55	305 480	274 325	579 805	253 931	251 026	504 957
55 - 60	258 542	274 925	533 467	230 616	260 583	491 199
60 - 65	193 856	289 110	482 966	179 940	281 710	461 650
65 - 70	107 282	175 055	282 337	103 666	174 526	278 192
70 - 75	136 553	241 208	377 761	134 724	239 781	374 505
75 und älter	172 501	343 567	516 068	170 791	341 307	512 098
zusammen	4 703 018	4 891 255	9 594 273	3 951 783	4 333 855	8 285 638

5. Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen

Basis: 1.1.1973

Alter von ... bis unter ... Jahren	Deutsche und ausländische Erwerbspersonen			Deutsche Erwerbspersonen		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen

1.1.1973

0 - 5	0	0	0	0	0	0
5 - 10	0	0	0	0	0	0
10 - 15	0	0	0	0	0	0
15 - 20	185 432	174 663	360 095	163 316	155 769	319 085
20 - 25	277 206	232 286	509 492	226 890	186 664	413 554
25 - 30	291 722	166 505	458 227	220 485	132 580	353 065
30 - 35	403 977	190 165	594 142	327 139	163 021	490 160
35 - 40	358 626	172 792	531 418	294 988	151 237	446 225
40 - 45	304 497	157 524	462 021	261 349	142 921	404 270
45 - 50	237 820	165 732	403 552	212 868	156 110	368 978
50 - 55	185 904	144 739	330 643	172 871	139 691	312 562
55 - 60	144 384	98 347	242 731	137 813	96 645	234 458
60 - 65	156 457	64 810	221 267	152 831	64 759	217 590
65 - 70	53 932	30 238	84 170	53 119	30 185	83 304
70 - 75	21 635	13 383	35 018	21 475	13 638	35 113
75 und älter	7 051	2 791	9 842	7 534	4 708	12 242
zusammen	2 628 643	1 613 975	4 242 618	2 252 678	1 437 928	3 690 606

1.1.1975

0 - 5	0	0	0	0	0	0
5 - 10	0	0	0	0	0	0
10 - 15	0	0	0	0	0	0
15 - 20	188 353	173 193	361 546	166 451	157 268	323 719
20 - 25	274 938	238 535	513 473	227 293	188 868	416 161
25 - 30	299 503	174 265	473 768	218 354	132 227	350 581
30 - 35	379 663	175 638	555 301	296 847	146 232	443 079
35 - 40	400 439	192 551	592 990	326 869	167 425	494 294
40 - 45	313 893	158 559	472 452	259 538	141 447	400 985
45 - 50	271 269	164 357	435 626	240 072	152 395	392 467
50 - 55	207 883	164 188	372 071	190 857	156 995	347 852
55 - 60	120 050	86 413	206 463	113 093	84 369	197 462
60 - 65	150 142	62 119	212 261	145 882	63 390	209 272
65 - 70	51 715	27 795	79 510	50 791	28 178	78 969
70 - 75	17 300	10 101	27 401	17 111	10 882	27 993
75 und älter	4 167	1 737	5 904	4 122	2 229	6 351
zusammen	2 679 315	1 629 451	4 308 766	2 257 280	1 431 905	3 689 185

1.1.1980

0 - 5	0	0	0	0	0	0
5 - 10	0	0	0	0	0	0
10 - 15	0	0	0	0	0	0
15 - 20	213 989	201 901	415 890	195 670	185 813	381 483
20 - 25	305 905	249 833	555 738	260 795	212 066	472 861
25 - 30	327 214	205 857	533 071	257 944	154 519	412 463
30 - 35	342 433	157 526	499 959	243 317	117 286	360 603
35 - 40	387 317	185 672	572 989	298 397	155 143	453 540
40 - 45	398 321	202 688	601 009	323 354	178 906	502 260
45 - 50	304 949	160 285	465 234	252 201	143 594	395 795
50 - 55	254 637	150 483	405 120	225 883	140 437	366 320
55 - 60	187 957	133 662	321 619	173 120	128 857	301 977
60 - 65	92 693	39 962	132 655	88 016	40 661	128 677
65 - 70	48 674	28 324	76 998	47 494	28 729	76 223
70 - 75	17 904	11 370	29 274	17 677	12 267	29 944
75 und älter	5 160	1 998	7 158	5 106	2 572	7 678
zusammen	2 887 153	1 729 561	4 616 714	2 388 974	1 500 850	3 889 824

1.1.1985

0 - 5	0	0	0	0	0	0
5 - 10	0	0	0	0	0	0
10 - 15	0	0	0	0	0	0
15 - 20	216 117	203 516	419 633	194 387	184 015	378 402
20 - 25	336 847	278 444	615 291	302 502	246 234	548 736
25 - 30	344 143	208 478	552 621	294 086	172 964	467 050
30 - 35	359 617	184 071	543 688	284 355	137 552	421 907
35 - 40	344 018	164 707	508 725	245 166	124 018	369 184
40 - 45	381 921	194 169	576 090	294 987	165 622	460 609
45 - 50	385 190	204 011	589 201	313 678	181 675	495 353
50 - 55	285 761	146 425	432 186	237 042	132 467	369 509
55 - 60	230 233	122 309	352 542	205 040	115 429	320 469
60 - 65	144 093	60 313	204 406	133 456	60 747	194 203
65 - 70	30 568	18 098	48 666	29 383	18 486	47 869
70 - 75	16 747	11 473	28 220	16 525	12 453	28 978
75 und älter	5 389	2 239	7 628	5 345	2 895	8 240
zusammen	3 080 644	1 798 253	4 878 897	2 555 952	1 554 557	4 110 509

6. Altersspezifische Erwerbsquote 1970 und Annahmen für 1975

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gesamtbevölkerung				Deutsche Bevölkerung			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1970	1975	1970	1975	1970	1975	1970	1975
15-16	29,9	29,9	27,0	27,0	28,0	28,0	25,0	25,0
16-17	58,9	48,0	56,1	48,0	57,1	48,0	54,4	48,0
17-18	71,6	69,0	72,1	69,0	69,9	69,0	70,9	69,0
18-19	78,7	72,0	78,8	72,0	77,1	72,0	77,8	72,0
19-20	82,6	75,0	79,5	73,0	81,3	75,0	78,3	73,0
20-21	84,6	79,0	77,4	74,0	83,5	79,0	76,1	73,0
21-22	84,2	81,0	74,2	73,2	82,5	81,0	72,4	71,4
22-23	84,5	82,0	72,3	71,3	82,1	80,5	70,0	69,0
23-24	85,5	83,0	69,4	68,4	82,8	80,5	66,8	65,8
24-25	87,7	83,0	65,4	64,4	85,0	83,0	62,3	61,3
25-26	89,0	85,0	63,8	62,8	87,1	85,0	60,8	59,8
26-27	91,0	87,5	60,6	59,6	89,8	87,5	57,9	56,9
27-28	93,8	88,5	58,9	57,9	93,2	88,5	56,2	55,2
28-29	96,0	92,5	56,0	55,0	95,7	92,5	53,5	52,5
29-30	97,1	96,5	54,5	53,5	96,9	96,5	51,8	50,8
30-31	97,7	97,5	52,8	51,8	97,6	97,5	50,3	49,3
31-32	98,1	98,1	52,0	51,0	98,0	98,0	49,4	48,4
32-33	98,3	98,3	52,1	51,1	98,2	98,2	49,3	48,3
33-34	98,4	98,4	52,3	51,3	98,3	98,3	49,9	48,9
34-35	98,4	98,4	52,6	51,6	98,3	98,3	50,1	49,1
35-36	98,5	98,5	53,2	52,2	98,4	98,4	51,0	50,0
36-37	98,5	98,5	54,4	53,4	98,4	98,4	51,6	50,6
37-38	98,5	98,5	55,1	54,1	98,3	98,3	52,7	51,7
38-39	98,4	98,4	55,2	54,2	98,3	98,3	53,0	52,0
39-40	98,4	98,4	55,3	55,3	98,3	98,3	53,3	53,3
40-41	98,4	98,4	55,7	55,7	98,3	98,3	53,9	53,9
41-42	98,4	98,4	56,0	56,0	98,3	98,3	54,4	54,4
42-43	98,1	98,1	56,6	56,6	97,9	97,9	55,2	55,2
43-44	97,8	97,8	57,1	57,1	97,6	97,6	55,9	55,9
44-45	97,6	97,6	57,5	57,5	97,5	97,5	56,5	56,5
45-46	97,3	97,3	57,5	57,5	97,1	97,1	56,6	56,6
46-47	96,9	96,9	57,7	57,7	96,7	96,7	57,0	57,0
47-48	96,7	96,7	57,5	57,5	96,6	96,6	56,8	56,8
48-49	96,4	96,4	56,8	57,0	96,3	96,3	56,3	56,5
49-50	96,1	96,1	55,9	56,8	96,0	96,0	55,4	56,3
50-51	95,7	95,7	54,4	56,2	95,6	95,6	54,0	55,8
51-52	94,6	93,6	52,5	54,8	94,4	93,4	52,0	54,3
52-53	94,3	93,3	51,2	53,5	94,1	93,1	50,9	53,2
53-54	94,1	93,1	49,6	52,0	93,9	92,9	49,2	51,6
54-55	93,2	92,1	48,4	50,2	93,0	92,0	48,2	50,0
55-56	92,4	91,4	46,7	49,0	92,3	91,3	46,6	48,1
56-57	91,4	90,4	44,6	46,8	91,3	90,3	44,5	46,7
57-58	90,3	89,3	42,7	45,0	90,1	89,1	42,6	44,9
58-59	88,7	87,7	40,6	42,8	88,6	87,6	40,5	42,4
59-60	86,9	85,9	38,0	39,0	86,8	85,8	38,0	39,0
60-61	83,6	82,5	27,5	27,5	83,4	82,4	27,4	27,4
61-62	79,6	78,6	23,9	23,8	79,5	78,5	23,9	23,8
62-63	75,3	74,3	21,9	20,0	75,3	74,3	21,9	20,0
63-64	71,5	70,5	20,0	18,0	71,4	70,4	20,0	18,0
64-65	66,6	65,6	18,7	15,9	66,6	65,6	18,6	15,9
65-66	39,9	38,9	15,2	13,0	39,7	38,7	15,1	13,0
66-67	31,7	30,7	13,7	11,5	31,6	30,6	13,7	11,5
67-68	28,4	27,0	12,4	10,0	28,3	27,0	12,4	10,0
68-69	26,1	23,0	11,1	8,8	26,1	23,0	11,1	8,8
69-70	24,0	19,0	10,6	7,8	23,8	19,0	10,6	7,8
70-71	21,7	16,0	9,5	6,8	21,9	16,0	9,5	6,8
71-72	20,3	14,0	8,3	5,5	20,3	14,0	8,3	5,5
72-73	18,7	12,0	8,0	4,5	18,7	12,0	7,9	4,5
73-74	17,6	10,0	7,0	3,8	17,6	10,0	7,0	3,8
74-75	15,8	8,5	6,4	2,8	15,8	8,5	6,4	2,8
75-76	14,0	6,8	4,0	2,0	14,0	6,8	5,7	2,0
76-77	12,5	5,5	3,0	1,5	13,6	5,5	5,1	1,5
77-78	11,5	4,5	2,5	1,0	12,7	4,5	4,1	1,0
78-79	10,0	3,5	2,0	0,8	11,5	3,5	4,1	0,8
79-80	8,5	3,0	1,5	0,4	10,7	3,0	3,8	0,4
80-81	7,5	2,0	1,0	0,0	8,9	2,0	3,2	0,0
81-82	6,5	1,5	0,0		8,7	1,5	3,2	
82-83	5,5	1,0			7,4	1,0	2,6	
83-84	5,0	0,5			7,0	0,5	2,4	
84-85	4,0	0,1			6,4	0,1	2,0	
85-86	3,5	0,0				0,0		

7. Regionale Bevölkerungsentwicklung 1961, 1970 und 1990

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Fläche in qkm	Wohnbevölkerung in 1000				Zu- bzw. Abnahme (%)		Bevölkerungsdichte (Personen/qkm) 1)		
		1971	1961	1970	1990	1961-1970	1970-1990	1961	1970	1990
Stadtkreis : Stuttgart	207	637,5	633,2	597,0	- 0,7	- 5,7	3 080	3 059	2 884	
Landkreise : Böblingen	630	199,4	276,9	369,5	38,9	33,4	317	440	587	
Esslingen	630	328,9	408,6	488,9	24,2	19,7	522	649	776	
Göppingen	639	203,1	227,1	246,0	11,8	8,3	318	355	385	
Ludwigsburg	687	315,1	397,5	488,4	26,2	22,9	459	579	711	
Rems-Murr-Kreis	860	266,3	331,5	396,6	24,5	19,6	310	386	461	
RV Mittlerer Neckar	3 653	1 950,2	2 274,8	2 586,4	16,6	13,7	534	623	708	
Stadtkreis : Heilbronn	76	92,3	104,3	103,6	13,0	- 0,7	1 215	1 372	1 363	
Landkreise : Heilbronn	1 127	195,5	232,5	284,2	18,9	22,2	174	206	252	
Hohenlohekreis	771	75,3	83,3	257,9	10,6	12,2	98	108	115	
Schwäbisch Hall	1 469	135,2	146,5	8,4	8,4	92	100	97	105	
Tauberkreis	1 319	120,0	128,3	138,6	6,9	8,0	91	97	105	
RV Franken	4 762	618,3	695,0	784,3	12,4	12,8	130	146	165	
Landkreise : Heidenheim	624	113,5	127,1	132,6	12,0	4,3	182	204	213	
Ostalbkreis	1 531	242,8	270,8	306,6	11,5	13,2	159	177	200	
RV Ostwürttemberg	2 155	356,2	397,9	439,2	11,7	10,4	165	185	204	
Regierungsbezirk Stuttgart	10 570	2 924,8	3 367,7	3 809,9	15,1	13,1	277	319	360	
Stadtkreis : Karlsruhe	133	244,5	262,6	246,7	7,4	- 6,1	1 838	1 974	1 855	
Landkreise : Karlsruhe	1 123	297,8	356,2	423,5	19,6	18,9	265	317	377	
Rastatt(einschließ- lich Stadtkreis Baden-Baden)	879	209,2	238,0	253,0	13,8	6,3	238	271	288	
RV Mittlerer Oberrhein	2 135	751,5	856,7	923,3	14,0	7,8	352	401	433	
Stadtkreise: Heidelberg	94	125,3	121,0	109,2	- 3,4	- 9,8	1 333	1 287	1 162	
Mannheim	145	313,9	332,2	320,0	5,8	- 3,7	2 165	2 291	2 207	
Landkreise : Odenwaldkreis	1 110	113,5	129,8	147,3	14,4	13,5	102	117	133	
Rhein-Neckar-Kreis	1 078	346,3	421,8	507,5	21,8	20,3	321	391	471	
RV Unterer Neckar	2 427	899,0	1 004,8	1 084,0	11,8	7,9	370	414	447	
Stadtkreis : Pforzheim	69	84,6	92,8	92,2	9,7	- 0,6	1 226	1 345	1 336	
Landkreise : Calw	786	95,5	117,5	139,7	23,0	18,9	122	150	178	
Enzkreis	603	131,7	159,8	193,1	21,3	20,8	218	265	320	
Freudenstadt	884	85,0	96,3	117,1	13,3	21,6	96	109	133	
RV Nordschwarzwald	2 342	396,8	466,5	542,2	17,6	16,2	169	199	232	
Regierungsbezirk Karlsruhe	6 904	2 047,2	2 328,0	2 549,5	13,7	9,5	297	337	369	
Stadtkreis : Freiburg	106	148,4	166,6	177,3	12,3	6,4	1 400	1 572	1 673	
Landkreise : Breisgau-Hoch- schwarzwald	1 420	145,3	171,1	216,1	17,8	26,3	102	121	152	
Emmendingen	674	103,2	119,6	142,8	15,9	19,4	153	177	212	
Ortenaukreis	1 859	306,9	346,8	395,2	13,0	14,0	165	187	213	
RV Südlicher Oberrhein	4 059	703,8	804,1	931,4	14,3	15,8	173	198	230	
Landkreise : Rottweil	754	113,4	127,0	139,3	12,0	9,7	150	168	185	
Schwarzwald-Baar- Kreis	1 048	170,5	196,1	223,6	15,0	14,0	163	187	213	
Tuttlingen	734	93,0	107,8	124,0	15,9	15,0	127	147	169	
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 536	376,9	430,9	486,9	14,3	13,0	149	170	192	
Landkreise : Konstanz	818	186,2	220,3	253,4	18,3	15,0	228	269	310	
Lörrach	807	168,5	190,9	212,2	13,3	11,2	209	237	263	
Waldshut	1 144	123,0	137,1	160,7	11,5	17,2	108	120	141	
RV Hochrhein	2 769	477,7	548,3	626,3	14,8	14,2	173	198	226	
Regierungsbezirk Freiburg	9 364	1 558,4	1 783,3	2 044,6	14,4	14,7	166	190	218	
Landkreise : Reutlingen	1 099	194,1	227,2	265,0	17,1	16,6	177	207	241	
Tübingen	519	127,9	152,2	183,2	19,0	20,4	246	293	353	
Zollernalbkreis	903	146,8	169,0	195,8	15,1	15,9	163	187	217	
RV Neckar-Alb	2 521	468,8	548,3	644,0	17,0	17,4	186	218	256	
Stadtkreis : Ulm	77	95,5	96,0	83,8	0,5	- 12,7	1 240	1 247	1 088	
Landkreise : Alb-Donau-Kreis	1 408	131,4	153,2	186,4	16,6	21,7	93	109	132	
Biberach	1 397	127,9	145,0	172,5	13,4	19,0	92	104	124	
RV Donau-Ilter	2 882	354,8	394,2	442,8	11,1	12,3	123	137	154	
Landkreise : Bodenseekreis	663	122,7	151,2	189,0	23,2	25,0	185	228	285	
Ravensburg	1 635	185,9	212,5	253,1	14,3	19,1	114	130	155	
Sigmaringen	1 210	96,5	109,9	129,0	13,9	17,4	80	91	107	
RV Bodensee-Oberschwaben	3 508	405,2	473,6	571,0	16,9	20,6	116	135	163	
Regierungsbezirk Tübingen	8 911	1 228,8	1 416,1	1 657,8	15,2	17,1	138	159	186	
Land	35 750	7 759,2	8 895,0	10 061,8	14,6	13,1	217	249	281	

1) Bezogen auf Fläche 1971.

8. Regionale Wirtschaftsstruktur

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	BIP* (in jeweiligen Preisen)					Anteil der Wirtschaftsbereiche am BIP in %					
	1961		1970		Ver- änderung 1961-1970 in %	Land- u. Forst- wirtschaft		Warenproduzie- rendes Gewerbe		Dienst- leistungen	
	Mill.DM	%	Mill.DM	%		1961	1970	1961	1970	1961	1970
Stadtkreis : Stuttgart	7 394	15,2	13 185	12,7	78,3	0,6	0,4	53,8	52,8	45,7	46,8
Landkreise : Böblingen	1 457	3,0	3 810	3,7	161,5	3,6	1,6	76,8	70,3	19,6	28,2
Esslingen	2 043	4,2	4 535	4,4	122,0	3,0	1,8	69,7	69,1	27,4	29,1
Göppingen	1 241	2,6	2 534	2,4	104,2	3,2	2,3	69,1	68,7	27,7	29,1
Ludwigsburg	1 799	3,7	3 834	3,7	113,2	4,8	3,5	64,4	62,5	30,8	34,0
Rems-Murr-Kreis	1 383	2,8	3 243	3,1	134,6	5,8	3,2	63,9	63,8	30,3	33,0
RV Mittlerer Neckar	15 317	31,5	31 142	30,0	103,3	2,4	1,6	61,5	60,9	36,2	37,5
Stadtkreis : Heilbronn	1 038	2,1	1 935	1,9	86,5	1,1	0,8	66,1	51,2	32,8	48,1
Landkreise : Heilbronn	767	1,6	1 747	1,7	127,7	14,0	9,4	58,8	60,8	27,3	29,7
Hohenlohekreis	334	0,7	707	0,7	111,7	13,8	9,5	55,5	60,2	30,8	30,3
Schwäbisch Hall	549	1,1	1 159	1,1	111,0	13,0	7,4	44,7	48,6	42,3	44,0
Tauberkreis	488	1,0	1 130	1,1	131,3	15,2	6,9	45,4	54,0	39,4	39,2
RV Franken	3 177	6,5	6 678	6,4	110,2	9,8	6,1	56,3	54,7	33,9	39,1
Landkreise : Heidenheim	735	1,5	1 324	1,3	80,0	4,4	3,5	71,9	70,5	23,8	26,0
Ostalbkreis	1 217	2,5	2 763	2,7	127,1	6,4	3,7	62,9	65,7	30,7	30,5
RV Ostwürttemberg	1 952	4,0	4 087	3,9	109,3	5,7	3,7	66,3	67,3	28,1	29,1
Regierungsbezirk Stuttgart	20 445	42,0	41 906	40,4	105,0	3,8	2,5	61,1	60,6	35,1	36,9
Stadtkreise : Baden-Baden	382	0,8	657	0,6	72,0	1,8	1,9	41,9	35,9	56,3	62,2
Karlsruhe	2 031	4,2	5 116	4,9	151,9	0,7	0,4	47,7	56,2	51,7	43,4
Landkreise : Karlsruhe	1 219	2,5	2 988	2,9	145,1	10,2	4,1	61,4	61,1	28,5	44,9
Rastatt	1 005	2,1	1 750	1,7	74,1	6,5	3,6	67,5	64,4	26,0	32,0
RV Mittlerer Oberrhein	4 637	9,5	10 511	10,1	126,7	4,6	2,1	55,1	57,7	40,4	40,3
Stadtkreise : Heidelberg	826	1,7	1 772	1,7	114,4	2,0	1,0	40,5	40,0	57,5	59,0
Mannheim	3 224	6,6	6 006	5,8	86,3	0,5	0,3	58,9	58,6	40,6	41,1
Landkreise : Odenwaldkreis	435	0,9	1 099	1,1	152,7	14,6	6,3	47,4	55,5	38,1	38,1
Rhein-Neckar-Kreis	1 466	3,0	3 517	3,4	139,9	6,6	3,8	62,0	65,9	41,5	30,3
RV Unterer Neckar	5 951	12,2	12 393	12,0	108,3	3,2	1,9	56,3	57,7	40,6	40,3
Stadtkreis : Pforzheim	962	2,0	1 682	1,6	74,9	0,7	0,7	66,3	59,3	33,0	40,0
Landkreise : Calw	479	1,0	1 055	1,0	120,3	9,3	4,8	55,1	51,8	35,6	43,4
Enzkreis	556	1,1	1 271	1,2	118,4	7,9	3,8	66,3	67,6	25,9	28,6
Freudenstadt	434	0,9	914	0,9	110,5	11,9	5,4	48,0	54,2	40,2	40,4
RV Nordschwarzwald	2 431	5,0	4 921	4,7	102,4	6,0	3,2	60,8	58,9	33,1	37,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	13 019	26,7	27 824	26,8	113,7	4,2	2,2	56,7	57,9	39,1	39,9
Stadtkreis : Freiburg	1 003	2,1	2 346	2,3	133,9	1,1	0,7	38,7	37,3	60,2	62,0
Landkreise : Breisgau-Hoch- schwarzwald	521	1,1	1 251	1,2	140,0	17,9	11,6	41,9	43,6	40,2	44,8
Emmendingen	420	0,9	935	0,9	122,3	13,3	7,4	57,4	57,5	29,3	35,1
Ortenaukreis	1 617	3,3	3 997	3,9	147,3	9,7	4,9	56,5	61,3	33,9	33,8
RV Südlicher Oberrhein	3 561	7,3	8 530	8,2	139,5	8,9	5,0	49,4	51,7	41,7	43,3
Landkreise : Rottweil	771	1,6	1 234	1,2	60,0	6,0	3,5	63,0	67,1	31,0	29,4
Schwarzwald-Baar- Kreis	784	1,6	2 369	2,3	202,3	6,0	1,7	64,6	68,1	29,4	30,2
Tuttlingen	503	1,0	1 149	1,1	128,4	6,8	2,5	65,2	68,6	28,0	29,0
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 058	4,2	4 753	4,6	130,9	6,2	2,3	64,2	68,0	29,6	29,7
Landkreise : Konstanz	1 052	2,2	2 220	2,1	111,0	5,7	2,9	55,7	53,4	38,6	43,7
Lörrach	910	1,9	1 964	1,9	115,8	5,0	2,6	63,7	61,1	31,4	36,3
Waldshut	673	1,4	1 322	1,3	96,2	7,9	3,7	63,4	62,9	28,7	33,5
RV Hochrhein	2 636	5,4	5 506	5,3	108,9	6,0	3,0	60,4	58,4	33,5	38,6
Regierungsbezirk Freiburg	8 255	17,0	18 789	18,1	127,6	7,3	3,7	56,6	57,8	36,0	38,5
Landkreise : Reutlingen	1 115	2,3	2 506	2,4	124,7	5,6	2,7	61,5	62,1	32,9	35,2
Tübingen	635	1,3	1 466	1,4	130,8	6,4	2,8	50,5	50,6	43,2	46,6
Zollernalbkreis	831	1,7	2 018	1,9	143,0	5,3	1,8	68,6	73,2	26,2	25,0
RV Neckar-Alb	2 581	5,3	5 990	5,8	132,1	5,7	2,4	61,1	63,0	33,3	34,5
Stadtkreis : Ulm	1 117	2,3	2 092	2,0	87,2	0,6	0,6	66,2	61,0	33,2	38,3
Landkreise : Alb-Donau-Kreis	538	1,1	1 055	1,0	96,2	17,7	11,1	56,6	58,9	25,8	30,1
Biberach	685	1,4	1 549	1,5	126,3	14,5	8,5	58,3	62,1	27,2	29,4
RV Donau-Iller	2 340	4,8	4 696	4,5	100,7	8,6	5,6	61,7	60,9	29,8	33,5
Landkreise : Bodenseekreis	635	1,3	1 455	1,4	129,2	9,1	4,9	56,7	59,7	34,3	35,4
Ravensburg	946	1,9	2 055	2,0	117,3	12,8	8,4	49,7	51,6	37,5	40,0
Sigmaringen	449	0,9	979	0,9	118,0	15,3	7,5	51,8	50,9	33,0	41,6
RV Bodensee-Oberschwaben	2 030	4,2	4 489	4,3	121,2	12,2	7,1	52,3	54,1	35,5	38,9
Regierungsbezirk Tübingen	6 950	14,3	15 174	14,6	118,3	8,6	4,8	58,7	59,7	32,8	35,5
Land	48 670	100,0	103 693	100,0	113,1	5,2	3,0	58,8	59,2	36,0	37,8

*) BIP = Bruttoinlandsprodukt.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

9. Rangfolge der Kreise nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts 1961 und 1970

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wirtschaftsbevölkerung							
1961				1970			
Lfd. Nr.	Kreis	DM	Anteil am Landes- Ø in %	Lfd. Nr.	Kreis	DM	Anteil am Landes- Ø in %
1	Stuttgart Stadtkreis	8 890	143,0	1	Stuttgart Stadtkreis	15 170	131,6
2	Heilbronn Stadtkreis	7 950	127,9	2	Böblingen	14 500	125,7
3	Böblingen	7 830	126,0	3	Karlsruhe Stadtkreis	14 410	125,0
4	Ulm Stadtkreis	7 750	124,6	4	Mannheim Stadtkreis	13 310	115,5
5	Mannheim Stadtkreis	7 580	121,9	5	Ulm Stadtkreis	13 030	113,0
6	Pforzheim Stadtkreis	7 570	121,7	6	Heilbronn Stadtkreis	12 740	110,5
7	Baden-Baden Stadtkreis	7 260	116,8	7	Esslingen	12 640	109,7
8	Ludwigsburg	7 060	113,5	8	Pforzheim Stadtkreis	12 340	107,1
9	Esslingen	7 020	112,9	9	Zollernalbkreis	11 990	104,0
10	Rottweil	6 960	112,0	10	Baden-Baden Stadtkreis	11 990	104,0
11	Rastatt	6 620	106,5	11	Ludwigsburg	11 820	102,6
12	Rems-Murr-Kreis	6 370	102,5	12	Schwarzwald-Baar-Kreis	11 810	102,5
13	Karlsruhe Stadtkreis	6 260	100,6	13	Rems-Murr-Kreis	11 690	101,4
14	Enzkreis	6 240	100,4	14	Ortenaukreis	11 590	100,5
15	Heidenheim	6 240	100,4	15	Göppingen	11 470	99,5
16	Göppingen	6 210	99,9	16	Lörrach	11 290	98,0
17	Lörrach	5 960	95,8	17	Enzkreis	11 150	96,8
18	Waldshut	5 880	94,7	18	Reutlingen	10 970	95,2
19	Konstanz	5 800	93,3	19	Biberach	10 880	94,4
20	Reutlingen	5 750	92,5	20	Tuttlingen	10 820	93,9
21	Zollernalbkreis	5 690	91,6	21	Freiburg Stadtkreis	10 760	93,3
22	Tuttlingen	5 490	88,3	22	Rhein-Neckar-Kreis	10 600	92,0
23	Freiburg Stadtkreis	5 460	87,9	23	Heidelberg Stadtkreis	10 540	91,4
24	Biberach	5 460	87,9	24	Konstanz	10 230	88,8
25	Freudenstadt	5 410	87,0	25	Karlsruhe	10 200	88,5
26	Rhein-Neckar-Kreis	5 360	86,1	26	Waldshut	10 190	88,4
27	Ortenaukreis	5 340	86,0	27	Heidenheim	10 190	88,4
28	Calw	5 340	85,9	28	Ostalbkreis	10 180	88,3
29	Heidelberg Stadtkreis	5 310	85,4	29	Freudenstadt	10 060	87,3
30	Alb-Donau-Kreis	5 250	84,4	30	Tübingen	10 040	87,1
31	Karlsruhe Landkreis	5 230	84,2	31	Calw	10 000	86,8
32	Bodenseekreis	5 210	83,8	32	Rastatt	9 850	85,5
33	Tübingen	5 120	82,4	33	Rottweil	9 840	85,4
34	Ravensburg	5 100	82,1	34	Ravensburg	9 680	84,0
35	Ostalbkreis	5 030	80,9	35	Bodenseekreis	9 670	83,9
36	Heilbronn Landkreis	4 930	79,2	36	Heilbronn	9 590	83,2
37	Sigmaringen	4 670	75,1	37	Alb-Donau-Kreis	9 130	79,2
38	Emmendingen	4 550	73,3	38	Emmendingen	9 020	78,2
39	Hohenlohekreis	4 550	73,2	39	Breisgau-Hochschwarzwald	9 000	78,1
40	Schwarzwald-Baar-Kreis	4 460	71,8	40	Sigmaringen	8 980	77,9
41	Breisgau-Hochschwarzwald	4 340	69,9	41	Tauberkreis	8 810	76,4
42	Schwäbisch Hall	4 100	66,0	42	Odenwaldkreis	8 800	76,3
43	Tauberkreis	4 090	65,8	43	Hohenlohekreis	8 760	76,0
44	Odenwaldkreis	4 020	64,7	44	Schwäbisch Hall	8 070	70,0
	Land	6 220	100,0		Land	11 530	100,0

10. Ausgewählte Daten der Mittelbereiche in der Gliederung nach Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer 1969

Lohn- und Gehalts- summe je Arbeitnehmer von ... bis unter ... DM	Mittelbereiche	Wohnbevölkerung ¹⁾		Tätige Personen		Arbeit- nehmer	Lohn- und Gehalts- summe	Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer	Abstand vom Landes- durchschnitt	
		Name	Anzahl	je qkm	Anzahl				je 1000 Einw. ²⁾	DM
9 000 - 9 500	Bad Mergentheim	56 350	83	16 758	297	15 296	142 279	9 302	- 2 278	-19,7
	Buchen	41 148	86	13 055	317	12 181	113 676	9 332	- 2 248	-19,4
	Crailsheim	66 009	89	18 662	283	17 070	159 706	9 356	- 2 224	-19,2
9 500 - 10 000	Sinsheim	46 658	168	14 219	305	13 170	125 184	9 505	- 2 075	-17,9
	Ellwangen	44 072	92	11 168	253	10 371	99 259	9 571	- 2 009	-17,3
	Herrenberg	43 770	251	8 177	187	7 334	70 246	9 578	- 2 002	-17,3
	Müllheim	32 276	158	10 088	313	8 949	85 988	9 609	- 1 971	-17,0
	Riedlingen	25 080	78	7 398	295	6 776	65 254	9 630	- 1 950	-16,8
	Horb	30 300	147	8 488	280	7 767	75 910	9 773	- 1 807	-15,6
	Donauwiesingen	38 429	118	14 420	375	13 435	131 325	9 775	- 1 805	-15,6
	Leutkirch	46 657	92	13 559	291	12 402	121 401	9 789	- 1 791	-15,5
	Wertheim	32 510	121	11 286	347	10 559	103 915	9 841	- 1 739	-15,0
	Öhringen	37 273	136	11 853	318	10 969	108 199	9 864	- 1 716	-14,8
	Nagold	43 100	155	15 248	354	13 961	138 484	9 919	- 1 661	-14,3
	Mosbach	85 181	141	28 134	330	26 361	261 892	9 935	- 1 645	-14,2
	Calw	46 646	165	14 212	305	12 949	129 313	9 986	- 1 594	-13,8
	Schwäbisch Hall	80 531	110	28 129	349	26 284	262 595	9 991	- 1 589	-13,7
10 000 - 10 500	Schopfloch	44 749	116	15 802	353	14 709	147 161	10 005	- 1 575	-13,6
	Hechingen	41 590	142	16 106	387	14 929	149 380	10 006	- 1 574	-13,6
	Waldkirch	35 144	126	11 329	322	10 429	104 580	10 028	- 1 552	-13,4
	Ehingen	45 635	102	13 383	293	12 550	126 744	10 099	- 1 481	-12,8
	Emmendingen	74 902	203	22 698	303	21 022	212 667	10 116	- 1 464	-12,6
	Künzelsau	46 053	92	16 001	347	15 030	152 113	10 121	- 1 459	-12,6
	Überlingen	34 877	154	11 011	316	10 009	101 543	10 145	- 1 435	-12,4
	Lahr	84 160	214	29 651	352	27 504	279 304	10 155	- 1 425	-12,3
	Laupheim	27 675	136	8 595	311	8 068	82 149	10 182	- 1 398	-12,1
	Bruchsal	134 592	302	47 115	350	44 361	452 656	10 204	- 1 376	-11,9
	Freudenstadt	68 416	103	25 172	368	22 419	229 300	10 228	- 1 352	-11,7
	Tuttlingen	88 181	133	35 076	398	32 478	332 288	10 231	- 1 349	-11,6
	Schwetzingen	83 839	598	21 816	260	20 059	205 287	10 234	- 1 346	-11,6
	Saulgau	33 897	96	9 719	287	8 859	90 775	10 249	- 1 333	-11,5
	Schramberg	45 601	170	16 540	363	15 454	158 478	10 255	- 1 325	-11,4
	Waldshut-Tiengen	87 631	98	27 669	316	25 393	260 660	10 265	- 1 315	-11,4
	Radolfzell	52 753	160	17 591	333	16 295	167 313	10 268	- 1 312	-11,3
	Haslach-Hausach-Wolfach	36 861	92	12 363	335	11 209	115 445	10 299	- 1 281	-11,1
	Neustadt	32 446	67	11 205	345	9 972	102 856	10 314	- 1 266	-10,9
	Rastatt	73 729	384	24 383	331	22 635	234 115	10 343	- 1 237	-10,7
	Wangen	36 956	118	12 064	326	11 134	115 251	10 351	- 1 229	-10,6
	Sigmaringen	82 175	87	28 192	343	26 211	271 844	10 371	- 1 209	-10,4
	Vaihingen an der Enz	39 152	207	10 490	268	9 641	100 630	10 438	- 1 142	-9,9
	Balingen	51 649	183	21 252	411	19 742	206 474	10 459	- 1 121	-9,7
10 500 - 11 000	Schorndorf	74 355	252	27 467	369	25 637	269 463	10 511	- 1 069	-9,2
	Bretten	43 201	238	19 030	440	18 025	190 099	10 546	- 1 034	-8,9
	Münsingen	21 021	50	5 783	275	5 325	56 205	10 555	- 1 025	-8,9
	Bühl	41 877	221	15 349	367	14 208	149 968	10 555	- 1 025	-8,9
	Tauberbischofsheim	38 836	107	12 126	312	11 274	119 659	10 614	- 966	-8,3
	Rottweil	82 833	167	32 944	398	31 009	331 040	10 676	- 904	-7,8
	Villingen-Schwenningen	176 308	220	80 641	457	75 933	811 049	10 681	- 899	-7,8
	Backnang	80 340	232	26 837	334	24 995	267 998	10 722	- 858	-7,4
	Offenburg	183 252	205	66 504	363	61 810	663 676	10 737	- 843	-7,3
	Biberach	92 641	105	30 730	332	28 724	309 049	10 759	- 821	-7,1
	Waiblingen-Fellbach	176 767	807	59 774	338	55 607	599 450	10 780	- 800	-6,9
	Kehl	44 072	216	16 718	379	15 576	167 954	10 783	- 797	-6,9
	Singen	94 216	234	37 604	399	35 578	384 611	10 810	- 770	-6,6
	Eberbach	21 698	146	7 977	368	7 443	80 899	10 869	- 711	-6,1
11 000 - 11 500	Ettlingen	73 346	300	24 308	331	22 764	251 253	11 037	- 543	-4,7
	Mühlacker	32 164	312	15 433	480	14 631	161 773	11 057	- 523	-4,5
	Säckingen	49 435	193	20 178	408	18 923	209 351	11 063	- 517	-4,5
	Schwäbisch Gmünd	108 312	258	43 308	400	40 582	449 653	11 080	- 500	-4,3
	Ebingen-Tailfingen	75 718	228	35 831	473	33 232	368 993	11 104	- 476	-4,1
	Ravensburg	122 616	165	43 701	356	40 715	452 423	11 112	- 468	-4,0
	Leonberg	68 336	424	23 376	342	21 820	243 251	11 148	- 432	-3,7
	Heidenheim	127 108	203	54 988	433	52 405	586 439	11 191	- 389	-3,4
	Aalen	118 447	186	49 157	415	46 790	524 034	11 200	- 380	-3,3
	Pforzheim	228 715	332	101 618	444	94 055	1 053 387	11 200	- 380	-3,3
	Heilbronn	336 845	280	132 155	392	124 260	1 395 427	11 230	- 350	-3,0
	Geislingen	57 824	208	23 081	399	21 859	245 708	11 241	- 339	-2,9
	Baden-Baden	59 442	349	24 910	419	22 909	258 206	11 271	- 309	-2,7
	Bietigheim-Besigheim	81 045	519	31 054	383	29 438	332 120	11 282	- 298	-2,6
	Nürtingen	102 204	486	36 990	362	34 667	391 841	11 303	- 277	-2,4
	Wiesloch	62 451	473	19 987	320	18 823	213 261	11 330	- 250	-2,2
	Göppingen	166 512	475	71 403	429	67 423	765 826	11 359	- 221	-1,9
	Rautlingen	206 193	303	88 719	430	83 281	950 564	11 414	- 166	-1,4
11 500 - 12 000	Kirchheim	66 157	348	26 463	400	24 735	284 494	11 502	- 78	-0,7
	Lörrach-Weil	140 206	382	52 308	373	49 399	568 635	11 511	- 69	-0,6
	Freiburg	288 497	310	118 220	410	111 056	1 299 772	11 704	+ 124	+ 1,1
	Weinheim	60 956	648	26 903	441	25 559	300 515	11 758	+ 178	+ 1,5
	Friedrichshafen	115 969	271	46 062	397	43 281	512 641	11 844	+ 264	+ 2,3
12 000 - 12 500	Tübingen	148 677	297	55 346	372	52 127	621 322	11 919	+ 339	+ 2,9
	Heidelberg	231 947	618	88 271	381	82 808	988 240	11 934	+ 354	+ 3,1
	Konstanz	75 167	808	28 877	384	27 106	323 817	11 946	+ 366	+ 3,2
	Ludwigsburg-Kornwestheim	227 868	780	83 286	366	78 413	943 766	12 036	+ 456	+ 3,9
	Esslingen	199 239	1082	84 003	422	79 444	968 805	12 195	+ 615	+ 5,3
12 500 - 13 000	Ulm	203 148	196	99 702	491	94 886	1 161 651	12 243	+ 663	+ 5,7
	Gaggenau-Gernsbach	62 911	191	25 956	413	24 473	300 695	12 287	+ 707	+ 6,1
13 000 - 13 500	Karlsruhe	378 750	826	181 088	478	172 145	2 170 132	12 606	+ 1 026	+ 8,9
13 500 - 14 000	Stuttgart	757 727	1952	469 630	620	450 068	5 939 178	13 196	+ 1 616	+14,0
	Mannheim	371 497	1885	218 773	589	210 343	2 790 873	13 268	+ 1 688	+14,6
	Böblingen-Sindelfingen	139 549	588	74 363	533	71 591	962 790	13 448	+ 1 868	+16,1
Baden-Württemberg		8 895 048	249	3 669 011	412	3 453 101	39 985 595	11 580	-	-

1) Volkszählung 1970. - 2) Beschäftigtendichte.

11. Der Zusammenhang zwischen Produktivität, Erwerbspersonen und Bruttoinlandsprodukt

Man kann die Globalgröße Bruttoinlandsprodukt aufspalten in die beiden definitorischen Komponenten *Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson* und *Anzahl der Erwerbspersonen*. Durch Multiplikation beider Größen erhält man das gesamte Bruttoinlandsprodukt in DM. Wenn es genügend plausible und eindeutige Ansatzpunkte gibt, diese beiden Komponenten je für sich vorzuschätzen, so ist auch auf diesem Weg ein Wert für das Bruttoinlandsprodukt zu gewinnen.

Was die Zahl der zukünftigen Erwerbspersonen betrifft, so liegen aus der Bevölkerungs- und Erwerbspersonenvorausschätzung zumindest für das deutsche Erwerbspersonenangebot gute Ausgangspunkte vor. Über eine Annahme bezüglich der Wanderung – die allerdings ungesicherter ist und ihrerseits an sich von der Größe abhängt, die sie erklären soll, nämlich dem Bruttoinlandsprodukt – kann man auch zu einem Gesamtpotential an künftigen Erwerbspersonen kommen.

Für die Vorausschätzung der Produktivität – sowohl in Form der Personen- wie der Stundenproduktivität – gibt es demgegenüber kaum unabhängige Ansätze einer plausiblen Fortschreibung. Eine Extrapolation der bis-

herigen Entwicklung (vgl. Teil 3, Ziffer 5) führt zu abnehmenden Wachstumsraten sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene. Demgegenüber geht man in der BRD sowohl seitens mancher Forschungsinstitute – wie z.B. Prognos – wie auch seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft von konstanten jährlichen Wachstumsraten auf relativ hohem Niveau aus (BMW: 1975-1980: 4,5%, 1980-1985: 4,4%; Prognos: 1972-1977: 4,1%, 1977-1985: 4,0%).

Man nimmt also, wenn man von der bisherigen Entwicklung ausgeht, eine beschleunigte Produktivitätsentwicklung an. Das BMW kommt zu dieser Annahme aufgrund einer in Zukunft hoch angesetzten Kapitalintensität, von der angenommen wird, daß sie gleichzeitig eine hohe Produktivität verkörpert, und Prognos postuliert die genannte Rate als Zielprojektion (Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit). Beide Annahmen bedeuten, daß sich die je Person erstellten Güter und Leistungen in einem Zeitraum von 15 bzw. 17 Jahren verdoppeln werden. Ob es jedoch tatsächlich das Phänomen einer Beschleunigung des technischen Fortschritts gibt, ist eine völlig offene Frage. Es gibt gute Argumente sowohl für wie gegen diese These.¹⁾

1) K.O. Pöhl, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA, Göttingen 1967

12. Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen am 16. Oktober 1972

Schulart	Schulen	Klassen	Schüler		Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer	Teilzeitbeschäftigte Lehrer	Schüler je	
			insgesamt	darunter weiblich			Klasse	Lehrer ²⁾
Grund- und Hauptschulen zusammen	3 343	28 856	950 550	464 403	28 642	3 316	32,9	30,8
Darunter Grundschüler	.	.	631 644	309 439
Hauptschüler	.	.	318 906	154 964
Sonderschulen	515	3 815	59 001	23 557	4 812	272	15,4	11,8
Realschulen	385	5 119	167 830	91 687	6 327	396	32,8	25,4
Gymnasien ¹⁾	382	8 638	252 040	113 263	10 998	1 427	29,1	21,1
Integrierte Gesamtschulen einschließlich Orientierungsstufen	8	.	3 909	1 874	202	11	38,7	18,7
Freie Waldorfschulen	10	173	5 935	3 028	335	48	34,3	16,1
Zusammen	4 643	46 601	1 439 265	697 812	51 316	5 470	30,8	26,2
Kollegs	7	26	526	179	2	8	20,2	-
Abendrealschulen	63	144	3 817	1 270	-	4	26,5	-
Abendgymnasien	10	67	1 729	778	-	3	25,8	-
Öffentliche Schulen zusammen	4 455	44 685 ³⁾	1 396 336	673 220	48 799	5 131	31,2	26,7
Private Schulen zusammen	268	2 153	49 001	26 819	2 519	354	22,8	17,8
Schulen insgesamt	4 723	46 838 ³⁾	1 445 337	700 039	51 318	5 485	30,9	26,2

1) Voll-, Pro- und Aufbaugymnasien einschließlich Evang.-theolog.-Seminare. – 2) Hauptamtliche und teilzeitbeschäftigte Lehrer. Je 3 teilzeitbeschäftigte sind als 2 hauptamtliche Lehrer gerechnet. – 3) Ohne Integrierte Gesamtschulen einschließlich Orientierungsstufen.

13. Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe von Grund- und Hauptschulen auf Realschulen und Gymnasien nach Stadt- und Landkreisen im Schuljahr 1973/74

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Gesamtzahl der Schüler in der 4. Klassenstufe	Übergänge in % aller Schüler der 4. Klassenstufe	
		Realschulen	Gymnasien
Stadtkreis : Stuttgart	7 087	24,8	42,7
Landkreise : Böblingen	5 277	25,3	35,4
Esslingen	6 879	28,5	28,5
Göppingen	3 632	24,7	27,3
Ludwigsburg	6 905	26,5	33,3
Rems-Murr-Kreis	6 017	28,2	28,6
RV Mittlerer Neckar	35 797	26,5	33,1
Stadtkreis : Heilbronn	1 599	24,6	34,9
Landkreise : Heilbronn	4 387	25,8	25,6
Hohenlohekreis	1 596	25,5	19,8
Schwäbisch Hall	2 788	27,6	20,7
Tauberkreis	2 337	31,0	21,7
RV Franken	12 707	27,0	24,3
Landkreise : Heidenheim	2 192	20,8	33,5
Ostalbkreis	5 042	28,3	26,1
RV Ostwürttemberg	7 234	26,0	28,3
Regierungsbezirk Stuttgart	55 738	26,5	30,5
Stadtkreise: Baden-Baden	588	21,3	40,5
Karlsruhe	3 437	21,5	41,0
Landkreise : Karlsruhe	6 686	20,2	25,6
Rastatt	3 636	22,3	25,6
RV Mittlerer Oberrhein	14 347	21,1	29,9
Stadtkreise: Heidelberg	1 372	19,8	50,4
Mannheim	4 106	15,8	32,2
Landkreise : Odenwaldkreis	2 438	24,9	21,5
Rhein-Neckar-Kreis	7 248	21,6	32,5
RV Unterer Neckar	15 164	20,4	32,3
Stadtkreis : Pforzheim	1 368	14,3	35,4
Landkreise : Calw	2 231	21,6	22,6
Enzkreis	2 956	21,7	23,1
Freudenstadt	1 940	24,5	23,1
RV Nordschwarzwald	8 495	21,1	24,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	38 006	20,8	29,7
Stadtkreis : Freiburg	2 175	16,4	40,2
Landkreise : Breisgau-Hochschwarzwald	3 476	25,0	25,5
Emmendingen	2 379	26,4	23,2
Ortenaukreis	6 573	20,4	24,3
RV Südlicher Oberrhein	14 603	21,9	26,8
Landkreise : Rottweil	2 366	20,1	25,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	3 586	20,3	25,5
Tuttlingen	1 954	25,8	25,0
RV Schwarzwald-Baar-Kreis	7 906	21,6	25,4
Landkreise : Konstanz	3 958	25,6	25,9
Lörrach	3 252	25,4	23,8
Waldshut	2 611	27,4	17,2
RV Hochrhein	9 821	26,0	22,9
Regierungsbezirk Freiburg			
Landkreise : Reutlingen	3 955	25,8	30,1
Tübingen	2 336	21,6	30,0
Zollernalbkreis	3 212	28,6	23,5
RV Neckar-Alb	9 503	25,7	27,8
Stadtkreis : Ulm	1 376	28,3	34,7
Landkreise : Alb-Donau-Kreis	2 989	27,6	22,8
Biberach	2 982	24,8	27,6
RV Donau-Iller	7 347	26,6	26,9
Landkreise : Bodenseekreis	2 613	29,1	25,3
Ravensburg	3 864	23,9	25,1
Sigmaringen	2 222	21,1	26,6
RV Bodensee-Oberrhein	8 699	24,7	25,5
Regierungsbezirk Tübingen	25 549	25,6	26,8
Land	151 623	24,2	28,6

14. Ausländer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie an Höheren Fachschulen am 16. Okt. bzw. 15. Nov. 1972

Schulart	Deutsche und Ausländer		Ausländer		Darunter nach Staatsangehörigkeit					
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	Griechenland	Italien	Jugoslawien	Portugal	Spanien	Türkei
Grund- und Hauptschulen	950 550	464 403	53 101	25 590	10 673	14 505	7 461	1 105	4 169	11 046
Sonderschulen	59 001	23 557	2 236	967	199	955	164	40	238	394
Realschulen	167 830	91 687	1 736	951	430	273	239	25	130	174
Gymnasien	252 040	113 263	3 236	1 518	171	279	270	16	99	254
Freie Waldorfschulen ¹⁾	10 105	5 027	276	150	5	26	8	1	20	12
Berufsschulen	241 034	98 018	10 007	4 783	1 966	2 930	1 573	126	734	1 829
Berufsfachschulen	48 508	30 581	865	388	117	148	139	7	56	122
Berufsoberschulen	3 831	704	38	3	1	5	3	-	-	8
Berufliche Gymnasien	17 629	6 284	92	35	6	8	4	-	7	2
Fachschulen	9 046	2 116	236	85	9	15	3	1	8	1
Tages- und Abendtechnikerschulen	5 856	444	220	9	16	11	5	3	10	11
Schulen des Gesundheitswesens	8 741	7 717	488	431	8	24	97	1	6	-
Höhere Fachschulen	1 563	378	61	15	3	1	1	-	1	6
Vorbereitungskurse an Fachhochschulen	3 926	365	59	3	3	4	2	-	1	6
Zusammen	1779 660	844 544	72 651	34 928	13 607	19 184	9 969	1 325	5 479	13 865

1) Mit integrierten Gesamtschulen und integrierten Orientierungsstufen.

15. Grund- und Hauptschüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Geschlecht und Klassenstufe am 16. Okt. 1972 in öffentlichen und privaten Schulen

Staatsangehörigkeit	Klassenstufe											
	1. und 2.			3. und 4.			5. und 6.			7. bis 9.		
	zus.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich	zus.	männlich	weiblich
Insgesamt	19 820	10 249	9 571	14 739	7 479	7 260	10 092	5 335	4 757	8 450	4 448	4 002
darunter:												
Griechenland	3 739	1 944	1 795	2 921	1 443	1 478	2 122	1 068	1 054	1 891	930	961
Italien	5 559	2 864	2 695	4 103	2 058	2 045	2 897	1 487	1 410	1 946	1 042	904
Jugoslawien	2 646	1 329	1 317	2 005	1 021	984	1 427	738	689	1 383	683	700
Portugal	408	208	200	271	123	148	227	125	102	199	101	98
Spanien	1 528	792	736	1 118	547	571	764	390	374	759	382	377
Türkei	4 180	2 189	1 991	2 952	1 557	1 395	2 200	1 293	907	1 714	1 024	690

16. Ausländische Grund- und Hauptschüler¹⁾ nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Stadt- und Landkreisen am 16.10.1972

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Deutsche und aus- ländische Schüler	Aus- ländische Schüler	Darunter nach der Staatsangehörigkeit					
			Griechen- land	Italien	Jugo- slawien	Portugal	Spanien	Türkei
	insgesamt	zusammen						
Stadtkreis : Stuttgart	48 878	4 048	1 277	840	870	55	277	316
Landkreise : Böblingen	31 358	2 235	604	555	294	75	131	374
Esslingen	41 955	3 601	1 146	748	364	25	167	918
Göppingen	22 703	1 631	162	507	291	53	127	408
Ludwigsburg	41 430	3 893	1 162	1 087	425	46	240	667
Rems-Murr-Kreis	36 110	2 628	1 116	565	247	66	162	320
RV Mittlerer Neckar	214 434	18 036	5 467	4 302	2 491	321	1 104	3 003
Stadtkreis : Heilbronn	9 373	862	168	171	71	11	50	325
Landkreise : Heilbronn	27 918	1 523	152	269	171	41	108	719
Hohenlohekreis	10 615	473	175	36	123	-	23	97
Schwäbisch Hall	17 879	548	102	115	85	5	28	181
Tauberkreis	14 981	251	7	37	26	9	37	101
RV Franken	80 766	3 657	604	628	476	66	246	1 423
Landkreise : Heidenheim	13 856	973	293	241	76	4	62	254
Ostalbkreis	31 531	1 194	231	287	169	21	39	412
RV Ostwürttemberg	45 387	2 167	524	528	245	25	101	666
Regierungsbezirk Stuttgart	340 587	23 860	6 595	5 458	3 212	412	1 451	5 092
Stadtkreise : Baden-Baden	3 462	121	1	41	36	1	5	6
Karlsruhe	20 738	1 191	85	325	174	12	178	259
Landkreise : Karlsruhe	43 093	1 585	219	436	277	17	132	397
Rastatt	23 005	817	67	367	221	8	17	50
RV Mittlerer Oberrhein	90 298	3 714	372	1 169	708	38	332	712
Stadtkreise : Heidelberg	8 057	424	23	70	16	1	27	156
Mannheim	26 054	1 998	352	554	173	14	269	504
Landkreise : Odenwaldkreis	15 499	386	29	84	65	10	26	129
Rhein-Neckar-Kreis	44 777	2 225	251	380	170	17	517	670
RV Unterer Neckar	94 387	5 033	655	1 088	424	42	839	1 459
Stadtkreis : Pforzheim	8 300	800	42	223	134	6	153	157
Landkreise : Calw	13 426	774	33	196	203	132	19	164
Enzkreis	18 887	1 258	192	476	131	6	136	254
Freudenstadt	12 074	398	45	64	105	3	11	142
RV Nordschwarzwald	52 687	3 230	312	959	573	147	319	717
Regierungsbezirk Karlsruhe	237 372	11 977	1 339	3 216	1 705	227	1 490	2 888
Stadtkreis : Freiburg	12 447	596	38	208	46	28	100	30
Landkreise : Breisgau-Hoch- schwarzwald	21 776	452	8	188	57	31	26	65
Emmendingen	15 355	416	75	179	41	20	30	43
Ortenaukreis	44 442	1 048	41	363	113	62	115	256
RV Südlicher Oberrhein	94 020	2 512	162	938	257	141	271	394
Landkreise : Rottweil	14 872	717	40	233	110	5	156	137
Schwarzwald-Baar- Kreis	23 114	1 486	161	431	423	13	155	227
Tuttlingen	12 164	663	17	275	194	-	49	92
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	50 150	2 866	218	939	727	18	360	456
Landkreise : Konstanz	24 272	1 667	43	787	159	81	204	225
Lörrach	22 153	1 096	6	710	57	37	60	132
Waldshut	17 857	822	9	467	75	7	36	122
RV Hochrhein	64 282	3 585	58	1 964	291	125	300	479
Regierungsbezirk Freiburg	208 452	8 963	438	3 841	1 275	284	931	1 329
Landkreise : Reutlingen	23 881	2 564	1 379	335	255	74	53	380
Tübingen	15 072	1 066	374	302	90	16	37	186
Zollernalbkreis	19 725	1 036	117	359	221	3	72	234
RV Neckar-Alb	58 678	4 666	1 870	996	566	93	162	800
Stadtkreis : Ulm	7 846	431	82	137	48	14	24	83
Landkreise : Alb-Donau-Kreis	19 263	781	178	158	162	20	21	205
Biberach	18 892	400	58	85	121	3	17	90
RV Donau-Iller	46 001	1 612	318	380	331	37	62	378
Landkreise : Bodenseekreis	16 290	718	42	248	129	7	19	193
Ravensburg	24 810	720	39	162	150	23	26	239
Sigmaringen	14 371	405	22	157	65	1	15	120
RV Bodensee-Oberschwaben	55 471	1 843	103	567	344	31	60	552
Regierungsbezirk Tübingen	160 150	8 121	2 291	1 943	1 241	161	284	1 730
Land	946 561	52 921	10 663	14 458	7 433	1 084	4 156	11 039

1) An öffentlichen Schulen.

17. Wichtige Dienstleistungsgruppen nach Kreisen, Regionalverbänden und Regierungsbezirken 1970
Anzahl der Beschäftigten

Krs. Nr.	Kreise Reg.-Verbände Regierungsbezirke Land		Beschäftigte im Dienstlei- stungsbereich insgesamt	Darunter Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungseinrichtungen							
				Handel			Verkehr und Nachricht- übermittlung	Bankwesen	Vers.-Wesen einschl. Sozial-Vers.	Hotels Gasthöfe	Fremden- heime, Pen- sionen u.ä.
				Groß- handel	Handels- vermittlung	Einzel- handel					
111	Stuttgärt	Stadtkr.	223 907	30 488	6 118	30 726	30 512	11 395	15 585	1 885	107
115	Böblingen	Landkr.	37 727	4 373	1 168	7 272	2 679	2 501	553	508	50
116	Esslingen	"	53 002	4 838	2 264	12 358	6 497	1 916	930	672	102
117	Göppingen	"	30 377	2 583	660	6 903	3 192	1 263	675	269	63
118	Ludwigsburg	"	51 786	5 867	1 937	9 365	6 274	4 573	838	518	54
119	Rems-Murr-Kreis	"	40 054	4 442	1 249	8 410	3 094	1 574	649	428	131
	RV Mittl. Neckar		436 853	52 571	13 396	75 034	52 248	23 222	19 230	4 280	507
121	Heilbronn	Stadtkr.	31 930	5 701	444	7 088	4 943	1 074	1 054	197	6
125	Heilbronn	Landkr.	21 945	1 695	595	4 372	1 854	938	211	355	50
126	Hohenlohekreis	"	9 941	673	166	2 460	888	509	138	149	38
127	Schwäbisch Hall	"	24 095	1 465	237	4 307	2 823	2 999	315	339	138
128	Tauberkreis	"	20 281	1 382	231	3 709	1 855	758	246	523	423
	RV Franken		108 192	10 916	1 673	21 936	12 363	6 278	1 964	1 563	655
135	Heidenheim	Landkr.	15 587	1 255	263	4 035	1 352	652	248	123	24
136	Ostalbkreis	"	35 598	3 328	534	7 580	4 064	1 404	761	566	99
	RV Ost-Württemberg		51 185	4 583	797	11 615	5 416	2 056	1 009	689	123
	Reg.-Bez. Stuttgart		596 230	68 070	15 866	108 585	70 027	31 556	22 203	6 532	1 285
211	Baden-Baden	Stadtkr.	13 383	958	129	2 685	1 121	401	252	1 113	204
212	Karlsruhe	"	94 843	9 334	1 603	15 046	14 612	4 422	8 109	767	37
215	Karlsruhe	Landkr.	41 507	3 848	878	7 679	3 736	1 357	391	396	75
216	Rastatt	"	24 730	2 213	427	5 755	2 478	933	343	700	171
	RV Mittl. Oberrhein		174 463	16 353	3 037	31 165	21 947	7 113	9 095	2 876	487
221	Heidelberg	Stadtkr.	41 220	2 704	473	7 487	4 435	1 018	994	723	32
222	Mannheim	"	97 198	15 351	1 883	17 165	14 954	3 686	6 003	624	49
225	Odenwaldkreis	Landkr.	18 071	1 363	357	3 328	1 966	574	239	293	103
226	Rhein-Neckar-Kreis	"	43 722	4 174	1 109	9 958	5 085	1 501	487	825	119
	RV Unterer Neckar		200 211	23 592	3 822	37 938	26 440	6 779	7 723	2 465	303
231	Pforzheim	Stadtkr.	25 393	4 034	300	7 651	1 959	941	622	166	9
235	Calw	Landkr.	19 858	1 312	326	3 092	1 575	565	296	1 673	924
236	Enzkreis	"	14 212	1 342	511	2 940	1 543	650	214	256	66
237	Freudenstadt	"	16 792	1 021	233	3 136	1 596	499	185	1 650	695
	RV Nord-Schwarzwald		76 255	7 709	1 370	16 819	6 673	2 655	1 317	3 745	1 694
	Reg.-Bez. Karlsruhe		450 929	47 654	8 229	85 922	55 060	16 547	18 135	9 086	2 484
311	Freiburg	Stadtkr.	63 048	6 625	942	11 301	5 919	1 948	2 372	709	28
315	Breisgau-Hochschwarzw.	Landkr.	24 822	1 367	459	3 802	1 869	815	222	2 442	1 362
316	Emmendingen	"	13 162	979	289	2 780	963	543	216	291	58
317	Ortenaukreis	"	54 770	5 537	909	10 819	8 039	1 894	932	1 197	329
	RV Südl. Oberrhein		155 802	14 508	2 599	28 702	16 790	5 200	3 742	4 639	1 777
325	Rottweil	Landkr.	15 664	973	212	3 195	2 105	573	327	328	50
326	Schwarzwald-Baar-Kreis	"	28 004	2 162	556	6 272	2 953	1 042	409	937	523
327	Tuttlingen	"	13 854	1 563	270	2 993	1 157	583	199	178	7
	RV Schwarzw.-Baar-Heub.		57 522	4 698	1 038	12 460	6 215	2 198	935	1 443	580
335	Konstanz	Landkr.	39 781	3 564	652	7 341	4 881	1 289	814	994	98
336	Lörrach	"	29 578	1 761	455	7 764	4 749	899	475	730	306
337	Waldshut	"	20 102	1 279	268	4 013	1 943	646	215	785	540
	RV Hochrhein		89 461	6 604	1 375	19 118	11 573	2 834	1 504	2 509	944
	Reg.-Bez. Freiburg		302 785	25 810	5 012	60 280	34 578	10 232	6 181	8 591	3 301
415	Reutlingen	Landkr.	34 126	3 562	938	7 326	3 420	1 370	1 027	415	70
416	Tübingen	"	27 134	1 539	428	3 991	2 856	726	459	219	31
417	Zollernalbkreis	"	22 051	2 415	779	4 842	2 240	819	409	284	67
	RV Neckar-Alb		83 311	7 516	2 145	16 159	8 516	2 915	1 895	918	168
421	Ulm	Stadtkr.	34 498	5 066	469	7 281	5 578	1 321	1 002	456	13
425	Alb-Donau-Kreis	Landkr.	14 447	1 121	319	2 909	1 370	594	176	279	54
426	Biberach	"	19 145	1 433	364	3 830	1 656	792	254	141	17
	RV Donau-Iller ¹⁾		68 090	7 620	1 152	14 020	8 604	2 707	1 432	876	84
435	Bodenseekreis	Landkr.	21 304	1 242	438	4 643	2 168	792	306	1 003	261
436	Ravensburg	"	35 483	3 298	443	7 257	3 563	1 424	828	542	518
437	Sigmaringen	"	16 374	1 105	281	3 049	1 311	701	237	192	87
	RV Bodensee-Oberschw.		73 161	5 645	1 162	14 949	7 042	2 917	1 371	1 737	866
	Reg.-Bez. Tübingen		224 562	20 781	4 459	45 128	24 162	8 539	4 698	3 531	1 118
	Land		1 574 506	162 315	33 566	299 915	183 827	66 874	51 217	27 740	8 188

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg

Darunter Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungseinrichtungen							Kreise Reg.-Verbände Regierungsbezirke Land	Krs. Nr.	
Gast- und Speise- wirtschaften	Medizinische Versorgung			Bildung und Erziehung		Gebiets- körper- schaften			
	Arztpraxis	Zahnarzt- praxis	Kranken- häuser, Kliniken u. ä.	Allg. u. berufs- bildende Schulen	Kinder- gärten u. Horte				
4 471	2 571	1 372	8 477	6 361	512	22 562	Stuttgart	Stadtkr.	111
1 197	605	345	1 455	2 717	422	3 454	Böblingen	Landkr.	115
1 793	929	538	2 112	3 065	492	4 576	Esslingen	"	116
1 286	600	359	1 424	1 762	313	3 610	Göppingen	"	117
1 612	1 010	494	2 051	2 705	519	4 810	Ludwigsburg	"	118
1 570	762	402	2 101	2 803	435	4 157	Rems-Murr-Kreis	"	119
11 929	6 477	3 510	17 620	19 413	2 693	43 169	RV Mittl. Neckar		
668	466	196	1 219	1 306	78	3 202	Heilbronn	Stadtkr.	121
1 463	411	218	1 542	1 618	314	2 601	Heilbronn	Landkr.	125
596	148	88	257	879	106	1 348	Hohenlohekreis	"	126
1 119	318	154	1 515	1 447	195	3 967	Schwäbisch Hall	"	127
952	375	162	1 958	1 462	172	3 633	Tauberkreis	"	128
4 798	1 718	818	6 491	6 712	865	14 761	RV Franken		
679	310	173	633	1 119	208	1 694	Heidenheim	Landkr.	135
1 586	593	335	1 646	2 556	323	5 021	Ostalbkreis	"	136
2 265	903	508	2 279	3 675	531	6 715	RV Ost-Württemberg		
18 992	9 098	4 836	26 390	29 800	4 089	64 635	Reg.-Bez. Stuttgart		
338	197	104	839	427	35	1 126	Baden-Baden	Stadtkr.	211
1 659	1 223	565	3 662	3 290	267	11 243	Karlsruhe	"	212
1 919	703	391	1 016	2 520	445	4 937	Karlsruhe	Landkr.	215
1 539	417	276	1 066	1 640	220	2 637	Rastatt	"	216
5 456	2 540	1 336	6 583	7 877	967	19 943	RV Mittl. Oberrhein		
890	557	222	4 575	2 281	126	3 780	Heidelberg	Stadtkr.	221
2 281	1 398	529	3 829	3 263	322	6 730	Mannheim	"	222
824	287	156	644	1 249	154	3 437	Odenwaldkreis	Landkr.	225
2 213	926	469	1 591	2 972	487	4 118	Rhein-Neckar-Kreis	"	226
6 208	3 168	1 376	10 639	9 765	1 089	18 065	RV Unterer Neckar		
533	526	221	1 304	1 041	162	1 934	Pforzheim	Stadtkr.	231
919	322	159	1 862	1 148	147	2 542	Calw	Landkr.	235
783	262	165	413	917	184	1 656	Enzkreis	"	236
934	272	151	901	885	127	2 190	Freudenstadt	"	237
3 169	1 382	696	4 480	3 991	620	8 322	RV Nord-Schwarzwald		
14 832	7 090	3 408	21 702	21 633	2 676	46 330	Reg.-Bez. Karlsruhe		
995	815	383	4 477	2 140	118	7 699	Freiburg	Stadtkr.	311
1 609	374	198	1 665	1 512	238	3 027	Breisgau-Hochschwarzw.	Landkr.	315
831	237	141	1 077	1 121	162	1 706	Emmendingen	"	316
2 769	760	386	2 677	3 403	492	6 865	Ortenaukreis	"	317
6 204	2 186	1 108	9 896	8 176	1 010	19 297	RV Südl. Oberrhein		
849	237	181	492	1 312	118	2 705	Rottweil	Landkr.	325
935	500	257	1 695	2 078	213	3 417	Schwarzwald-Baar-Kreis	"	326
734	229	139	485	908	162	1 914	Tuttlingen	"	327
2 518	966	577	2 672	4 298	493	8 036	RV Schwarzw.-Baar-Heub.		
1 547	646	425	2 160	2 274	179	3 920	Konstanz	Landkr.	335
1 330	474	291	1 217	1 451	184	2 937	Lörrach	"	336
958	297	224	1 538	1 211	121	2 978	Waldshut	"	337
3 835	1 417	940	4 915	4 936	484	9 835	RV Hochrhein		
12 557	4 569	2 625	17 483	17 410	1 987	37 168	Reg.-Bez. Freiburg		
1 299	585	395	1 153	2 149	316	4 124	Reutlingen	Landkr.	415
802	337	205	3 055	1 471	185	4 212	Tübingen	"	416
1 132	343	180	798	1 336	200	3 044	Zollernalbkreis	"	417
3 233	1 265	780	5 006	4 956	701	11 380	RV Neckar-Alb		
561	363	216	1 335	1 215	92	4 300	Ulm	Stadtkr.	421
1 231	226	170	304	1 208	233	1 888	Alb-Donau-Kreis	Landkr.	425
1 304	263	191	1 487	1 418	176	3 145	Biberach	"	426
3 096	852	577	3 126	3 841	501	9 333	RV Donau-Iller ¹⁾		
1 122	433	256	1 235	1 530	140	2 132	Bodenseekreis	Landkr.	435
1 516	520	278	2 176	2 461	208	4 001	Ravensburg	"	436
957	226	152	810	1 271	148	3 445	Sigmaringen	"	437
3 595	1 179	686	4 221	5 262	496	9 578	RV Bodensee-Oberschw.		
9 924	3 296	2 043	12 353	14 059	1 698	30 291	Reg.-Bez. Tübingen		
56 305	24 053	12 912	77 928	82 902	10 450	178 424	Land		

18. Versorgung mit Dienstleistungen 1970 in den Regionalverbänden Baden-Württembergs (Verwaltungseinteilung 1.1.1973)

Ausgewählte Dienstleistungen	Mitt-lerer Neckar	Fran-ken	Ost-würt-tem-berg	Mitt-lerer Ober-rhein	Unterer Neckar	Nord-schwarz-wald	Süd-licher Ober-rhein	Schwarz-wald-Baar-Heuberg	Hoch-rhein	Neckar-Alb	Donau-Il-ler	Boden-see-Ober-schwa-ben
Beschäftigte je 1000 der Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe												
Einzelhandel	33,0	31,6	29,2	36,4	37,8	35,7	35,7	28,9	34,9	29,7	35,6	31,6
Arztpraxen	2,8	2,5	2,3	3,0	3,2	3,0	2,7	2,2	2,6	2,3	2,2	2,5
Krankenhäuser, Kliniken usw.	7,7	9,3	5,7	7,7	10,6	9,5	12,3	6,2	9,0	9,2	7,9	8,9
Allgemein-und be-rufsbildende Schu-len 1)	51,8	48,9	46,3	51,2	57,4	45,6	51,2	51,2	46,0	49,4	48,2	54,4
Kindergärten und -horte 2)	12,4	12,0	12,6	12,1	12,1	13,0	11,9	10,9	8,6	12,6	11,7	9,2
Gast- und Speise-wirtschaften, Hotels, Pensionen	7,4	10,1	7,7	10,3	8,9	18,3	15,7	10,5	13,3	7,9	10,3	13,1
Verwaltungstätig-keit der Gebiets-körperschaften	19,0	21,2	16,9	23,3	18,0	17,7	24,0	18,6	17,9	20,9	23,7	20,2
Verkehr und Nach-richtenübermitt-lung	23,0	17,8	13,6	25,6	26,3	14,2	20,9	14,4	21,1	15,6	21,8	14,9
Bankwesen	10,2	9,0	5,2	8,3	6,7	5,6	6,5	5,1	5,2	5,4	6,9	6,2

1) Beschäftigte je 1000 Jugendliche von 6 bis unter 18 Jahren. - 2) Beschäftigte je 1000 Kinder unter 6 Jahren.

19. Veränderungen der Dienstleistungsstruktur 1970/1961

Funktionsbezogene Gliederung der Dienstleistungseinrichtungen	Veränderungen 1970 gegenüber 1961				Versorgungsgrad ¹⁾		
	Beschäftigte		weiblich	Teil-beschäftigte	1961	1970	Veränderung 1970/1961 in %
	Zahl	%					
Handel	+ 58 284	+ 13,3	+ 10,3	+ 70,0	56,39	55,74	- 1,15
Großhandel	+ 13 914	+ 9,4	+ 9,5	+ 72,7	19,13	18,25	- 4,61
Handelsvermittlung	+ 4 462	+ 15,3	+ 37,1	+ 39,0	3,75	3,77	+ 0,53
Einzelhandel	+ 39 908	+ 15,3	+ 9,1	+ 72,3	33,51	33,72	+ 0,63
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 5 436	- 2,9	+ 12,1	+ 25,8	24,39	20,67	- 15,25
darunter							
Deutsche Bundesbahn	- 10 460	- 16,1	- 10,9	- 27,0	8,38	6,14	- 26,73
Deutsche Bundespost	+ 5 973	+ 10,2	+ 11,1	+ 23,2	7,55	7,26	- 3,84
Bankwesen	+ 24 507	+ 57,8	+ 68,2	+ 147,9	5,46	7,52	+ 37,73
darunter							
Deutsche Bundesbank	+ 161	+ 13,1	+ 35,9	-	0,16	0,16	-
Versicherungswesen (einschl. Sozialversicherung)	+ 11 362	+ 28,5	+ 29,3	+ 72,7	5,14	5,76	+ 12,06
darunter							
Sozialversicherung	+ 3 291	+ 21,7	+ 25,6	+ 58,8	1,96	2,08	+ 6,12
Unterbringung und Verpflegung	+ 15 120	+ 14,0	+ 10,6	+ 35,0	13,94	13,86	- 0,57
Einrichtungen mit Schwerpunkt Unterbringung	+ 9 330	+ 20,8	+ 18,8	+ 108,3	5,79	6,10	+ 5,35
Hotels und Gasthöfe	+ 1 001	+ 3,7	- 2,2	+ 63,6	3,45	3,12	- 9,57
Campingplätze	+ 164	+ 298,2	+ 258,6	+ 380,0	0,01	0,02	+ 100,00
Fremdenheime, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime	+ 1 466	+ 21,8	+ 14,5	+ 90,7	0,87	0,92	+ 5,75
Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime	+ 6 699	+ 58,6	+ 57,2	+ 212,0	1,47	2,04	+ 38,78
Einrichtungen mit Schwerpunkt Verpflegung	+ 5 790	+ 9,2	+ 3,9	+ 10,9	8,14	7,75	- 4,79
Gast- und Speisewirtschaften	+ 6 563	+ 13,2	+ 8,3	+ 5,8	6,41	6,33	- 1,25
Cafes, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale	- 1 139	- 12,5	- 17,1	+ 53,7	1,17	0,89	- 23,93
Eisdielen, Trink- und Imbißhallen	+ 382	+ 20,4	- 1,2	+ 40,3	0,24	0,25	+ 4,17
Kantinen- und Verpflegungseinrichtungen	- 16	- 0,6	- 3,4	+ 35,5	0,32	0,28	- 12,50
Medizinische Versorgung	+ 31 989	+ 36,7	+ 41,5	+ 98,3	11,25	13,41	+ 19,20
Freiberufliches Gesundheitswesen (ohne Kliniken u. ä.)	+ 9 533	+ 32,3	+ 51,9	+ 54,3	3,80	4,39	+ 15,53
Arztpraxis	+ 8 122	+ 51,0	+ 74,9	+ 66,0	2,05	2,70	+ 31,71
Zahnarztpraxis	+ 2 157	+ 20,1	+ 44,2	+ 44,0	1,39	1,45	+ 4,32
Heilkundigenpraxis und sonst. freiberufliches Gesundheitswesen	- 746	- 26,6	- 32,1	- 19,6	0,36	0,23	- 36,11

Noch:
19.

Funktionsbezogene Gliederung der Dienstleistungseinrichtungen	Veränderungen 1970 gegenüber 1961				Versorgungsgrad ¹⁾		
	Beschäftigte		weiblich	Teil- beschäftigte	1961	1970	Veränderung 1970/1961 in %
	Zahl		%				
Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens	+ 22 226	+ 39,9	+ 36,8	+ 186,3	7,18	8,76	+ 22,01
darunter							
Hochschulkliniken	+ 2 556	+ 36,9	+ 36,5	+ 364,0	0,89	1,07	+ 20,22
Veterinärwesen	+ 240	+ 11,6	+ 92,8	+ 9,5	0,27	0,26	- 3,70
darunter							
Freiberufliches Veterinärwesen	- 136	- 12,0	+ 88,0	- 9,3	0,15	0,11	- 26,67
Schlachthöfe	+ 316	+ 33,9	+ 82,8	+ 21,8	0,12	0,14	+ 16,67
Bildung, Weiterbildung und Erziehung	+ 61 724	+ 91,7	+ 96,1	+ 124,8	8,67	14,50	+ 67,24
Wissenschaftliche Hochschulen	+ 11 650	+ 140,1	+ 153,8	+ 120,4	1,07	2,24	+ 109,35
Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive	+ 417	+ 121,9	+ 140,8	+ 174,4	0,04	0,09	+ 125,00
Sonst. wissenschaftliche Einrichtungen und selbständige Wissenschaftler	+ 5 036	+ 117,1	+ 68,5	+ 128,4	0,55	1,05	+ 90,91
Allgemeinbildende Schulen	+ 31 917	+ 95,9	+ 127,6	+ 138,9	4,29	7,33	+ 70,86
Berufsbildende Schulen	+ 7 984	+ 82,3	+ 71,7	+ 89,1	1,25	1,99	+ 59,20
Sonst. Unterrichts-, Museen, Volkshochschulen und ähnl. Bildungsstätten	+ 547	+ 14,1	+ 2,8	+ 35,5	0,50	0,50	-
Erziehungsanstalten	+ 564	+ 94,2	+ 59,0	+ 85,4	0,08	0,13	+ 62,50
Kindergärten und Horte	+ 3 609	+ 52,8	+ 50,8	+ 221,8	0,88	1,17	+ 32,95
Freizeitgestaltung, Publizistik, Ausstellungs- und Messewesen	+ 887	+ 2,9	+ 6,7	+ 24,0	3,79	3,40	- 10,29
Theater und Opernhäuser	+ 626	+ 23,1	+ 28,0	+ 30,0	0,35	0,37	+ 5,71
Orchester, Kapellen, Chöre, Ballette	+ 221	+ 58,2	+ 108,1	- 29,5	0,05	0,07	+ 40,00
Kleinkunsthöfen, Varietés	- 13	- 28,3	- 36,4	+ 128,4	0,01	0,00	- 100,00
Filmtheater	- 2 287	- 43,7	- 46,8	- 32,3	0,67	0,33	- 50,75
Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien und Lesehallen	- 546	- 36,8	- 34,3	- 1,4	0,19	0,11	- 42,11
Filmherstellung und -vertrieb	- 52	- 15,0	- 25,8	+ 58,1	0,04	0,03	- 25,00
Rundfunk- und Fernsehanstalten	- 1 353	- 58,9	- 62,2	+ 1100,0	0,30	0,11	- 63,33
Selbständige Künstler und Artisten	- 582	- 25,2	- 0,4	+ 6,1	0,30	0,19	- 36,67
Sportanlagen und -einrichtungen	+ 1 237	+ 104,0	+ 87,6	+ 153,7	0,15	0,27	+ 80,00
Verlags-Literatur- und Pressewesen (ohne Büchereien)	+ 3 485	+ 31,1	+ 41,8	+ 158,0	1,44	1,65	+ 14,58
Wett- und Lotteriewesen	- 234	- 14,5	- 19,5	- 67,1	0,21	0,16	- 23,81
Spielbanken und -clubs	+ 85	+ 24,4	- 13,1	+ 475,0	0,04	0,05	+ 25,00
Betrieb von Spielautomaten	+ 89	+ 115,6	+ 47,1	+ 45,5	0,01	0,02	+ 100,00
Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkt- einrichtungen	+ 191	+ 100,5	+ 97,3	- 19,1	0,02	0,04	+ 100,00
Freiberufliche Beratungen und Vermittlungen	+ 30 004	+ 52,8	+ 60,0	+ 81,0	7,33	9,76	+ 33,15
Rechtsberatung	+ 1 608	+ 28,1	+ 29,7	+ 84,4	0,74	0,83	+ 12,16
Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	+ 4 732	+ 43,9	+ 55,7	+ 112,0	1,39	1,74	+ 25,18
Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien u.ä. Institute	+ 14 589	+ 73,5	+ 110,8	+ 100,9	2,56	3,87	+ 51,17
Wirtschaftswerbung	+ 1 827	+ 39,1	+ 52,2	+ 121,4	0,60	0,73	+ 21,67
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 3 886	+ 60,9	+ 52,6	+ 61,3	0,82	1,15	+ 40,24
Vermögensverwaltung	+ 499	+ 25,4	- 4,2	- 55,4	0,25	0,28	+ 12,00
Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe	- 29	- 22,0	- 18,6	- 5,3	0,02	0,01	- 50,00
Vermietung beweglicher Sachen	+ 504	+ 37,3	+ 28,9	+ 27,4	0,17	0,21	+ 23,53
Bewachung, Aufbewahrung, Boten- u.ä. Dienste	- 1	- 0,1	+ 76,7	+ 81,7	0,25	0,22	- 12,00
Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros	+ 2 035	+ 197,8	+ 177,2	+ 222,9	0,13	0,34	+ 161,54
Private Stellenvermittlung, Ehevermittlung	+ 424	+ 356,3	+ 383,1	+ 993,3	0,02	0,06	+ 200,00
Fotografisches Gewerbe	- 176	- 6,9	- 4,4	+ 15,6	0,33	0,27	- 18,18
Abfüll- und Verpackungsgewerbe	+ 107	+ 32,1	+ 21,1	+ 115,7	0,04	0,05	+ 25,00
Versorgung mit Hygiene	+ 10 286	+ 17,1	+ 20,1	+ 137,5	7,75	7,91	+ 2,06
Wäscherei und Reinigung	- 2 448	- 11,5	- 12,1	+ 58,4	2,73	2,11	- 22,71
Friseur- und sonstiges Körperpflegegewerbe	+ 1 265	+ 4,2	+ 17,6	+ 27,1	3,86	3,51	- 9,07
Wannen- und Brausebäder (ohne med. Bäder) Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar (ohne Hausfassadenreinigung) einschl. Schornsteinfegergewerbe	- 195	- 46,3	- 38,9	- 25,6	0,05	0,03	- 40,00
Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung u. ä. hyg. Einrichtungen	+ 8 795	+ 176,9	+ 234,8	+ 503,0	0,64	1,55	+ 142,19
Bestattungswesen	+ 2 107	+ 75,0	- 2,3	+ 159,0	0,36	0,55	+ 52,78
	+ 762	+ 97,9	+ 116,7	+ 130,8	0,10	0,17	+ 70,00
Allg. Verwaltungstätigkeit der öffentl. Hand und der Organisat. ohne Erwerbscharakter	+ 46 595	+ 29,2	+ 46,4	+ 48,0	20,54	23,16	+ 12,76
Gebietskörperschaften	+ 44 283	+ 33,0	+ 53,3	+ 63,7	17,29	20,06	+ 16,02
Christl. Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	+ 1 112	+ 7,4	+ 38,0	+ 13,2	1,93	1,81	- 6,22
Organisationen der freien Wohlfahrtspflege	+ 742	+ 27,3	+ 21,9	+ 75,7	0,35	0,39	+ 11,43
Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur	+ 405	+ 99,8	+ 138,5	+ 171,7	0,05	0,09	+ 80,00
Organisationen der Sport- und Jugendpflege	+ 279	+ 38,7	+ 16,4	+ 116,8	0,09	0,11	+ 22,22
Gewerkschaften	- 57	- 5,8	- 5,7	+ 29,1	0,13	0,10	- 23,08
Arbeitgeberverbände	- 39	- 20,0	- 23,1	+ 66,7	0,03	0,02	- 33,33
Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände	- 542	- 25,1	- 18,4	- 31,3	0,28	0,18	- 35,72
Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen	+ 504	+ 30,3	+ 24,8	+ 66,7	0,21	0,24	+ 14,29
Politische Parteien und sonstige Organisat. ohne Erwerbscharakter	- 92	- 6,4	+ 5,6	+ 16,0	0,19	0,15	- 21,05

¹⁾ Beschäftigte in jeweiligen Dienstleistungseinrichtungen auf 1000 der Wohnbevölkerung.

20. Versorgung mit Dienstleistungen in den Flächenländern der Bundesrepublik 1970

Ausgewählte Dienstleistungen	Flächenländer							
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
Beschäftigte je 1000 der Bevölkerung (Versorgungsgrad)								
Handel	55,6	60,8	62,5	65,7	55,0	55,7	54,6	60,1
darunter: Einzelhandel	37,4	38,1	38,1	38,9	34,2	33,7	33,5	38,9
Medizinische Versorgung	12,9	12,9	12,8	14,1	12,4	13,4	11,9	13,3
darunter: Freiberufliches Gesundheitswesen	4,4	4,3	3,9	4,7	3,7	4,4	4,1	3,5
Krankenhäuser, Kliniken usw.	8,2	8,3	8,7	9,2	8,5	8,8	7,4	9,6
Bildung, Weiterbildung und Erziehung	11,0	11,4	10,7	12,9	11,2	14,5	9,9	12,5
darunter: allgemeinbildende Schulen	7,1	6,7	6,0	6,9	7,3	7,3	5,4	7,2
Kindergärten und Horte	0,4	0,6	0,7	0,9	0,9	1,2	0,7	1,0
Wissenschaftliche Hochschulen	0,9	1,5	1,2	1,7	0,5	2,2	1,1	2,4
Unterbringung und Verpflegung	15,7	14,1	12,3	14,9	14,9	13,9	15,4	12,4
darunter: Gast- und Speisewirtschaften, Hotels und Pensionen	11,4	10,2	8,1	11,0	11,7	10,4	11,9	9,1
Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime	2,6	2,1	2,0	1,9	1,7	2,0	1,9	1,5
Allgemeine Verwaltungstätigkeit	32,6	27,4	22,1	25,6	35,2	23,2	24,9	22,5
darunter: Gebietskörperschaften	29,8	23,9	18,5	21,4	32,2	20,1	21,8	19,8
Verkehr	20,0	21,5	21,4	29,3	20,3	20,7	21,8	21,7

Rangfolge nach dem Versorgungsgrad								
Handel	6	3	2	1	7	5	8	4
darunter: Einzelhandel	5	3	4	1	6	7	8	2
Medizinische Versorgung	4	5	6	1	7	2	8	3
darunter: freiberufliches Gesundheitswesen	3	4	6	1	7	2	5	8
Krankenhäuser, Kliniken usw.	7	6	4	2	5	3	8	1
Bildung, Weiterbildung und Erziehung	6	4	7	2	5	1	8	3
darunter: allgemeinbildende Schulen	4	6	7	5	2	1	8	3
Kindergärten und Horte	8	7	5	3	4	1	6	2
Wissenschaftliche Hochschulen	7	4	5	3	8	2	6	1
Unterbringung und Verpflegung	1	5	8	3	4	6	2	7
darunter: Gast- und Speisewirtschaften, Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, Pensionen	3	6	8	4	2	5	1	7
Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime	1	2	3	5	7	3	5	8
Allgemeine Verwaltungstätigkeit	2	3	8	4	1	6	5	7
darunter: Gebietskörperschaften	2	3	8	4	1	6	5	7
Verkehr	8	4	5	1	7	6	2	3

1) Einschließlich Kunst-, Musik- und Pädagogischer Hochschulen.

21. Entwicklung der Kriminalität (ohne Verkehrsdelikte)

Jahr	Bekannt- gewordene Fälle	Zunahme gegenüber Vorjahr in %	Aufklärung in %	Tatverdächtige	
				insgesamt	darunter Nichtdeutsche in %
1963	200 955		62,3	123 712	6,7
1964	204 126	+ 1,6	60,7	123 017	7,4
1965	206 131	+ 1,0	58,2	120 032	8,9
1966	221 851	+ 7,6	58,4	128 999	10,5
1967	240 576	+ 8,4	57,9	137 293	9,8
1968	252 353	+ 4,9	55,5	139 161	9,1
1969	263 492	+ 4,4	53,9	140 585	10,6
1970	292 939	+ 11,2	51,2	150 936	13,2
1971	300 953	+ 2,7	50,5	141 026	16,8
1972	305 484	+ 1,5	47,8	142 777	17,3

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 1972, Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

22. Abgeurteilte und Verurteilte (einschließlich Verkehrsdelikte)

Jahr	Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte			Zu-/Abnahme der Verurteilten in %	Nicht- deutsche Verurteilte in %
		insgesamt	darunter weiblich	wegen Ver- kehrsdelikten		
1963	96 431	87 679	10 057	39 542	- 7,0	6,8
1964	98 324	89 896	10 091	41 873	2,5	7,9
1965	91 932	83 752	9 133	40 494	- 7,3	9,5
1966	96 155	88 622	9 755	44 786	5,5	11,2
1967	99 759	91 487	10 376	48 169	3,1	10,8
1968	104 074	94 402	11 246	47 766	3,1	9,8
1969	102 097	92 101	11 703	42 871	2,5	11,5
1970	103 172	93 357	12 494	43 275	1,3	15,6
1971	110 975	99 724	12 699	47 133	6,4	17,6
1972	115 170	104 512	13 842	47 879	4,8	18,0

23. Verurteilte Deutsche und Ausländer nach strafbaren Handlungen und Geschlecht 1972

Verbrechen und Vergehen (§§ des Strafgesetzbuches)	Männliche Verurteilte						Weibliche Verurteilte					
	Deutsche			Ausländer			Deutsche			Ausländer		
	ins- gesamt	dav. 14-30 Jahre		ins- gesamt	dav. 14-30 Jahre		ins- gesamt	dav. 14-30 Jahre		ins- gesamt	dav. 14-30 Jahre	
		Zahl	VOZ ¹⁾		Zahl	VOZ ¹⁾		Zahl	VOZ ¹⁾		Zahl	VOZ ¹⁾
Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte, außer im Straßenverkehr (49 a, b; 80-168 ohne 142; 331-357)	1 776	914	105	289	150	97	298	150	18	23	16	13
Darunter Hausfriedensbruch (123, 124)	920	421	49	177	76	49	87	27	3	4	3	2
Wider die Sittlichkeit (173-184 b)	1 079	574	66	216	110	71	17	6	1	2	1	1
Darunter Unzucht mit Kindern (176i3)	339	141	16	57	25	16	1	-	-	-	-	-
Notzucht, Unzucht oder Not- zucht mit Todesfolge (177, 178)	142	113	13	36	24	15	-	-	-	-	-	-
Andere gegen die Person außer im Straßenverkehr (169-171; 185-241a)	6 744	3 453	398	1 117	611	394	611	266	31	51	24	20
Darunter Verletzen der Unterhaltspflicht (170 b)	1 193	393	45	71	25	16	143	96	11	5	4	3
Mord und Totschlag (211-213)	51	19	2	28	15	10	3	2	-	4	2	2
Leichte Körperverletzung (223)	1 997	1 189	137	308	176	113	99	29	3	10	3	2
Gefährliche und schwere Körperverletzung (223a, 224-226)	1 161	783	90	318	189	122	51	25	3	15	8	7
Diebstahl und Unterschlagung (242-248c)	12 415	9 257	1 066	1 746	1 204	776	4 664	2 276	268	767	454	372
Darunter Einfacher Diebstahl (242)	8 832	4 530	522	1 247	786	507	4 431	2 128	251	755	446	366
Schwerer Diebstahl (243, 244)	4 615	4 022	463	395	339	219	1 02	78	9	5	3	2
Raub und Erpressung (249-255, 316a)	467	404	47	61	56	36	17	14	2	-	-	-
Andere Vermögensdelikte (257-305)	6 462	3 986	459	1 103	670	432	1 089	550	65	79	48	39
Darunter Betrug (263)	2 481	1 233	142	237	140	90	566	248	29	25	14	11
Urkundenfälschung (267, 271-273)	942	636	73	279	167	108	179	90	11	27	16	13
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen außer im Straßenverkehr (306-330a, ohne 315b, c, 316)	1 283	633	73	103	51	33	84	28	3	7	2	2
Vergehen im Straßenverkehr (StGB+StVG)	36 136	18 412	2 121	7 875	4 469	2 881	3 542	1 816	214	326	197	162
Darunter Verkehrsunfallflucht (142)	3 910	2 067	238	947	546	352	312	162	19	33	18	15
Fahrlässige Tötung und Körper- verletzung (222, 230)	16 223	8 304	957	3 287	1 828	1 178	2 258	1 092	129	147	81	66
Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit (315c 1a, 316)	10 318	4 301	496	1 118	474	306	241	100	12	7	4	3
Verbrechen und Vergehen nach anderen Bundes- u. Landesgesetzen (ohne Ausl. G. u. WStG)	7 346	3 978	458	2 088	1 188	766	1 216	378	45	69	31	25
Verbrechen und Vergehen ohne Vergehen im Straßenverkehr insgesamt (ohne Ausl. G., WStG)	37 572	23 199	2 673	6 723	4 040	2 604	7 996	3 668	432	998	576	472
Verbrechen und Vergehen insgesamt (ohne Ausl. G. und WStG)	73 708	41 611	4 794	14 598	8 509	5 485	11 538	5 484	646	1 324	773	634

¹⁾ Verurteilenziffer: Verurteilte auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung.

24. Verurteilte Ausländer männlichen Geschlechts nach Nationalität und krimineller Belastung 1972

Verbrechen und Vergehen (§§ des Strafgesetzbuches, vgl. Tabelle 23)	Verurteilte männliche Ausländer													
	insgesamt ¹⁾		darunter											
			Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾	Zahl	VOZ ²⁾
Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte, außer im Straßenverkehr	289	67	12	27	49	44	107	101	2	27	1	4	25	34
Darunter: Hausfriedensbruch	177	41	4	9	23	21	68	64	2	27	—	—	15	20
Wieder die Sittlichkeit	216	50	23	52	76	69	38	36	5	67	14	56	22	30
Darunter Unzucht mit Kindern	57	13	5	11	21	19	7	7	2	27	5	20	8	11
Notzucht, Unzucht oder Notzucht mit Todesfolge	36	8	2	5	13	12	7	7	1	13	—	—	9	12
Andere gegen die Person außer im Straßenverkehr	1 105	258	60	136	234	212	350	331	5	67	32	127	213	288
Darunter Verletzen der Unterhaltspflicht	71	17	3	7	23	21	10	9	—	—	1	4	3	4
Mord und Totschlag	27	6	1	2	4	4	16	15	—	—	—	—	4	5
Leichte Körperverletzung	307	72	18	41	65	59	108	102	1	13	7	28	53	72
Gefährliche und schwere Körperverletzung	318	74	18	41	49	44	115	109	1	13	12	48	74	100
Diebstahl und Unterschlagung	1 745	407	100	226	416	377	599	567	19	255	61	243	120	162
Darunter Einfacher Diebstahl	1 246	291	81	183	263	239	464	439	17	228	48	191	86	116
Schwerer Diebstahl	395	92	16	36	130	118	93	88	2	27	13	52	22	30
Raub und Erpressung	54	13	4	9	12	11	13	12	—	—	5	20	6	8
Andere Vermögensdelikte	1 102	257	98	221	197	179	347	328	2	27	17	68	158	213
Darunter Betrug	237	55	8	18	45	41	65	62	—	—	1	4	32	43
Urkundenfälschung	279	65	13	29	39	35	101	96	—	—	5	20	68	92
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen außer im Straßenverkehr	101	24	2	5	16	15	35	33	—	—	2	8	8	11
Vergehen im Straßenverkehr	7 664	1 789	467	1 055	1 477	1 340	2 892	2 738	51	685	212	843	1 109	1 497
Darunter Nach Verkehrsunfallflucht	942	220	61	138	131	119	422	399	8	107	27	107	133	180
Fahrlässige Tötung und Körperverletzung im Straßenverkehr	3 092	722	211	477	556	504	958	907	20	269	101	402	571	771
Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit	1 115	260	43	97	139	126	524	496	9	121	32	127	125	169
Verbrechen und Vergehen nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne Ausl.G.)	2 079	485	79	178	753	683	542	513	9	121	63	251	243	328
Verbrechen und Vergehen ohne Vergehen im Straßenverkehr insgesamt (ohne Ausl.G.)	6 691	1 562	378	854	1 753	1 590	2 031	1 923	42	564	195	776	795	1 073
Verbrechen und Vergehen insgesamt (ohne Ausl.G.)	14 355	3 352	845	1 909	3 230	2 930	4 923	4 660	93	1 249	407	1 619	1 904	2 571

¹⁾ Ohne Angehörige ausländischer Streitkräfte. - ²⁾ Verurteilte auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung; Quelle der Bevölkerungszahlen: Ausländerbehörden, Stich-
tag 31.12.1971.